

Optimierung der Ausbildung in Mainz: Ausbildungsmarkmonitoring - Umfragen und Untersuchungen zum Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz

Sänger, Ralf; Bennewitz, Heiko

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sänger, R., & Bennewitz, H. (2000). *Optimierung der Ausbildung in Mainz: Ausbildungsmarkmonitoring - Umfragen und Untersuchungen zum Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz*. (2. Aufl.) (Blickpunkt Arbeitsmarkt). Mainz: Stadt Mainz; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-326342>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Optimierung der Ausbildung in Mainz Ausbildungsmarkt- monitoring

Umfragen und Untersuchungen zum
Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz

Optimierung der Ausbildung in Mainz Initiativen und Projekte



**Institut für
Sozialpädagogische
Forschung Mainz e.V.**

in Zusammenarbeit mit der

Koordinierungsstelle



**PRO AUSBILDUNG
(SPAZ gGmbH)**

im Auftrag der Stadt Mainz

September 2000

Optimierung der Ausbildung in kleinen Initiativen und Projekten

Herausgeber:
Stadt Mainz
Oberbürgermeister Jens Beutel
Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung

In Zusammenarbeit mit:
Sozialdezernat
Beigeordnete Malu Dreyer
und Amt für Öffentlichkeitsarbeit

Autoren:
Dr. Ralf Sänger (ism)
Heiko Bennewitz (ism)

in Zusammenarbeit mit:
Koordinierungsstelle PRO AUSBILDUNG
(SPAZ gGmbH)
Andrea Bunn

Begleitung des Projektes/Redaktion:
Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung
Büro Oberbürgermeister
Markus Biagioni

Umschlaggestaltung:
Matlik & Schelenz

Druck und Verarbeitung:
Hausdruckerei

3. Auflage
Auflagenhöhe: 300

Erscheinungstermin:
September 2000

Wir danken dem Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gesundheit des Landes
Rheinland-Pfalz für die Unterstützung
dieses Projektes.

Grußwort

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist einer der wichtigsten Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik des Landes. Im Rahmen vielseitiger Aktivitäten wird unter anderem versucht, in Form von präventiven Maßnahmen dem Eintritt von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die in der Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Programme gewonnenen Erfahrungen haben gezeigt, dass ein zielgerichtetes Handeln nur ermöglicht werden kann, wenn gesicherte Daten und Kenntnisse des Arbeitsmarktes vorliegen. Da die aus der amtlichen Statistik zu gewinnenden Daten hierfür alleine nicht ausreichen, wurde das regionale Modellprojekt „Optimierung der Ausbildung in Mainz“ gefördert. Die im Juni 1999 bereits vorgestellte Broschüre zum Projekt hat eine Übersicht über die Initiativen und Projekte in Mainz aufbereitet und damit eine Transparenz auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt aufgezeigt, die bis zu diesem Zeitpunkt in einer solchen Form nicht bekannt war.

Die vorliegende Broschüre stellt die erweiterten Kenntnisse dar, die in Form einer Sammlung regionaler Basisinformationen und in der Ermittlung von regionalen und lokalen Zusatzinformationen gewonnen wurden, um dann in Form einer Potenzialanalyse einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Mainzer Ausbildungsmarktes auf der Angebotsseite und auf der Nachfrageseite zu bieten. Hierzu wurden unter anderem eine umfangreiche Betriebs- und eine Schulumfrage vorgenommen.

Ich glaube, dass es mit dem Projekt gelungen ist, eine entscheidende Informationslücke auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt zu schließen, so dass die Verantwortlichen in präventiver Form die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft der Jugendlichen vornehmen können.

Florian Gerster

**Minister für Arbeit,
Soziales und Gesundheit
des Landes Rheinland-Pfalz**

Grußwort

Der Mainzer Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 29. September 1999 einstimmig die Annahme der „Bonner Charta“ des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) beschlossen. Darin werden eine Reihe von Zielvorstellungen und Empfehlungen zur Arbeitsmarktförderung der Kommunen aufgeführt. Im Ausbildungsbereich hat die Stadt diese Ziele im Modellprojekt zur Optimierung der Ausbildung in den vergangenen zwei Jahren weitgehend umgesetzt und Mainz wird daher nicht nur vom RGRE als vorbildliche Kommune eingestuft. Das bestärkt uns, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Ausbildungsplätze werden überwiegend nicht durch die Kommune oder andere Institutionen, sondern durch die Unternehmen geschaffen. Die Stadt Mainz hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, die Rahmenbedingungen für Qualifizierung und Ausbildung für die Ausbildungsbetriebe und die Jugendlichen weiter zu verbessern. Ein erster, grundlegender Schritt war die Studie „Optimierung der Ausbildung in Mainz: Initiativen und Projekte“ vom Juni 1999, mit der ein für alle Beteiligten transparenteres Bild der Ausbildungslandschaft entstanden ist, dass sinnvoll abgestimmte Planung und Koordination ermöglicht hat und auch weiterhin eine wertvolle Hilfe sein wird. Auf vielfachen Wunsch ist eine zweite Auflage der Broschüre zur Zeit im Druck.

Mit der nun vorliegenden Veröffentlichung der Ergebnisse aus Umfragen und Untersuchungen unter dem Stichwort „Ausbildungsmarktmonitoring“ gehen wir einen entscheidenden Schritt weiter: Alle Mainzer Betriebe, aber auch die Schülerinnen und Schüler wurden zu Ihren Vorstellungen befragt, die zahlreichen Antworten wurden aufgenommen und abgeglichen. Vergleichbar mit dem Zusammensetzen eines komplizierten Puzzles ist so ein interessantes Bild entstanden, dass die weiteren Beratungen und Vorschläge aller Beteiligten erleichtern soll. Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die sich die Zeit für die Beantwortung der Fragen genommen haben und auf diese Weise die Zukunft der Ausbildung in Mainz mit gestalten. Dank schuldet die Stadt auch dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, dessen Unterstützung die Durchführung des Modellprojektes zur Optimierung der Ausbildung ermöglicht und nicht zuletzt dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ISM) für die kompetente Arbeit.

In Abstimmung mit der klassischen Wirtschaftsförderung und den Mitteln der Hilfe zur Arbeit leistet die Arbeitsmarktförderung der Stadt Mainz ihren eigenen Beitrag zur Verbesserung der Strukturen des Wirtschaftsstandortes, zur Erweiterung eines Dienstleistungsangebotes für Bevölkerung und Unternehmen, zur stärkeren Verknüpfung von Institutionen, zur Kooperation und Koordination bei der Errichtung positiver Rahmenbedingungen zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Unter Fachleuten unumstritten ist dabei die Notwendigkeit einer detaillierten Kenntnis des lokalen und regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktes, um zielorientiertes und sach-

gerechtes Handeln der Institutionen - das heißt auch der Kommune - zu ermöglichen. Hierzu zählt nicht nur das große Interesse der Stadt an einem begründbaren Einsatz öffentlicher Mittel auf einer gesicherten Datenlage, sondern auch eine sinnvolle Koordination von Aktivitäten der öffentlichen Hand auf kommunaler und Landesebene. Im Ausbildungsbereich bestehen konkrete Zielvorgaben: der möglichst breite Konsens der Akteure, das Interesse der Stadt an den konkreten Bedürfnissen und Erwartungen der Ausbildungsbetriebe und der Schulen, die bessere Vernetzung von Schulen, Trägerangeboten und Unternehmen, die praxisnahe Konzeption der kommunalen Ausbildungsplatzinitiative, Hilfen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben, die Frage der Besetzung offen gebliebener Lehrstellen und die Vermeidung von Abbrüchen, die Förderung der Ausbildungsbereitschaft ausländischer Unternehmen oder Erleichterungen bei der Vermittlung von Praktika. Diese und viele andere Themen sind Gegenstand des vorliegenden Bandes in der Reihe „Blickpunkt Arbeitsmarkt“.

Jens Beutel
Oberbürgermeister

Geleitwort zur 2. Auflage

Mit ungebrochener Dynamik entwickelt sich, auch Dank der Förderung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, die Optimierung der Ausbildung in Mainz weiter. Die dritte Auflage der Studie "Initiativen und Projekte" aus dem Jahr 1998 und die zweite Auflage der Ergebnisse aus Umfragen und Untersuchungen zum Mainzer Ausbildungsmarkt im Jahr 1999 unter dem Titel "Ausbildungsmarktmonitoring" belegen das große Interesse auf allen Ebenen. Die Reihe "Blickpunkt Arbeitsmarkt" wurde auch in diesem Jahr fortgeführt: Im Sommer 2000 erschien eine Informationsbroschüre über Projekte zu Arbeit und Ausbildung in Mainz, die durch die Stadt entwickelt, unterstützt oder finanziell gefördert werden. In diesen Tagen liegt die "Schulumfrage 2000" vor, die erneut im Auftrag der Stadt vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz durchgeführt wurde.

Zur Verbesserung der Ausbildungssituation wurden gezielte Unterstützungsmaßnahmen für die in der Ausbildung engagierten Betriebe und für die Jugendlichen entwickelt und umgesetzt. Im Mai 2000 startete die Stadt Mainz, gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, an drei Mainzer Hauptschulen das Pilotprojekt "Jobfux". Mit der Durchführung wurde der Bildungsträger Förderband Mainz e.V. beauftragt. An den beteiligten Hauptschulen wurde jeweils eine Stelle eingerichtet, mit dem Ziel, die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf auf vielfältige Weise zu unterstützen. Die Jobfüxe nutzen das bestehende lokale Netzwerk "Forum Pro Ausbildung" der Jugendberufshilfe. Gemeinsam mit der Koordinierungsstelle Pro Ausbildung wurde im Frühjahr 2000 zum zweiten Mal eine Broschüre "Finanzhilfen für Ausbildungsbetriebe in Mainz" herausgegeben. Hier handelt es sich um eine zusammenfassende Darstellung aller aktuellen Programme, deren Richtlinien und Inhalte zur finanziellen Förderung von Ausbildungsplätzen in Mainz (2000/2001).

Die Stadt Mainz wird diesen Weg fortsetzen. Am 09. November 2000 veranstaltet die Stadt zum ersten Mal eine ganztägige Fachtagung im Rathaus unter der Überschrift "Brücken zur Ausbildung - Innovation und Kooperation im Übergang Schule-Beruf. Verantwortlich ist auch hier die Arbeitsmarktförderung der Stadt. Eingeladen werden in diesen Tagen Fachleute aus der Region, aber auch aus anderen Bundesländern und Kommunen. Ich wünsche mir, dass die Tagung für unsere gemeinsame Arbeit zur Optimierung der Ausbildung in Mainz neue Anregungen bietet und der Informations- und Erfahrungsaustausch im Netzwerk Pro Ausbildung weiter ausgebaut wird.

Jens Beutel

Oberbürgermeister

Vorwort

Mit diesem Bericht legt das Institut für Sozialpädagogische Forschung e.V. (ISM) eine weitere Publikation in der Reihe „Blickpunkt Arbeitsmarkt“ der Stadt Mainz vor.

Der erste, vom ISM in Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Pro Ausbildung“ verfaßte Bericht „Optimierung der Ausbildung in Mainz – Initiativen und Projekte“, hat eine große Resonanz in der rheinland-pfälzischen Fachöffentlichkeit erzielt. Die anschließenden Diskussionen über die Ergebnisse haben gezeigt, daß eine Vielzahl an Problemen nicht nur in der Stadt Mainz, sondern auch in vielen Kommunen und Kreisen des Landes Rheinland-Pfalz anzutreffen sind.

Ein zentrales Ergebnis des ersten Berichtes war der Wunsch nach einer Berichterstattung über die Entwicklung lokaler Ausbildungsmärkte.

Das ISM hofft, mit diesem Ausbildungsmarktmonitoring einen Beitrag zur Verbesserung einer vorausschauenden Planung der öffentlichen Hand zu leisten.

Nichtsdestotrotz würden wir uns wünschen, daß die Darstellung dieser „überholten“ Ergebnisse zur Diskussion über die grundsätzliche Sinnhaftigkeit des Instruments eines Ausbildungsmarktmonitorings beiträgt.

Einer zeitnaheren Durchführung und Auswertung des Ausbildungsmarktmonitorings sollte anhand der hier erworbenen Erfahrungen in Zukunft allerdings nur wenig im Wege stehen.

Prof. Dr. Franz Hamburger

Vorsitzender des ISM

Einleitung.....	3
Problemstellung	4
Methode	5
Potentialanalyse.....	6
Betriebsumfrage.....	7
Schulumfrage.....	8
Danksagung.....	9
1. Potentialanalyse für die Stadt Mainz.....	10
1.1. Wohnberechtigte Bevölkerung in der Stadt Mainz	11
1.2. Wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Mainz	12
1.3. Beschäftigung in der Stadt Mainz.....	12
1.4. Arbeitslosigkeit in der Stadt Mainz	13
1.5. SozialhilfeempfängerInnen in der Stadt Mainz	15
1.6. Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz	16
1.7. Angebot auf dem Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz.....	18
1.8. Aktuelle Situation der BewerberInnen in Mainz und Umgebung	22
2. Betriebsumfrage in der Stadt Mainz	29
2.1. Wirtschaftsbereiche	29
2.2. Betriebsgrößen	29
2.3. Beurteilung der Wirtschaftslage	30
2.4. Beschäftigungsentwicklung	32
2.5. Fachkräftemangel.....	33
2.6. Ausbildungsberechtigung	33
2.7. Ausbildungsbeteiligung	36
2.8. Ausbildungsplatzentwicklung	38
2.9. Ausbildung über Bedarf.....	41
2.10. Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis.....	42
2.11. Unbesetzte Lehrstellen	43
2.12. Ausbildungsabbrüche	45
2.13. Gründe für nicht stattfindende Ausbildung.....	46
2.14. Besetzung der Ausbildungsplätze	48
2.15. Kriterien für die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis	51
Behinderung.....	52
Nationalität.....	52
Geschlecht	53
Schulabschluß.....	54
Praktikum.....	57
2.16. Ausländische Betriebe	59
2.17. Förderung von Ausbildungsplätzen	60
2.18. Ausbildungsverbünde.....	62

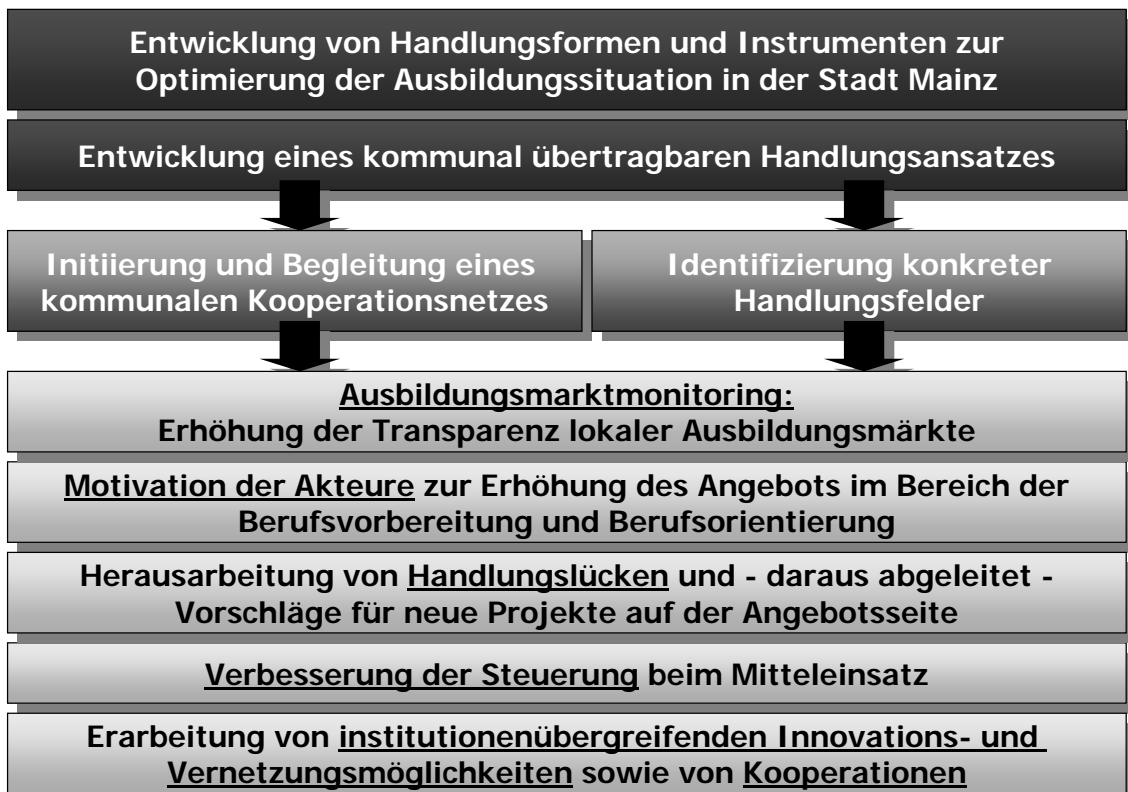
3. Schulumfrage	65
3.1. Zukunftswünsche der SchulabgängerInnen	65
3.2. Nachfrage nach Informationen über Berufsausbildung	71
3.3. Beurteilung der Informationsquellen	75
3.4. Beginn der Ausbildungsplatzsuche	77
3.5. Ort der Ausbildungsplatzsuche	79
3.6. Bewerbung um Ausbildungsplätze	82
3.7. Meldung als Bewerber beim Arbeitsamt	86
3.8. Ausbildungsplatzzusagen und Ausbildungsverträge	89
3.9. Berufsbereiche der AusbildungsplatzbewerberInnen	91
3.10. Praktikum und Arbeit in der zukünftigen Ausbildungsstätte.....	95
3.11. Ort der zukünftigen Ausbildungsstätte.....	102
4. Schlußfolgerungen und Handlungsempfehlungen.....	104
4.1. Zusammenfassung: Situation auf dem Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz	104
4.2. Besondere Zielgruppen der Ausbildungsmarktförderung.....	106
Kleine Betriebe	106
Nicht ausbildungsberechtigte Betriebe.....	107
SchulabgängerInnen mit niedrigen Schulabschlüssen	107
Weibliche Schulabgängerinnen	108
SchulabgängerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	108
SozialhilfeempfängerInnen im Alter unter 25 Jahren	109
Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluß	109
Ausländische SchülerInnen	109
4.3. Handlungsfelder der Ausbildungsmarktförderung.....	110
Öffentliche Aktivitäten in der Ausbildungsmarktförderung.....	110
Öffentlichkeitsarbeit	110
Fördermittel	110
Ausbildung statt Sozialhilfe	111
Schulsozialarbeit und Begleitung der Jugendlichen in das Erwerbsleben	111
Berufliche Orientierung und Vorbereitung in den Schulen	111
Praktikum.....	112
Kontakte Schulen-Betriebe	114
Kontakte SchülerInnen-Betriebe.....	114
Erhöhung der Ausbildungsreife von ausländischen SchülerInnen.....	114
Ausbildungsberechtigung.....	115
Verbesserung der Besetzung von Ausbildungsplätzen und Erhöhung des Ausbildungsplatzpotentials.....	115
Ausbildung im Verbund	116
Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen	117
Modulare Ausbildung.....	117
Literatur.....	118

Einleitung

Dieser Bericht ist ein Bestandteil des Modellprojekts „Optimierung der Ausbildung“, das vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ISM) im Auftrag der Stadt Mainz durchgeführt und vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz finanziert wird. Das Modellprojekt hat inzwischen eine überregionale Beachtung gefunden. Mehrere Bundesministerien und Forschungsinstitute – darunter das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BiBB) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) – haben sich in diesem Jahr vor Ort über den Verlauf und die Ergebnisse des Modellprojekts informiert. Organisationen wie der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), das Deutsche Institut für Urbanistik oder Vertreter der Arbeitsmarktförderung aus den Mainzer Partnerstädten Watford und Erfurt sehen das Mainzer Vorgehen als Vorbild für das Handeln anderer Kommunen.

Dem Modellprojekt zur „Optimierung der Ausbildung“ liegen zwei Zielsetzungen zugrunde: Das Interesse der Stadt Mainz besteht darin, Handlungsformen und Instrumente zu entwickeln, die positive Rahmenbedingungen für die Arbeit im Bereich der beruflichen Orientierung und Vorbereitung von Jugendlichen gewährleisten. Dabei sollen vor allem die Transparenz auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt erhöht sowie die Effektivität und Effizienz der in der Stadt vorhandenen Angebote optimiert werden. Über die bereits für die Stadt Mainz genannten Ziele hinaus, ist von der Seite des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz mit diesem Projekt der Wunsch verbunden, einen kommunal übertragbaren Handlungsansatz zur Optimierung lokaler Ausbildungsmärkte zu entwickeln.

Zielsetzungen des Modellprojekts „Optimierung der Ausbildung“



Im wesentlichen setzt das Projekt seine Ziele in zwei Formen um: durch die Initiierung und Begleitung eines lokalen Netzwerks der relevanten Akteure sowie durch die Identifizierung konkreter Handlungsfelder zur Optimierung in der Stadt Mainz. Die Einrichtung eines lokalen Netzwerks dient dazu, institutionenübergreifende Innovations- und Vernetzungsmöglichkeiten zu entwickeln sowie Kooperationen zur Umsetzung konkreter Projekte anzustoßen. Darüber hinaus soll die Motivation der Akteure erfolgen, ihr Angebot im Bereich der beruflichen Orientierung und Vorbereitung zu verstärken. In dem im Projektverlauf entstandenen Netzwerk zur Optimierung der Ausbildung sind neben zahlreichen Schulen gegenwärtig etwa 70 Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Trägern und engagierte Privatpersonen vertreten. Die Koordinierungsgruppe aller Beteiligten trifft sich zweimal jährlich zur gegenseitigen Information über neue Entwicklungen und zum Erfahrungsaustausch. Zur Bearbeitung konkreter Vorschläge werden Expertengruppen eingerichtet, die bereits zu verschiedenen Themen getagt haben. Dazu kommen Sondersitzungen der Koordinierungsgruppe zur Präsentation von aktuellen Projektfortschritten.

Zur Darstellung der vorhandenen Angebote und zur Herausarbeitung von Handlungslücken im Bereich der beruflichen Orientierung und Vorbereitung von Jugendlichen in der Stadt Mainz wurde bereits im Juni 1999 vom ISM in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle „Pro Ausbildung“ der Bericht über die „Optimierung der Ausbildung – Initiativen und Projekte“ in der Reihe „Blickpunkt Arbeitsmarkt“ der Stadt Mainz veröffentlicht. In diesem Bericht wurden umfassende Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und für konkrete Projekte unterbreitet.

In Verbindung mit dem Bericht über die Initiativen und Projekte stellt das nun vorliegende „Ausbildungsmarktmonitoring“ einen ersten Versuch dar, die Entwicklungen und Tendenzen des Mainzer Ausbildungsmarktes möglichst vollständig abzubilden und zu analysieren sowie die Interessen der Betriebe und der Jugendlichen darzustellen und miteinander zu verknüpfen. Die Aufgabe dieses Ausbildungsmarktmonitorings soll vordringlich darin liegen, eine Entscheidungsgrundlage zu entwerfen, auf deren Basis lokale Akteure effektive und effiziente Instrumente zur Bewältigung von Problemen des Ausbildungsmarktes vor Ort entwickeln können.

Problemstellung

Der Anlaß für die Entwicklung des Ausbildungsmarktmonitorings und damit für die Entstehung dieses Berichts liegt darin, daß nach unserer Auffassung die allgemein vorliegenden Daten und Statistiken zum Ausbildungsmarkt für ein vollständiges Abbild der Entwicklungen und Probleme eines lokalen Ausbildungsmarktes nicht ausreichen.

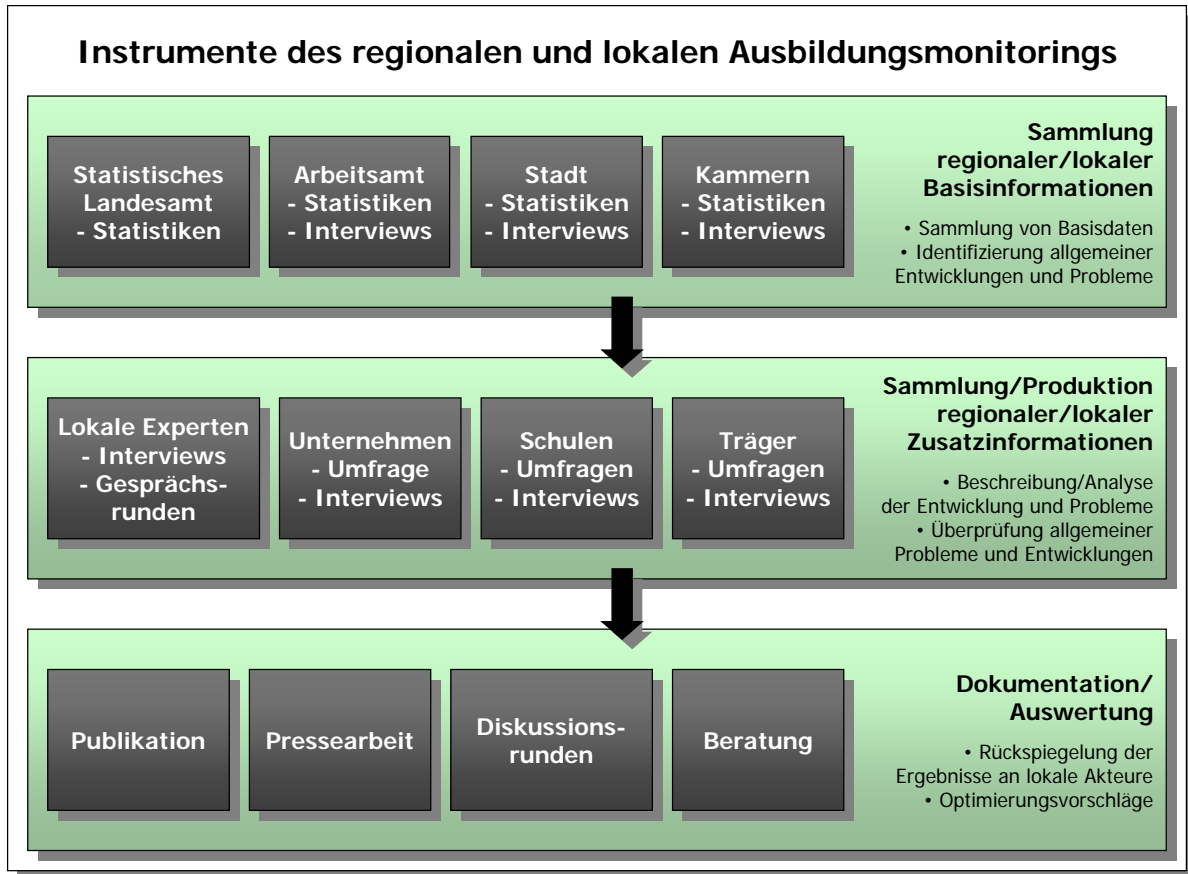
So stellen zum Beispiel die von der Bundesanstalt für Arbeit vorliegenden Statistiken nur einen bestimmten Ausschnitt aus der Wirklichkeit dar. Dies resultiert verständlicherweise aus ihrem vordringlichen Charakter als Geschäftsstatistiken, die ohnehin keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern in erster Linie eine Grundlage für die Arbeit der Arbeitsämter bilden. Aus unserer Sicht weisen die Statistiken des Arbeitsamtes mindestens die folgenden Defizite auf:

1. Die Statistiken des Arbeitsamtes erfassen nicht alle Jugendlichen, die sich überhaupt um einen Ausbildungsplatz beworben haben. Es gibt keine Pflicht dahingehend, daß die Interessenten an einem Ausbildungsplatz beim Arbeitsamt vorsprechen müssen.
2. Nicht alle Jugendlichen interessieren sich unmittelbar nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule für einen Ausbildungsplatz, sondern möchten z.B. eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen. Sie werden verständlicherweise deshalb auch nicht in der Bewerberstatistik des Arbeitsamtes geführt, sofern sie sich nicht beim Arbeitsamt gemeldet haben, z.B. um einfach einmal ihre Ausbildungsmarktchancen zu testen.
3. Die Interessen der Jugendlichen werden nur in einem sehr eingeschränkten Umfang ermittelt. Zwar werden die Wünsche der Jugendlichen nach bestimmten Berufen bzw. Berufsbereichen aufgenommen, aber die eigentlich vorausgehenden Schritte auf dem Weg zu einer Lehrstelle, etwa die Häufigkeit der Bewerbung oder die Anzahl der vorausgegangenen Praktika, bleiben unberücksichtigt.
4. Das bereits erwähnte Meldeproblem stellt sich auch für die Seite der Betriebe. Es gibt eine Vielzahl von Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten, aber nicht wünschen, daß ihr Ausbildungsplatz vom Arbeitsamt vermittelt wird.
5. Die Arbeitsamtsstatistik erfaßt auch nicht die mit der Ausbildung verbundenen Interessen von Unternehmen, sei es etwa die Form der Besetzung der Ausbildungsplätze oder auch der Anteil der ausbildenden an allen ausbildungsberechtigten Unternehmen.
6. Die Statistiken für den Ausbildungsmarkt liegen nicht für die kommunale Ebene, also hier zum Beispiel die Stadt Mainz, sondern nur für die Hauptamts- und Arbeitsamtsebenen vor.
7. Die Statistiken des Arbeitsamtes vernachlässigen in der Regel demographische Entwicklungen der Wohnbevölkerung, Wirtschaftsentwicklungen oder auch SozialhilfeempfängerInnenzahlen.

Es ist dem vorliegenden Bericht nicht durchgängig gelungen, Informationen möglichst „just-in-time“ vorzulegen. Einige Ergebnisse – seien es nun die Erwartungen der Betriebe bezüglich ihres wahrscheinlichen Auszubildendenbedarfs zum nunmehr begonnenen Ausbildungsjahr 1999/2000 oder die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf Seiten der SchulabgängerInnen – sind durch die aktuellen Entwicklungen bereits eingeholt worden. Von stärkerem Interesse als die stets kontrovers diskutierten aktuellen Entwicklungen der Ausbildungszahlen sind für uns ohnehin die Ergebnisse, hinter deren Erscheinen wir strukturelle Ursachen vermuten und die dementsprechend regelmäßig auftauchen werden: Dies gilt für die hohe Zahl unbesetzt gebliebener Lehrstellen ebenso wie für die Bedeutung von Mitteln zur Förderung von Ausbildungsplätzen oder für die Rolle des Praktikums.

Methode

Um ein umfassenderes Bild über Probleme und Entwicklungen auf dem regionalen oder lokalen Ausbildungsmarkt zu erhalten, müssen Informationen auf zwei Ebenen ermittelt werden.



Zum einen muß eine Sammlung regionaler Basisinformationen erfolgen: Darunter ist in erster Linie die systematisch-vergleichende Zusammenfassung von weitgehend allgemein zugänglichen Informationen der Bundesanstalt für Arbeit, des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, der kommunalen Gebietskörperschaft oder auch der regionalen Kammern zu verstehen. Dazu kommen Sonderauswertungen, die bei der Bundesanstalt für Arbeit und dem Statistischen Landesamt angefordert worden sind.

Zum anderen müssen regionale und lokale Zusatzinformationen ermittelt werden, die insbesondere die Interessen und Bedürfnisse der lokalen Akteure und der Betroffenen ermitteln können. Dazu bieten sich zwei Instrumente an: Das erste Instrument ist das qualitative Interview oder eine Gesprächsrunde mit ExpertInnen des Ausbildungsmarktes und Betroffenen vor Ort, um grundsätzliche Entwicklungen und Probleme zu erfassen. Das zweite Instrument ist die standardisierte, schriftliche Umfrage über einen Fragebogen, der in der Regel auf der Basis der qualitativen Gespräche entwickelt worden ist und die Hypothesen über den Ausbildungsmarkt auf ihre Generalisierbarkeit überprüft.

Potentialanalyse

Die Sammlung und Bewertung der regionalen und lokalen Basisinformationen wurde im Rahmen einer Potentialanalyse vorgenommen. Die Potentialanalyse sollte einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Ausbildungsmarktes auf der Angebotsseite und auf der Nachfrageseite bieten. Die Potentialanalyse war mit den folgenden Zielen verbunden:

- der Erfassung der Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes in der Form demographischer Entwicklungen sowie
- der Aufbereitung der offiziellen Daten für Wirtschaftsentwicklung, Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die Potentialanalyse umfaßt als Bestandteile die Entwicklung der Wohnbevölkerung in Mainz, die wirtschaftliche Entwicklung in Mainz nach Wirtschaftsbereichen, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, der SozialhilfeempfängerInnen, des Ausbildungsstellenangebots in Mainz, die Entwicklung der Ausbildungsstellennachfrage in Mainz sowie die aktuelle Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen, aufgeschlüsselt nach schulischen und geschlechtsspezifischen Kriterien sowie nach der Staatsangehörigkeit.

Zur Erarbeitung der Potentialanalyse wurden veröffentlichte und unveröffentlichte Statistiken sowie Sonderauswertungen der Bundesanstalt für Arbeit, des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, der regionalen Kammern, des Amtes für Statistik und Stadtentwicklung sowie des Sozialamtes der Stadt Mainz einbezogen.

Betriebsumfrage

Eine Erfassung der lokalen und regionalen Zusatzinformationen über den Mainzer Ausbildungsmarktes war sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite erforderlich. Auf der Angebotsseite schien uns eine Befragung der Mainzer Betriebe notwendig zu sein. Die Betriebsumfrage war mit den folgenden Zielen verbunden:

- der Identifizierung der grundsätzlichen Probleme und Entwicklungstendenzen des Angebotes – d.h. auf Seiten der Betriebe – auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt,
- der Verdeutlichung des Angebotsverhalten der Mainzer Betriebe in Bezug auf Ausbildung sowie
- der Ermittlung der Anforderungen der Mainzer Betriebe an die Jugendlichen.

In einem ersten Themenblock wurden allgemeine Entwicklungen der Mainzer Betriebe, u.a. die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, die Zukunftserwartungen sowie die Beschäftigungsentwicklung der Betriebe, betrachtet. Im zweiten Themenblock wurden die Ausbildungsberechtigung, die tatsächliche Ausbildungsbeteiligung und die Ausbildungsplatzentwicklung der Mainzer Unternehmen in den vergangenen Jahren näher beleuchtet. Eine besondere Berücksichtigung fand in diesem Kontext das Problem unbesetzter Lehrstellen. In einem dritten Themenblock wurde die Besetzung von Ausbildungsstellen eingehender untersucht. Dabei wurden Fragen im Zusammenhang mit Behinderung, Nationalität, Geschlecht, Schulabschluß und Praktikum eingehender betrachtet. Nach einem Exkurs zur Darstellung der wichtigsten Ergebnisse über ausländische Betriebe setzt sich dieser Bericht in einem vierten Themenblock mit zentralen Themenstellungen im Zusammenhang mit Fördermitteln und Ausbildungsverbänden auseinander.

Der Fragebogen zur Betriebsumfrage wurde mit der Arbeitsmarktförderung und verschiedenen Abteilungen der Mainzer Stadtverwaltung, dem Arbeitsamt Mainz sowie der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen und der Handwerkskammer Rheinhessen entwickelt bzw.

abgestimmt. Es erfolgte eine Anmeldung beim Datenschutzbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz.

Beim Versand des Fragebogens wurde sowohl ein Anschreiben unseres Instituts als auch ein Anschreiben des Mainzer Oberbürgermeisters beigelegt, in denen über die Ziele der Umfrage informiert wurde. Im Vorfeld der Versendung wurde zudem in allen Mainzer Zeitungen – teilweise mehrmals – über die anstehende Betriebsbefragung informiert, um die Adressaten auf die Zusendung des Fragebogens vorzubereiten.

Zur Vorbereitung der Betriebsumfrage erhielt das ISM nach einer Genehmigung durch das Bundesministerium für Arbeit eine Datei mit rund 4.700 Mainzer Adressen von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Diese Datei enthielt allerdings nicht nur die Adressen von wirtschaftlich tätigen Betrieben in Mainz, sondern auch die Adressen von Verbänden, Vereinen oder Haushalten, die mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Schätzungsweise rund 3.500 Unternehmen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind gegenwärtig in Mainz wirtschaftlich tätig.

Da allein aus der Adressendatei eine wirtschaftliche Tätigkeit nicht ersichtlich war, entschlossen wir uns, alle Adressen anzuschreiben. Dies hatte natürlich zur Folge, daß z.B. auch Privathaushalte oder Vereine, die zum Beispiel nur Reinigungskräfte sozialversicherungspflichtig beschäftigen, oder kulturelle Verbände, die eine Schreibkraft eingestellt haben, angeschrieben worden sind, also Adressaten, die grundsätzlich nicht ausbilden.

Die Überprüfung des Rücklaufs hat allerdings gezeigt, daß der deutlich überwiegende Anteil der Fragebögen – über 95% – von wirtschaftlich tätigen Unternehmen beantwortet worden ist. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß eine relevante Schiefe der Ergebnisse durch die Einbeziehung der „falschen“ Adressaten nicht zu befürchten ist.

Die Fragebögen wurden den Betrieben in der ersten Märzwoche mit der Post zugestellt. Bis Ende März 1999 wurde um eine Rücksendung des Fragebogens in einem unfreien Rückumschlag gebeten, der dem Fragebogen beigelegt war. Insgesamt konnten einschließlich der Antworten aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes 1.143 Fragebögen statistisch verwertet werden. Da sich die Auswertung jedoch auf die wirtschaftlich tätigen Unternehmen beschränken sollte, sind letztendlich 1.078 Antwortbögen in die Auswertungen eingegangen. Damit konnte letztendlich ein Rücklauf von rund 30% erzielt werden.

Schulumfrage

Komplementär zu der Angebotsseite war auf der Nachfrageseite eine aktuelle Befragung in den Abgangsklassen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen erforderlich. Die Schulumfrage wurde im Juni 1999 in der Landeshauptstadt Mainz in den Abgangsklassen der Haupt- und Realschulen sowie der Integrierten Gesamtschule und in einer Sonderschule durchgeführt. Aus organisatorischen Gründen konnten die Schulabgängerinnen und – abgänger der Gymnasien nicht einbezogen werden. Im Bereich der berufsbildenden Schulen wurden die Schülerinnen und Schüler derjenigen Klassen befragt, die sich nicht in einer beruflichen Ausbildung befanden, d.h. die Klassen der Berufsfachschule, des Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsgrundschuljahres und des Berufsvorbereitungsjahres. Die Umfrage in

den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen war mit den folgenden Zielen verbunden:

- der Analyse von Entwicklungstendenzen der Nachfrage auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt,
- der Ermittlung der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen, die unmittelbar vor dem Übergang von der Schule zum Berufsleben stehen sowie
- der Untersuchung des Bewerbungsverhaltens der SchulabgängerInnen.

Zur Durchführung der Befragung mußten zwei Fragebögen entworfen werden, um den jeweiligen Anforderungen der Haupt- und Realschulen einerseits und der berufsbildenden Schulen andererseits gerecht zu werden. Die Fragebögen wurden mit der Arbeitsmarktförderung sowie verschiedenen Abteilungen der Mainzer Stadtverwaltung entwickelt. Neben einer Anmeldung beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung erfolgte ebenfalls eine Anmeldung beim Datenschutzbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz.

Nach einem vorangegangenen Anschreiben und einer weiteren telefonischen Kontaktaufnahme wurden die Fragebögen den Mainzer Schulen postalisch zugesandt.

Insgesamt wurden den allgemeinbildenden Schulen in der zweiten Juniwoche 1999 rund 1.500 Fragebögen zugestellt, die die Jugendlichen mit den Klassenlehrern oder den entsprechenden Fachlehrern im Unterricht ausgefüllt haben. 717 Fragebögen konnten statistisch ausgewertet werden. Den berufsbildenden Schulen wurden etwa 1.000 Fragebögen zugesandt. Aus diesem Bereich konnten insgesamt 419 Fragebögen in die Untersuchung eingehen.

Danksagung

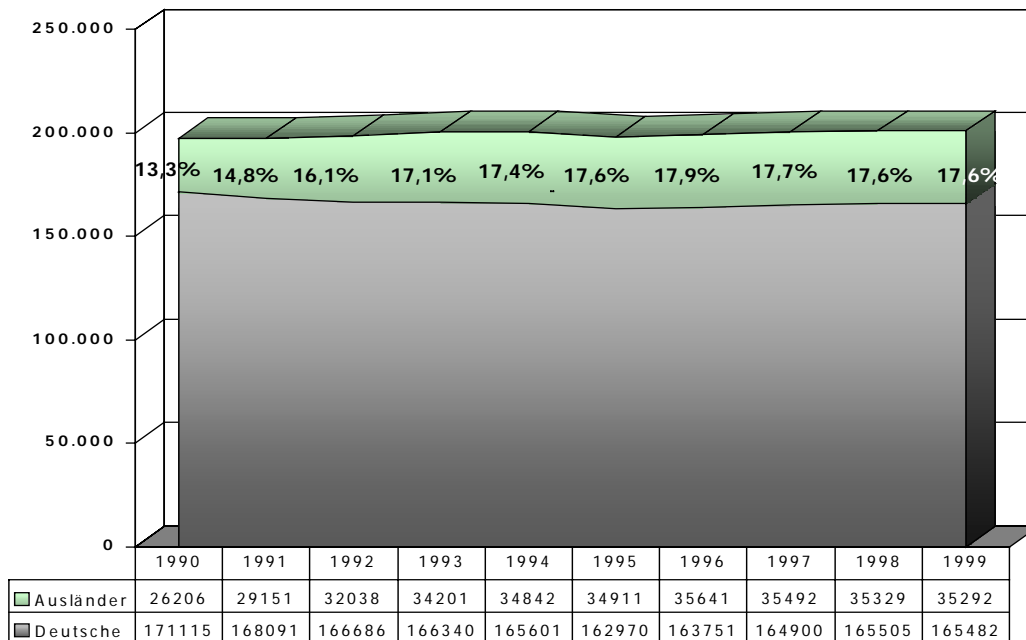
An dieser Stelle möchten wir uns bei all denjenigen bedanken, die uns bei der Durchführung des Ausbildungsmarktmonitorings tatkräftig unterstützt haben: Bernd Bröde, Hans-Peter Frühauf, Michael Müller und Martina Müller-Grahl für die Dateneingaben der Betriebsumfrage und der Schulumfrage, Charlotte Pfütze, Johannes Pfütze, Nicolle Kügler, Karin Schmidt, Anja Stuff und Michael Wolter für das Eintüten und den Versand der Betriebsumfrage. Ein ganz besonderer Dank geht an die ungekrönten Beherrscher ihrer Statistiken, Herrn Übel vom Arbeitsamt Mainz und an Herrn Schiller vom Amt für Statistik und Stadtentwicklung der Stadt Mainz, die uns auf viele Tücken in der Datenerfassung und -interpretation aufmerksam gemacht haben, sowie an Herrn Biagioni und Frau Schober von der Arbeitsmarktförderung der Stadt Mainz für die vielfältige Unterstützung bei der Entstehung dieses Berichts.

1. Potentialanalyse für die Stadt Mainz

1.1. Wohnberechtigte Bevölkerung in der Stadt Mainz

Die Wohnbevölkerung in der Stadt Mainz ist in den 90er Jahren von etwa 197.300 auf knapp über 200.800 EinwohnerInnen angestiegen. Dieser Anstieg um rund 3.500 EinwohnerInnen oder 1,75% ist ausschließlich auf die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung zurückzuführen. Die Zahl der AusländerInnen stieg in diesem Zeitraum um 9.000 EinwohnerInnen, während die deutsche Wohnbevölkerung um etwas mehr als 5.500 gesunken ist. Damit nahm der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 13,3% im Jahr 1990 auf 17,6% im Jahr 1999 zu. Bei dieser Entwicklung ist jedoch zu beachten, daß seit dem Jahr 1994 kaum noch Veränderungen bei der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in der Stadt Mainz zu erkennen sind, was sowohl die ausländischen als auch die deutschen EinwohnerInnen betrifft.

Wohnberechtigte Bevölkerung in Mainz nach Staatsangehörigkeit von 1990 - 1999 (jeweils 31. Dezember)



Eine sozialräumliche Analyse nach Stadtteilen verdeutlicht die heterogene Verteilungsstruktur innerhalb der Stadt Mainz. Auf fünf der fünfzehn Stadtteile – Altstadt, Neustadt, Oberstadt, Hartenberg-Münchfeld und Mombach – konzentrieren sich knapp 61% der ausländischen Wohnbevölkerung, wobei in manchen Stadtteilen die Ausländerquote über 25% beträgt. Besonders hervorzuheben sind hier die Neustadt mit 26,6% und die Altstadt mit 23,5%. Dagegen gibt es aber auch fünf Stadtteile – Marienborn, Lerchenberg, Drais, Ebersheim und Weisenau –, in denen die Ausländerquote unter 10% liegt. Beispielsweise liegt sie in Drais bei nur 4,8%.

1.2. Wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Mainz

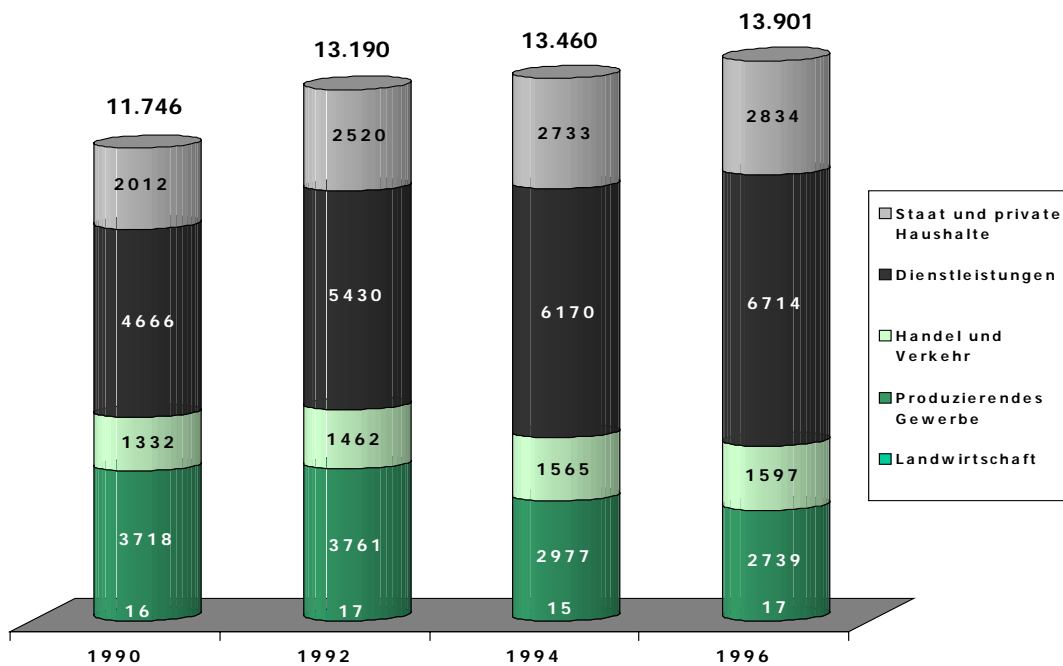
Die Wirtschaftskraft in der Stadt Mainz hat in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine überaus positive Entwicklung genommen. Von 1990 bis 1996¹ ist die Bruttowertschöpfung insgesamt um rund 18% angestiegen.

Allerdings profitierten nicht alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen von diesem Aufschwung: Während die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich von 1990 bis 1996 um 44% zugenommen hat und dessen Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung damit von 40% auf 48% gewachsen ist, ist die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe um 26% gesunken. Nachdem der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 1990 noch 32% betragen hat, ist er bis 1996 auf nur noch 20% gesunken.

Von der allgemeinen positiven Wirtschaftsentwicklung profitierten auch der Staat und die privaten Haushalte mit einem Zuwachs von 41% sowie der Bereich Handel und Verkehr mit einem Anstieg um 20%. Der Bereich der Landwirtschaft, der in der Stadt Mainz nur eine marginale Rolle spielt, blieb konstant.

Mit dieser Entwicklung spiegelt sich in Stadt Mainz ein Trend wieder, der auch in anderen Städten vergleichbarer Größe festzustellen ist: Der Dienstleistungsbereich und der Bereich Handel und Verkehr gewinnen stark an ökonomischer Bedeutung, während das Produzierende Gewerbe recht deutliche Einbußen zu verzeichnen hat.

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Mainz 1990 - 1996 (zu Marktpreisen in Mio. DM)



¹ Aktuellere Daten zur Bruttowertschöpfung liegen gegenwärtig noch nicht vor.

1.3. Beschäftigung in der Stadt Mainz

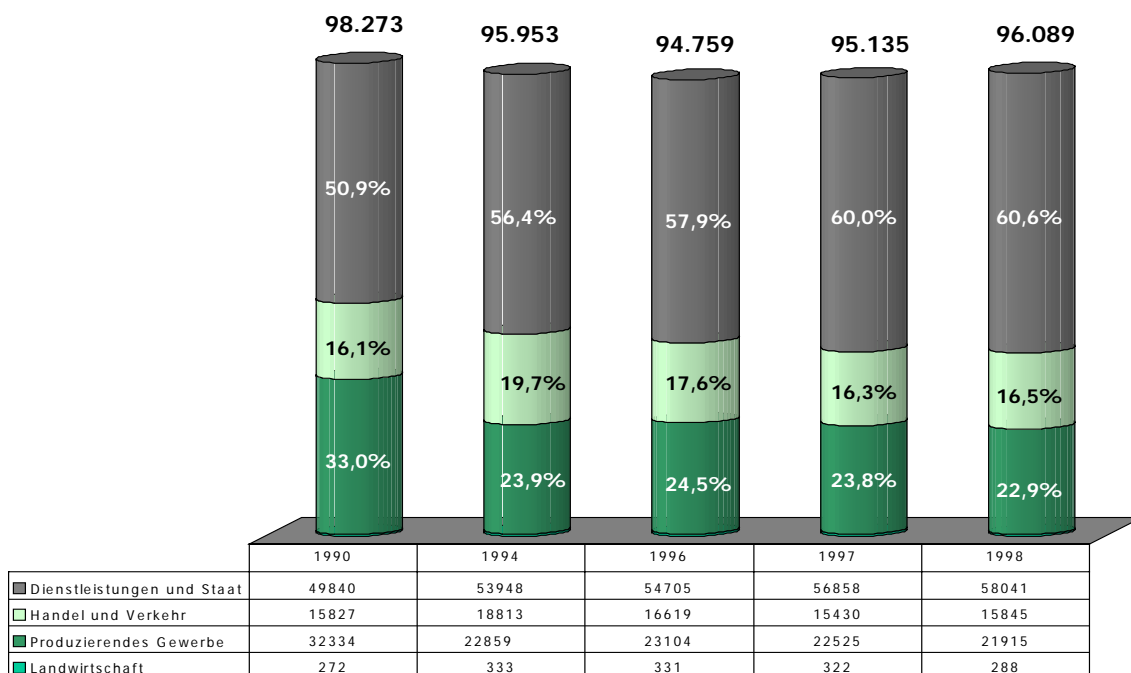
Mit dem Anstieg der Bruttowertschöpfung ist allerdings keine durchgängig positive Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes in Mainz einhergegangen: So hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1990 bis 1996 um rund 3.500 Beschäftigte oder 3,6% abgenommen. Erst seit 1997 nimmt die Beschäftigtenzahl wieder zu. Nichtsdestotrotz lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1998 um 2.000 Personen oder um 2,2% niedriger als noch acht Jahre zuvor.

Analog zur wirtschaftlichen Entwicklung hat sich auch die Zusammensetzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen verändert. Im Produzierenden Gewerbe ist die Beschäftigtenzahl kontinuierlich um knapp ein Drittel gesunken. Erst ab 1997 konnte ein starker Arbeitsplatzzuwachs im Bereich Dienstleistungen und Staat die vorausgegangenen Verluste beenden, aber noch nicht kompensieren. Insgesamt ist der Anteil der Beschäftigten im Bereich Dienstleistungen und Staat an allen Beschäftigten von 1990 mit 50,9% bis 1998 auf 60,6% angestiegen, während er im Produzierenden Gewerbe von 33% auf 22,9% gefallen ist. Weitgehend konstant blieb die Zahl der Beschäftigten dagegen in der Landwirtschaft sowie im Bereich Handel und Verkehr.

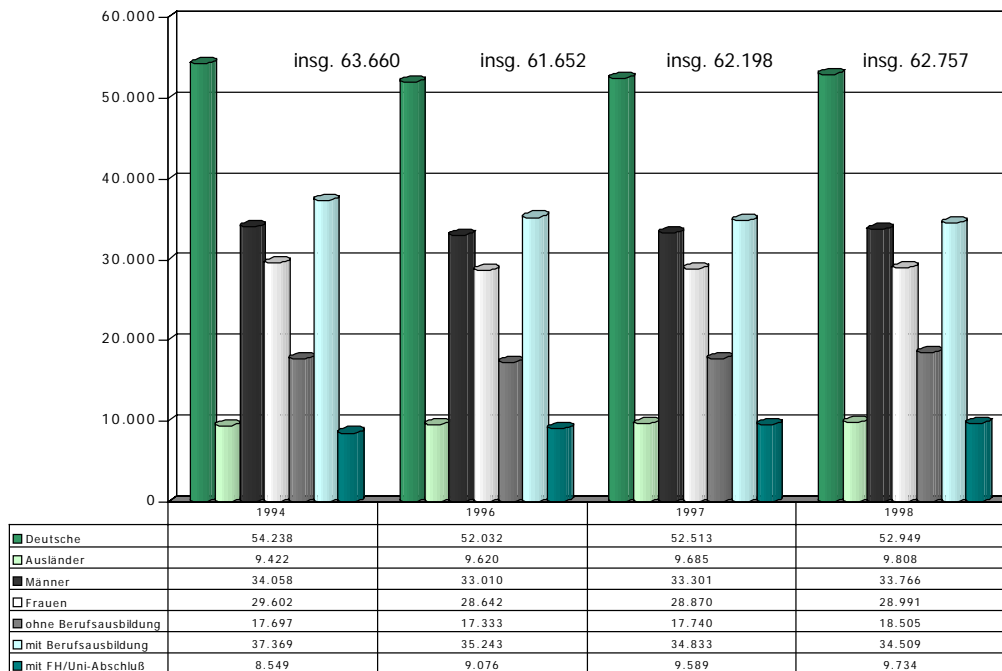
Eine andere Sichtweise als die Betrachtung der in Mainz sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die die große Zahl der Einpendler nach Mainz einbezieht, bietet der Blick auf die Entwicklung der in Mainz wohnhaften sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen.

Eine genauere Betrachtung der Struktur der in Mainz wohnhaften sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen zeigt, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht alle Gruppen in gleichem Ausmaß betroffen hat: Im Zeitraum von 1994 bis 1998 sind die deutschen Ar-

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Mainz nach Wirtschaftsbereichen 1990 - 1998



Struktur der in Mainz wohnhaften sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer 1994 - 1998 (jeweils 30. Juni)



beitnehmerInnen von einem Arbeitsplatzverlust um 2,4% betroffen, während ausländische ArbeitnehmerInnen einen leichten Zuwachs um 4,1% zu verzeichnen haben. Die Arbeitsplätze für Männer haben um 0,85% ebenso abgenommen wie die Arbeitsplätze für Frauen um 2,1%.

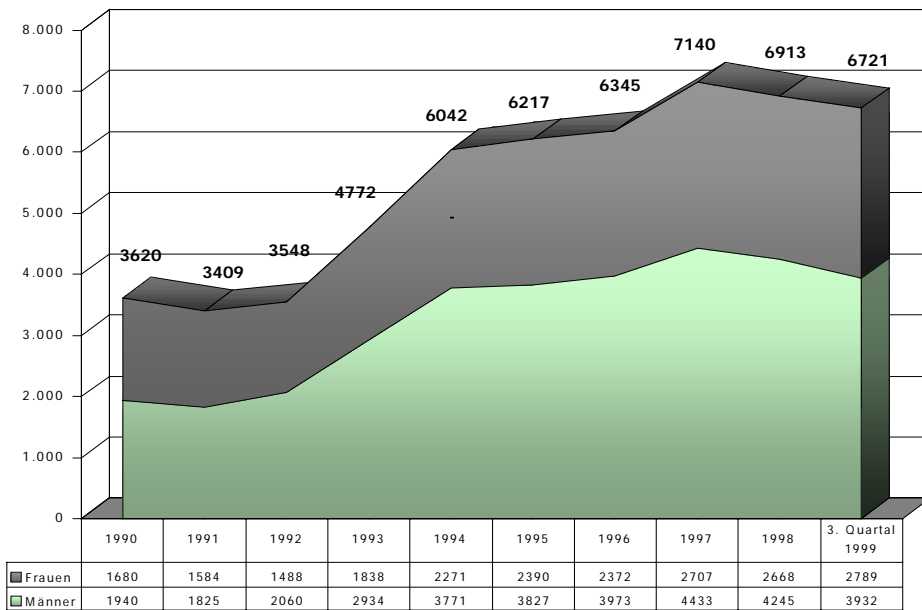
Die Arbeitsplätze für ArbeitnehmerInnen mit einem Hoch- bzw. Fachhochschulabschluß sind um 13,9% und für Beschäftigte ohne Berufsabschluß um 4,6% angestiegen, während die Arbeitsplätze für ArbeitnehmerInnen mit Berufsabschluß um 7,7% zurückgegangen sind. Der Anstieg der ausländischen ArbeitnehmerInnen und der Beschäftigten ohne einen Berufsabschluß läßt sich zum einen durch die starke Zunahme von Einfacharbeitsplätzen und zum anderen durch eine vermehrte Teilzeitbeschäftigung erklären.

1.4. Arbeitslosigkeit in der Stadt Mainz

Der bis 1997 zu verzeichnende Anstieg der Arbeitslosigkeit verdeutlicht die wachsenden Probleme auf dem Mainzer Arbeitsmarkt noch stärker als die eben dargestellte Entwicklung der Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Von 1990 bis 1997 hat die Zahl der Arbeitslosen um 3.520 Personen oder 97,2% zugenommen. Dabei gab es allein zwischen 1992 bis 1994 einen Anstieg um 70%. Nachdem im Jahr 1997 mit 7.140 Personen Zahl der Arbeitslosen am höchsten war, ist die Zahl seitdem bis zum Ende des 3. Quartals 1999 um etwa 400 gegenüber dem Höchststand leicht zurückgegangen.

Von Arbeitslosigkeit waren die männlichen Arbeitnehmer mit einem Zuwachs von 102,8% deutlich stärker betroffen als die weiblichen Arbeitnehmerinnen mit einem Plus von 66,0%. Daraus läßt sich jedoch nicht unbedingt schließen, daß Frauen in einem geringeren Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Männer. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, daß Frau-

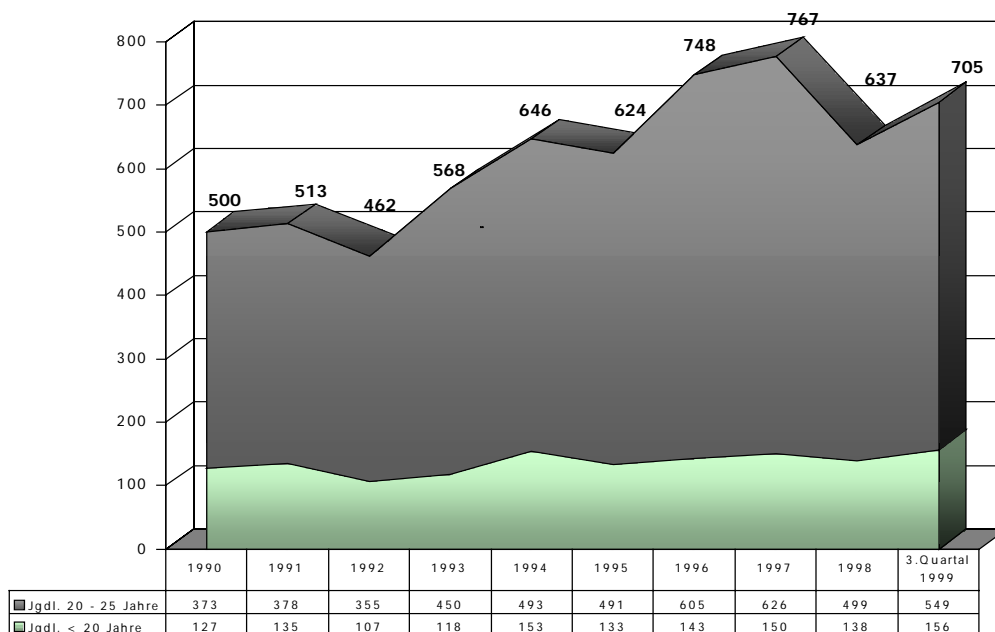
Arbeitslosigkeit in der Stadt Mainz



en nach einem Arbeitsplatzverlust vermehrt in den Haushalt zurückkehren und somit nicht mehr in den Statistiken des Arbeitsamtes geführt werden, während Männer in der Arbeitslosigkeit verbleiben.

Von dem Verlauf der Arbeitslosigkeit in Mainz sind in einem schwächeren Ausmaß auch die jungen abhängig Beschäftigten betroffen. So nahm die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Jahren von 1990 bis 1999 um 41% zu. Bei der Gruppe unter 20 Jahren stieg die Arbeitslosigkeit um 22,8%, während die Gruppe zwischen 20 und 25 Jahren einen Anstieg von 47,2% verzeichnete.

Arbeitslosigkeit von Jugendlichen in der Stadt Mainz 1990 - 1999



Zwar wurde der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 erreicht und im Jahr 1998 ein Rückgang von 17,9% gegenüber dem Vorjahr erzielt, in jüngster Zeit ist allerdings wieder ein Anstieg zu erkennen.

Betrachtet man die Gruppe unter 20 Jahren, dann kann festgestellt werden, daß vor allem Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von Arbeitslosigkeit betroffen sind: 76% dieser Gruppe haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Aber auch bei den Jugendlichen zwischen 20 und 25 Jahren sind 55% ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung.

1.5. SozialhilfeempfängerInnen in der Stadt Mainz

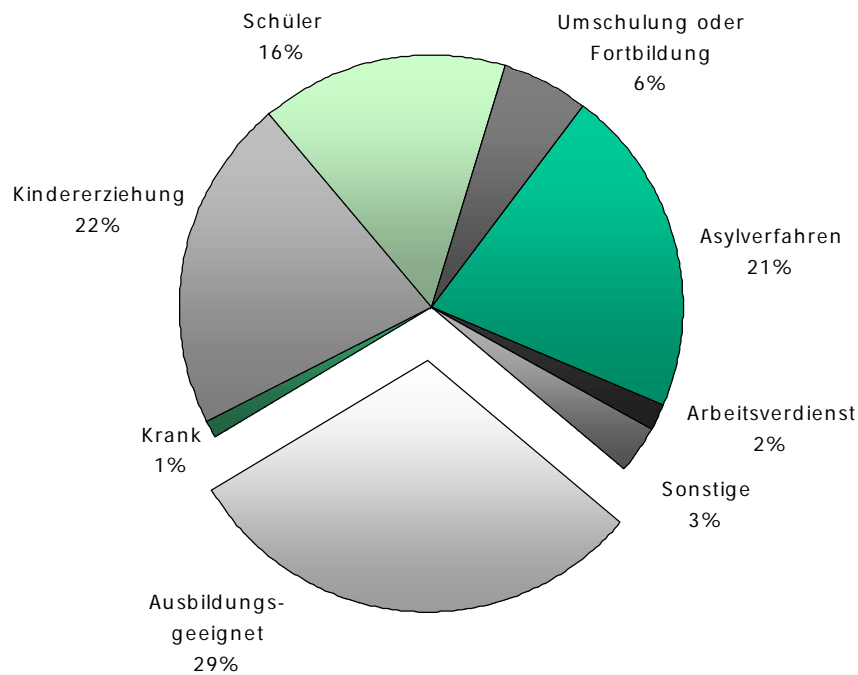
Schätzungsweise ein Drittel aller Sozialhilfebedürftigen bezieht aufgrund von Arbeitslosigkeit Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Die wachsende Arbeitslosigkeit ist auch ein ausschlaggebender Faktor für eine zunehmende Sozialhilfebedürftigkeit in der Stadt Mainz. Allein in den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen um 37% gestiegen. Dieser Anstieg war bei den Männern mit einem Zuwachs von 48% besonders hoch. Aber auch in der Gruppe der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahre hat die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen um 25% zugenommen.²

SozialhilfeempfängerInnen in der Stadt Mainz			
	31.12.1997	31.12.1998	30.09.1999
Personen insgesamt	9.195	12.236	12.585
• Männer	3.986	5.043	5.885
• Frauen	5.209	6.193	6.700
Alter unter 18 Jahren	2.702	2.974	3.568
• unter 7 Jahren	1.287	1.401	1.665
• 7 – 14 Jahre	962	1.054	1.337
• 14 – 18 Jahre	453	519	566

Eine differenziertere Betrachtung verdeutlicht, daß rund 200 Jugendliche und junge Erwachsene oder 29% der jungen SozialhilfeempfängerInnen ohne eine Berufsausbildung sind, sich aber grundsätzlich für eine Ausbildung eignen. Dazu kommt noch ein nicht genau quantifizierbarer Anteil der jungen und häufig alleinerziehenden jungen Mütter, die aufgrund einer frühen Mutterschaft oftmals keine Berufsausbildung abschließen konnten.

² Aufgrund einer fehlenden statistischen Erfassung fällt die hier noch interessierende Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren in die Gruppe der Erwachsenen und kann daher nicht gesondert ausgewertet werden.

Jugendliche SozialhilfeempfängerInnen in Mainz nach besonderen Merkmalen (Stand: Juni 1999)

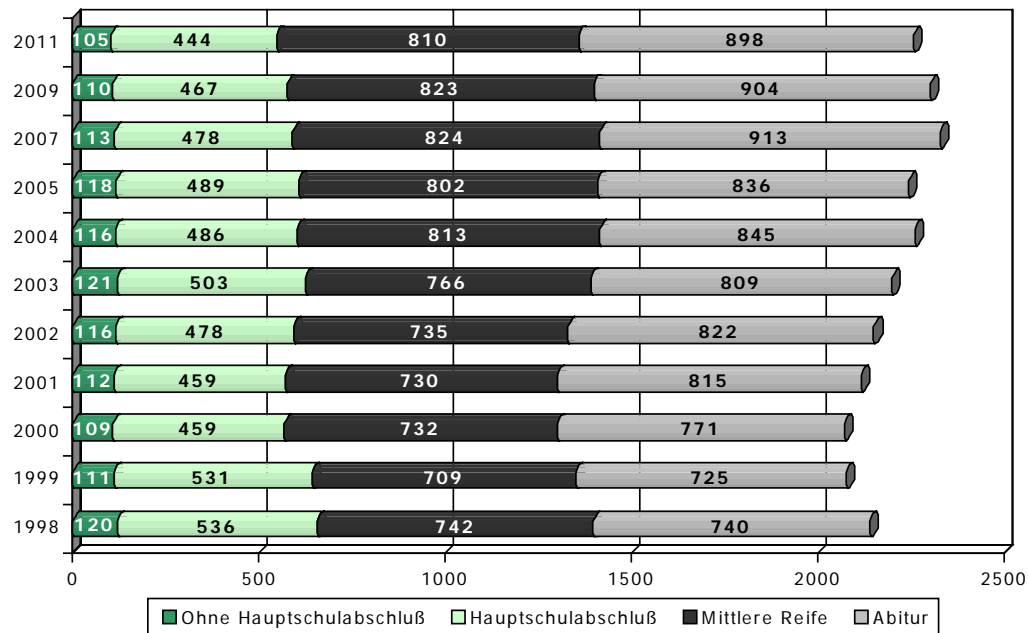


1.6. Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz

Die demographische Entwicklung – ablesbar an der Prognose für die Entlassungen aus den allgemeinbildenden Schulen – läßt zumindest mittelfristig keine Beruhigung für den Mainzer Ausbildungsmarkt erwarten. Bis zum Jahr 2007 ist ein stetiger Anstieg der SchulabgängerInnen zu erkennen, so daß mit einer weiter wachsenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gerechnet werden muß. Die einzige erfreuliche Entwicklung besteht dabei im geschätzten Rückgang der Jugendlichen mit Hauptschulabschluß oder gar keinem Schulabschluß und dem komplementär damit verbundenen Ansteigen der Jugendlichen mit einem höheren Schulabschluß.

Diese Entwicklung stärkt aber andererseits die Befürchtung, daß die Jugendlichen mit niedrigen Schulabschlüssen einem noch stärkeren Konkurrenzdruck bei der Ausbildungsplatzsuche ausgesetzt sein könnten und zunehmend in niedrigqualifizierte Berufszweige oder ganz vom Ausbildungsmarkt verdrängt werden. Dies ist vor allem dann zu befürchten, wenn keine zusätzlichen Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren geschaffen werden und das Potential der offenen Lehrstellen das der BewerberInnen nicht deutlich übersteigt oder nicht weitere Hilfen beim Übergang von der Schule in den Beruf angeboten werden.

Schulentlassungen aus allgemeinbildenden Schulen: Prognose für Mainz im Zeitraum von 1998 - 2011



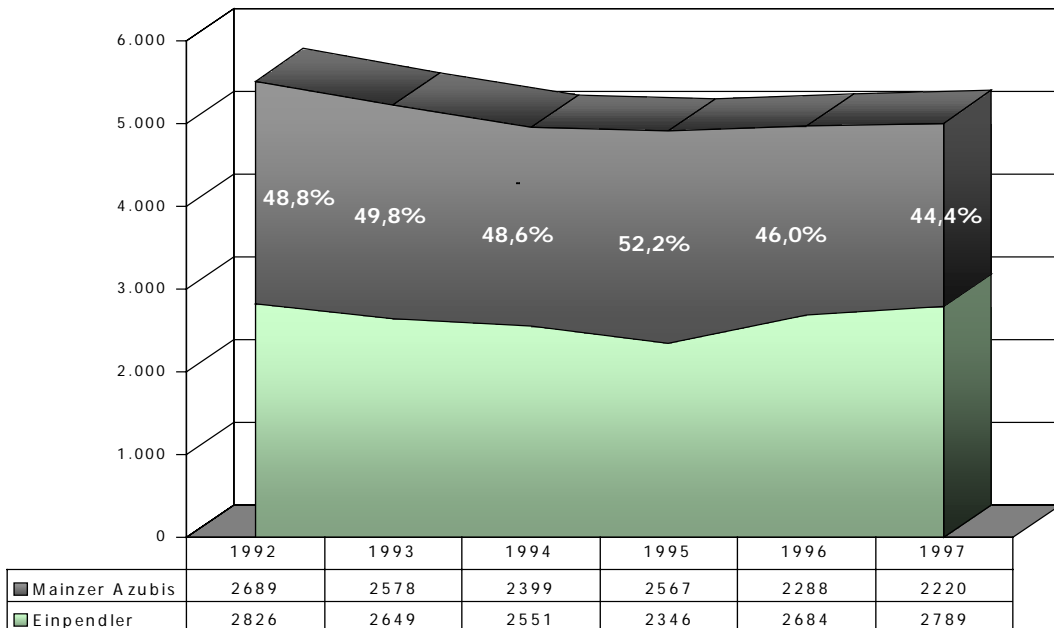
Erschwerend kommt für die Mainzer Jugendlichen hinzu, daß die Stadt Mainz eine hohe überregionale Attraktivität genießt. Der Anteil der nach Mainz einpendelnden Auszubildenden lag mit der Ausnahme des Jahres 1995 stets höher als der Anteil der aus Mainz stammenden Auszubildenden und erreichte im Jahr 1997 mit 55,6% seinen höchsten Stand. Für die Mainzer Jugendlichen bedeutet dies, daß sie einem starken Konkurrenzdruck aus dem Umland ausgesetzt sind.³

Besonders für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem Landkreis Mainz-Bingen mit 41,1%, dem Landkreis Alzey-Worms mit 11,8%, der Stadt Wiesbaden mit 8,7% und dem Landkreis Groß-Gerau mit einem Anteil von 7,9% aller EinpendlerInnen ist die Stadt Mainz offensichtlich ein attraktiver Ort für eine Berufsausbildung. Überraschend ist dagegen, daß gerade einmal 1,3% aller EinpendlerInnen aus der kreisfreien Stadt Worms in Mainz eine Ausbildung absolvieren.

Umgekehrt kann der häufig geäußerten Vermutung widersprochen werden, daß die Mainzer Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu unflexibel bei der Wahl ihres Ausbildungsortes sind, denn immerhin 25,9% aller Mainzer Jugendlichen absolvieren eine Berufsausbildung außerhalb von Mainz. Größter Anziehungspunkt ist dabei Wiesbaden mit den über dem Rhein gelegenen AKK-Stadtteilen, gefolgt vom Landkreis Mainz-Bingen. Auch die seit dem Jahr 1994 absolut wachsende Zahl der Mainzer Jugendlichen, die außerhalb der Stadt Mainz eine Ausbildungsstelle haben – von 645 im Jahr 1994 bis auf 775 im Jahr 1997 –, unterstreicht die wachsende Flexibilität und Mobilität der Mainzer Jugendlichen.

³ Im Gegensatz zu Mainz sind die Jugendlichen in den umliegenden Landkreisen nicht einem solchen Konkurrenzdruck ausgesetzt: Im Landkreis Mainz-Bingen beträgt der Anteil der einpendelnden Auszubildenden 31,6% und im Landkreis Alzey-Worms nur 25,9%.

Anteil der sozialversicherungspflichtigen Einpendler und Mainzer auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt (jeweils 30. Juni)



1.7. Angebot auf dem Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz

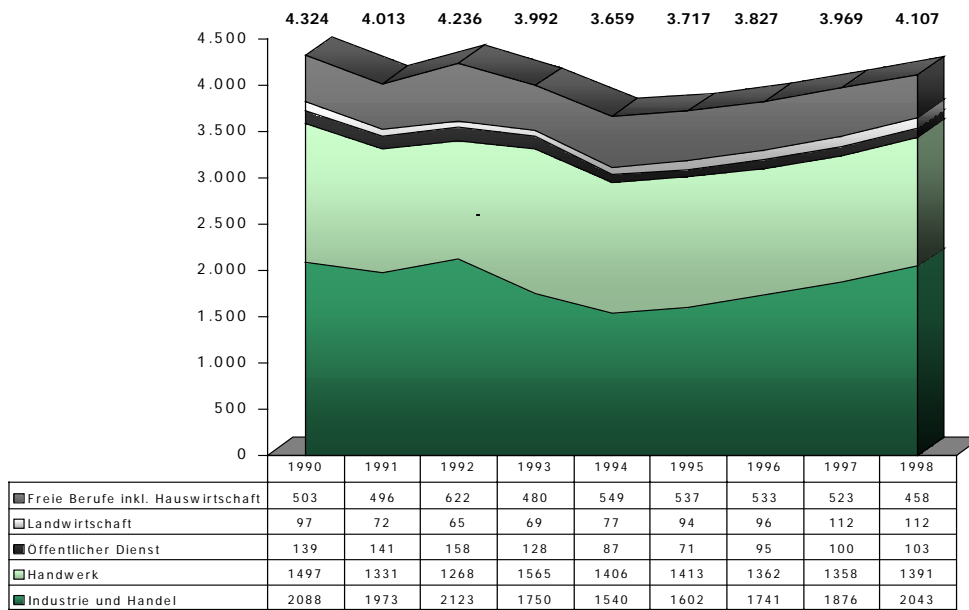
Der Mainzer Ausbildungsmarkt hat in den 90er Jahren einen wechselhaften Verlauf erlebt, der erheblich dynamischer als die Entwicklung des Arbeitsmarktes war. Die Zahl der im Arbeitsamtsbezirk Mainz⁴ jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat von 1990 bis 1994 um 15,4% deutlich abgenommen.⁵ Erst seit dem Jahr 1995 ist ein Anstieg um 12,2% feststellbar, der die vorausgegangenen Verluste allerdings nicht vollständig kompensiert hat. Zwischen 1990 und 1998 ist ein Gesamtrückgang um 5,0% zu notieren.

Sowohl der Rückgang als auch die Wiederbelebung in der Entwicklung der Ausbildungsverträge ist vor allem auf den Bereich Industrie und Handel zurückzuführen. In diesem Bereich ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zwischen 1990 und 1994 um 35,6% gesunken. Von 1994 bis 1998 sind die Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel mit 32,7% um fast ein Drittel wieder angestiegen. Im Bereich des Handwerks ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bis Ende 1998 dagegen vergleichsweise kontinuierlich um 7,6% gesunken.

⁴ Für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gibt es nur eine statistische Auswertung für den Arbeitsamtsbezirk.

⁵ 1986 hat die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sogar noch 5.681 betragen.

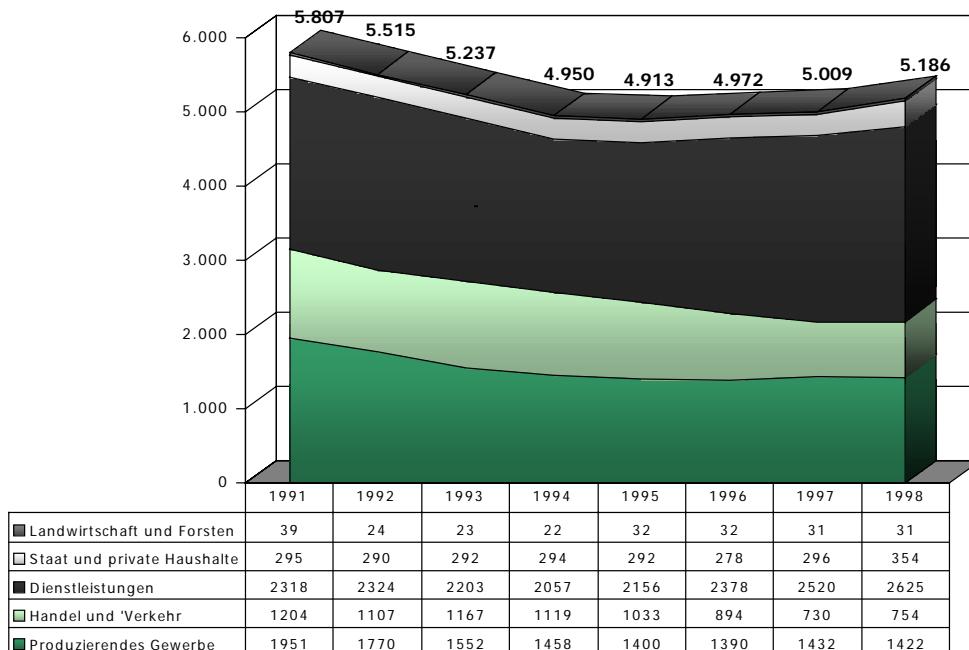
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Arbeitsamtsbezirk Mainz von 1986 - 1998 nach Wirtschaftssektoren (jeweils 30. September)



Diese wechselhaft verlaufende Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist keineswegs ausschließlich auf Rationalisierungsmaßnahmen oder eine gesunkene Ausbildungsbereitschaft der Mainzer Betriebe zurückzuführen. Wie weiter unten noch gezeigt wird, waren nämlich bis einschließlich 1995 noch deutlich mehr Ausbildungsstellen als BewerberInnen beim Arbeitsamt gemeldet.

Eine Darstellung der bestehenden Ausbildungsstellen ist mit etwas veränderten Bezugsgrößen nicht nur für den Arbeitsamtsbezirk Mainz, sondern auch für die Stadt Mainz möglich.

Ausbildungsplätze nach Wirtschaftszweigen in der Stadt Mainz 1991 - 1998

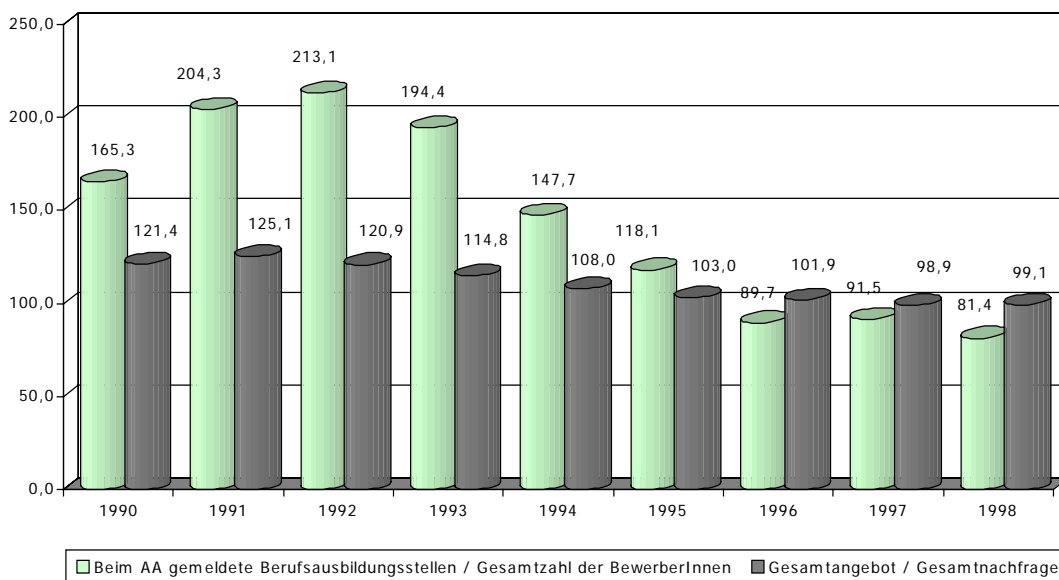


Die Entwicklung der Zahl der bestehenden Ausbildungsverhältnisse in der Stadt Mainz verlief etwas kontinuierlicher als die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Arbeitsamtsbezirk.

Ähnlich wie im Arbeitsamtsbezirk Mainz gab es nach einem Rückgang der Ausbildungsplätze um 15,4% bis 1995 einen leichten Anstieg um 5,6% bis 1998, der die vorangegangenen Ausbildungsplatzverluste noch nicht ausgeglichen hat. Das Produzierende Gewerbe weist bis 1996 einen Verlust von 28,8% auf, hat sich allerdings seitdem stabilisiert. Dagegen hat der Bereich Handel und Verkehr bis 1997 einen Ausbildungsplatzrückgang um 40,3% und erst 1998 wieder leicht verbesserte Zahlen zu verzeichnen. Als einziger Bereich kann der Dienstleistungssektor seit seinem Tiefstand im Jahre 1994 einen kräftigen Ausbildungsstellenzuwachs um 27,6% präsentieren.

Unterstützt werden diese Beobachtungen durch das Verhältnis der gemeldeten Berufsausbildungsstellen gegenüber den gemeldeten BewerberInnen sowie durch das Verhältnis von Gesamtangebot gegenüber Gesamtnachfrage.⁶

Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt im Arbeitsamtsbezirk Mainz 1986 - 1998 (Verhältnis in Prozent)



Von Beginn der 90er Jahre bis zum Jahr 1995 standen den BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz eine deutlich höhere Zahl an Lehrstellen gegenüber. Noch 1992 kamen auf einen Bewerber statistisch 2,13 Stellen. Dieses Verhältnis hat sich danach jedoch kontinuierlich und

⁶ Diese beiden Vergleiche sind aufgrund der vorhandenen Statistiken des Arbeitsamtes allerdings nur auf den Arbeitsamtsbezirk Mainz zu beziehen. Das Gesamtangebot umfaßt die abgeschlossenen Ausbildungsverträge und die beim Arbeitsamt gemeldeten, offenen Lehrstellen (nicht statistisch erfaßbar sind jene Lehrstellen, die nicht besetzt und auch nicht dem Arbeitsamt angeboten worden sind). Die Gesamtnachfrage umfaßt die abgeschlossenen Ausbildungsverträge und die noch nicht vermittelten Bewerber des Arbeitsamtes (nicht statistisch erfaßbar sind jene Bewerber, die keinen Ausbildungsvertrag bekommen haben und auch nicht beim Arbeitsamt gemeldet waren).

deutlich verschlechtert. Rein rechnerisch steht seit 1996 einem Lehrstellenbewerber nicht mal ein Ausbildungsstellenangebot gegenüber. Im Jahr 1998 war mit 0,81 Ausbildungsplätzen auf einen Bewerber ein Tiefstand erreicht.⁷

In diesem Jahr ist eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt erkennbar, die allerdings nicht ganz ungetrübt bleibt. Am 30. September 1999 lag das Verhältnis der Lehrstellen zu den Bewerbern im Hauptamtsbezirk Mainz bei 0,96. Zieht man jedoch die durch das Sofortprogramm „JUMP“ geschaffenen überbetrieblichen Ausbildungsplätze ab, dann liegt das Verhältnis gegenwärtig bei 0,93 Ausbildungsstellen. Damit weist die Geschäftsstatistik des Arbeitsamtes nur eine geringfügige Belebung bei den betrieblichen Ausbildungsstellen auf. Von einer Entwarnung auf dem Ausbildungsmarkt kann also keineswegs gesprochen werden.

Ausbildungsstellen und BewerberInnen im Jahr 1998 und 1999				
	Arbeitsamtsbezirk Mainz		Hauptamtsbezirk Mainz	
	30.09.1998	30.09.1999	30.09.1998	30.09.1999
Angebote Lehrstellen (davon „JUMP“)	3.504 (0)	3.768 (97)	2.074 (0)	2.230 (67)
unbesetzte Lehrstellen	176	227	79	126
BewerberInnen	4.303	4.240	2.549	2.333
noch nicht vermittelte BewerberInnen	215	196	119	91
Verhältnis Lehrstellen zu BewerberInnen (ohne „JUMP“)	0,81	0,89 (0,87)	0,81	0,96 (0,93)

Einschließlich der durch das Sofortprogramm „JUMP“ geschaffenen Stellen hat die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen um 7,0% zugenommen. Ohne das Sofortprogramm hätte der Lehrstellenzuwachs nur 4,8% betragen. Eine differenziertere Betrachtung der gemeldeten und unbesetzten Ausbildungsstellen anhand der bei den Kammern eingetragenen Betrieben weist dabei auf einige Unterschiede hin.

Einen deutlichen Zuwachs an gemeldeten Ausbildungsstellen haben die Handwerkskammer, die Zahnärztle- und Apothekenkammer sowie die Steuerberaterkammer. Dagegen können die Industrie- und Handelskammer, die Landwirtschafts- und die Rechtsanwaltskammer nur eine unterdurchschnittliche Zunahme vermelden. Einen Rückgang registrierten der öffentliche Dienst und die Ärztekammer.

Zu dieser Statistik ist allerdings zu bemerken, daß einerseits die zum 30. September 1999 noch unbesetzten Ausbildungsstellen gegenüber den noch nicht vermittelten BewerberInnen überwiegen und andererseits nicht alle offenen Ausbildungsstellen dem Arbeitsamt gemeldet sind, so daß rein rechnerisch ein Ausgleich auf dem Ausbildungsmarkt durchaus noch möglich ist.

⁷ Ein ähnliches Bild gilt auch für das Verhältnis Gesamtangebot zu Gesamtnachfrage, wo eine günstiger Ausgangslage für die Jugendlichen wiederzufinden ist. Allerdings ist auch hier seit 1997 kein rechnerischer Ausgleich mehr vorhanden.

Gemeldete und unbesetzte Berufsausbildungsstellen (nur Berufe nach BBIG) im Arbeitsamtsbezirk Mainz							
	gemeldete Berufsausbildungsstellen (einschließlich „JUMP“)				unbesetzte Berufsausbildungsstellen am 30. September		
	1998	1999	Differenz	Veränd.	1998	1999	Differenz
HwK	1.081	1.245	+164	+15,2%	93	134	+ 41
IHK	1.769	1.823	+54	+3,1%	56	61	+ 5
Ärzttekammer	90	88	-2	-2,2%	3	3	±0
Zahnärztekammer	77	90	+13	+16,9%	5	9	+ 4
Landwirtschaftskammer	69	70	+1	+1,5%	5	4	+ 1
öffentl. Dienst	191	185	-6	-3,1%	1	5	+ 4
Rechtsanwaltskammer	99	103	+4	+4,0%	8	3	- 5
Apothekenkammer	12	15	+3	+25,0%	1	2	+ 1
Steuerberaterkammer	38	49	+11	+14,1%	3	3	±0
übrige	78	100	+22	+28,2%	1	3	+ 2
insgesamt	3.504	3.768	+246	+7,0%	176	227	+ 51

1.8. Aktuelle Situation der BewerberInnen in Mainz und Umgebung

Eine Betrachtung der aktuellen Zahl der BewerberInnen belegt die anhand der bisherigen Statistiken aufgestellten eher ungünstigen Einschätzungen über den Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz.⁸ Doch bevor Erfolg und Mißerfolg der BewerberInnen bis zum Stichtag des 30. September 1999 analysiert werden, soll zu Anfang die Struktur der BewerberInnen in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen dargestellt werden.⁹ Insgesamt haben sich zum Ausbildungsbeginn 1999/2000 in diesem Raum 2.839 Jugendliche beworben, 7,3% weniger als am 30. September 1998. Unter diesen Jugendlichen waren 1.397 oder 49,2% männliche Bewerber und 1.442 oder 50,8% weibliche Bewerberinnen. Der Ausländeranteil betrug 16,5%, wobei unter den AusländerInnen die männlichen Bewerber mit 53,4% leicht in der Mehrheit waren.

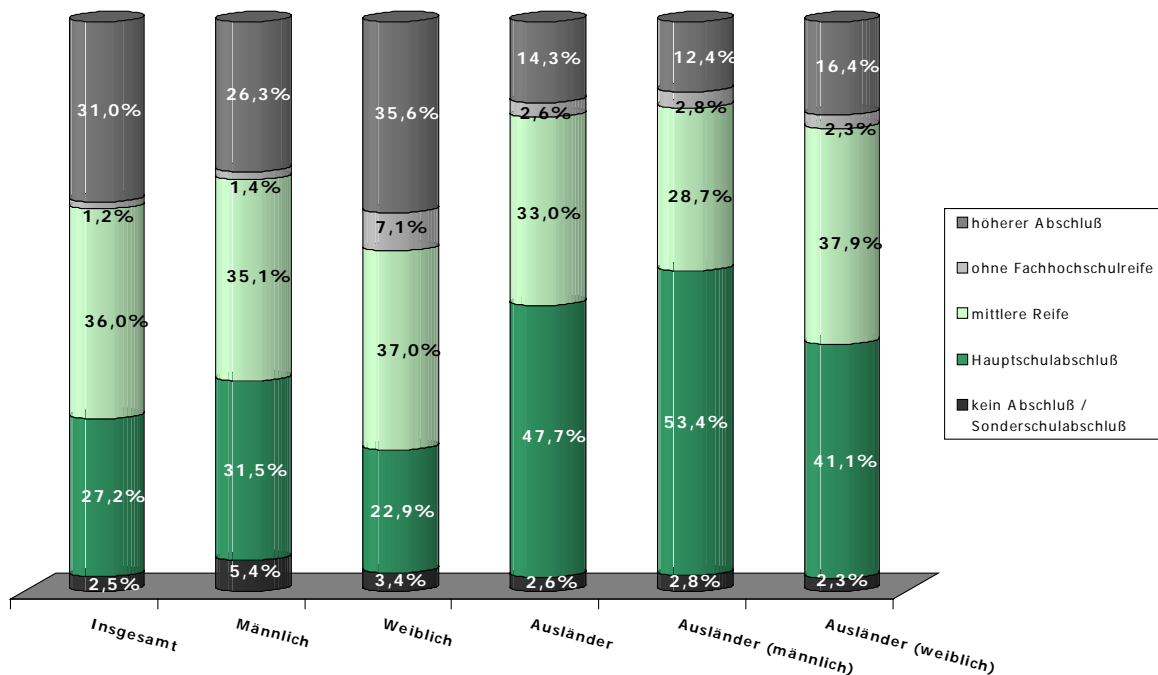
Eine Analyse nach dem Qualifikationsniveau der BewerberInnen kommt zu folgenden Ergebnissen: Knapp ein Drittel der Jugendlichen weist einen niedrigen oder gar keinen Schulabschluß auf,¹⁰ 36,0% haben die mittlere Reife und 32,2% haben die Fachhochschul- bzw. die Hochschulreife. Bei einer Unterscheidung nach den Geschlechtern ergeben sich gravierende Unterschiede: So haben unter den männlichen Bewerbern 36,9% einen niedrigen oder

⁸ Unter BewerberInnen sind nach der Geschäftsstatistik des Arbeitsamtes alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen zu verstehen.

⁹ Die Stadt Mainz und der Landkreis Mainz-Bingen sind der für unsere Analyse kleinräumliche statistischer Bezirk, auf den gegenwärtig ein Datenzugriff möglich ist.

¹⁰ Unter einem niedrigem Schulabschluß wird ein Hauptschulabschluß oder ein Sonderschulabschluß verstanden.

**BewerberInnen nach Schulabschluß im
Hauptamtsbezirk Mainz (Stand: 30. September 1999)**



keinen Schulabschluß, während dieser Anteil bei den weiblichen Bewerberinnen nur 26,3% beträgt. Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei einer Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit auf: 50,3% der ausländischen Jugendlichen haben einen niedrigen oder keinen Schulabschluß. Auch innerhalb dieser Gruppe sind die weiblichen Bewerberinnen schulisch deutlich besser qualifiziert, auch wenn sie nicht an die Werte der deutschen Bewerberinnen heranreichen.

Um nun ein besseres Bild über die tatsächlichen Erfolge der jeweiligen Gruppen auf dem Ausbildungsmarkt zu erhalten, müssen weitere Statistiken herangezogen werden. Dabei vermittelt die in der Öffentlichkeit bekannteste Statistik über den Vergleich der noch unbesetzten Lehrstellen gegenüber den noch nicht vermittelten BewerberInnen jedoch ein unzureichendes Bild.¹¹

Nach dieser Statistik stehen den am 30. September 1999 dem Arbeitsamt im Hauptamtsbezirk Mainz gemeldeten 126 unbesetzten Stellen noch 91 unvermittelte Bewerber gegenüber. Demnach ist erstmals seit einigen Jahren zum Zeitpunkt Ende September rein rechnerisch ein Überschuß der noch unbesetzten Lehrstellen gegenüber den noch nicht vermittelten Bewerber vorhanden.

Dieses positive Ergebnisse vermittelt den Eindruck, daß alle anderen BewerberInnen eine Lehrstelle erhalten haben. Daß dies tatsächlich nicht der Fall ist, belegt eine andere Statistik des Arbeitsamtes, die die BewerberInnen nach Erledigung ihres Beratungsfalles aufschlüsselt. Danach waren von den 2.839 BewerberInnen in der Stadt Mainz und im Landkreis

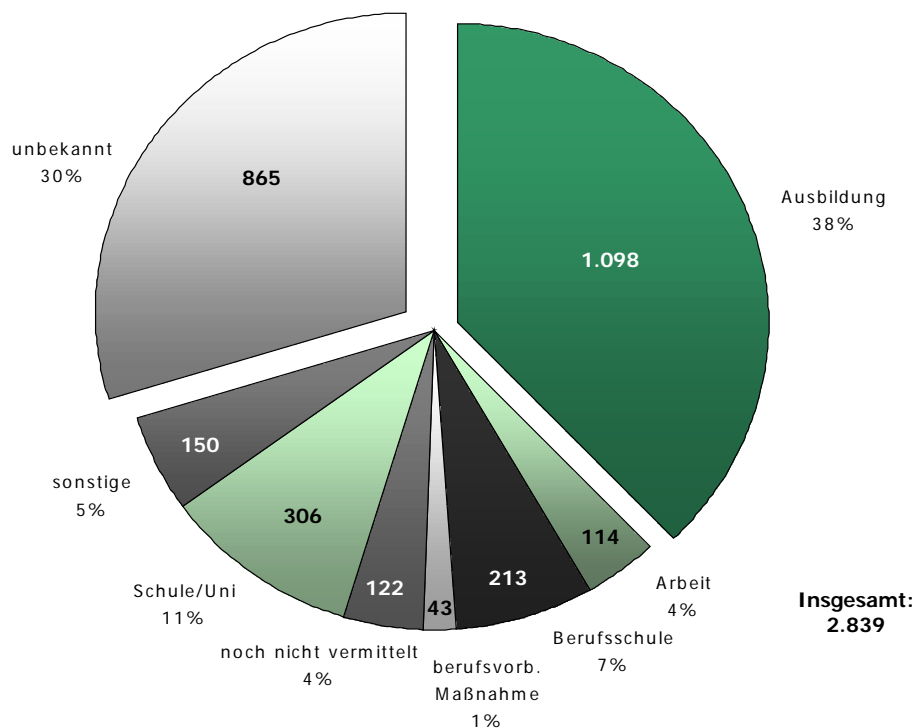
¹¹ Diese Statistik wird allerdings dem Ausbildungskonsens zugrunde gelegt.

Mainz-Bingen nur 1.098 oder 38% in eine Ausbildung eingemündet. Die übrigen 62% verteilen sich auf schulische Maßnahmen mit 19%, auf die Aufnahme einer Arbeit mit 4%, auf sonstige Einmündungen mit 5% und auf einen unbekanntem Verbleib mit 30%. Die letzte Gruppe sind in der Regel Jugendliche, die sich nach Aufforderung nicht mehr beim Arbeitsamt gemeldet haben.

Nur 4% der BewerberInnen sind nach dieser Statistik noch nicht vermittelt, d.h. diese Jugendlichen haben ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten und sind nicht in eine andere Art der Erledigung eingemündet.

Nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BiBB) und der Bundesanstalt für Arbeit über diejenigen BewerberInnen, die zum 30. September 1998 nicht in eine Lehre einmündeten, waren 80% dieser Jugendlichen nichtsdestotrotz weiterhin an einer Lehre interessiert. Von den Jugendlichen, die unbekannt verblieben waren, hatten knapp 30% eine Ausbildung aufgenommen.¹² Damit lag der Prozentsatz der Jugendlichen, die weiter eine Ausbildungsstelle suchten, sich jedoch aufgrund der Ausbildungsmarktsituation anderweitig orientiert hatten, wesentlich höher als die in der Statistik angegebenen Zahlen der noch nicht vermittelten BewerberInnen. Für Mainz bedeutet dies, daß von dem 1999er Jahrgang noch 1.400 Jugendliche weiter an einer Lehrstellensuche interessiert sind, obwohl sie zwischenzeitlich anderweitig eingemündet sind.

Bewerber nach Erledigung des Beratungsfalls in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen (Stand: 30. September 1999)



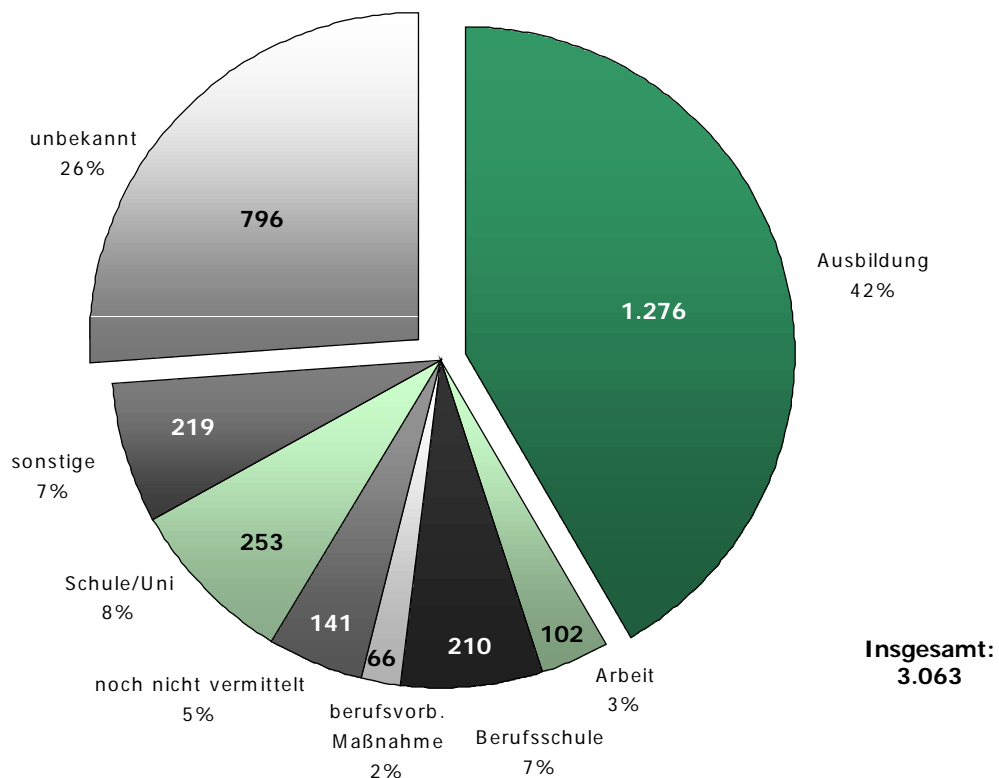
¹² Vgl. Tuschke 1999.

Darüber hinaus verdeutlicht ein Vergleich mit dem Vorjahr, daß im Jahr 1999 die Einmündung in eine Lehrstelle nach der Arbeitsamtsstatistik sowohl in absoluten Zahlen als auch anteilig an allen Bewerbern zurückgegangen ist. Während im vergangenen Jahr noch zum gleichen Zeitpunkt 1.276 oder 42% aller BewerberInnen eine Ausbildung begonnen hatten, waren es 1999 nur noch 1.098 oder 38% aller BewerberInnen.¹³

Dagegen stieg die Zahl der unbekannt Verbliebenen absolut und prozentual an. Im Vergleich zu den 26% im Vorjahr sind 30% der Jugendlichen nicht mehr vom Arbeitsamt erfaßt. Einen Zuwachs verzeichneten auch der Besuch der allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schulen von 463 oder 15% im Vorjahr auf 519 oder 18% in diesem Jahr.¹⁴

Aus diesen Betrachtungen wird deutlich, daß allein eine Reduzierung auf den Vergleich der noch unbesetzten Stellen gegenüber den noch nicht vermittelten BewerberInnen zu kurz greift, um die Situation am Ausbildungsmarkt möglichst vollständig zu erfassen.

Bewerber nach Erledigung des Beratungsfalls in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen (Stand: 30. September 1998)

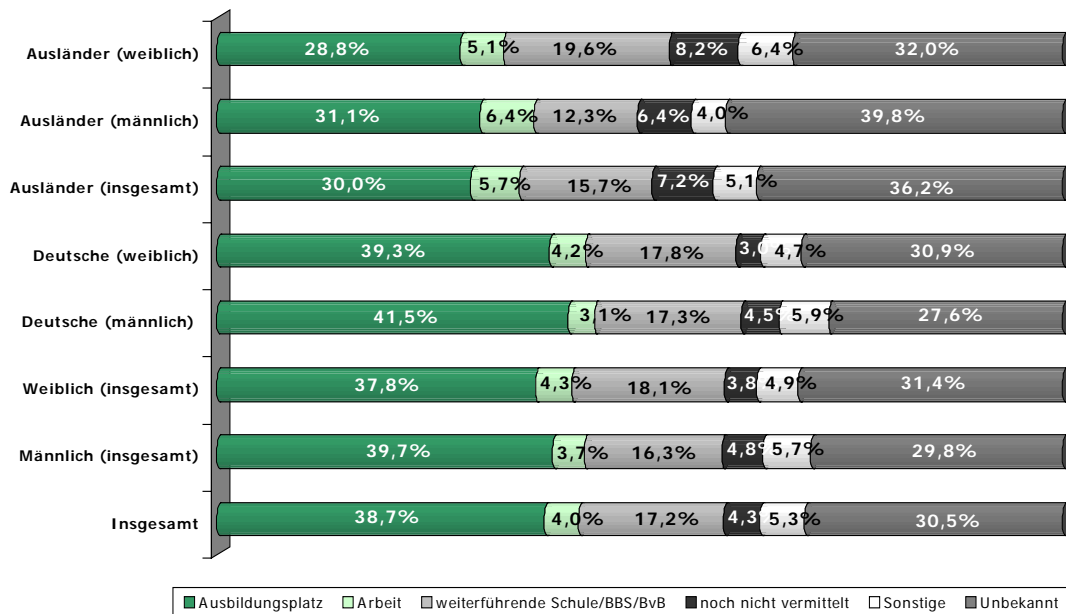


¹³ Über das Arbeitsamt wurden dabei 53,6% der vermittelten BewerberInnen bzw. 20,7% aller BewerberInnen in eine Ausbildung vermittelt.

¹⁴ Allerdings ist zum Stand Ende November 1999 im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) der Berufsschulen ein Rückgang der SchülerInnenzahl von 121 gegenüber 197 im Vorjahr feststellbar. Auch die Zahl der SchülerInnen in den sogenannten OB-Klassen, die sich meist aus AusbildungsabbrecherInnen zusammensetzen, ist mit 42 gegenüber 50 im Vorjahr gesunken.

Eine geschlechtsspezifische Unterscheidung sowie eine Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit der BewerberInnen weist auf die unterschiedlichen Erfolgsaussichten der Gruppen auf dem Ausbildungsmarkt hin. Während beim Vergleich der Geschlechter keine gravierenden Unterschiede auffallen, sind bei den ausländischen BewerberInnen deutliche Probleme bei der Einmündung in ein Ausbildungsverhältnis festzustellen.¹⁵

BewerberInnen nach Erledigung des Beratungsfalls nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht (Stand: 30. September 1999)



Nur 30,0% aller AusländerInnen sind in eine Ausbildungsstelle gemündet, bei den deutschen BewerberInnen liegt die Quote dagegen bei 40,4%. Weibliche Ausländerinnen erreichen nur eine Quote von 28,7%, während weibliche Deutsche mit 39,3% eine relativ hohe Eingliederungsquote aufweisen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Unterscheidung zwischen den männlichen Bewerbern. Während die männlichen Deutschen zu 41,5% eine Lehrstelle erhalten haben, sind es bei den Ausländern gerade 31,1% der männlichen Bewerber.¹⁶

Ähnlich gravierende Unterschiede zeigen sich bei den unbekannt verbliebenen Jugendlichen: 36,2% der ausländischen BewerberInnen fielen in diese Rubrik, bei den deutschen BewerberInnen waren es nur 29,3%. Diskrepanzen zeigen sich wiederum bei einem Vergleich der männlichen und weiblichen BewerberInnen. Am schlechtesten schneiden männliche Ausländer mit einer Quote von 39,8% unbekannt verbliebener Jugendlicher ab, gefolgt von weiblichen Ausländerinnen mit 31,9%. Die weiblichen Deutschen liegen mit 30,9% sehr nahe an den ausländischen Bewerberinnen, während die männlichen Deutschen mit 27,6% die niedrigste Quote unbekannt verbliebener BewerberInnen aufweisen.

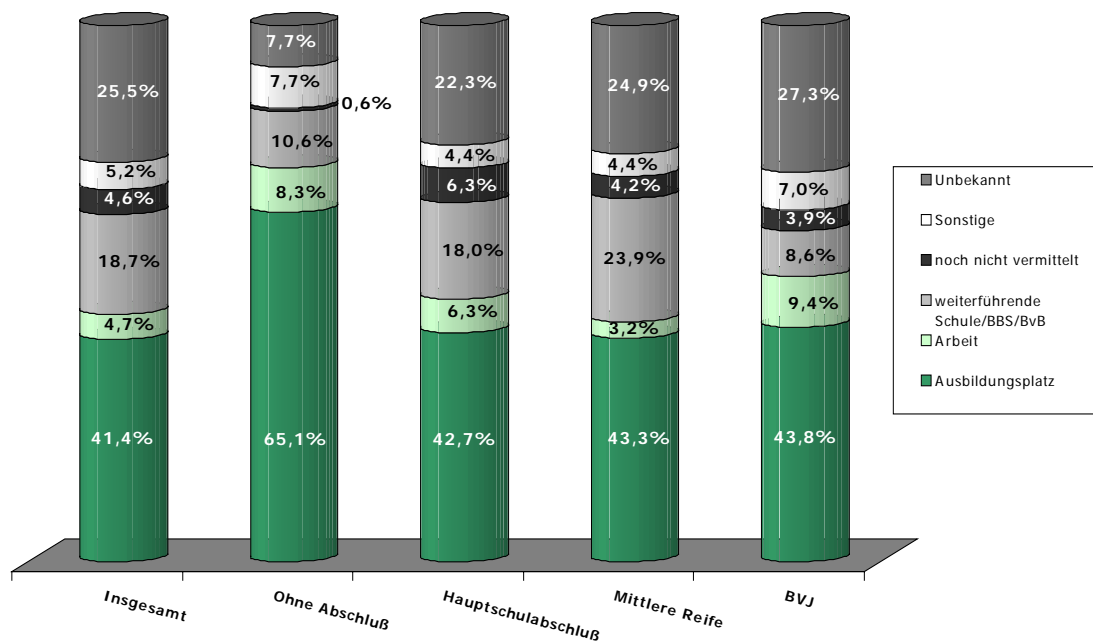
¹⁵ Die Ergebnisse beziehen sich auf die Stadt Mainz und den Landkreis Mainz-Bingen.

¹⁶ Auf der Grundlage der vorhandenen Statistiken ist es nicht möglich, eine Analyse über die Qualifikation der ausländischen BewerberInnen und ihre Einmündungsart durchzuführen.

Durch diese Ausführungen wird deutlich, daß die Situation auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin angespannt ist und von einer Entwarnung kaum gesprochen werden kann. Vielmehr haben die Jugendlichen auf der Nachfrageseite weiterhin große Schwierigkeiten, eine Ausbildungsstelle zu finden. Dies trifft vor allem auf die ausländischen Jugendlichen und hier insbesondere auf die männlichen Bewerber zu. Aber auch die ausländischen Mädchen haben ungünstige Aussichten auf dem Ausbildungsmarkt. Ihre Konsequenz ist – im Gegensatz zu ihren männlichen Altersgenossen – der Weg in eine weiterführende Schule.

Die schulische Qualifikation ist – wie bereits weiter oben erwähnt – ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Einmündung in eine Ausbildungsstelle. Allerdings zeigt eine eingehendere Untersuchung für den Arbeitsamtsbezirk Mainz, daß für die BewerberInnen mit Hauptschulabschluß, mittlerer Reife oder nach Beendigung des Berufsvorbereitungsjahres keine signifikanten Unterschiede bezüglich ihrer Einmündung in eine Lehrstelle vorhanden sind.¹⁷ Besonders hervorzuheben ist jedoch, daß mit 23,2% ein überproportional hoher Anteil der BewerberInnen mit mittlerer Reife eine weiterführende Schule besuchen will.

BewerberInnen nach Erledigung des Beratungsfalles nach Schulabschluß im Arbeitsamtsbezirk Mainz (Stand: 30. September 1999)



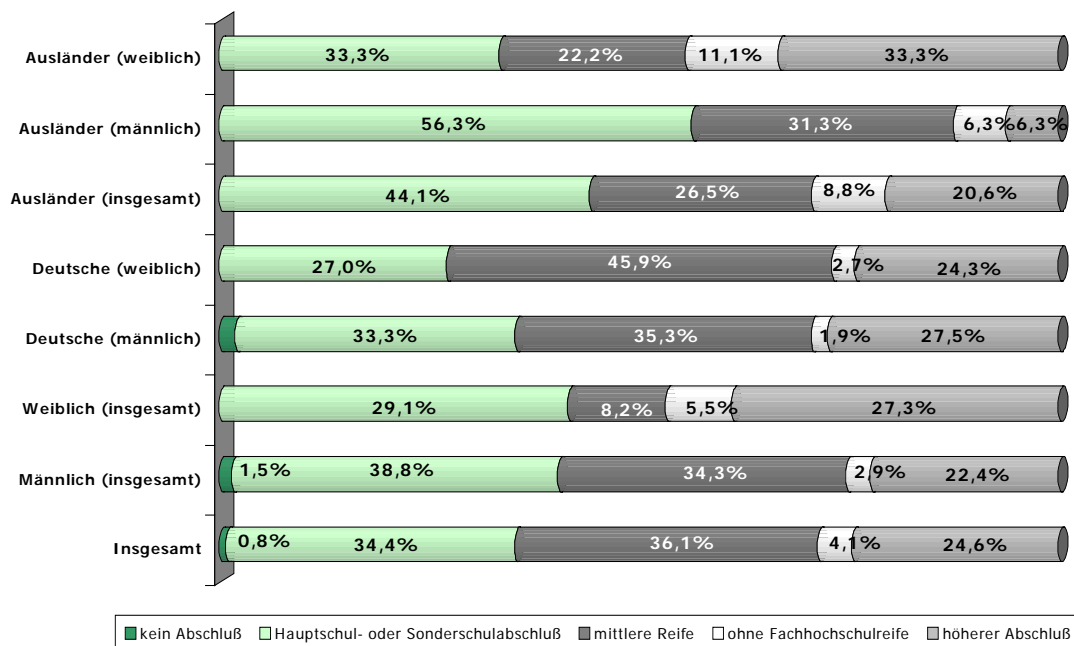
Am auffälligsten ist die Ausbildungssituation der BewerberInnen ohne Schulabschluß oder mit Sonderschulabschluß. 65% dieser Jugendlichen haben eine Lehrstelle und 8,3 % eine Arbeit erhalten, während nur 0,6% nicht vermittelt und 7,7% unbekannt verblieben sind. Dieses Ergebnis läßt sich vor allem dadurch erklären, daß diese Jugendlichen in erster Linie in weniger attraktive Ausbildungsberufe – z.B. Bauberufe – gehen, die von BewerberInnen mit höheren schulischen Qualifikationen seltener nachgefragt werden.

¹⁷ Eine Untersuchung über die schulische Qualifikation der BewerberInnen und die Art ihrer Einmündung ist nur für den Arbeitsamtsbezirk Mainz möglich.

Abschließend soll auf die Struktur der noch nicht vermittelten BewerberInnen eingegangen werden, deren Anteil in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen insgesamt 4,3% aller BewerberInnen beträgt und gerade bei den ausländischen Bewerberinnen mit 9,2% noch sehr hoch ist.

Bei den noch nicht vermittelten ausländischen Bewerbern haben 56,3% nur einen Hauptschulabschluß, während bei den noch nicht vermittelten deutschen Bewerbern der Anteil der Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluß nur 33,3% beträgt. Auffällig ist auch, daß unter den noch nicht vermittelten BewerberInnen immerhin 24,6% die Hoch- oder Fachhochschulreife haben.

Noch nicht vermittelte BewerberInnen nach Staatsangehörigkeit und Schulabschluß (Stand: 30. September 1999)



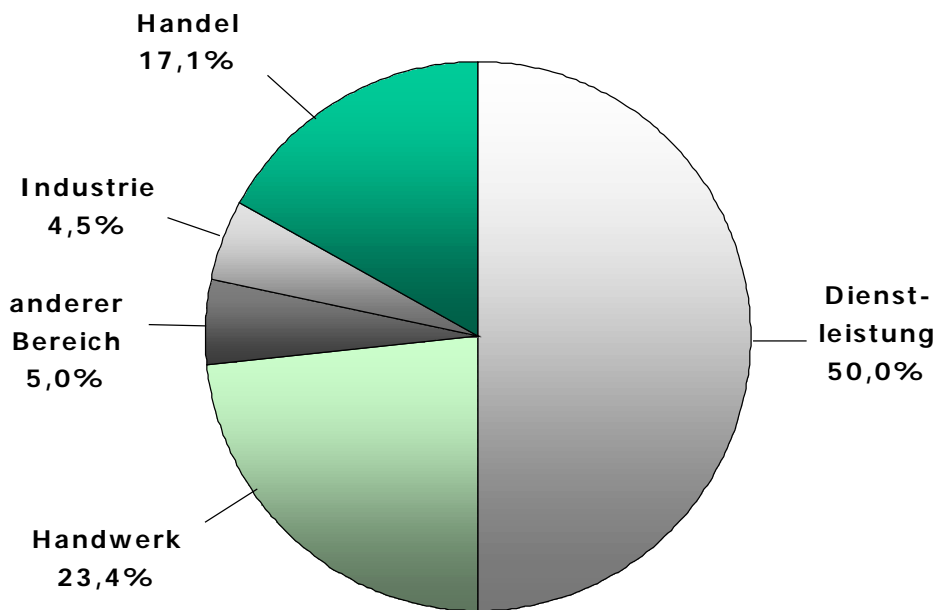
Trotz des überraschend hohen Anteils der mittel- und höherqualifizierten BewerberInnen an den noch nicht vermittelten Jugendlichen bleibt festzuhalten, daß die schulische Bildung die Schlüsselrolle für eine spätere Einmündung in eine Ausbildungsstelle spielt. Allerdings gilt für die noch nicht vermittelten Jugendlichen, daß diese nicht nur – wie häufig vermutet – einen niedrigen Schulabschluß aufweisen, sondern daß ein hoher Anteil von Jugendlichen mit der mittleren Reife oder mit einer Fach- bzw. Hochschulreife in dieser Gruppe zu finden ist.

2. Betriebsumfrage in der Stadt Mainz

2.1. Wirtschaftsbereiche

Die Antworten der Stichprobe gliederten sich in folgende Wirtschaftsbereiche: Industrie mit 4,5%, Handel mit 17,1%, Dienstleistungsbereich mit 50,0%, Handwerk mit 23,4% und andere Bereiche mit 5,0%.

Frage 3: „Welchem Wirtschaftsbereich ist Ihr Unternehmen zuzuordnen?“



2.2. Betriebsgrößen

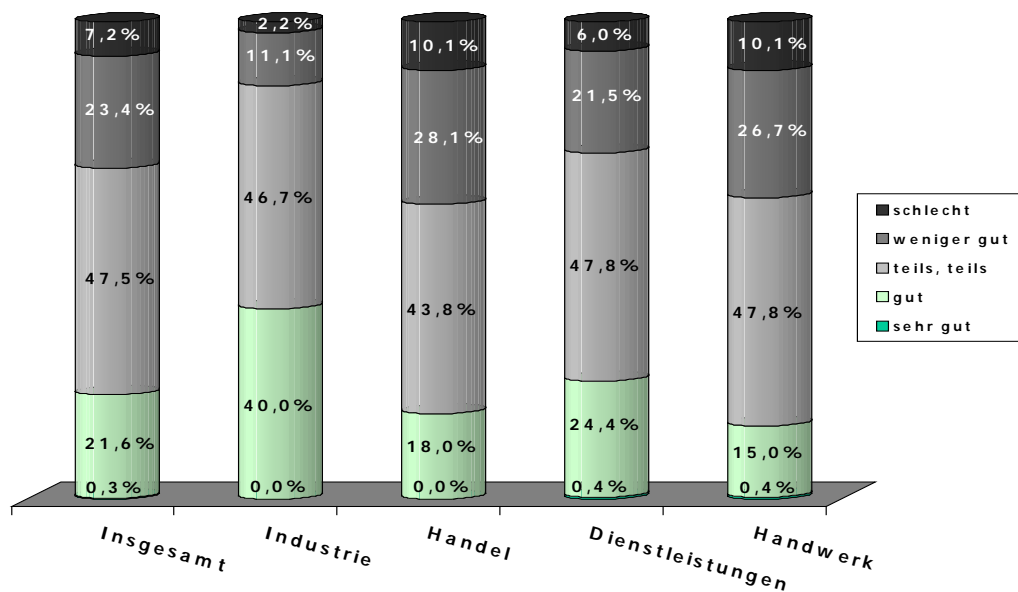
Fast die Hälfte der antwortenden Mainzer Betriebe in der Umfrage waren Kleinbetriebe mit einem bis fünf Beschäftigten:

Beschäftigungsgrößen der antwortenden Betriebe								
Größe	1-5	6-10	11-20	21-50	51-100	101-200	201-500	über 500
Anteil	44,6%	20,1%	13,9%	9,9%	4,9%	3,2%	2,1%	1,3%

2.3. Beurteilung der Wirtschaftslage

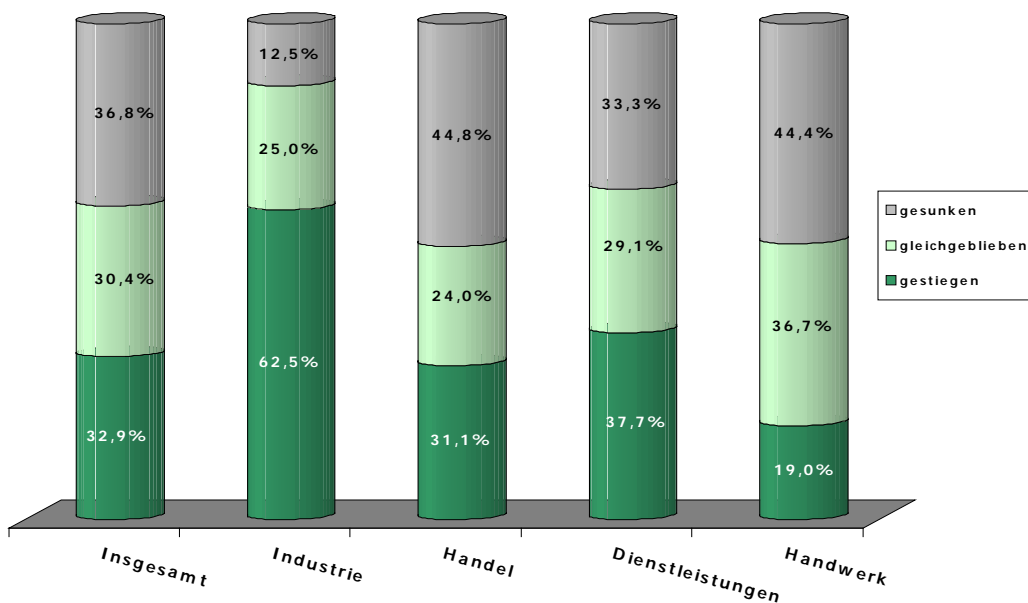
21,9% der befragten Unternehmen beurteilten die wirtschaftliche Lage in Mainz mit „sehr gut“ oder „gut“, 47,5% beurteilen die Wirtschaftslage als „teils, teils“, 30,6% sehen sie als „weniger gut“ oder „schlecht“ an.

Frage 5 an alle Betriebe: „Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung in Mainz?“



Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergab sich ein Unterschied dahingehend, daß die Industrie die wirtschaftliche Lage vor Ort deutlich besser beurteilte als die anderen Bereiche: 40,0% der Industriebetriebe urteilten mit „sehr gut“ oder „gut“ und nur 13,3% mit „weniger gut“ oder „schlecht“.

Frage 8 an alle Betriebe: „Wie hat sich in den letzten drei Jahren der Umsatz ihres Unternehmens entwickelt?“

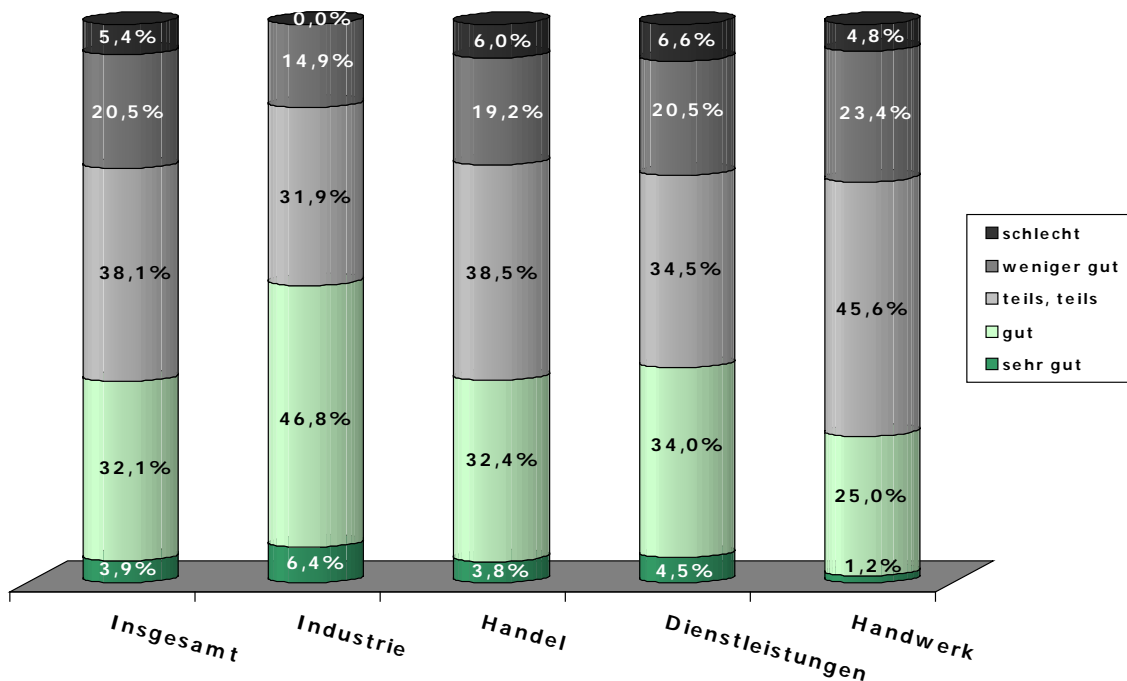


Auf die Frage nach der Entwicklung ihrer Umsätze in den letzten drei Jahren gaben 32,9% an, daß ihre Umsätze gestiegen sind, 30,4% hatten gleichbleibende Umsätze und 36,8% der befragten Unternehmen klagten über sinkende Umsätze.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergab sich allerdings eine deutliche Unterscheidung in der Umsatzentwicklung: Fast zwei Drittel aller befragten Industrieunternehmen (62,5%) verzeichneten in den letzten drei Jahren steigende Umsätze, während dies im Handwerk bei nur 19% der Fall war und 44,4% sogar sinkende Umsätze zu beklagen hatten.

Die eigenen Zukunftsperspektiven wurden von allen Unternehmen insgesamt positiv beurteilt: 3,9% der befragten Betriebe sahen ihre Zukunft als „sehr gut“ und 32,1% als „gut“ an. Dem stand rund ein Viertel der Befragten gegenüber, das „weniger gute“ (20,5%) oder gar „schlechte“ (5,4%) Zukunftserwartungen hatte. Die positivsten Zukunftserwartungen hatte die Industrie (55,2% „sehr gut“ oder „gut“), die schlechtesten das Handwerk (26,2%).

Frage 9 an alle Betriebe: „Wie sehen Sie die Zukunftsperspektiven Ihres Unternehmens?“

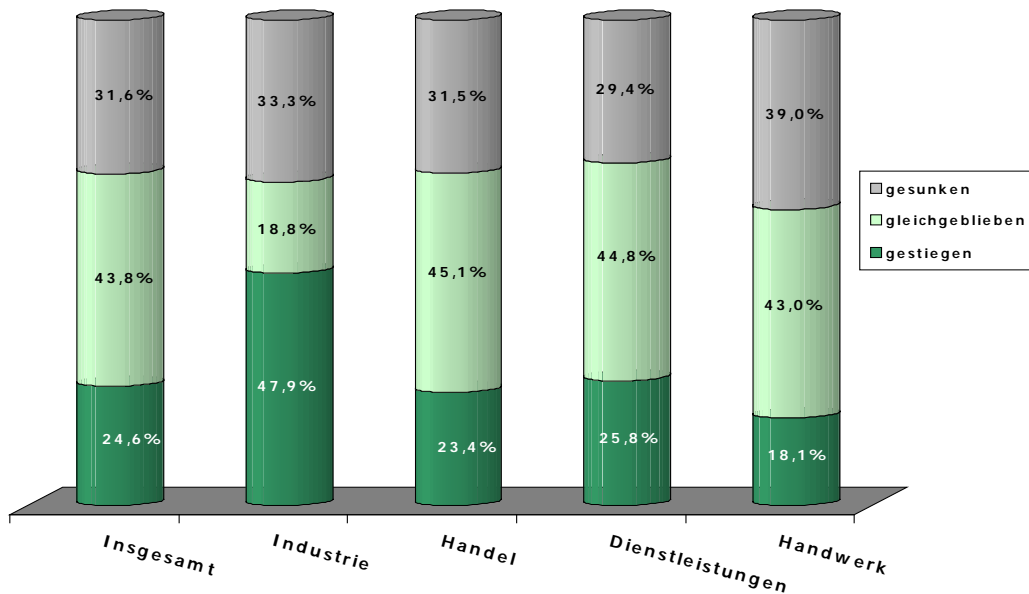


Wenig überraschend ist der Umstand, daß die Zukunftserwartungen in einem sehr engen Zusammenhang mit der Umsatzentwicklung des Unternehmens in der Vergangenheit standen: Unternehmen mit gestiegenen Umsätzen hatten die positivsten Zukunftserwartungen und Unternehmen mit gesunkenen Umsätzen hatten die negativsten Zukunftserwartungen.

2.4. Beschäftigungsentwicklung

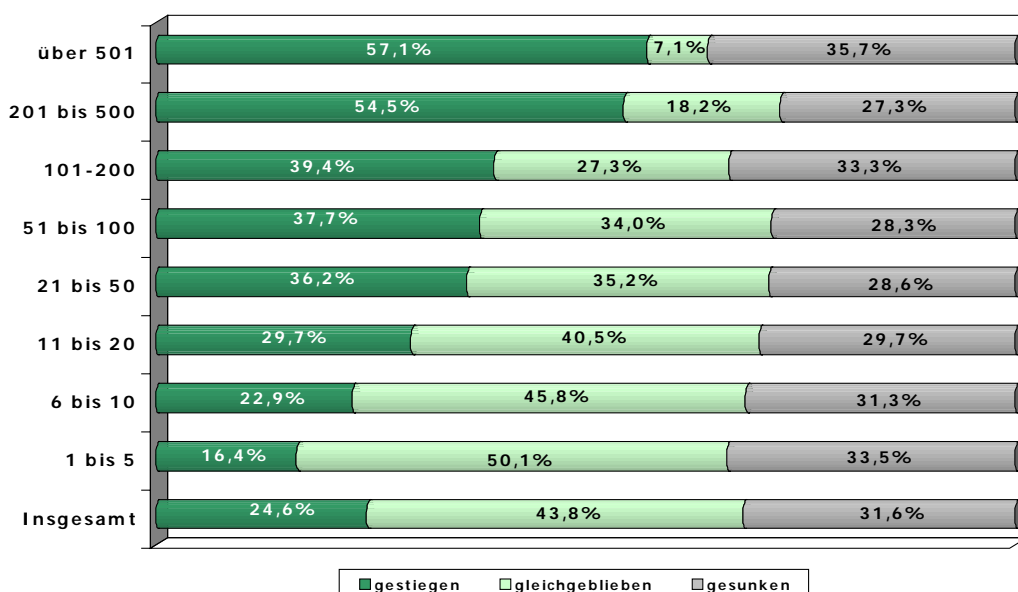
Auf die Frage nach der Entwicklung ihrer Beschäftigtenzahl gaben 24,6% der befragten Unternehmen an, in den letzten drei Jahren eine gestiegene Beschäftigtenzahl zu verzeichnen, bei 43,8% ist der Beschäftigungsstand gleichgeblieben und bei 31,6% gesunken.

Frage 6 an alle Betriebe: „Wie hat sich in den letzten drei Jahren die Zahl der Beschäftigten in ihrem Unternehmen entwickelt?“



Innerhalb der Wirtschaftsbereiche gab es allerdings sehr starke Unterschiede. Während der Beschäftigungsstand in der Industrie bei fast der Hälfte der Betriebe (47,9%) angestiegen ist, war im Bereich des Handwerks nur bei rund einem Fünftel (18,1%) eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Frage 6 an alle Betriebe: „Wie hat sich in den letzten drei Jahren die Zahl der Beschäftigten in ihrem Unternehmen entwickelt?“

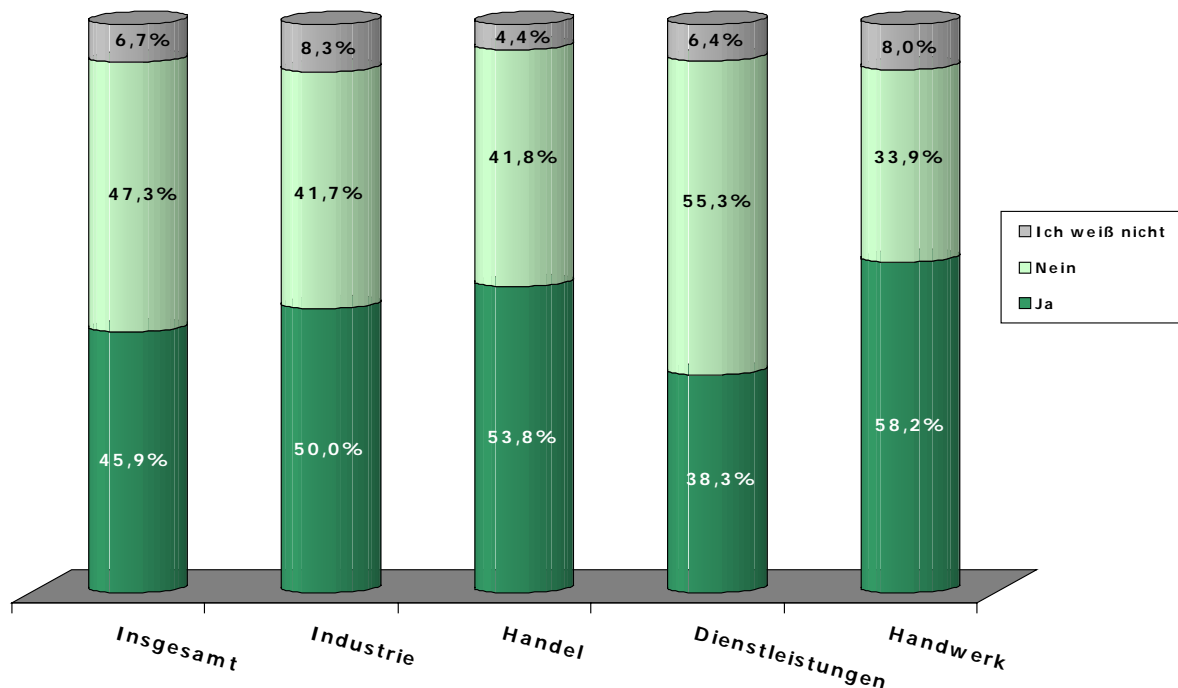


Die dargestellte Entwicklung der Beschäftigtenzahlen steht zunächst im Widerspruch zu den amtlichen Daten, die seit 1996 eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mainz verzeichnen. Dieser Widerspruch läßt sich allerdings dadurch erklären, daß ein stärkerer Beschäftigungsrückgang vor allem bei der Vielzahl der kleinen Betriebe mit 1 bis 10 erfolgt ist, die in dieser Umfrage über einen Anteil von 64,4% verfügen.

2.5. Fachkräftemangel

Fast die Hälfte der befragten Unternehmen (45,9%) stellte einen Fachkräftemangel in der eigenen Branche fest. Auch in dieser Frage ergaben sich starke Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen: Mit 58,2% der befragten Betriebe beklagte das Handwerk am stärksten einen Fachkräftemangel. Am wenigsten stellten mit einem Anteil von nur 38,3% die Dienstleistungsunternehmen fehlende Fachkräfte fest.

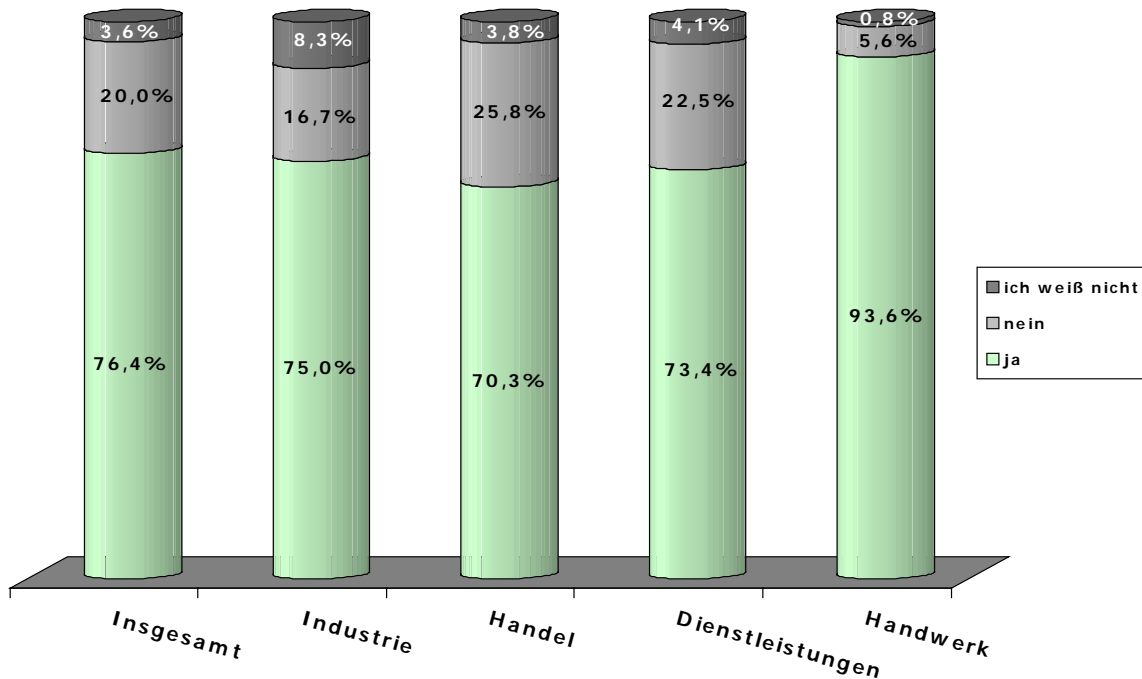
Frage 7 an alle Betriebe: „Existiert nach Ihrer Auffassung gegenwärtig ein Fachkräftemangel in der Branche Ihres Unternehmens?“



2.6. Ausbildungsberechtigung

Nach dem Berufsbildungsgesetz und nach der Handwerksordnung darf nur derjenige ausbilden, der dafür persönlich und fachlich geeignet ist. Ein weiteres Erfordernis ist eine geeignete Ausbildungsstätte. Im Handwerk ist die Ausbilderprüfung fester Bestandteil der Meisterprüfung. In der gewerblichen Wirtschaft müssen Betriebsinhaber oder Mitarbeiter eine spezielle Ausbilderprüfung ablegen.

Frage 10 an alle Betriebe: „Ist Ihr Unternehmen derzeit ausbildungsberechtigt?“



Insgesamt waren 76,4% der antwortenden Betriebe in der Umfrage ausbildungsberechtigt, 20,0% hatten keine Ausbildungsberechtigung¹ und immerhin 3,6% wußten nicht, ob sie ausbildungsberechtigt sind.²

Die höchste Quote der Ausbildungsberechtigung hatte das Handwerk: Hier gaben 93,6% der Betriebe an, ausbildungsberechtigt zu sein. In allen anderen Wirtschaftsbereichen lag der Anteil der Ausbildungsberechtigten zwischen 70,6% und 76,4%. Den geringsten Anteil der Ausbildungsberechtigten verzeichnete der Handel: Hier liegt der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe bei 70,3%. Diese Quote ist vor allem auf die geringe Ausbildungsquote bei Betrieben mit 1-5 Beschäftigten zurückzuführen: Innerhalb dieser Gruppe lag der Anteil der Ausbildungsberechtigten bei 43,5%. Zum Vergleich: Im Bereich des Handwerks lag der Anteil der Ausbildungsberechtigten bei Betrieben mit 1-5 Beschäftigten bei 88,8%. Diese Differenz läßt sich vor allem damit erklären, daß Handwerksbetriebe in der Regel von einem Meister geführt werden müssen, der stets ausbildungsberechtigt ist.

Bei einer Differenzierung der Betriebe nach ihrem Gründungsjahr bzw. Ansiedlungsjahr in Mainz kann festgestellt werden, daß der Anteil der Ausbildungsberechtigung bei Betrieben

¹ Insgesamt betrifft dies 208 Unternehmen in der Betriebsumfrage: 9 Betriebe aus dem Bereich der Industrie, 49 aus dem Handel, 114 aus dem Dienstleistungsbereich und 14 Handwerksbetriebe. Weitere 22 Betriebe gehören zu anderen Wirtschaftsbereichen oder haben keinen Wirtschaftsbereich angegeben.

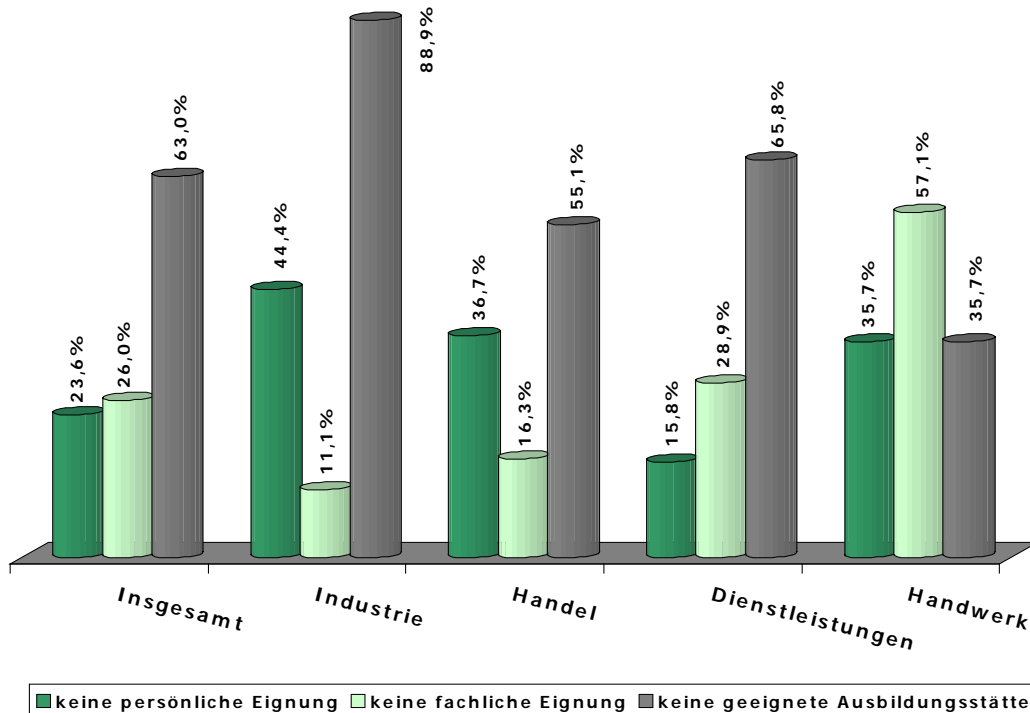
² Dieses Ergebnis liegt deutlich über dem Durchschnitt der bundesweit ermittelten Ausbildungsberechtigungen, der durch das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für das Jahr 1997 ermittelt worden ist: Danach erfüllen bundesweit 52,7% der befragten Betriebe die gesetzlichen Voraussetzungen zur Berufsausbildung, vgl. den Berufsbildungsbericht 1999, S.132. Diese Differenz bleibt allerdings für die weiteren Auswertungen dieser Untersuchung unerheblich.

mit einem Gründungs- oder Ansiedlungsjahren zwischen 1945 und 1984 kontinuierlich knapp über 80% lag. Mit abnehmendem Betriebsalter sinkt der Anteil der Ausbildungsberechtigten in ihren Altersgruppen:

Ausbildungsberechtigte Betriebe nach Gründungs- oder Ansiedlungsjahren in Mainz							
Gründungsjahr	1945-1959	1960-1969	1970-1979	1980-1984	1985-1989	1990-1994	Ab 1995
ausbildungsbe- rechtigte Betriebe	81,4%	80,5%	81,3%	81,1%	74,5%	67,9%	64,4%

20,0% der befragten Mainzer Unternehmen gaben an, daß sie über keine Ausbildungsbe-
rechtigung verfügen. Grundsätzlich kann eine fehlende Ausbildungsbechtigung drei Ursa-
chen haben: eine fehlende persönliche Eignung, keine fachliche Eignung oder keine geeig-
nete Ausbildungsstätte. Nach § 20 Berufsbildungsgesetz ist jemand persönlich insbesondere
nicht geeignet, wer Kinder oder Jugendliche nicht beschäftigen darf. Fachlich ist nicht geeig-
net, wer die erforderlichen beruflichen oder berufspädagogischen Fertigkeiten oder Kenntnis-
se nicht besitzt. Zu einer geeigneten Ausbildungsstätte gehören eine genügende Ausstattung
und genügend qualifiziertes Ausbildungspersonal. Die Eignung der Ausbildungsstätte ist nach
§ 22 Berufsbildungsgesetz in der Regel dann vorhanden, wenn diese die in der Ausbildungs-
ordnung vorgeschriebenen beruflichen Fertigkeiten in vollem Umfang vermitteln kann. Es ist

**Frage 11 an nicht ausbildungsberechtigte Betriebe:
„Wenn Ihr Unternehmen nicht ausbildungsberechtigt ist:
Warum hat es keine Ausbildungsbechtigung?“**



durchaus möglich, daß ein nicht ausbildungsberechtigter Betrieb alle drei Voraussetzungen für die Ausbildungsberechtigung nicht erfüllt.³

Innerhalb der Gruppe der Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung gaben 23,6% der Befragten an, daß sie keine persönliche Eignung besitzen, 26,0% kreuzten an, daß sie keine fachliche Eignung zur Ausbildung haben. Fast zwei Drittel der Unternehmen ohne Ausbildungsberechtigung (63,0%) gaben an, daß sie über keine geeignete Ausbildungsstätte verfügen.

Trotz der fehlenden formalen Voraussetzungen würden nicht wenige Unternehmen gern in Zukunft Ausbildungsplätze anbieten: 26,5% der zum Zeitpunkt der Betriebsumfrage nicht ausbildungsberechtigten Unternehmen würden zukünftig gern Ausbildungsplätze anbieten, 21,2% sind sich dessen nicht sicher, 52,2% wollten auch in Zukunft keine Ausbildungsplätze anbieten.

2.7. Ausbildungsbeteiligung

Durch andere Untersuchungen ist bereits ermittelt worden, warum Unternehmen überhaupt ausbilden. Nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) gehören zu den wichtigsten Gründen, die von den Unternehmen selbst genannt werden:⁴

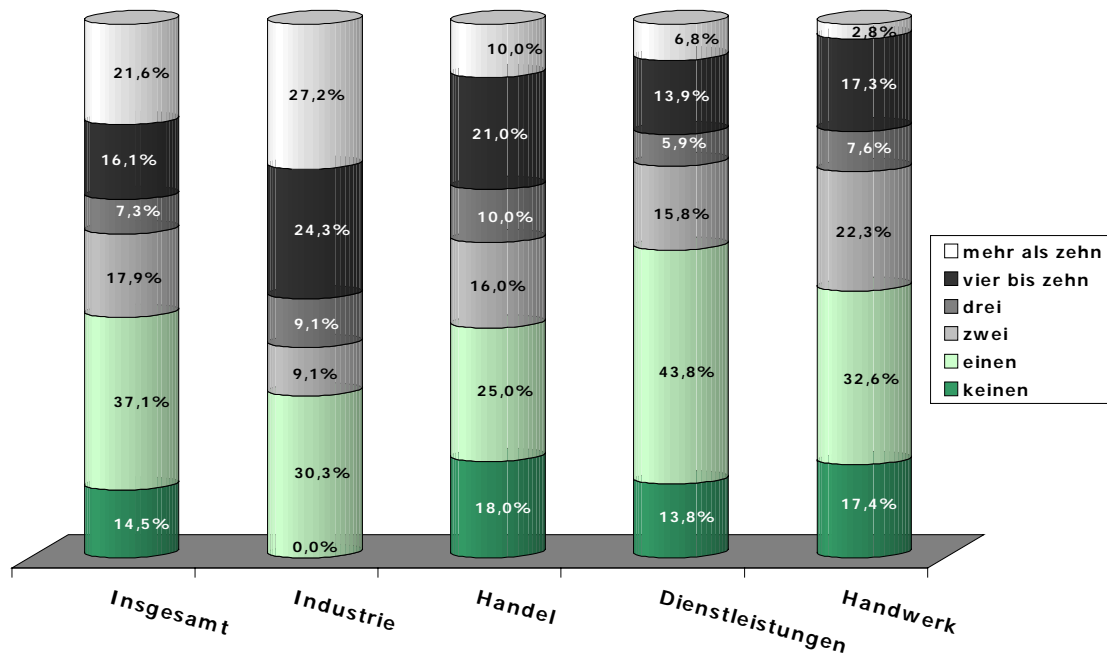
- das Gewinnen von Nachwuchskräften, die genau den betrieblichen Anforderungen entsprechen (94%),
- das Gewinnen von Fachkräften, die sonst auf dem Arbeitsmarkt nicht zu finden sind (90%),
- das Vermeiden hoher Fluktuation durch Gewinnen besonders betriebsverbundener Nachwuchskräfte (80%),
- die Möglichkeit, bei der Übernahme von Auszubildenden die „Besten“ auszuwählen (74%),
- das Vermeiden des Risikos personeller Fehlentscheidungen, das bei Einstellung betriebsfremder Kräfte entsteht (73%),
- das Einsparen hoher Einarbeitungskosten für betriebsfremde Fachkräfte (58%),
- der Reputationsgewinn für den Betrieb (57%)
- die Vorteile durch produktiven Arbeitseinsatz der Auszubildenden (42%),
- das Einsparen der Kosten für die Personalsuche auf dem Arbeitsmarkt (35%).

Die Ausbildungsquote, d.h. der Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben, lag in dieser Umfrage bei 51,2%. In absoluten Zahlen verfügten von den 1.078 antwortenden Mainzer Betrieben 814 über eine Ausbildungsberechtigung. 556 Betriebe bildeten mindestens einen Auszubildenden aus. In diesen Betrieben wurden zum Zeitpunkt der Betriebsumfrage 3.271 Lehrlinge ausgebildet. Innerhalb der Gruppe der ausbildungsberechtigten Betriebe betrug der Anteil der ausbildenden Betriebe 85,5%. Dies bedeutet im Umkehrschluß, daß 14,5% aller formal ausbildungsberechtigten Betriebe nicht ausbildeten.

³ Diese Frage ließ mehrere Antwortmöglichkeiten zu, theoretisch konnten also alle Ausbildungshindernisse angekreuzt werden. Eine Häufung der Ausbildungshindernisse war allerdings relativ selten: 83,9% der Befragten gaben nur ein Ausbildungshindernis an, 13,9% gaben zwei und lediglich 2,2% der Befragten gaben drei Ausbildungshindernisse an.

⁴ Vgl. Schlottau 1995.

Frage 13 an ausbildungsberechtigte Betriebe: „Wieviele Auszubildende hat Ihr Unternehmen gegenwärtig insgesamt?“



In der Industrie bildeten alle ausbildungsberechtigten Unternehmen auch tatsächlich aus. Dagegen bildeten im Handel 18,0%, im Dienstleistungsbereich 13,8% und im Handwerk 17,4% der formal ausbildungsberechtigten Betriebe nicht aus.

Es ist auch feststellbar, daß die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stark von der Betriebsgröße abhängt. Mit zunehmender Beschäftigungsstärke wächst der Anteil der ausbildenden Betriebe unter den ausbildungsberechtigten Betrieben:

Ausbildende Betriebe unter den ausbildungsberechtigten Betrieben nach Beschäftigungsgrößen									
Beschäftigte	1-5	6-10	11-20	21-50	51-100	101-200	201-500	über 500	Alle
Anteil der ausbildenden Betriebe	75,0%	86,5%	91,4%	91,6%	92,5%	96,6%	95,2%	100%	85,5%

Innerhalb der Gruppe der ausbildungsberechtigten Betriebe ist eine Unterscheidung nach dem Alter der Betriebe dagegen unerheblich. Der Anteil der tatsächlich ausbildenden Betriebe an den ausbildungsberechtigten Betrieben einer Altersgruppe bleibt relativ konstant:

Ausbildende Betriebe unter den ausbildungsberechtigten Betrieben nach Gründungs- oder Ansiedlungsjahren in Mainz							
Gründungsjahr	1945-1959	1960-1969	1970-1979	1980-1984	1985-1989	1990-1994	Ab 1995
ausbildende Betriebe	85,7%	90,6%	81,9%	83,1%	85,5%	85,4%	84,5%

Neben der Größe der Betriebe sind zwei weitere Faktoren für das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen verantwortlich: von der Umsatzentwicklung und von den Zukunftserwartungen der Betriebe. In der Regel läßt sich sagen, daß mit steigenden Umsätzen⁵ und positiven Zukunftserwartungen⁶ eine Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes einhergeht.

2.8. Ausbildungsplatzentwicklung

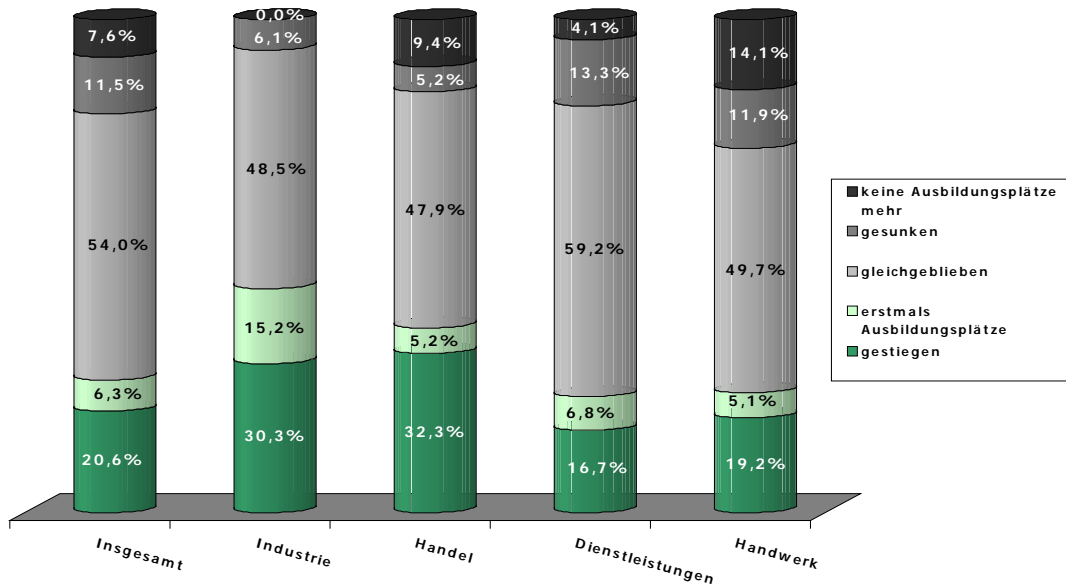
Das Ausbildungsplatzangebot der befragten Betriebe hat sich innerhalb der vergangenen drei Jahre insgesamt positiv entwickelt: 20,6% der ausbildungsberechtigten Betriebe haben die Zahl ihrer Ausbildungsplätze erhöht und 6,3% haben erstmals Ausbildungsplätze besetzt. Dem stehen 11,5% mit einem sinkenden Angebot gegenüber und 7,6%, die ihre Ausbildung ganz eingestellt haben.

Mit einem Anteil von 45,5% der Betriebe, die eine steigende Ausbildungsplatzzahl aufwiesen oder erstmalig ausbildeten, hatte die Industrie auch bei den Ausbildungsplätzen die positivste Entwicklung zu verzeichnen. Anders schntt in der Ausbildungsplatzentwicklung das Handwerk ab: Hier gaben insgesamt 24,3% eine Erhöhung und 26,0% eine Verringerung ihrer Ausbildungsplatzzahl an.

⁵ 34,3% der Betriebe, die in den letzten drei Jahren gestiegene Umsätze verzeichneten, haben ihr Ausbildungsangebot in den vergangenen drei Jahren erhöht (Betriebe mit sinkenden Umsätzen: 12,7%) und nur 6,1% haben ihr Ausbildungsangebot eingeschränkt (Betriebe mit sinkenden Umsätzen: 19,1%).

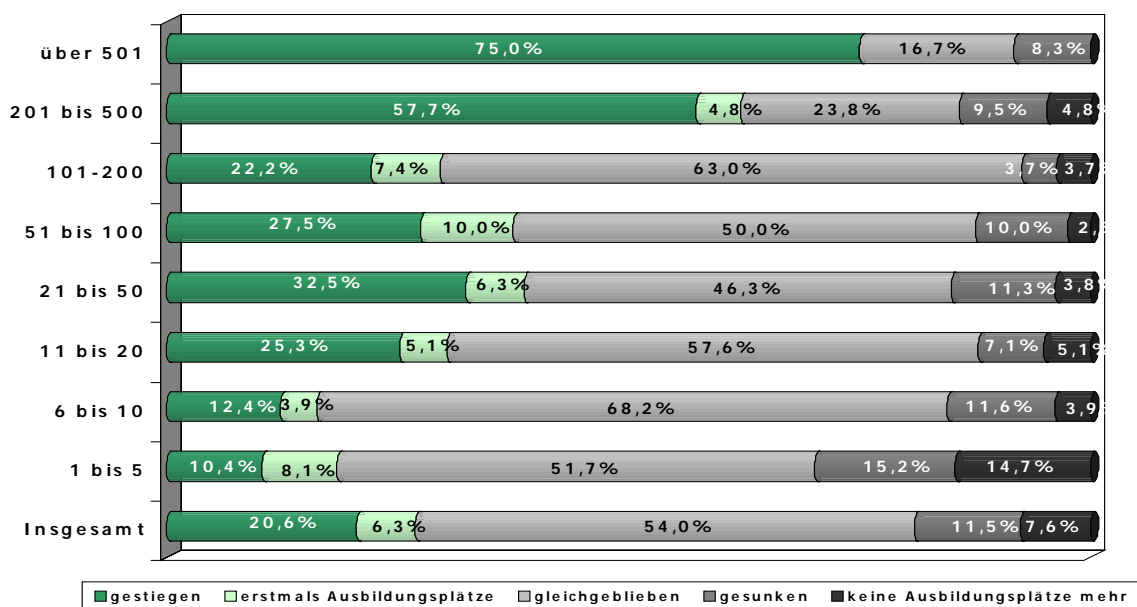
⁶ 28,6% der Betriebe mit „sehr guten“ oder „guten“ Zukunftserwartungen haben ihr Ausbildungsangebot in den vergangenen drei Jahren erhöht (Betriebe mit „weniger guten“ oder „schlechten“ Zukunftserwartungen: 14,0%) und 5,8% haben ihr Ausbildungsangebot verringert (Betriebe mit „weniger guten“ oder „schlechten“ Zukunftserwartungen: 18,9%).

Frage 14 an alle ausbildungsberechtigten Betriebe: „Wie hat sich das Ausbildungsplatzangebot Ihres Unternehmens innerhalb der letzten drei Jahre entwickelt?“

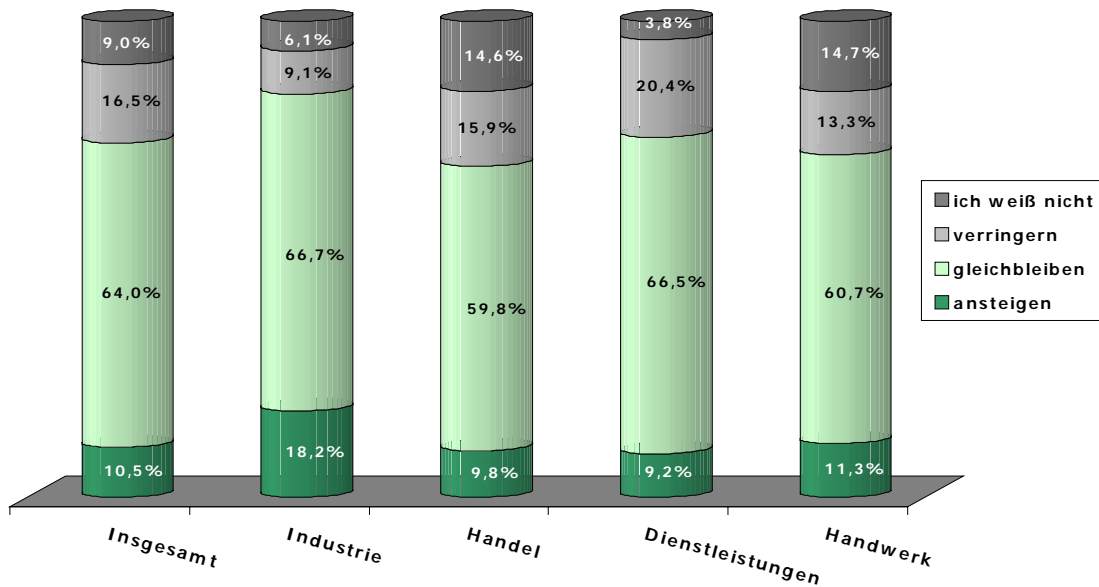


Auch im Bereich der Ausbildungsplätze verzeichneten kleinere Betriebe in den vergangenen drei Jahren die problematischste Entwicklung. In der Gruppe mit 1 bis 5 Beschäftigten – dies sind immerhin 39,1% aller ausbildungsberechtigten Betriebe – haben 29,9% der Betriebe ihr Ausbildungsangebot verringert oder eingestellt. Dem standen in dieser Gruppe lediglich 18,5% der Betriebe gegenüber, die ihr Ausbildungsplatzangebot ausgeweitet bzw. erstmals Ausbildungsplätze angeboten haben.

Frage 14 an alle ausbildungsberechtigten Betriebe: „Wie hat sich das Ausbildungsplatzangebot Ihres Unternehmens innerhalb der letzten drei Jahre entwickelt?“

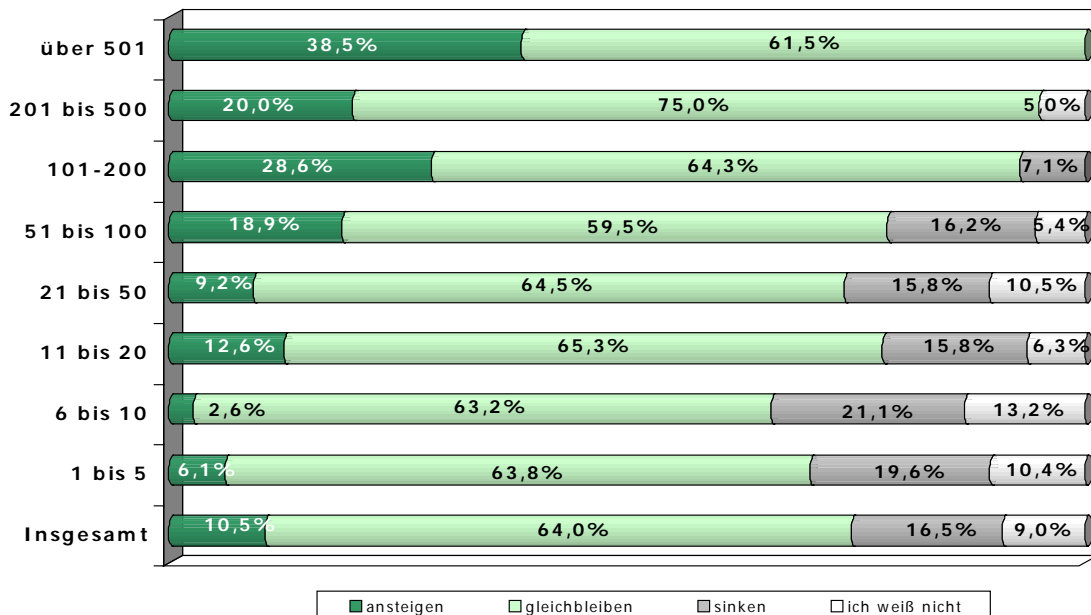


Frage 32 an ausbildende Betriebe: „Wie wird sich voraussichtlich das Ausbildungsplatzangebot Ihres Unternehmens im Ausbildungsjahr 1999/2000 entwickeln?“



Zum Zeitpunkt der Durchführung der Betriebsumfrage – dem März 1999 – war die Fortsetzung der insgesamt leicht positiven Entwicklung der vergangenen drei Jahre im Ausbildungsplatzangebot für das Ausbildungsjahr nicht abzusehen: Nur 10,4% der ausbildenden Betriebe gaben für das kommende Ausbildungsjahr 1999/2000 an, daß sie ihr Ausbildungsangebot steigern wollen. Dagegen beabsichtigten 16,6%, ihr Angebot zu verringern. Eine unbekannte Größe stellten noch die 8,9% der Betriebe dar, die sich zum Zeitpunkt der Befragung über ihr zukünftiges Angebot noch nicht sicher waren.

Frage 32 an ausbildende Betriebe: „Wie wird sich voraussichtlich das Ausbildungsplatzangebot Ihres Unternehmens im Ausbildungsjahr 1999/2000 entwickeln?“



Als weitere Unbekannte muß auf die Betriebe aufmerksam gemacht werden, die zum Zeitpunkt der Umfrage zwar ausbildungsberechtigt waren, aber nicht ausgebildet haben: 10,7% dieser Betriebe gaben an, daß sie ihr Ausbildungsangebot steigern wollten – also wieder ausbilden wollten – und weitere 37,4% waren sich in dieser Frage noch unsicher.

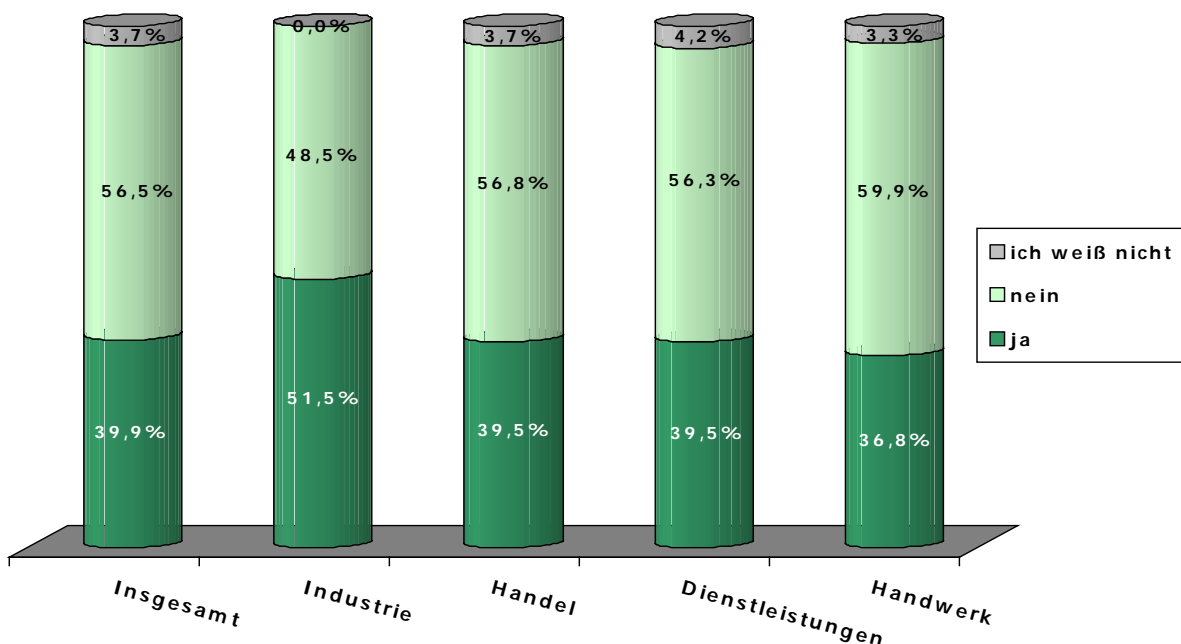
Ebenso wie bei der Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung ist auch bei der Frage nach der voraussichtlichen Entwicklung der Auszubildendenzahl in diesem Jahr eine Differenzierung nach der Größe der Betriebe sinnvoll. Die im Gegensatz zum tatsächlich erfolgten höheren Ausbildungsplatzangebot hier dargestellte Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die kleinen, ausbildenden Betriebe zwischen 1 und 10 Beschäftigten, die in dieser Betriebsumfrage einen Anteil von 50,8% an allen ausbildenden Betrieben repräsentieren, eher negative Erwartungen für das Ausbildungsjahr 1999/2000 hatten.

2.9. Ausbildung über Bedarf

Das Ausbildungsplatzangebot richtet sich in erster Linie nach dem gegenwärtigen und vor allem dem zukünftigen Arbeitskräftebedarf der Unternehmen. Trotz dieser vordringlichen Funktion der Ausbildung für den eigenen Betrieb bilden viele Unternehmen über den eigenen Arbeitskräftebedarf hinaus aus. Dafür gibt es gute Gründe: sei es nun das Ziel, unter mehreren eigenen ehemaligen Auszubildenden für einen Arbeitsplatz auswählen zu wollen, eine Firmentradition, daß ausgebildet wird, obwohl man selbst keinen aktuellen Stellenbedarf hat, oder die Überzeugung, daß Ausbildung überhaupt notwendig ist.

Insgesamt gaben 39,9% der befragten Mainzer Betriebe an, daß sie zum Zeitpunkt der Umfrage über den eigenen Bedarf hinaus ausbildeten. Innerhalb der jeweiligen Wirtschaftsbereiche bildeten die Betriebe der Industrie mit einem Anteil von 51,5% am häufigsten über Bedarf aus. In den anderen Wirtschaftsbereichen liegen die Ergebnisse knapp unter 40%.

Frage 18 an ausbildende Betriebe: „Bildet Ihr Unternehmen im Augenblick über den eigenen Bedarf hinaus aus?“



2.10. Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis

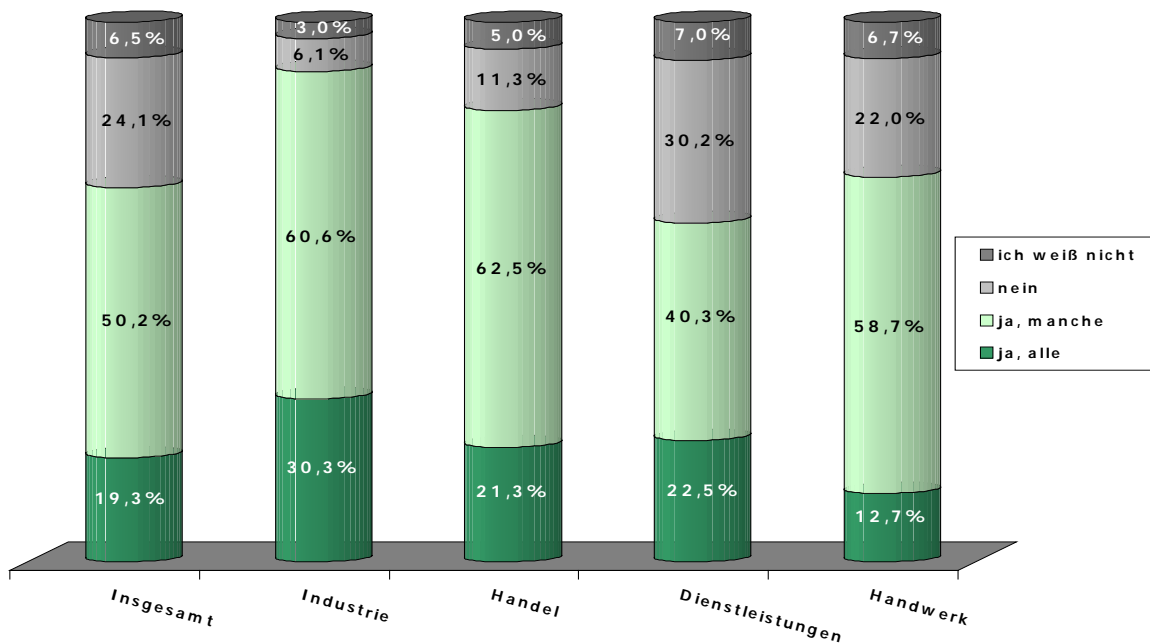
Seit dem Beginn der 90er Jahre hat sich die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland im Jahresdurchschnitt erhöht. Bundesweit ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen in ihrer Altersgruppe von 1993 mit 8,5% kontinuierlich bis 1997 auf 12,2% angestiegen.

Obwohl eine abgeschlossene Berufsausbildung die Beschäftigungschancen deutlich erhöht, stellt eine Lehre noch keine Arbeitsplatzgarantie dar. Nach einer Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hat sich der Anteil der erfolgreichen Ausbildungsabsolventen, die sich unmittelbar nach Beendigung der Lehre beim Arbeitsamt meldet, von 1996 bis 1997 um zweieinhalb Prozentpunkte auf 27 Prozent erhöht. 54 Prozent der Absolventen der Berufsausbildung in Westdeutschland wurden von den Ausbildungsbetrieben übernommen, mit sinkender Tendenz.⁷

Dementsprechend ist die Frage der Chancen für die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis nach einem erfolgreichen Abschluß der Lehre für die Auszubildenden von großer Bedeutung. Ein reibungsloser Übergang Ausbildung-Arbeit – die sogenannte „zweite Schwelle“ – ist für frischgebackene Gesellen ebenso wichtig wie der Übergang Schule-Ausbildung für die SchulabgängerInnen.

19,3% der gegenwärtig ausbildenden Betriebe wollten nach einem erfolgreichen Abschluß der Lehre alle und weitere 50,2% manche Auszubildende in ein Arbeitsverhältnis überneh-

Frage 19 an ausbildende Betriebe: „Denken Sie, daß Ihr Unternehmen Auszubildende nach dem Abschluß ihrer Lehre in ein Arbeitsverhältnis übernehmen wird?“



⁷ Vgl. Lappe 1999, S. 36.

men. 24,1% der Unternehmen sahen keine Perspektiven für ihre Auszubildenden im eigenen Unternehmen und 6,5% waren sich in dieser Frage noch unsicher.

Die besten Aussichten auf eine Weiterbeschäftigung nach dem Abschluß der Lehre haben die Auszubildenden in der Industrie: 90,9% der Industriebetriebe wollten alle oder manche Lehrlinge übernehmen. Die schlechtesten Aussichten haben die Azubis aus dem Dienstleistungsbereich: Hier wollten nur 62,8% alle oder manche Auszubildenden übernehmen.

Auch die Übernahme von Auszubildenden in ein Beschäftigungsverhältnis hängt stark von der Umsatzentwicklung, von der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und von den Zukunftserwartungen der Unternehmen ab. Eine starke Rolle spielt auch die Beschäftigtenzahl: Mit wachsender Größe steigt die Bereitschaft der Unternehmen, alle oder manche Auszubildenden zu übernehmen:

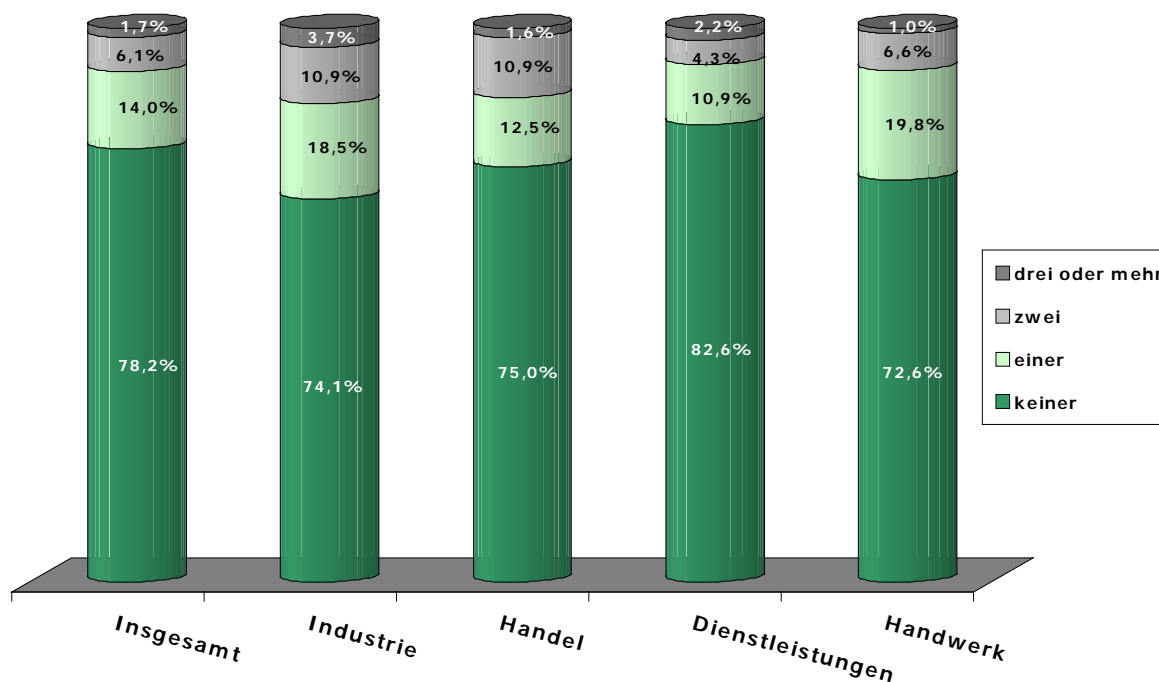
Übernahme von Auszubildenden in Beschäftigungsverhältnisse nach Betriebsgrößen									
Beschäftigte	1-5	6-10	11-20	21-50	51-100	101-200	201-500	über 500	Alle
Ja, alle	12,3%	14,2%	20,2%	25,0%	18,9%	35,7%	31,6%	53,8%	19,2%
Ja, manche	34,6%	52,2%	57,4%	59,2%	67,6%	60,7%	57,9%	46,2%	50,4%
Nein	43,2%	23,9%	19,1%	11,8%	8,1%	3,6%	10,5%	-	24,0%
Ich weiß nicht	9,9%	9,7%	3,2%	3,9%	5,4%	-	-	-	6,5%

2.11. Unbesetzte Lehrstellen

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge gibt keine Auskunft über den ursprünglich angesetzten Lehrlingsbedarf der Mainzer Betriebe. Der tatsächliche Bedarf der Betriebe zum Ausbildungsjahr 1998/99 war deutlich größer, als es in der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsplätze zum Ausdruck kommt: Insgesamt wurden 10,6% aller angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzt. Die auf die Betriebsumfrage antwortenden Betriebe haben zum Ausbildungsbeginn 1998/99 insgesamt 1.372 Ausbildungsplätze angeboten, von denen 145 nicht besetzt wurden. Auf die mutmaßliche Gesamtzahl von rund 3.500 Betrieben in Mainz hochgerechnet entspricht dies rund 470 unbesetzten Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 1998/99.

Rund jedem fünften ausbildungswilligen Mainzer Betrieb (21,8%) gelang es nicht, alle seine angebotenen Lehrstellen zum Ausbildungsbeginn 1998/99 zu besetzen: 14,0% der Betriebe konnten eine Lehrstelle, 6,1% zwei Lehrstellen und 1,7% der Betriebe sogar drei oder mehr Lehrstellen nicht besetzen. Dabei gibt es keine relevanten Unterschiede zwischen den jeweiligen Wirtschaftsbereichen der Unternehmen. Die Größe der Betriebe spielte in diesem Zusammenhang ebenfalls keine ausschlaggebende Rolle.

Frage 16 an ausbildungsberechtigte Betriebe, die mindestens einen Ausbildungsplatz besetzen wollten: „Wieviel Ausbildungsplätze, die Ihr Unternehmen zum Ausbildungsbeginn 1998 angeboten hat, sind unbesetzt geblieben?“



Allerdings gibt es einen engen Zusammenhang zwischen unbesetzten Ausbildungsplätzen und den Absagen von Jugendlichen, die bereits einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben: 30,6% aller ausbildungswilligen Betriebe haben mindestens eine Absage eines Jugendlichen erhalten, der bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatte.

Dies hatte durchaus gravierende Konsequenzen für die Ausbildungsplatzentwicklung, denn fast die Hälfte dieser Betriebe – dies waren 13,2% aller ausbildungsberechtigten Betriebe – konnte oder wollte für mindestens eine der ursprünglich angebotenen Ausbildungsstellen keinen adäquaten Ersatz für die eigentliche Besetzung mehr finden (Summe der fett eingerahmten Felder):

Zusammenhang zwischen den Absagen von Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag und unbesetzten Ausbildungsplätzen bei ausbildungswilligen Betrieben						
		Anzahl der Absagen von Jugendlichen				
Anzahl unbesetzter Ausbildungsstellen	Anzahl	0	1	2	3 +	Insgesamt
	0	60,8%	7,0%	4,9%	5,5%	78,2%
	1	7,0%	3,6%	1,6%	1,8%	14,0%
	2	0,8%	0,8%	1,8%	2,7%	6,1%
	3 +	0,8%	-	0,3%	0,6%	1,7%
	Insgesamt	69,4%	11,4%	8,6%	10,6%	100%

Besonders betrüblich ist bei dieser Problematik, daß mancher ausbildungsberechtigte Betrieb gar nicht ausbildete, weil er gar keine Lehrstelle besetzen konnte: Von den Betrieben, die zwar ausbildungsberechtigt waren, aber nicht ausbildeten, wollten 17,1% zum Ausbildungsjahr 1998/99 eigentlich einen Ausbildungsplatz besetzen, 3,7% wollten sogar zwei Ausbildungsplätze besetzen.

Auffällig ist ebenfalls, daß Unternehmen, die mehr als einen Ausbildungsplatz angeboten haben, größere Schwierigkeiten bei der Besetzung ihrer Lehrstellen hatten:

Zusammenhang zwischen unbesetzten Ausbildungsplätzen und angestrebter Auszubildendenzahl							
		Unbesetzte Ausbildungsplätze					
		Anzahl	0	1	2	≥3	Insgesamt
Angestrebte Azubizahl	1		46,2%	7,9%	-	-	54,1%
	2		16,2%	3,0%	2,8%	-	22,0%
	≥3		15,8%	3,1%	3,3%	1,7%	23,9%
	Insgesamt		78,2%	14,0%	6,1%	1,7%	100%

Die Ergebnisse dieser Tabelle lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Bei Betrieben, die nur einen Ausbildungsplatz besetzen wollten, konnte jeder siebte seinen angebotenen Ausbildungsplatz nicht besetzen.
- Bei Betrieben, die zwei Ausbildungsplätze besetzen wollten, konnte jeder vierte Betrieb mindestens eine Lehrstelle nicht besetzen.
- Bei Betrieben, die drei oder mehr Ausbildungsplätze besetzen wollten, konnte sogar jeder dritte Betrieb mindestens einen Ausbildungsplatz nicht besetzen.

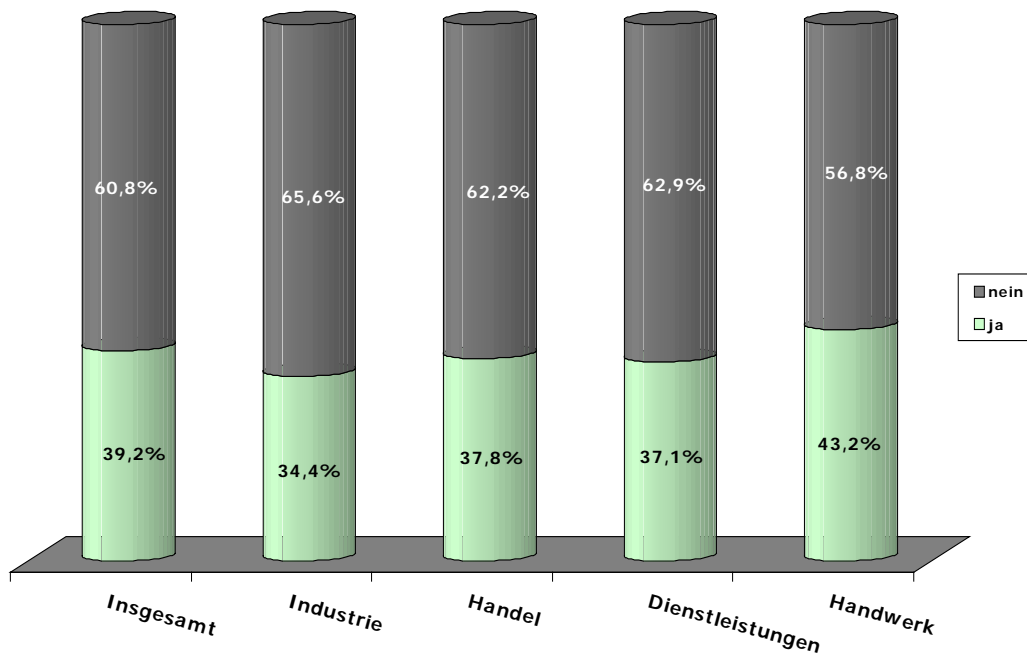
2.12. Ausbildungsabbrüche

Die Zahl der Ausbildungsabbrüche, d.h. die vorzeitige Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses vor dem regulären Abschluß der Ausbildung, ist in den alten Ländern seit 1991 rückläufig. Auch in Rheinland-Pfalz hat die Zahl der vorzeitigen Vertragsauflösungen von 1994 (26,0%) bis 1997 (20,6%) kontinuierlich und deutlich abgenommen.⁸

Ausbildungsabbrüche stellen auch für die Unternehmen in der Stadt Mainz ein Problem dar: Über ein Drittel aller Betriebe in Mainz (39,2%) klagte in den vergangenen drei Jahren über Ausbildungsabbrüche. Das Handwerk hatte mit 43,2% den höchsten Anteil der Betriebe mit Ausbildungsabbrüchen, die Industrie mit einer Quote von 34,4% den niedrigsten.

⁸ Berufsbildungsbericht 1999, S. 69.

Frage 30 an ausbildende Betriebe: „Gab es in Ihrem Unternehmen innerhalb der letzten drei Jahre Ausbildungsabbrüche?“



Überraschend ist hier die Feststellung, daß vorausgegangene Ausbildungsabbrüche kaum das Ausbildungsangebot der Betriebe beeinträchtigen: In der Gruppe der Betriebe, die in den vergangenen drei Jahren Ausbildungsabbrüche hatten, konnten 20,7% eine steigende Auszubildendenzahl im gleichen Zeitraum verzeichnen (Gruppe ohne Ausbildungsabbrüche: 21,4%), bei 59,6% ist die Auszubildendenzahl gleichgeblieben (Gruppe ohne Ausbildungsabbrüche: 54,3%) und 13,6% haben Ausbildungsplätze abgebaut (Gruppe ohne Ausbildungsabbrüche: 9,7%).

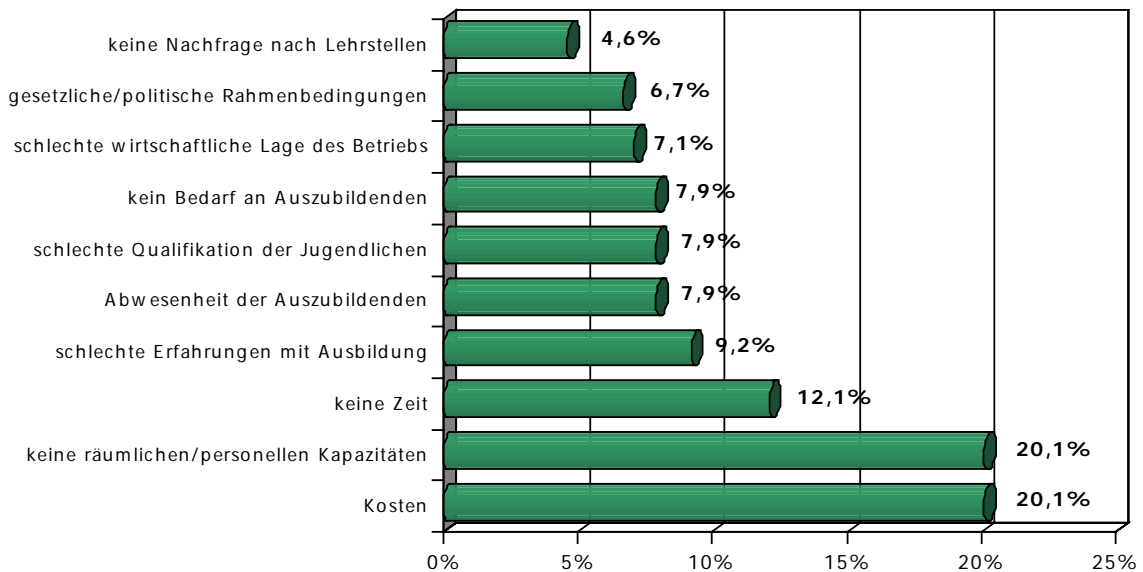
2.13. Gründe für nicht stattfindende Ausbildung

Nicht jeder Betrieb, der eine Ausbildungsberechtigung hat, bildet auch aus. Dafür kann eine Vielzahl von Gründen genannt werden:⁹ Häufig werden in Untersuchungen als Ursache für eine fehlende Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes oder ein überhaupt fehlendes Angebot die Kosten der Ausbildung – insbesondere hohe Lehrlingsvergütungen –, hohe Abwesenheitszeiten der Auszubildenden oder eine unsichere wirtschaftliche Situation der Unternehmen genannt.¹⁰ Diese Befunde können durch die Mainzer Betriebsumfrage nur zum Teil bestätigt werden.

⁹ In der Mainzer Betriebsumfrage wurde die Frage nach den Ursachen für eine nicht stattfindende Ausbildung als offene Frage gestellt, d.h. es wurden keine Antwortvorgaben gegeben. Dementsprechend waren Mehrfachnennungen möglich, die erst im nachhinein kategorisiert worden sind. Fast alle Betriebe haben mehrere Gründe genannt.

¹⁰ Vgl. Lenske / Werner 1998, S. 19f.

Frage 31 an ausbildungsberechtigte Betriebe, die zur Zeit nicht ausbilden: „Wenn Ihr Unternehmen trotz Ausbildungsberechtigung nicht ausbildet: warum nicht? (bitte in Stichworten)“



Jeder fünfte Betrieb, der zwar ausbildungsberechtigt ist, aber zum Zeitpunkt der Umfrage nicht ausbildete, nannte die Kosten und fehlende räumliche oder personelle Kapazität als Grund für die nicht stattfindende Ausbildung. Jeder achte Betrieb gibt an, keine Zeit zur Ausbildung zu haben.

Als weitere Ursachen wurden schlechte Erfahrungen mit Auszubildenden, die schlechte Qualifikation oder berufliche Vorbereitung von Jugendlichen, der fehlende Bedarf an Auszubildenden, die schlechte wirtschaftliche Lage des Betriebs sowie schlechte gesetzliche oder politische Rahmenbedingungen genannt. Eine fehlende Nachfrage nach den angebotenen Lehrstellen war für 4,6% der nicht ausbildenden Betriebe die Ursache für die nicht stattfindende Ausbildung.

2.14. Besetzung der Ausbildungsplätze

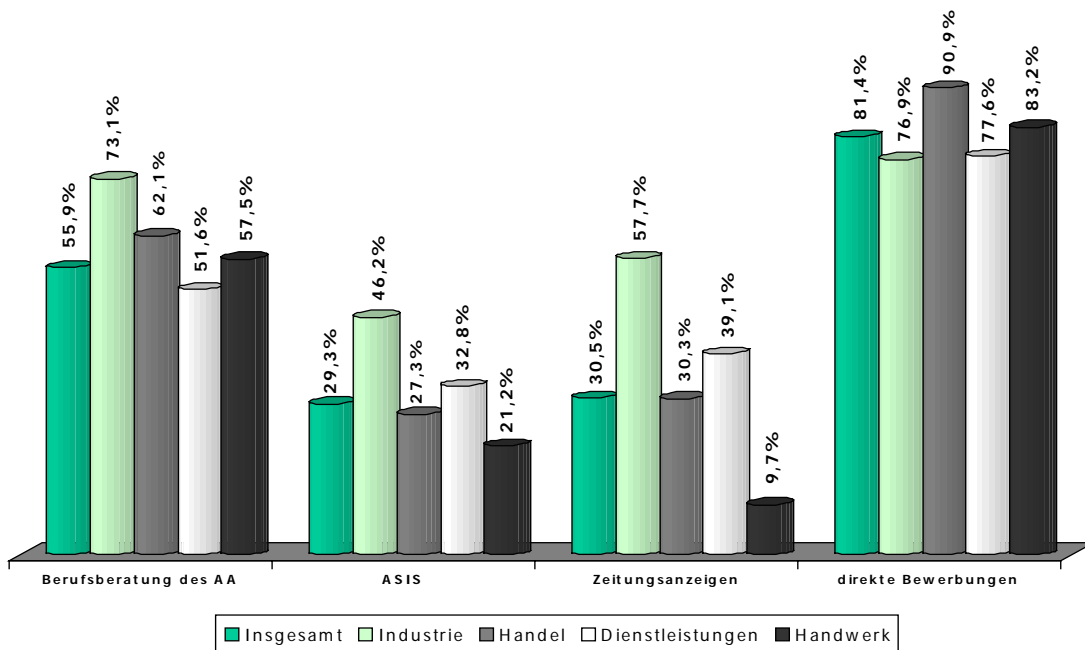
Die Frage nach der Art der Besetzung von Ausbildungsplätzen in den Unternehmen ist insbesondere vor dem Hintergrund der Frage wichtig, ob die Unternehmen die ihnen zur Verfügung stehenden Optionen ausreichend ausschöpfen.

Unternehmen können ihre Ausbildungsplätze auf vielfältige Weise besetzen. Die befragten Mainzer Unternehmen nutzten die vorhandenen Möglichkeiten folgendermaßen:

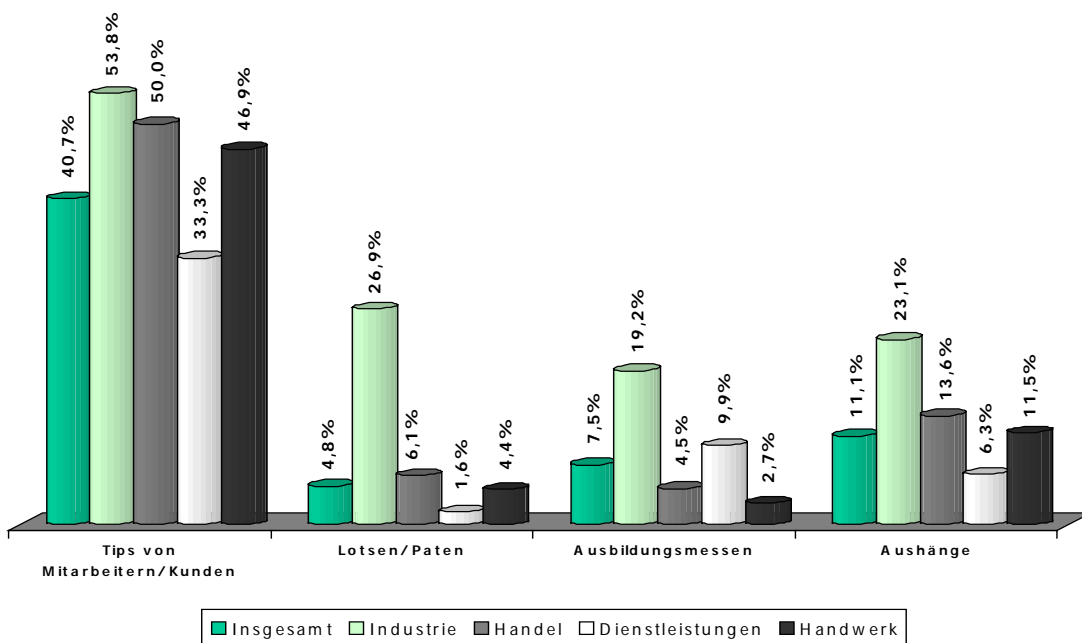
- die Inanspruchnahme der Berufsberatung des Arbeitsamtes, etwa durch Meldung offener Lehrstellen oder Vermittlungsvorschläge (55,9%),
- das Ausbildungsstelleninformationssystem (ASIS), ein Computersystem in den Räumen der Berufsberatung, in dem die Unternehmen ihre offenen Ausbildungsstellen erfassen lassen und die Jugendlichen selbständig suchen können¹¹ (29,3%),
- Anzeigen in lokalen oder überregionalen Zeitungen (30,5%),
- direkte Bewerbungen von Jugendlichen bei einem sie interessierenden Unternehmen (81,4%),
- Tips von eigenen Mitarbeitern oder Kunden (40,7%),
- die Lotsen und Paten der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer (HwK) (4,8%),
- Ausbildungsmessen, auf denen sich Unternehmen präsentieren und ihre Ausbildungsberufe vorstellen (7,5%) sowie
- Aushänge, z.B. in Schulen, in Schaufenstern oder am Werkstor (11,1%).

¹¹ Etwas überraschend ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß 7,6% der Betriebe angeben, daß sie zwar das ASIS, aber nicht die Berufsberatung nutzen.

Frage 27 an ausbildungsberechtigte Betriebe, die 1998/99 mindestens einen Ausbildungsplatz neu besetzen wollten: „Wie versuchen Sie, die Ausbildungsplätze in Ihrem Unternehmen zu besetzen?“ - Teil 1

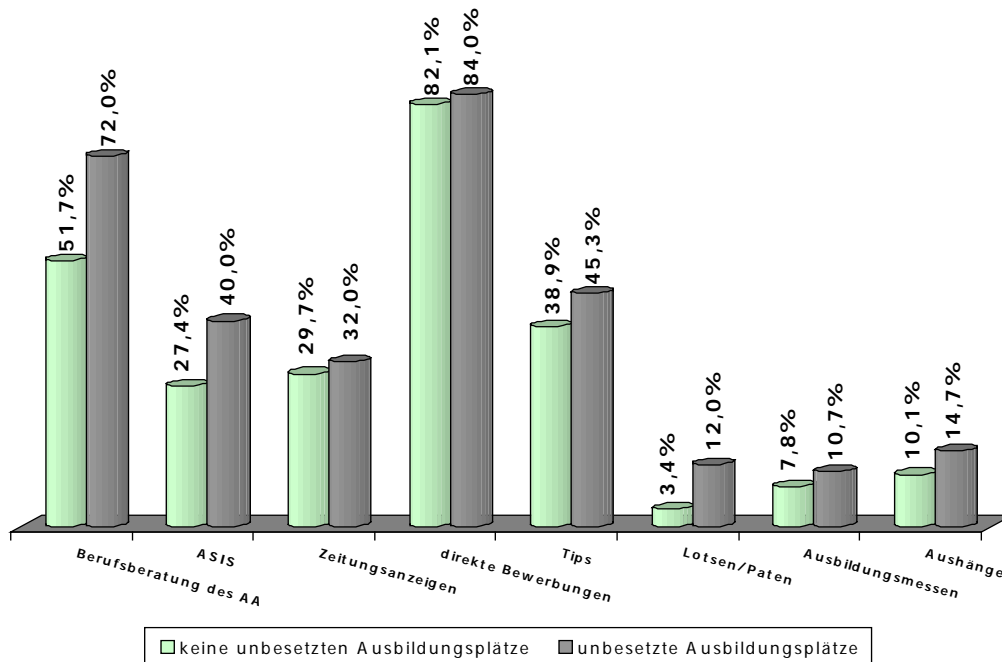


Frage 27 an ausbildungsberechtigte Betriebe, die 1998/99 mindestens einen Ausbildungsplatz neu besetzen wollten: „Wie versuchen Sie, die Ausbildungsplätze in Ihrem Unternehmen zu besetzen?“ - Teil 2



Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die Betriebe, die zum Ausbildungsjahr 1998/99 nicht alle angebotenen Lehrstellen besetzen konnten, keinesfalls zu zurückhaltend in ihrer Initiative zur Besetzung ihrer Ausbildungsplätze waren. Sie waren im Vergleich zu den Unternehmen, die alle Ausbildungsplätze besetzen konnten, sogar besonders aktiv und nutzten die vorhandenen Möglichkeiten stärker aus:

Frage 27 an ausbildende Betriebe, die 1998/99 mindestens einen Ausbildungsplatz neu besetzen wollten: „Wie versuchen Sie, die Ausbildungsplätze in Ihrem Unternehmen zu besetzen?“



Dies gilt insbesondere für Nutzung der Berufsberatung des Arbeitsamtes: Unter den Betrieben, die alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen konnten, beträgt der Anteil der Betriebe, die keine unbesetzten Ausbildungsstellen haben, 51,7%. Unter den Unternehmen, die nicht alle Ausbildungsplätze besetzen konnten, nutzten 72,0% die Angebote der Berufsberatung.

Insgesamt haben von den Betrieben, die zum Ausbildungsjahr 1998/99 die Berufsberatung zur Besetzung eines Ausbildungsplatzes nutzten, 48,5% mindestens einen Bewerbungsvorschlag in ein Ausbildungsverhältnis übernommen.

Ein Teil der Unternehmen steht den Vermittlungsvorschlägen, die sie zum Ausbildungsjahr 1998/99 von der Berufsberatung erhalten haben, kritisch gegenüber: 0,9% beurteilten die Vermittlungsvorschläge der Berufsberatung als „sehr gut“ und 9,3% als „gut“. Mehr als die Hälfte der Betriebe, die Vermittlungsvorschläge erhalten haben, beurteilten sie als „teils, teils“. 27,6% äußerten, daß die Bewerberinnen und Bewerber ihren Vorstellungen „weniger gut“ und 10,2%, daß die Bewerbungen ihren Vorstellungen „gar nicht“ entsprochen haben.¹²

¹² Diese Beurteilung bedeutet allerdings nicht, daß die Betriebe, die die Berufsberatung kritischer beurteilen, gar keine Empfehlungen des Arbeitsamtes in Ausbildungsverhältnisse übernommen haben. Rund die Hälfte aller Un-

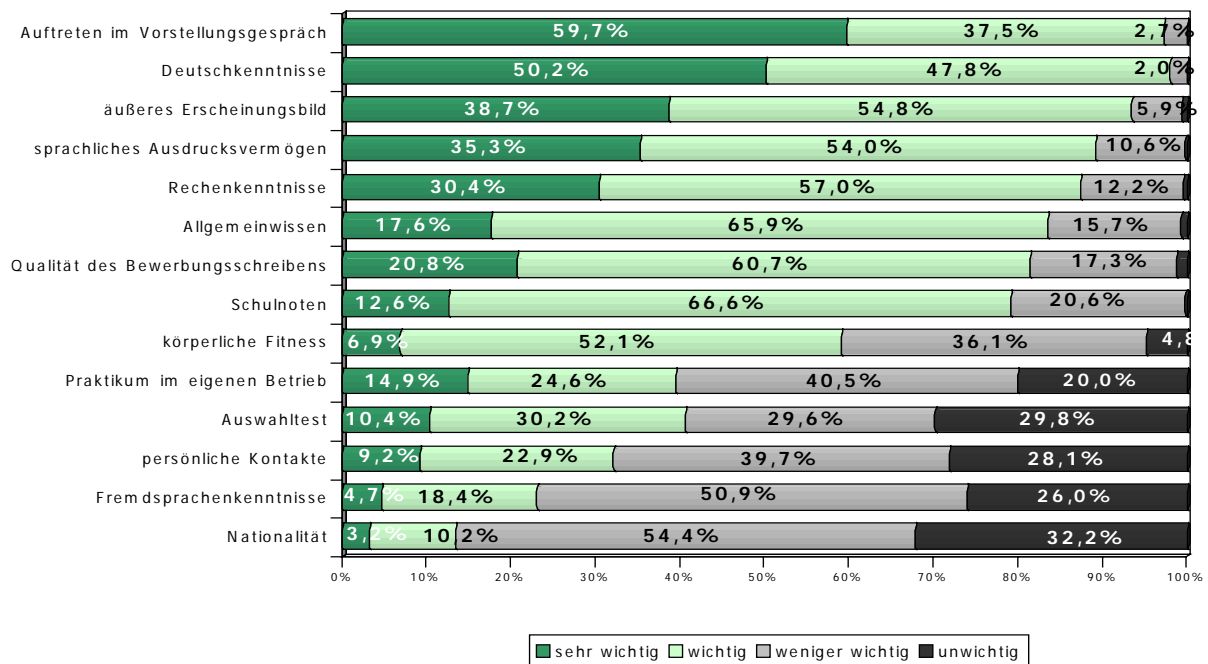
2.15. Kriterien für die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis

Die Bewerbung stellt die eigentliche Schwelle für die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis dar. Der Erfolg einer Bewerbung hängt von vielen unterschiedlichen Faktoren ab. Angesichts einer großen Konkurrenz um Ausbildungsplätze ist es längst nicht mehr ausreichend, als Jugendlicher lediglich einen ordentlichen Schulabschluß und ein vages Interesse an einer Ausbildung zu haben. Auch die wachsenden Anforderungen in den Ausbildungen selbst erhöhen die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für SchulabgängerInnen beim Übergang von der Schule zur Ausbildung:

„Die Wirtschaft erwartet, daß am Ende der Schulausbildung die Grundlagen für eine stabile Persönlichkeit, für Gemeinschaftsfähigkeit, für Lern- und Leistungsbereitschaft gelegt sind und daß grundlegende Kenntnisse in allen Fächern erworben wurden. Neben Schlüsselqualifikationen sowie persönlichen und sozialen Kompetenzen ist ein elementares Grundwissen unabdingbare Voraussetzung für eine Ausbildung im dualen System und für den späteren beruflichen Erfolg.“¹³

Neben den formalen Qualifikationen wie Schulabschluß und Noten in bestimmten Fächern, stellen motivationale Voraussetzungen oder soziale Grundqualifikationen weitere Hürden für einen Ausbildungsplatz dar.¹⁴

Frage 21 an ausbildende Betriebe: „Bitte beurteilen Sie die folgenden Kriterien für die Übernahme eines Jugendlichen in ein Ausbildungsverhältnis nach der Bedeutung für Ihr Unternehmen:“



ternehmen, die die Vermittlungsvorschläge der Berufsberatung als „gut“ (57,7%) oder „teils, teils“ (49,0%) bezeichneten, haben Vermittlungsvorschläge in Ausbildungsverhältnisse übernommen. Bei Betrieben, die das Urteil „weniger gut“ fällten, beträgt der Wert immerhin noch 27,7%, bei „gar nicht“ 6,9%.

¹³ Broschüre „Was erwartet die Wirtschaft von den Schulabgängern?“ der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz und der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, S. 2. Vgl. auch Gartz / Hüchtermann / Mrytz 1999.

¹⁴ Dies ist auch ein Ergebnis der Betriebsumfrage des Ludwigshafener Modellprojekts für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung.

Deutschkenntnisse, sprachliches Ausdrucksvermögen, Rechenkenntnisse, Allgemeinwissen und gute Schulnoten sind auch nach unserer Umfrage wichtige Bedingungen für die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis. Nur sehr wenige Betriebe – in der Regel unter einem Prozent der Antworten – hielten diese Qualitäten für unwichtig. Ebenfalls von sehr großer Bedeutung sind das Auftreten im Vorstellungsgespräch, das äußere Erscheinungsbild und die Qualität des Bewerbungsschreibens. Eine geringere Bedeutung haben Auswahltests.¹⁵

Behinderung

Körperliche Fitness stellte für fast 60% der befragten Unternehmen ein sehr wichtiges oder wichtiges Kriterium bei der Ausbildungsplatzvergabe dar. Für 36,1% war es weniger wichtig und nur für 4,8% stellte körperliche Fitness gar kein wichtiges Kriterium dar. Dies bedeutet, daß behinderte Ausbildungsplatzbewerberinnen oder –bewerber bei nicht wenigen Betrieben tatsächliche Benachteiligungen zu befürchten haben, obwohl aufgrund des gesetzlichen Rahmen eine formale Gleichstellung herrscht.

Dementsprechend ist die tatsächliche Bereitschaft zur Ausbildung behinderter Jugendlicher sehr unterschiedlich: Nur 2,7% der Betriebe, die körperliche Fitness als sehr wichtig oder wichtig betrachten, haben in den vergangenen drei Jahren behinderte Jugendliche ausgebildet. Bei Betrieben, die dies als ein wichtiges oder weniger wichtiges Kriterium ansehen, liegt der Anteil jeweils bei 5,7%. Dagegen haben 16,0% der Betriebe, die angeben, daß körperliche Fitness der Bewerberinnen oder Bewerber unwichtig ist, in den vergangenen drei Jahren behinderte Jugendliche ausgebildet. Insgesamt geben 6,0% aller gegenwärtig ausbildenden Betriebe an, innerhalb der letzten fünf Jahre behinderte Jugendliche ausgebildet zu haben.

Nationalität

Junge Ausländer sind beim Übergang von der Schule in den Beruf besonders benachteiligt. Dies gilt zum einen grundsätzlich für ihre Chancen auf einen Platz im dualen Ausbildungssystem und zum anderen speziell für die Bandbreite der ihnen offenstehenden Ausbildungsberufe. So bleiben nach einer Studie des EMNID-Instituts im Auftrag des Bundesbildungsministeriums unter den deutschen Jugendlichen 8,1% ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung, während es unter den ausländischen Jugendlichen 32,7% sind.¹⁶

In der Regel besetzen ausländische Jugendliche und junge Erwachsene die Ausbildungsberufe, in denen die Nachfrage der deutschen Jugendlichen deutlich zurückgegangen ist. Allein der erste Schritt zu einer Bewerbung stellt für zahlreiche ausländische Jugendliche aufgrund sprachlicher Defizite, fehlendem Wissen über richtige Bewerbungsformen oder mangelnder Unterstützung bei der Bewerbung durch die Eltern bereits ein großes Hindernis dar.¹⁷

Die Nationalität der Jugendlichen stellte für einen Großteil der Mainzer Befragten kein entscheidendes Auswahlkriterium dar: Insgesamt haben 50,2% aller gegenwärtig ausbildenden

¹⁵ Dies dürfte aber nur für Unternehmen gelten, die selbst keine Auswahltests durchführen.

¹⁶ Sozialpolitische Umschau Nr. 278 vom 16. August 1999.

¹⁷ Vgl. auch Lex 1997, S. 53ff.

Betriebe in den vergangenen drei Jahren ausländische Jugendliche ausgebildet. Für 86,6% der Befragten war die Nationalität weniger wichtig oder unwichtig. Dieses Ergebnis hat jedoch nicht den Umkehrschluß zur Folge, daß jene 13,4% der Betriebe, denen die Nationalität sehr wichtig oder wichtig ist, gar keine ausländischen Jugendlichen ausbildeten. Bei diesen Betrieben betrug der Anteil ausländischer Jugendlicher an allen Auszubildenden innerhalb der letzten drei Jahre 35,6%, während er bei den Betrieben, die die Nationalität als weniger wichtig oder unwichtig ansahen, bei 52,5% lag.

Geschlecht

Obwohl Mädchen in der Regel eine bessere Schulbildung vorzuweisen haben,¹⁸ sind ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im dualen Bildungssystem zumeist geringer als die der Jungen. Noch immer sind Frauen bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich unterrepräsentiert:

„Weibliche Bewerberinnen mit einem Hauptschulabschluß weisen seit 1981 konstant schlechtere Vermittlungschancen auf als männliche Bewerber ohne Hauptschulabschluß.“¹⁹

Deshalb ist es auf den ersten Blick überraschend, daß das Gesamtergebnis in Mainz für Mädchen besser ausfiel als für Jungen: 24,6% bevorzugten bei der Besetzung ihrer Ausbildungsplätze Mädchen und 16,2% Jungen. Bei der Mehrheit der gegenwärtig ausbildenden Betriebe spielte das Geschlecht der Jugendlichen (59,2%) keine Rolle.

Der außergewöhnlich hohe Wert für Mädchen wird allerdings erklärbar, wenn man die Geschlechtsverteilung nach den verschiedenen Berufsausbildungsbereichen der Betriebe differenziert: Ein starke Bevorzugung von Mädchen ergab sich tatsächlich nur bei Betrieben, die im Dienstleistungsbereich ausbilden: 41,5% der in diesem Bereich ausbildenden Betriebe bevorzugten bei der Besetzung ihrer Ausbildungsplätze Mädchen.²⁰ In allen anderen Berufsbereichen lag der Anteil der Betriebe, die Mädchen favorisierten, deutlich niedriger. Dies unterstreicht, daß Mädchen oder junge Frauen auch in Mainzer Betrieben noch immer weitgehend auf „frauentypische“ Berufsfelder festgelegt sind.²¹

Nach wie vor gibt es im Bereich des Handwerks eine deutliche Präferenz für Jungen: 39,0% der im Handwerk ausbildenden Betriebe bevorzugten bei der Ausbildungsplatzvergabe Jungen und nur 6,4% Mädchen.

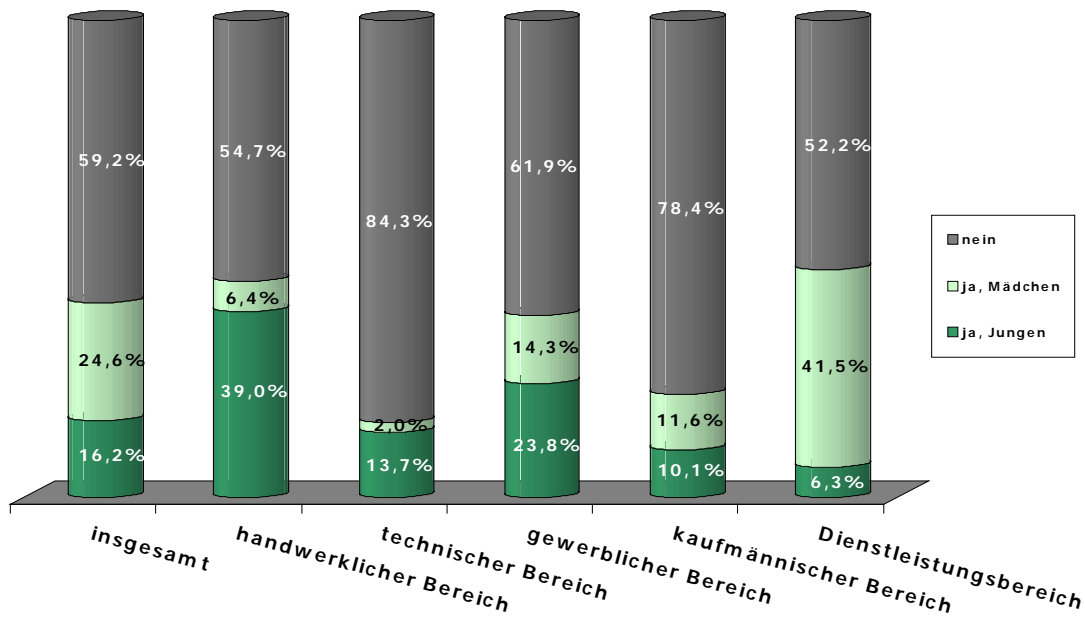
¹⁸ Vgl. Lex 1997, S. 50.

¹⁹ Strikker 1991, S. 9.

²⁰ Die große Nachfrage nach Mädchen im Dienstleistungsbereich fällt allerdings auch zusammen mit einem hohen Interesse der Mädchen nach Dienstleistungsberufen. Im Ausbildungsjahr 1997/98 waren 77% aller bei der Bundesanstalt für Arbeit für Dienstleistungsberufe gemeldeten Bewerber Mädchen. Der Mädchenanteil an den Bewerbern für Fertigungsberufe betrug im gleichen Ausbildungsjahr dagegen nur 16%. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1999, Bonn (Mai 1999), S. 152.

²¹ Vgl. auch Lex 1997, S. 50ff.

Frage 24 an ausbildende Betriebe: „Bevorzugen Sie ein bestimmtes Geschlecht bei der Besetzung Ihrer Ausbildungsplätze?“



Bei Betrieben, die im technischen oder im kaufmännischen Bereich ausbilden, gab es mit 84,3% bzw. 78,4% einen hohen Anteil, der kein bestimmtes Geschlecht bevorzugt.

Schulabschluß

Ein wichtiges Kriterium für die Einengung des Bewerberfeldes für eine Lehrstelle stellt der Schulabschluß dar. Während in der Vergangenheit für die meisten Ausbildungsberufe ein guter Hauptschulabschluß ausreichte, um eine Lehrstelle zu finden, werden heute deutlich höhere Ansprüche von der Wirtschaft an die zukünftigen Auszubildenden gestellt:

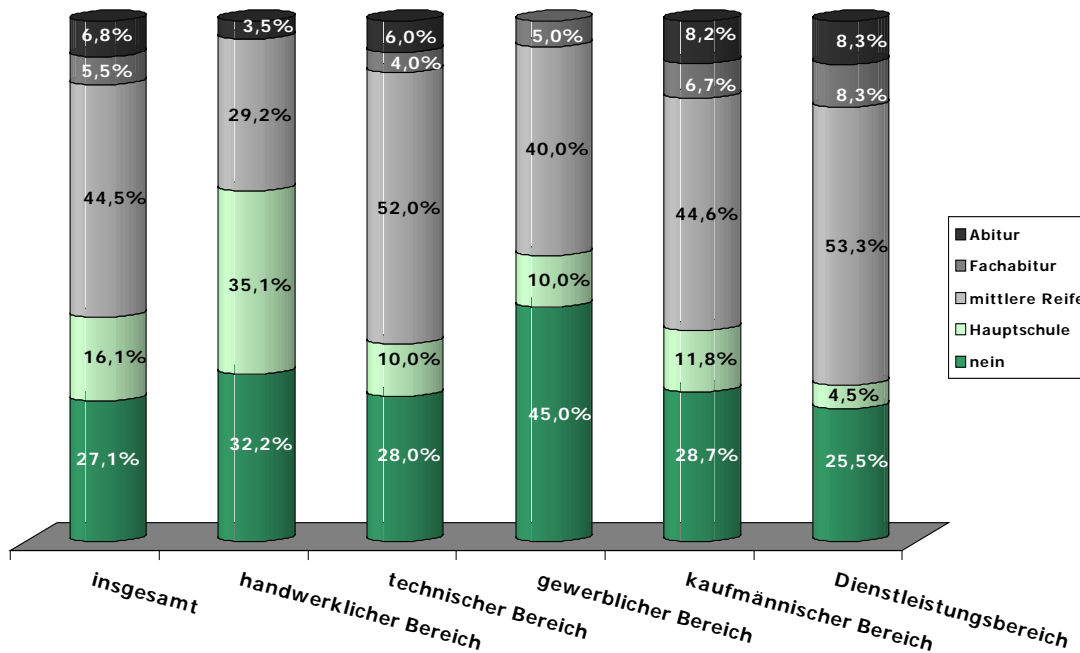
„Gestiegene Bildungswünsche und erhöhten Ausbildungsvoraussetzungen haben zu einem Bedeutungsverlust der Hauptschule geführt und damit den Hauptschulabschluß entwertet.“²²

Zur Besetzung ihrer Lehrstellen bevorzugten insgesamt 14,8% aller ausbildenden Mainzer Betriebe in der Umfrage BewerberInnen mit einem Hauptschulabschluß. Dieser Wert steht in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu der Lehrstellennachfrage seitens der Hauptschulabsolventen, deren Anteil an allen BewerberInnen im September 1998 in der Arbeitsamtsdienststelle Mainz 28,5% betrug. Neben diesem „Mismatch“ als offensichtlicher möglicher Benachteiligung muß zudem die starke Sogwirkung der Stadt auf das Umland berücksichtigt werden, durch die die Mainzer HauptschulabsolventInnen zudem einem starken Konkurrenzkampf mit auswärtigen, schulisch höher gebildeten BewerberInnen ausgesetzt sind.

Unterscheidet man nach den Berufsbereichen, dann bestand die größte Nachfrage nach Hauptschulabschlüssen im handwerklichen Bereich mit 35,1%, die geringste Nachfrage bei

²² Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher, Bonn 1998, S. 18.

Frage 22 an ausbildende Betriebe: „Bevorzugen Sie bei der Besetzung Ihrer Ausbildungsplätze bestimmte Schulabschlüsse?“



Dienstleistungsberufen mit gerade einmal 4,5%. Damit stehen die HauptschulabsolventInnen nicht nur vor dem Problem eines äußerst begrenzten Angebots an Ausbildungsplätzen überhaupt, sondern auch vor einer geringen Auswahl an Ausbildungsberufen.

Fast die Hälfte aller Betriebe (45,5%) wünschte sich eine BewerberIn mit mittlerer Reife. Der Wunsch nach SchulabsolventInnen mit mittlerer Reife lag in der Industrie, im Handel und im Dienstleistungsbereich deutlich über 50%. Im Handwerk lag die Nachfrage mit 26,5% wesentlich unter dem Durchschnitt. Dieses Ergebnis unterstreicht, daß „ein mittlerer Schulabschluß inzwischen zu einer ‚normalen‘ Eingangsvoraussetzung geworden ist.“²³ Dieser Wunsch nach Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschluß ist allerdings erheblich höher als das Angebot, denn lediglich 35,4% der Bewerber in der Arbeitsamtsdienststelle Mainz hatten im September 1998 die mittlere Reife.

Ausdrücklich BewerberInnen mit Fachabitur wünschten sich 5,5% der Betriebe. Die explizite Nachfrage nach FachabiturientInnen unterscheidet sich damit nicht wesentlich von der Bewerberstruktur in der Mainzer Arbeitsamtsdienststelle, deren Statistik 7,1% BewerberInnen mit Fachhochschulreife aufweist.

6,7% aller befragten Betriebe hätten gerne BewerberInnen mit Abitur. Der Anteil der BewerberInnen mit Hochschulreife übersteigt jedoch mit 19,3% die explizite Nachfrage der Mainzer Betriebe deutlich. Freilich kann dieses Ergebnis der Betriebsumfrage jedoch kaum als Indiz für eine Benachteiligung der AbiturientInnen interpretiert werden, da die Antworten der Betriebe zum einen eher Mindestanforderungen an den Schulabschluß darstellen dürften und

²³ Vgl. auch Lex 1997, S. 48.

zum anderen erfahrungsgemäß nicht wenige BewerberInnen mit Abitur sich parallel zu ihrer Ausbildungsplatzsuche um Studienplätze an Universitäten oder Fachhochschulen bemühen.

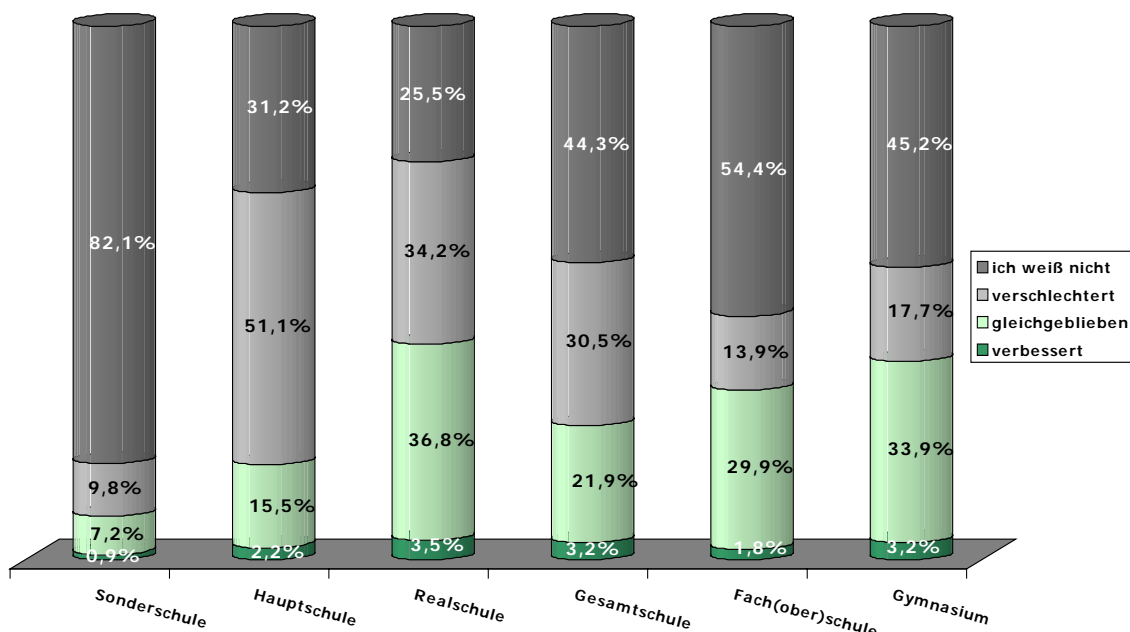
Daß sie keinen bestimmten Schulabschluß bevorzugen, gaben 27,5% aller Mainzer Betriebe an. Dies bedeutet, daß bei der Besetzung der Ausbildungsplätze dieser Unternehmen theoretisch auch HauptschulabsolventInnen Chancen auf eine Lehrstelle haben. Diese Chancen dürften jedoch angesichts einer starken Konkurrenz mit höheren Schulabschlüssen denkbar gering sein, denn

„im Wettstreit um das knappe Angebot an Ausbildungsplätzen mit anspruchsvoller Qualifikation verdrängen die ‚besser‘, da formal höher Qualifizierten die jeweils eine Stufe darunter liegenden, formal niedriger qualifizierten Bewerber.“²⁴

Daß HauptschülerInnen bei den Betrieben so wenig nachgefragt wurden, hängt nicht zuletzt mit der grundsätzlichen Beurteilung der Hauptschulabgänger zusammen. Zwar stellten die befragten Betriebe bei allen Schulformen eine Verschlechterung der Bewerbereignungen fest, die Hauptschule erhielt dabei aber das deutlich schlechteste Urteil.

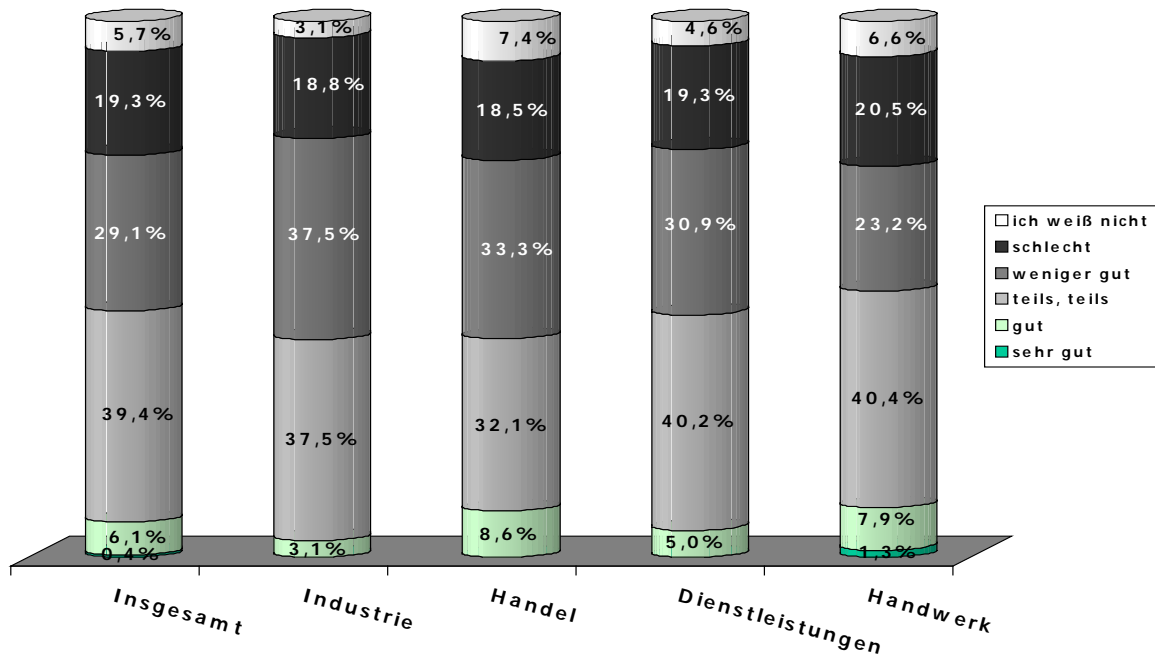
Über die Hälfte aller befragten Unternehmen (51,1%) sahen eine Verschlechterung der Eignung von BewerberInnen mit Hauptschulabschlüssen. Unter den Unternehmen, die HauptschülerInnen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen bevorzugen, sahen sogar 55,7% eine Verschlechterung.

Frage 26 an ausbildende Betriebe: „Hat sich nach Ihrer Auffassung die Eignung bzw. Qualifikation der Jugendlichen, die sich bei Ihnen für einen Ausbildungsplatz beworben haben, für die folgenden Schulformen verändert?“



²⁴ Lex 1997, S. 48.

Frage 40 an ausbildende Betriebe: „Wie beurteilen Sie die Leistungen der allgemeinbildenden Schulen in der Vorbereitung von Jugendlichen auf ihr späteres Berufsleben?“



In diesem Zusammenhang ist es nur wenig überraschend, daß die Leistungen der allgemeinbildenden Schulen in der Vorbereitung der Jugendlichen auf ihr späteres Berufsleben äußerst kritisch beurteilt werden: Nur 0,4% der Betriebe beurteilten die Schulen als „sehr gut“,²⁵ 6,1% beurteilen sie als „gut“, 39,4% als „teils, teils“, 29,1% als „weniger gut“ und 19,3% als „schlecht“. Kein Urteil über die Leistungen der allgemeinbildenden Schulen erlaubten sich nur 5,7% der antwortenden Mainzer Betriebe.

Insgesamt unterhielt nur etwas mehr als die Hälfte der antwortenden ausbildenden Unternehmen unmittelbare eigene Beziehungen zu den allgemeinbildenden Schulen: 9,2% der Betriebe haben regelmäßige und 45,5% gelegentliche Beziehungen zu den allgemeinbildenden Schulen in Ausbildungsfragen. Dies waren vor allem Betriebe, die sich sehr stark im Angebot von Praktika engagieren. Keine Beziehungen zu allgemeinbildenden Schulen haben 45,3% der Ausbildungsbetriebe. Von den Ausbildungsbetrieben, die keine Beziehungen zu allgemeinbildenden Schulen unterhalten, bieten zwei Drittel auch niemals Praktika an.

Praktikum

Bereits in der Schulumfrage im Juni 1998 wurde ausdrücklich auf die besondere Bedeutung des Praktikums hingewiesen. Dessen Bedeutung wurde von der Schulumfrage vom Juni 1999 bestätigt. Auch von betrieblicher Seite wurde die Relevanz des Praktikums bei der Frage nach den Kriterien für die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis unterstrichen: 15,3% der ausbildungsberechtigten Betriebe sahen ein Praktikum im eigenen Betrieb als „sehr wichtig“

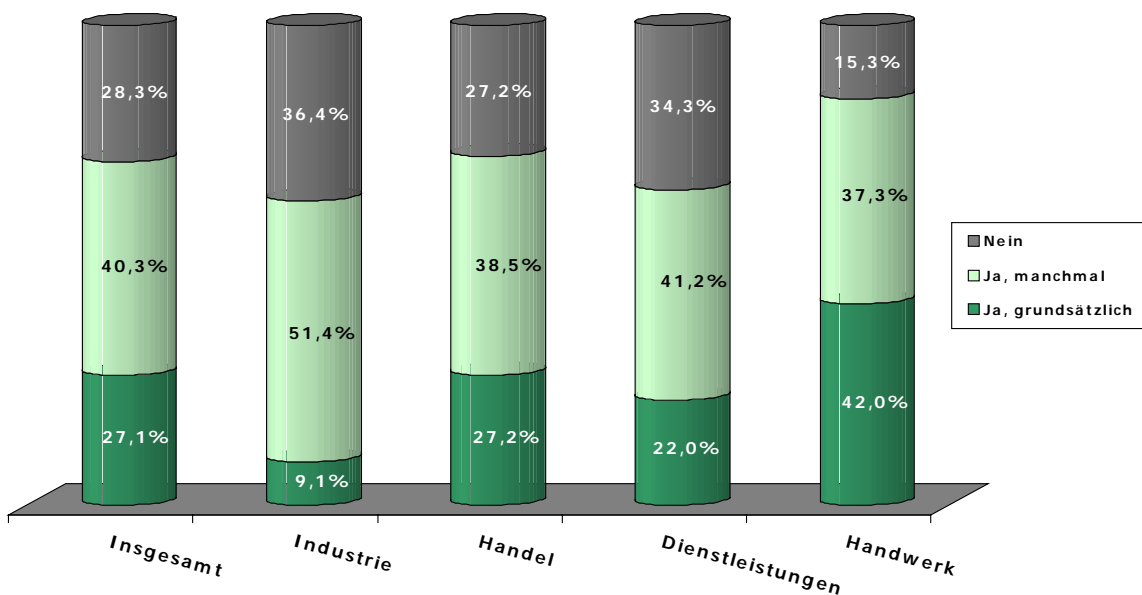
²⁵ Zwei Handwerksbetriebe in der Umfrage beurteilten die Leistung der Hauptschulen als „sehr gut“.

an, weitere 24,5% betrachteten es als „wichtig“. Für 40,7% war es „weniger wichtig“ und für nur 19,5% war ein Praktikum im eigenen Betrieb „unwichtig“.

Die Bedeutung des Praktikums wurde durch eine weitere Frage konkretisiert: In Frage 46 wurde danach gefragt, ob der Betrieb bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen Jugendliche bevorzugt, die zuvor in ihrem Betrieb ein Praktikum absolviert haben: 27,1% der ausbildungsberechtigten Betriebe antworteten, daß sie grundsätzlich Jugendliche bevorzugen, die zuvor im eigenen Betrieb ein Praktikum absolviert haben. 40,3% bevorzugten manchmal ehemalige Praktikanten und nur für 28,3% war ein Praktikum im eigenen Betrieb nicht relevant.

Die geringste Bedeutung hat das im eigenen Betrieb absolvierte Praktikum für Industrieunternehmen, die größte für Betriebe des Handwerks: 42,0% der Handwerksbetriebe bevorzugen bei der Ausbildungsplatzvergabe ausschließlich die ehemaligen PraktikantInnen.

Frage 46 an ausbildende Betriebe: „Bevorzugen Sie bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen Jugendliche, die zuvor in Ihrem Betrieb ein Praktikum absolviert haben?“



Eine Aufwandsentschädigung könnte das Praktikumsangebot ausweiten: 55,9% aller ausbildungsberechtigten Betriebe würden Praktikumsplätze anbieten, wenn sie dafür eine Aufwandsentschädigung erhielten. Zwar war die Bereitschaft von Unternehmen, die ohnehin regelmäßig (72,2%) oder gelegentlich (51,1%) Praktika anbieten, am stärksten und deshalb wäre – wie bei Fördermitteln grundsätzlich – das Problem von Mitnahmeeffekten zu bedenken. Immerhin könnten aber 23,1% der ausbildungsberechtigten Betriebe, die zum Zeitpunkt der Umfrage keine Praktika durchführten, durch eine Aufwandsentschädigung zu einem Angebot motiviert werden, das möglicherweise später zu einem Ausbildungsplatzangebot führt. In dieser Gruppe war die Ausbildungsbeteiligung mit 38,7% noch sehr niedrig.

2.16. Ausländische Betriebe

Von den 1.078 in die Untersuchung eingegangenen Fragebögen stammen 27 von ausländischen Unternehmen. Dies entspricht in der Mainzer Betriebsumfrage einem Anteil von 2,6%. Trotz geringer absoluter Beteiligung sollen die Ergebnisse zu den ausländischen Unternehmen der Vollständigkeit halber hier zwar genannt, aber zurückhaltend interpretiert werden. Von diesen antwortenden ausländischen Unternehmen gehörten 33,3% der Industrie, 18,5% dem Handel, 33,3% dem Dienstleistungsbereich, 7,4% dem Handel und weitere 7,4% einem anderen Wirtschaftsbereich an.

Ausländische Unternehmen beurteilten die wirtschaftliche Lage in Mainz im Vergleich zu den deutschen Unternehmen überaus positiv: 50,0% sahen die wirtschaftliche Entwicklung als „gut“ an, 41,7% urteilten mit „teils, teils“ und 8,3% mit „weniger gut“. Kein Unternehmen beurteilte die Wirtschaftslage in Mainz zum Zeitpunkt der Umfrage als „schlecht“.

Die Umsätze der ausländischen Unternehmen haben sich deutlich positiver als die Umsätze der deutschen Unternehmen entwickelt: 50,0% haben in den letzten drei Jahren steigende Umsätze zu vermelden, bei 30,8% ist der Umsatz gleichgeblieben und bei 19,2% gesunken.

Auch die Zukunftserwartungen waren wesentlich optimistischer im Vergleich zu deutschen Betrieben: 14,8% der antwortenden ausländischen Unternehmen betrachteten ihre Zukunftsperspektiven als „sehr gut“, 44,4% als „gut“ und 29,6% „teils, teils“. Nur 11,1% sahen ihre Zukunft als „weniger gut“ an, „schlechte“ Erwartungen hatte kein Betrieb.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl der ausländischen Unternehmen verläuft etwas wechselhafter als die Beschäftigungsentwicklung der deutschen Unternehmen: 33,3% konnten die Beschäftigtenzahl innerhalb der vergangenen drei Jahre steigern, bei 29,6% ist sie gleichgeblieben und 37,0% ist sie gesunken.

Von den ausländischen Betrieben waren in der Umfrage 55,6% ausbildungsberechtigt, 29,6% waren es nicht und 14,8% wußten nicht, ob sie ausbilden dürfen. Ein Viertel der Betriebe, das noch keine Ausbildungsberechtigung hatte, würde in der Zukunft gerne Ausbildungsplätze anbieten.²⁶

Das Ausbildungsplatzangebot der ausbildungsberechtigten ausländischen Betriebe in der Mainzer Betriebsumfrage ist deutlich stärker gewachsen als das der deutschen Unternehmen: Bei 37,5% ist in den vergangenen drei Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze gestiegen, 6,3% boten erstmals Ausbildungsplätze an. Bei 31,3% ist die Zahl der Ausbildungsplätze gleichgeblieben, bei 6,3% ist sie gesunken und 18,8% boten keine Ausbildungsplätze mehr an.

Für das Ausbildungsjahr 1999/2000 rechneten 33,3% mit einem steigenden Ausbildungsplatzangebot, bei 66,6% sollte es voraussichtlich gleichbleiben. Kein befragtes ausländisches Unternehmen gab an, sein Ausbildungsstellenangebot in diesem Jahr verringern zu wollen.

²⁶ Im Rahmen des „JUMP“-Programms finanziert das Arbeitsamt Mainz eine Kontaktstelle für ausländische Betriebe bei der ASM e.V., durch die ausländische Betriebe in der Stadt Mainz über Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden sollen.

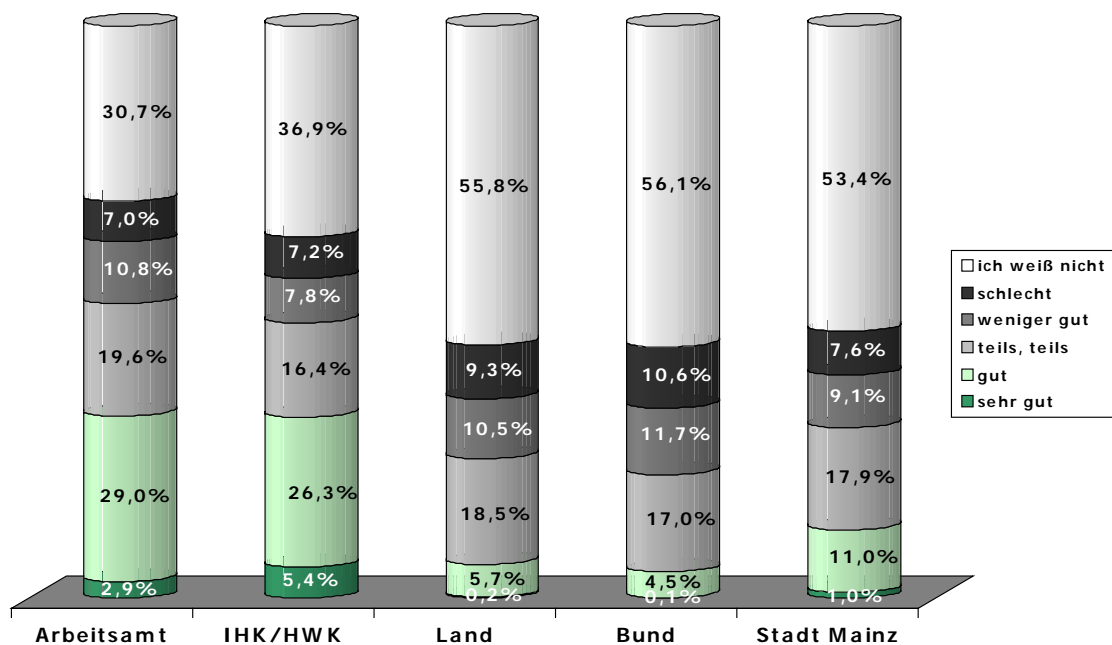
Sehr hoch war mit 41,7% der Anteil der Unternehmen, die über den eigenen Bedarf ausbilden. Dennoch könnte ein Großteil der Jugendlichen, die in ausländischen Unternehmen derzeit ausgebildet werden, anschließend im Ausbildungsbetrieb einen Arbeitsplatz bekommen: 25,0% der Betriebe beabsichtigten, alle Auszubildenden übernehmen zu wollen, die übrigen 75,0% wollten manche Lehrlinge übernehmen.

2.17. Förderung von Ausbildungsplätzen

Der Bund, das Land Rheinland-Pfalz und die Stadt Mainz stellen umfassende Hilfen zur Unterstützung und Förderung von Ausbildungsplätzen bereit.²⁷ Für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen in kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft können beispielsweise zinsgünstige und langlaufende Darlehen aus dem ERP-Programm gewährt werden. Das Land Rheinland-Pfalz vergibt ebenfalls umfassende Finanzierungshilfen für Ausbildungsbetriebe und Auszubildende.²⁸ Auch das Arbeitsamt Mainz führt Förderprogramme zur beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher durch.

Bei der Erörterung von Fördermitteln muß vorausgeschickt werden, daß Fördermittel nicht die Eignung eines Bewerbers oder einer Bewerberin für einen Ausbildungsplatz ersetzen können. Das Erfüllen von Ausbildungseignung und Ausbildungswilligkeit sowie die Überzeu-

Frage 43 an alle Betriebe: „Wie beurteilen Sie die Aktivitäten der folgenden Akteure zur Förderung der Ausbildung in Mainz?“



²⁷ Eine Übersicht über die Finanzhilfen für Ausbildungsbetriebe in Mainz enthält das im Herbst 1998 von der Koordinierungsstelle „Pro Ausbildung“ und SPAZ gGmbH sowie der Stadt Mainz herausgegebene Faltblatt „Jeder zusätzliche Ausbildungsplatz ist wichtig“. Eine Neuauflage dieses Faltblatts ist beabsichtigt.

²⁸ Siehe die Broschüre „Ausbildung sichert Zukunftschancen“, herausgegeben vom Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

gung des Unternehmens, daß der Auszubildende die Ausbildung auch zu einem erfolgreichen Abschluß bringen kann, ist mit Gewißheit eine unerläßliche Voraussetzung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Die Vergabe öffentlicher Fördermittel kann ein Instrument sein, die Bereitschaft von Betrieben, zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten, zu erhöhen. Freilich muß dabei berücksichtigt werden, daß mit der Vergabe von Fördermitteln auch immer das Risiko von Mitnahmeeffekten verbunden ist. Unter einem Mitnahmeeffekt kann im Zusammenhang mit Ausbildungsplätzen die Inanspruchnahme von Fördermitteln für einen Ausbildungsplatz verstanden werden, der ohnehin auch ohne Förderung entstanden wäre.

Die wesentlichen Akteure, die sich der Förderung der Ausbildung verschrieben haben, werden von den befragten Mainzer Betrieben eher durchschnittlich beurteilt. Setzt man die Beurteilungsoptionen in der Umfrage mit Schulnoten von 1 bis 5 gleich, dann erhält man das folgende Ergebnis:

- IHK/HwK: 2,76;
- Arbeitsamt: 2,86;
- Stadt Mainz 3,24;
- Land: 3,52 und
- Bund: 3,64.²⁹

Eine Ursache für dieses Beurteilung dürfte in der mangelnden Information über die Arbeit dieser Institutionen liegen.

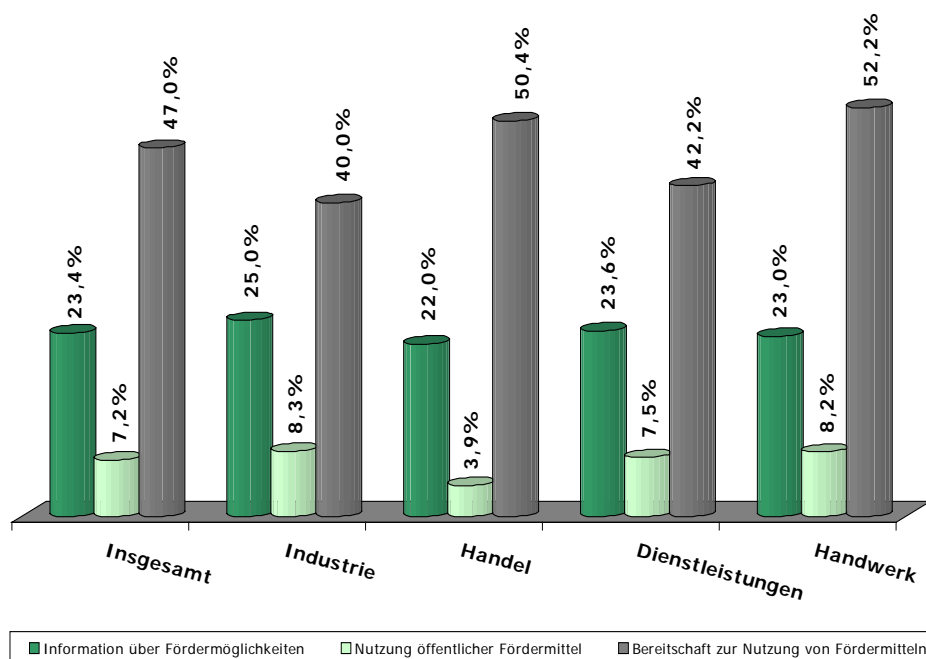
Bislang hat sich rund ein Viertel aller befragten Mainzer Betriebe (23,4%) schon einmal über Möglichkeiten zur öffentlichen Förderung von Ausbildungsplätzen informiert. In dieser Frage ist keine signifikante Differenz im Antwortverhalten der jeweiligen Wirtschaftsbereiche oder bei unterschiedlichen Betriebsgrößen feststellbar. 7,2% der antwortenden Betriebe haben innerhalb der vergangenen drei Jahre bereits öffentliche Mittel zur Förderung von Ausbildungsplätzen genutzt.

Fast die Hälfte aller befragten Mainzer Betriebe (47,0%) konnte sich allerdings vorstellen, mit Hilfe öffentlicher Fördermittel zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten.³⁰ Die Beschäftigtenzahl der Betriebe spielt sowohl bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln in der Vergangenheit als auch bei der Frage nach der Bereitschaft zur zukünftigen Nutzung keine Rolle. Es ist auch fast unerheblich, ob Betriebe gegenwärtig bereits ausbilden oder nicht. Ebenso bedeutungslos sind die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung in den vergangenen drei Jahren, die Zukunftsperspektiven der Betriebe sowie die Frage, ob bereits über den eigenen Bedarf des Unternehmens ausgebildet wird.

²⁹ Die Antwort „ich weiß nicht“ wurde aus der Berechnung herausgenommen.

³⁰ Neben der Frage 35, ob Betriebe bereit sind, mit einer aus ihrer Sicht ausreichenden Förderung zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten, wurde in Frage 36 gefragt, ob Betriebe bereit wären, mit Fördermitteln auch über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Frage 36 bejahten 48,6% aller ausbildungsberechtigten Unternehmen. Dabei gibt es einen starken Zusammenhang im Antwortverhalten: 79,7% der Betriebe, die bereit sind, mit Fördermitteln zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten, sind auch bereit, über den eigenen Bedarf auszubilden.

Information über Möglichkeiten zur Förderung von Ausbildungsplätzen und deren Inanspruchnahme



52,8% der Unternehmen, deren Ausbildungsplatzzahl in den vergangenen drei Jahren gestiegen ist, interessieren sich ebenso für Fördermittel wie 61,4% der Unternehmen, deren Ausbildungsplatzzahl gesunken ist. 28,9% der Betriebe, die ihre Ausbildung ganz eingestellt haben, könnten ebenfalls wieder zu einem Ausbildungsplatzangebot motiviert werden.

67,1% der Unternehmen, die ihr Ausbildungsplatzangebot zum Ausbildungsjahr 1999/2000 steigern wollen, wären bereit, mit Fördermitteln zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten. Bei den Unternehmen, die ihr Ausbildungsangebot verringern wollen, beträgt der Anteil noch 37,8%.

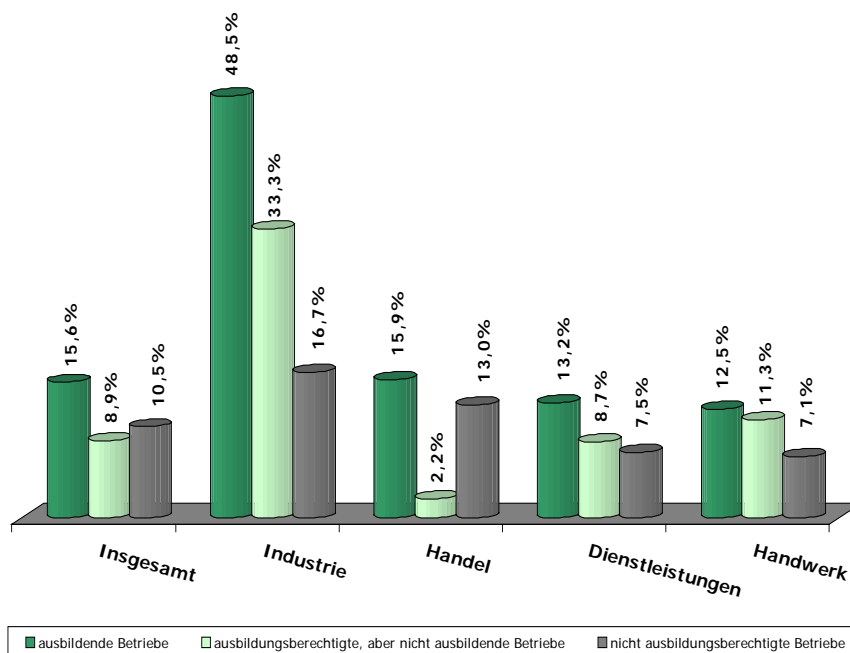
2.18. Ausbildungsverbünde

Durch eine gemeinsame Lehrlingsausbildung mehrerer Betriebe können auch in Unternehmen, die nicht ausbildungsgerecht sind, Ausbildungsplätze geschaffen werden. Eine Ausbildung im Verbund ist vor allem interessant für Betriebe, die aus inhaltlichen, personellen, organisatorischen oder finanziellen Gründen nicht selbst ausbilden können. Wenn ein Betrieb eine Ausbildung nicht vollständig allein durchführen kann, dann kann er die noch fehlenden Ausbildungsbestandteile durch Kooperationen mit anderen Betrieben ergänzen.

Ein großes Handicap stellen allerdings fehlende oder ungenutzte Informationen über Ausbildungsverbünde dar.³¹ Die Möglichkeiten einer Ausbildung im Verbund sind auch in Mainz noch zu unbekannt: Nur 12,8% aller befragten Mainzer Unternehmen waren nach eigener

³¹ Vgl. z.B. die Broschüre: Ausbilden im Verbund. Tips und Anregungen für kleine und mittlere Betriebe. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und vom Bundesministerium für Wirtschaft. Bonn 1997.

Frage 37 an alle Unternehmen: „Sind Sie über die Möglichkeiten eines Ausbildungsverbundes informiert?“



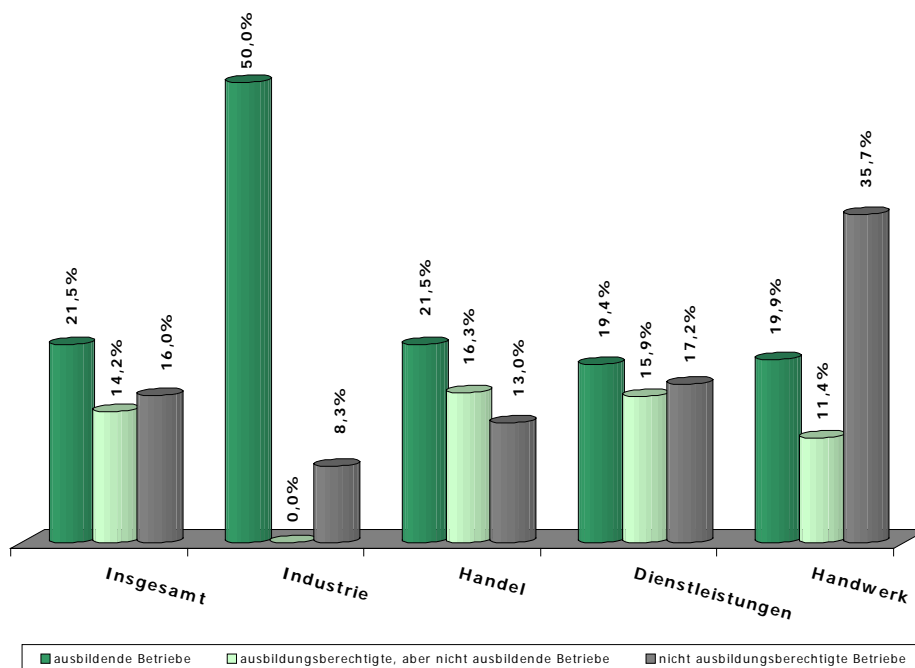
Auffassung über die Möglichkeiten eines Ausbildungsverbundes informiert. Die Information war gerade bei Betrieben, die ausbildungsberechtigt sind, aber zum Zeitpunkt der Umfrage nicht ausbildeten (8,9%) und Betrieben, die keine Ausbildungsberechtigung hatten (10,5%), besonders gering.³²

Daß eine Ausbildung im Verbund ein vielversprechendes Instrument zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebots sein kann, wird durch die Zahl unterstrichen, daß fast ein Fünftel aller befragten Mainzer Unternehmen (18,4%) bereit wäre, sich an einem Ausbildungsverbund zu beteiligen. Diese Bereitschaft bestand sowohl seitens der gegenwärtig ausbildenden Betriebe (21,5%) als auch seitens der ausbildungsberechtigten, aber gegenwärtig nicht ausbildenden Betriebe (14,2%) und der nicht ausbildungsberechtigten Betriebe (16,0%). Über die Hälfte aller befragten Unternehmen (54,2%) war sich in dieser Frage noch nicht sicher.³³

³² Die Stadt Mainz kooperiert in diesem Zusammenhang bereits mit dem Verbundkoordinator des Landkreises Mainz-Bingen.

³³ Bei der Darstellung von Frage 38 gibt es zwei Ausreißer, die kommentiert werden müssen: 0,0% der ausbildungsberechtigten, aber nicht ausbildenden Betriebe in der Industrie zeigen eine Bereitschaft zur Ausbildung im Verbund. Es gab jedoch nur drei Industrieunternehmen, die überhaupt in diese Kategorie fallen. Diese Betriebe haben mit „ich weiß nicht“ geantwortet. 35,7% aller nicht ausbildungsberechtigten Betriebe wären zur Verbundausbildung bereit. Dieser hohe Wert basiert ebenfalls auf einer sehr geringen Zahl in dieser Gruppe: Nur 14 der nicht ausbildungsberechtigten Handwerksbetriebe haben sich an der Beantwortung dieser Frage beteiligt.

Frage 38 an alle Unternehmen: „Wäre Ihr Unternehmen bereit, sich an einem Ausbildungsverbund zu beteiligen?“



Die Größe der Betriebe ist bei der Betrachtung von Ausbildungsverbänden ebenfalls von Bedeutung. Mit wachsender Größen des Unternehmens wächst sowohl der Informationsgrad über Ausbildungsverbände als auch die Bereitschaft zur Teilnahme an der Verbundausbildung:

Beschäftigungsgrößen der antwortenden Betriebe								
Größe	1-5	6-10	11-20	21-50	51-100	101-200	201-500	über 500
Information über Ausbildungsverbände	7,9%	6,2%	14,6%	21,2%	20,0%	37,5%	36,4%	69,2%
Bereitschaft zum Ausbildungsverbund	12,6%	20,0%	23,8%	22,3%	26,5%	26,7%	27,3%	42,9%

Der Informationsgrad über Ausbildungsverbände war also insbesondere bei den kleineren Betrieben mit 1 bis 10 Beschäftigten sehr gering.

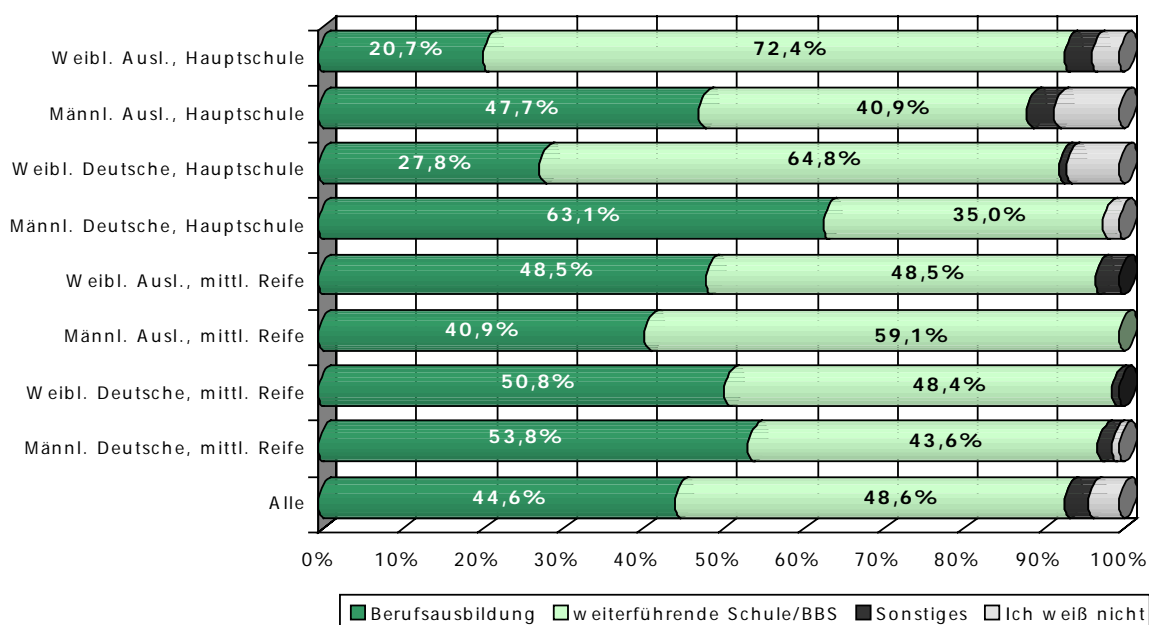
3. Schulumfrage

3.1. Zukunftswünsche der SchulabgängerInnen

Haupt- und Realschulen

Die Zukunftswünsche der AbgängerInnen aus den Haupt- und Realschulen konzentrieren sich im wesentlichen auf zwei Punkte: 48,6% haben den Wunsch, eine weiterführende oder berufsbildende Schule zu besuchen, 44,6% möchten eine Berufsausbildung beginnen. 2,9% möchten sich einer anderen Tätigkeit widmen und 3,9% wissen noch nicht, was sie in unmittelbarer Zukunft machen möchten.

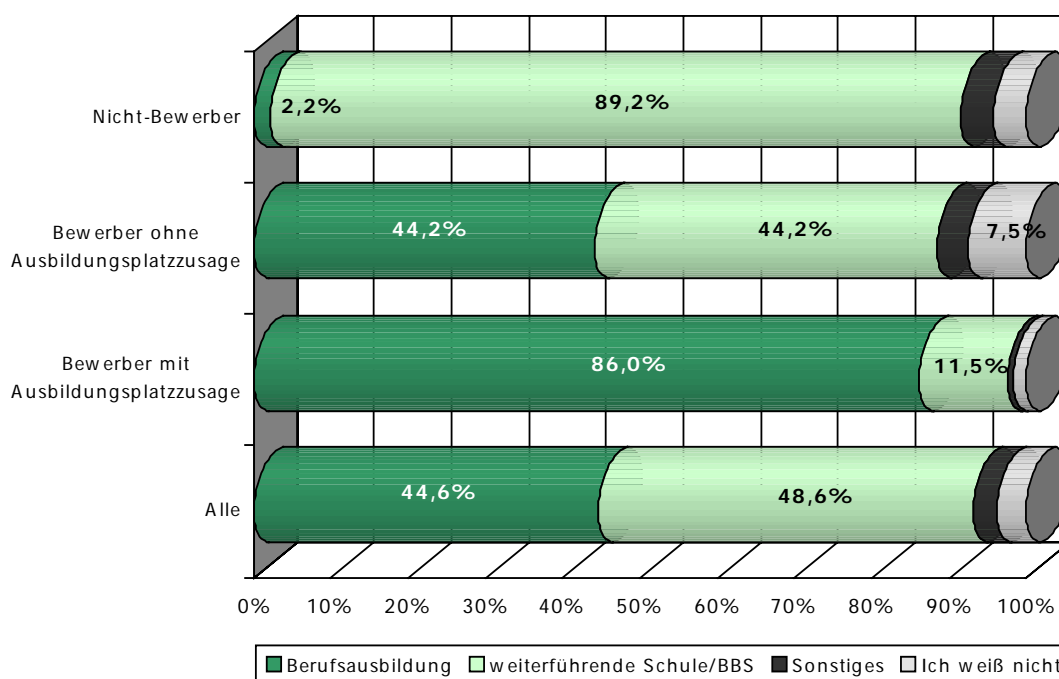
Frage 8 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen: „Was möchten Sie nach dem Abschluß Ihrer gegenwärtigen Schul- ausbildung machen? Bitte kreuzen Sie nur eine Antwort an!“



Grundsätzlich ist der Wunsch der männlichen Jugendlichen, unmittelbar nach der Schulentlassung eine Ausbildung beginnen zu wollen, größer als bei den weiblichen Jugendlichen. Die Bereitschaft zu einer Berufsausbildung ist insbesondere bei den Schülerinnen, die die Hauptschule besuchen, auffallend gering. Die etwaige Vermutung, daß die Hauptschulabsolventinnen eine ungelernte Tätigkeit aufnehmen möchten oder sich der Familie bzw. dem Haushalt widmen möchten, kann hier allerdings eindeutig verneint werden. In dieser Gruppe ist der Wunsch nach dem Besuch einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule mit 72,4% bei den ausländischen und 64,8% bei den deutschen Hauptschülerinnen besonders groß.

Bei der Betrachtung der Perspektiven der SchulabgängerInnen ist auch eine Differenzierung nach der Bewerbungssituation sinnvoll, d.h. eine Unterscheidung in BewerberInnen, die bereits eine Ausbildungsplatzzusage haben, BewerberInnen, die noch keine Ausbildungsplatz-

Frage 8 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen: „Was möchten Sie nach dem Abschluß Ihrer gegenwärtigen Schul- ausbildung machen? Bitte kreuzen Sie nur eine Antwort an!“



zusage haben und Nicht-Bewerber, d.h. AbgängerInnen, die sich noch gar nicht beworben haben.¹

86,0% der AbgängerInnen, die bereits eine Ausbildungszusage haben, möchten eine Berufsausbildung beginnen. 11,5% in dieser Gruppe möchten eine weiterführende bzw. berufsbildende Schule besuchen, obwohl sie eigentlich die Möglichkeit zum Beginn einer Berufsausbildung haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß ein Großteil gerade dieser 11,5% den Betrieben eine Absage auf eine ihnen angebotene Lehrstelle erteilen wird.²

44,2% der Bewerber, die noch keine Ausbildungszusage haben, möchten nach wie vor eine Berufsausbildung beginnen, weitere 44,2% möchten hingegen zukünftig eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen. Für diese Neuorientierung dürfte größtenteils der fehlende Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche verantwortlich sein.

¹ Eine Differenzierung nach Ausbildungsplatzzusage erscheint zu dem Zeitpunkt der Befragung kurz vor der Schulentlassung nach unserer Auffassung aussagekräftiger als die Frage nach einem bereits abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. Betriebe geben eine Ausbildungsplatzzusage nicht selten sehr frühzeitig ab, ein konkreter Ausbildungsvertrag wird jedoch häufig erst kurz vor dem Ausbildungsbeginn abgeschlossen. Schulabgängerinnen und -abgänger haben mit einer Ausbildungsplatzzusage zumindest die einigermaßen sichere Option auf eine Ausbildungsstelle.

² Selbst unter den SchulabgängerInnen, die bereits einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, möchten 2,7% eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen.

89,2% der AbgängerInnen, die sich gar nicht erst beworben haben, möchten eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen, 2,2% möchten sich noch um eine Berufsausbildung bemühen. Dies bedeutet, daß insgesamt nur sehr wenige Jugendliche erst nach dem Verlassen der Schule mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz beginnen.

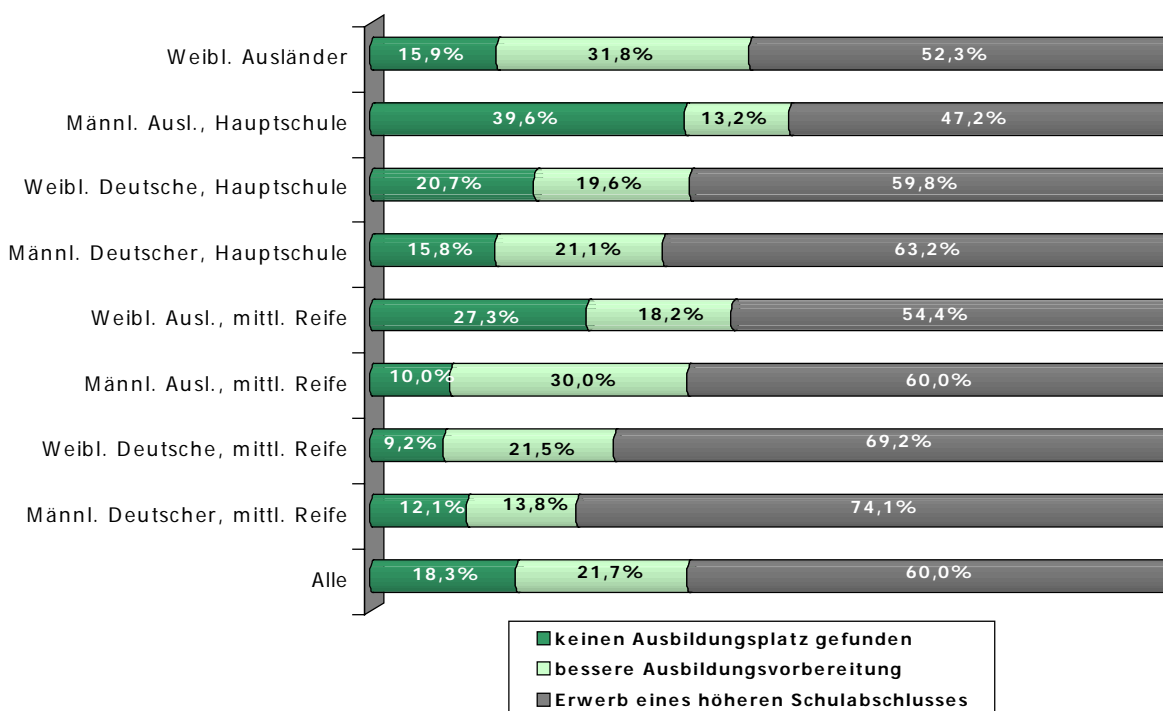
Wie oben bereits erwähnt, wollen 48,6% aller AbgängerInnen aus den Haupt- und Realschulen eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen. Von diesen AbgängerInnen haben wiederum 93,2% bereits eine Zusage für den angestrebten Schulbesuch.

Dabei ist es keineswegs so, daß gerade SchülerInnen mit schlechten Schulnoten eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen möchten. Ihre Noten sind deutlich besser wie ein Vergleich mit den Jugendlichen, die eine Berufsausbildung anstreben, zeigt:

Besuch einer weiterführenden bzw. berufsbildenden Schule oder Berufsausbildung nach Schulnoten							
	1,0 – 1,99	2,0 – 2,49	2,5 – 2,99	3,0 – 3,49	3,5 – 3,99	≥ 4,0	=
weiterführende Schule	5,7%	23,5%	43,3%	21,2%	5,4%	0,9%	100%
Berufsausbildung	3,7%	16,2%	34,8%	33,8%	8,9%	2,6%	100%

Nur etwa 18,3% der AbgängerInnen wollen eine weiterführende bzw. berufsbildende Schule besuchen, weil sie bei der Ausbildungsplatzsuche nicht erfolgreich waren. Unter den deutschen SchulabgängerInnen mit mittlerer Reife ist dieser Anteil besonders gering. Für den überwiegenden Anteil – 60,0% – liegt die Motivation im Erwerb eines höheren Schulab-

Frage 9 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen: „Wenn Sie eine weiterführende bzw. berufsbildende Schule besuchen wollen: Warum möchten Sie eine berufsbildende Schule besuchen? “

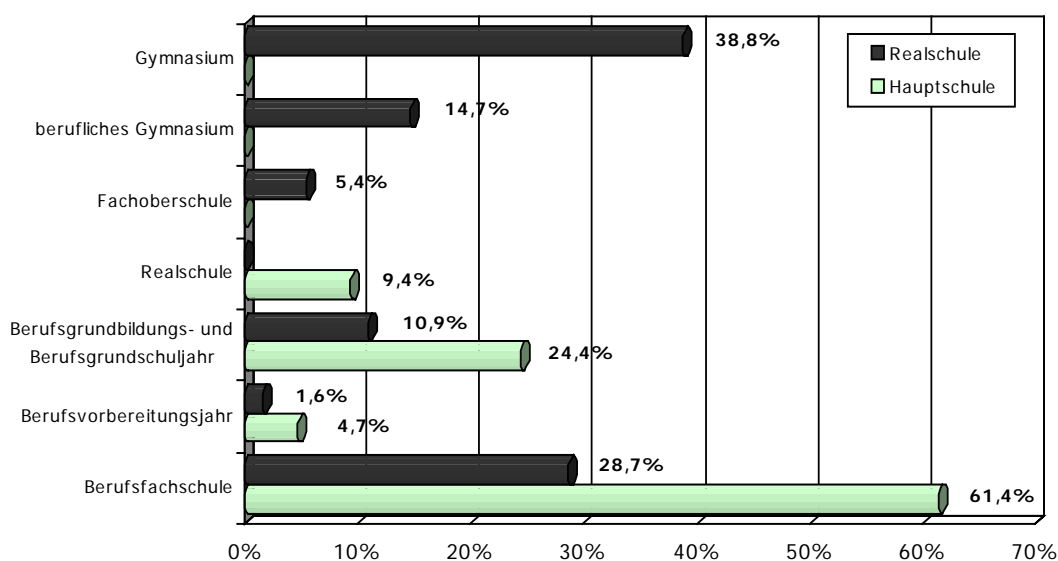


schlusses. Insofern kann die häufig geäußerte Aussage, daß die weiterführenden oder berufsbildenden Schulen der „Verschiebebahn“ für die Jugendlichen sind, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, nur zum Teil bestätigt werden. Vielmehr dürften zwei andere Gründe zutreffen: Zum einen kann angenommen werden, daß an den Erwerb eines höheren Schulabschlusses die Hoffnung geknüpft ist, die individuellen Aussichten auf einen Ausbildungsplatz in einem Wunschberuf zu erhöhen. Zum anderen könnte ein Beweggrund darin liegen, daß die Jugendlichen selbst noch keine Ausbildungsreife spüren und deshalb ihre Schulzeit über eine weiterführende oder berufsbildende Schule verlängern möchten.

Fast zwei Drittel – 65.8% – der Jugendlichen, die eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen wollen, haben nicht einmal den Versuch unternommen, sich zu bewerben. Komplementär dazu hat etwas mehr als ein Drittel – 34,2% – eine Doppelstrategie gewählt und sich zuvor auch um einen Ausbildungsplatz beworben.

Zwischen den AbgängerInnen der Hauptschulen und den AbgängerInnen der Realschulen ergeben sich starke Unterschiede in der angestrebten Form der weiterführenden oder berufsbildenden Schule.

**Frage 10 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen:
„Wenn Sie eine weiterführende bzw. berufsbildende Schule besuchen wollen: Welche Schulform wollen Sie besuchen?“**



Die überwiegende Mehrheit der AbgängerInnen der Hauptschulen – nämlich 61,4% – möchte die Berufsfachschule besuchen. In das Berufsgrundschuljahr oder das Berufsgrundbildungsjahr gehen 24,4%, in das Berufsvorbereitungsjahr weitere 4,7%. Die Realschule möchten 9,4% besuchen.

Von den AbgängerInnen der Realschulen wollen 58,9% in ein allgemeines oder berufliches Gymnasium oder auf eine Fachoberschule wechseln. 28,7% möchten die Berufsfachschule besuchen, weitere 10,9% absolvieren ein Berufsgrundbildungs- oder Berufgrundschuljahr und 1,6% ein Berufsvorbereitungsjahr.

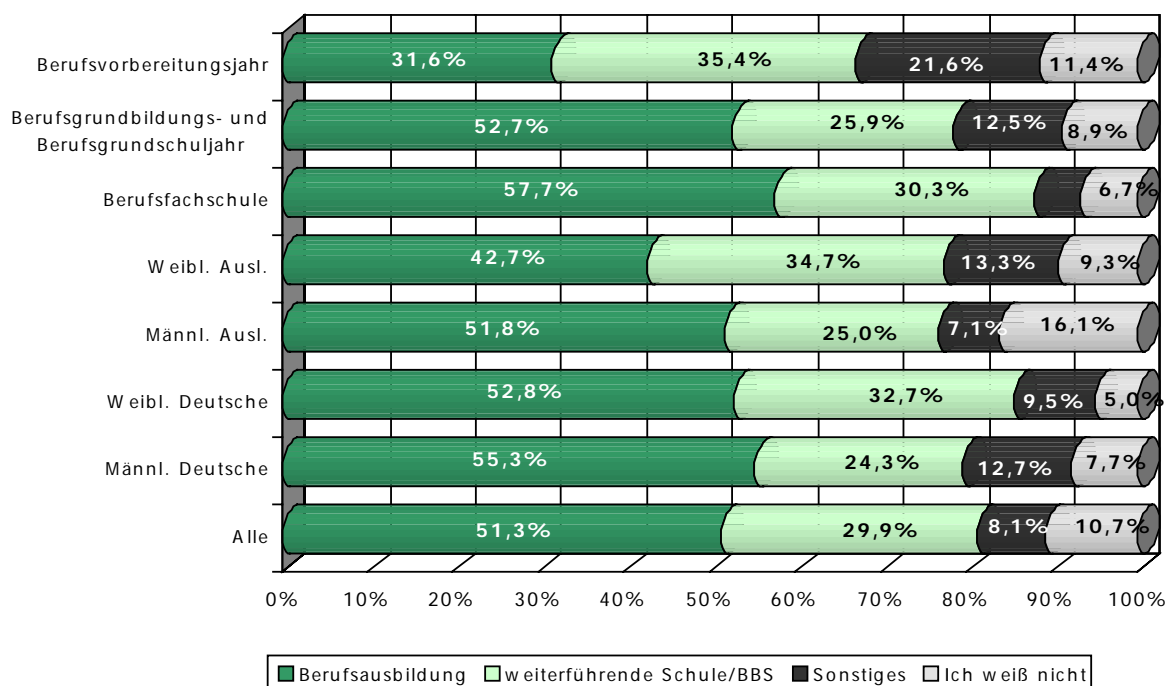
Berufsbildende Schulen

Von den AbgängerInnen, die die Berufsfachschule besucht haben, haben 91,3% zuvor auf einer allgemeinbildenden Schule den Hauptschulabschluß und 8,7% die mittlere Reife erworben. Von den AbgängerInnen des Berufsgrundschul- oder Berufsgrundbildungsjahres haben 78,6% einen Hauptschulabschluß, 17,9% die mittlere Reife und 3,6% keinen Schulabschluß erlangt. Unter den SchülerInnen des BVJ – das in der Regel dem Nachholen des Hauptschulabschlusses dient – hatten 84,4% keinen Schulabschluß und 15,6% den Hauptschulabschluß.

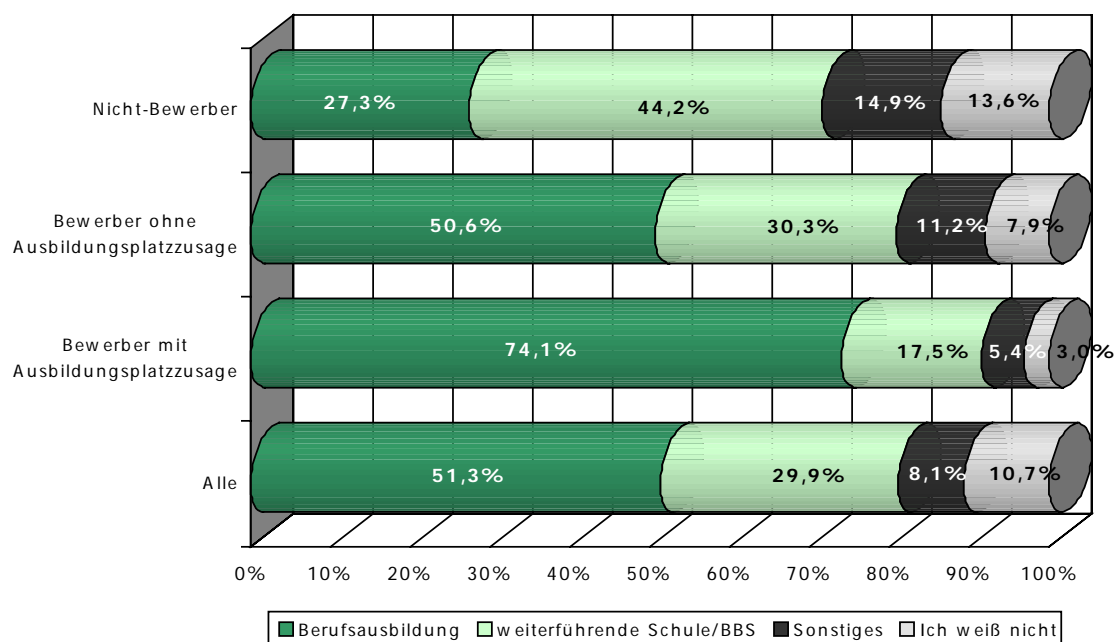
Als Grund für den Besuch der berufsbildenden Schule geben 66,2% der AbgängerInnen aus den berufsbildenden Schule den Wunsch nach einem höheren Schulabschluß an. 17,3% wollten eine bessere Ausbildungsvorbereitung und weitere 16,5% hatten keinen Erfolg bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Der fehlende Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche wird bei den Frauen mit einem Anteil von 19,2% etwas häufiger genannt als bei den Männern mit 12,9%. Unter den Ausländern beträgt der Anteil in dieser Frage 15,4%, bei den Deutschen 17,7%.

Mit 51,3% strebt über die Hälfte der AbgängerInnen aus den berufsbildenden Schulen eine Berufsausbildung an.³ Fast ein Drittel der AbgängerInnen – 29,9% – möchte auch zukünftig eine weiterbildende oder berufsbildende Schule besuchen. 10,7% wissen auch nach der berufsbildenden Schule nicht, was sie nach dem Abschluß ihrer gegenwärtigen Schulausbildung machen möchten.

Frage 3 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Was möchten Sie nach dem Abschluß Ihrer gegenwärtigen Schulausbildung machen? Bitte kreuzen Sie nur eine Antwort an!“



Frage 3 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Was möchten Sie nach dem Abschluß Ihrer gegenwärtigen Schul- ausbildung machen? Bitte kreuzen Sie nur eine Antwort an!“



Im Vergleich zu den AbgängerInnen aus den Haupt- und Realschulen haben sich die Interessen für eine Berufsausbildung zwischen den Merkmalen Geschlecht und Nationalität deutlich angenähert. Insbesondere die weiblichen AbgängerInnen zeigen nun eine deutlich höhere Bereitschaft zu einer Berufsausbildung.

Problematisch stellt sich die Situation allerdings noch für die AbgängerInnen aus den Klassen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) dar: Nur 31,6% streben nach dem Abschluß des BVJ eine Berufsausbildung an, während 35,4% auch demnächst eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen möchten.

Ebenso wie bei den Haupt- und Realschulen soll auch hier zwischen den BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage, Bewerbern ohne Ausbildungsplatzzusage und Nicht-Bewerbern unterschieden werden.

Von den BewerberInnen mit einer Ausbildungsplatzzusage wollen 74,1% – und damit deutlich weniger als bei den AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen – eine Berufsausbildung beginnen. Komplementär dazu möchten also 25,9% keine Berufsausbildung beginnen, obgleich sie aufgrund einer Lehrstellenzusage die Möglichkeit dazu hätten.

Trotz eines noch fehlenden Erfolgs bei der Ausbildungsplatzsuche möchte mit 50,6% rund die Hälfte aller BewerberInnen ohne eine Ausbildungsplatzsuche noch immer am liebsten eine Ausbildung beginnen. Gegenüber den BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage aus den Haupt- und Realschulen ist der Wunsch, auch zukünftig eine weiterführende oder be-

³ Eine Berufsausbildung streben an: 55,3% aller mit Hauptschulabschluß, 65,0% mit mittlerer Reife, 27,8% ohne allgemeinbildenden Schulabschluß

rufsbildende Schule besuchen zu wollen, deutlich gesunken: Nur 30,3% dieser Gruppe wollen weiterhin eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen.

Eine breite Interessenstreuung ist bei den Nicht-Bewerbern der berufsbildenden Schulen feststellbar: 44,2% wollen auch zukünftig eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen, 14,3% wollen etwas anderes machen und 13,6% wissen noch nicht, was sie wollen. Überraschend ist jedoch, daß 27,3% dieser Gruppe nach dem Verlassen der Schule eine Berufsausbildung beginnen möchte, sich aber noch nicht beworben haben.

3.2. Nachfrage nach Informationen über Berufsausbildung

Haupt- und Realschulen

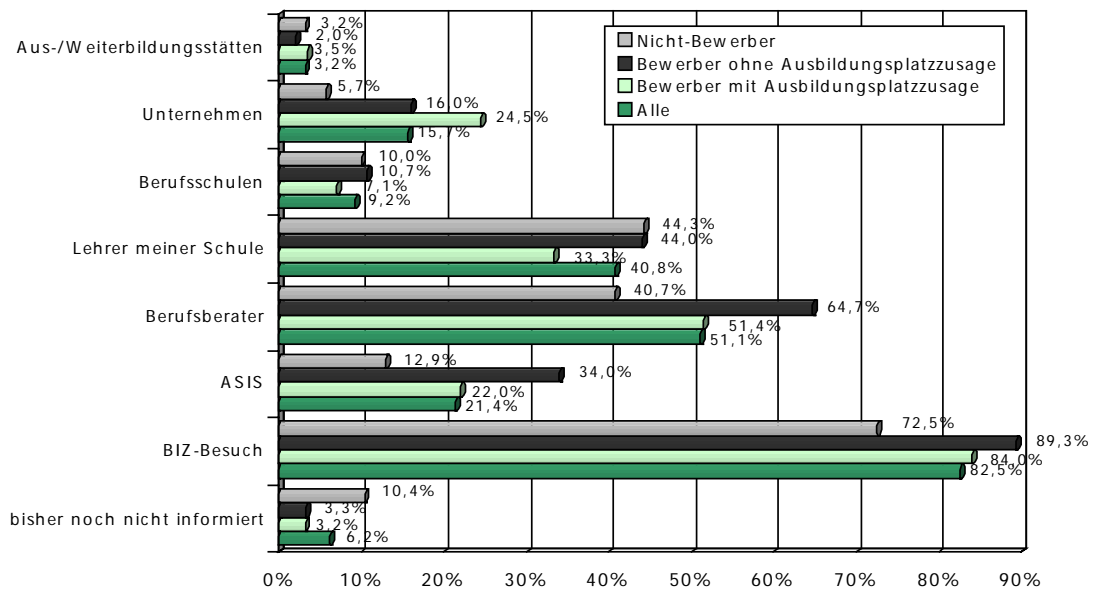
Eine umfassende Information über Wege zur Berufsausbildung und die verschiedenen Ausbildungsberufe stellt eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg bei der Lehrstellensuche dar. In der Informationsphase, in der sich Jugendliche eingehender mit Berufsbildern beschäftigen, können lange nur erträumte Berufswünsche konkretisiert oder aber auch verworfen werden.

Die vorhandene Informationsvielfalt wird von den AbgängerInnen in einem sehr unterschiedlichen Ausmaß genutzt: Die Angebote des Arbeitsamtes in der Form der Berufsinformationszentrums – BIZ – (80,1%), der Berufsberatung (49,7%) und des Ausbildungsstelleninformationssystems – ASIS – (20,8%) werden von allen AbgängerInnen stark nachgefragt. Dabei ist allerdings zu erwähnen, daß der Besuch des BIZ in der Regel in den entsprechenden Unterricht der Haupt- und Realschulen integriert ist. Obwohl die Ergebnisse für das Arbeitsamtsangebot grundsätzlich erfreulich sind, sollten die Jugendlichen zu einer noch stärkeren Nachfrage insbesondere der individuellen Berufsberatung motiviert werden, da sie von rund der Hälfte aller AbgängerInnen nicht genutzt wird. Gerade im persönlichen Gespräch mit den BerufsberaterInnen kann die individuelle Eignung für einen Ausbildungsberuf überprüft und späteren Enttäuschungen in der Ausbildung vorgebeugt werden.

Ebenfalls von hoher Bedeutung sind die eigentlich „nicht-professionellen“ Informationsquellen Eltern und Verwandte (54,7%), Freunde (39,5%) sowie Lehrer der allgemeinbildenden Schulen (39,6%). Diese „nicht-professionellen“ Quellen weisen damit ein Potential als Informationsmultiplikatoren auf, das durch besondere Formen der Ansprache insbesondere von Lehrern und Eltern sicherlich noch besser ausgeschöpft werden kann. Die Lehrer der Haupt- und Realschulen werden insbesondere von ausländischen Jugendlichen (53,3%) stärker befragt als von deutschen Jugendlichen (35,4%). HauptschülerInnen (49,5%) fragen ebenfalls deutlich häufiger ihre Lehrer als RealschülerInnen (27,6%).

Unmittelbar in Unternehmen fragen 15,2% der AbgängerInnen nach. In der direkten Information bei den Unternehmen ergeben sich mitunter sehr starke Unterschiede bei einer Differenzierung nach Nationalität, Schulform oder Geschlecht: 17,6% der Deutschen gegenüber 11,5% der Ausländer, 20,5% der RealschülerInnen gegenüber 13,2% der HauptschülerInnen, 18,4% der Männer gegenüber 12,1% der Frauen. Die beiden Extreme stellen die männlichen Deutschen mit mittlerer Reife und die weiblichen Ausländerinnen, die die Hauptschule besucht haben dar: 22,4% der männlichen Deutschen mit mittlerer Reife gegenüber 5,2%

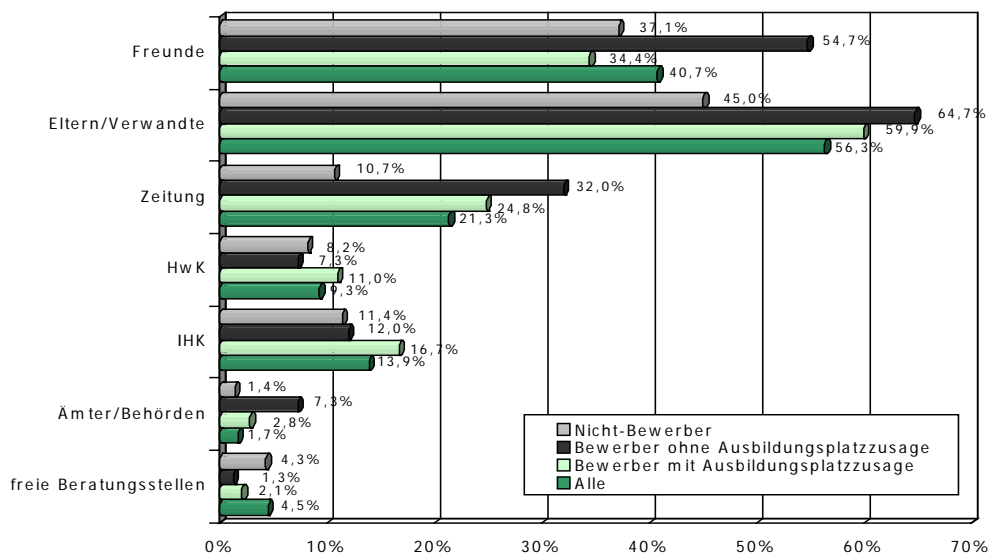
Frage 12 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen: „Wo haben Sie sich bisher über Möglichkeiten zu einer Berufsausbildung informiert? Sie können mehrere Antworten ankreuzen!“ - Teil 1



der weiblichen Ausländerinnen, die die Hauptschule besucht haben. Aus diesen Ergebnissen läßt sich schließen, daß die bei der Ausbildungsplatzsuche erfolgreicheren Gruppen den direkten Kontakt zu den Unternehmen stärker suchen als die weniger erfolgreichen Gruppen.

Zeitungsanzeigen werden von 20,6% der Jugendlichen genutzt. Bei der IHK informieren sich 13,5% der AbgängerInnen, 9,1% bei der HwK und 8,9% bei den Berufsschulen. Die geringste Informationsnachfrage besteht bei freien Beratungsstellen (4,3%), Aus- und Weiterbil-

Frage 12 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen: „Wo haben Sie sich bisher über Möglichkeiten zu einer Berufsausbildung informiert? Sie können mehrere Antworten ankreuzen!“ - Teil 2



dungseinrichtungen (3,1%) sowie Ämtern und Behörden (1,7%). 6,0% aller AbgängerInnen haben sich zum Zeitpunkt der Schulumfrage noch nicht über Möglichkeiten zu einer Berufsausbildung informiert.

Neben der Betrachtung aller AbgängerInnen ist bei der Erörterung der Frage der Information eine eingehendere Unterscheidung der AbgängerInnen von drei Bewerber-Typen sinnvoll: (1) solche, die sich gar nicht für einen Ausbildungsplatz beworben haben, (2) solche, die sich beworben haben, aber keine Ausbildungsplatzzusage haben und (3) solche, die sich beworben haben und bereits eine Ausbildungsplatzzusage haben. Der Sinn dieser Differenzierung liegt in der Überprüfung der Frage, ob die Nutzung von Informationsquellen einen Einfluß auf den Erfolg der Bewerbung hat.

Zunächst ist feststellbar, daß die AbgängerInnen, die sich gar nicht erst um einen Ausbildungsplatz beworben haben, die angebotene Informationsvielfalt im Durchschnitt deutlich geringer als die beiden anderen Gruppen genutzt haben. Dies mag zum großen Teil darin begründet liegen, daß die weit überwiegende Mehrheit der Nicht-Bewerber – 89,2% – für sich als individuelle Perspektive den Besuch einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule ins Auge gefaßt hat.

Eine geringe Nutzung des Informationsangebots in der Gruppe der Nicht-Bewerber gilt insbesondere für die Angebote des Arbeitsamts, also die Beratung durch die Berufsberater (40,7%) sowie die Nutzung des BIZ (72,5%) und des ASIS (12,9%). Eltern und Verwandte (45,0%) werden ebenfalls im Vergleich seltener gefragt, auch bei den Stellenangeboten oder sonstigen Informationen durch Zeitungen besteht eine wesentlich geringere Nachfrage (10,7%). Besonders gering suchen die Nicht-Bewerber den Kontakt zu Unternehmen (5,7%). Unter den Nicht-Bewerber ist auch der Anteil derjenigen, die sich bislang noch gar nicht informiert haben, am höchsten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Nicht-Bewerber durch eine stärkere Motivation zur Nutzung der vorhandenen Informationsbreite nicht doch noch zur Ausbildungsplatzbewerbung angeregt werden könnten.

In der Gruppe der BewerberInnen, die kurz vor dem Verlassen der Schule noch keinen Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche hatte, ist grundsätzlich eine größere Nachfrage nach der vorhandenen Informationsvielfalt festzustellen. Dies gilt insbesondere für die Angebote des Arbeitsamtes, also die Inanspruchnahme der Berufsberatung (64,7%), die Nutzung des ASIS (34,0%) und des BIZ (89,3%). Im Vergleich mit den beiden anderen Gruppen haben die AbgängerInnen ohne Ausbildungsplatzzusage die Zeitung die Zeitung am häufigsten genutzt (32,0%) sowie häufiger Eltern bzw. Verwandte (64,7%) und Freunde (54,7%) über Berufsausbildungsmöglichkeiten befragt.

Die Gruppe der BewerberInnen, die bereits mindestens eine Ausbildungsplatzzusage hat, nutzte die vorhandene Informationsvielfalt im allgemeinen weniger als die Gruppe der BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage. Eine Ursache dafür könnte darin liegen, daß diese Jugendlichen bereits Erfolg bei ihrer Lehrstellensuche hatten, bevor sie zahlreiche Informationsquellen ausschöpfen mußten.

In der Gruppe der Jugendlichen mit mindestens einer Ausbildungsplatzzusage hat sich ein deutlich höherer Anteil als in den beiden Vergleichsgruppen unmittelbar bei den Unterneh-

men (24,%) um Informationen zu Berufsausbildungen bemüht.⁴ Gerade im unmittelbaren Kontakt zu den Unternehmen liegt wohl ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche, der von den SchulabgängerInnen in stärkerem Ausmaß genutzt werden sollte.

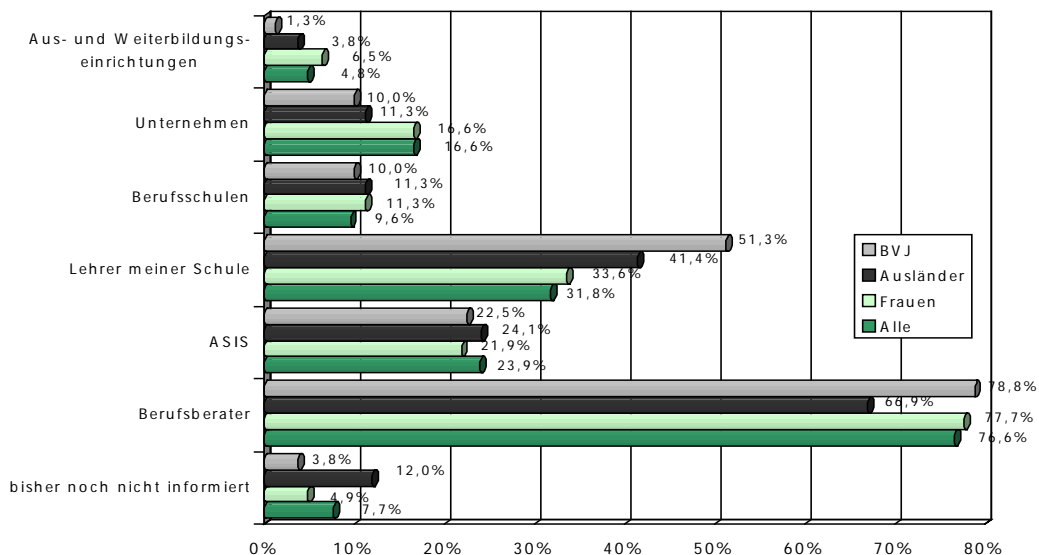
Berufsbildende Schulen

Für die AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen ergeben sich grundsätzlich sehr ähnliche Ergebnisse im Bereich der Nachfrage nach den unterschiedlichen Informationsquellen wie bei den Haupt- und Realschulen.

Die erste und einzige große Ausnahme ergibt sich in der Nachfrage nach den Berufsberatern des Arbeitsamtes. Während insgesamt 51,1% der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen den Kontakt mit den Berufsberatern des Arbeitsamtes gesucht hat, sind es unter den AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen 76,6%.

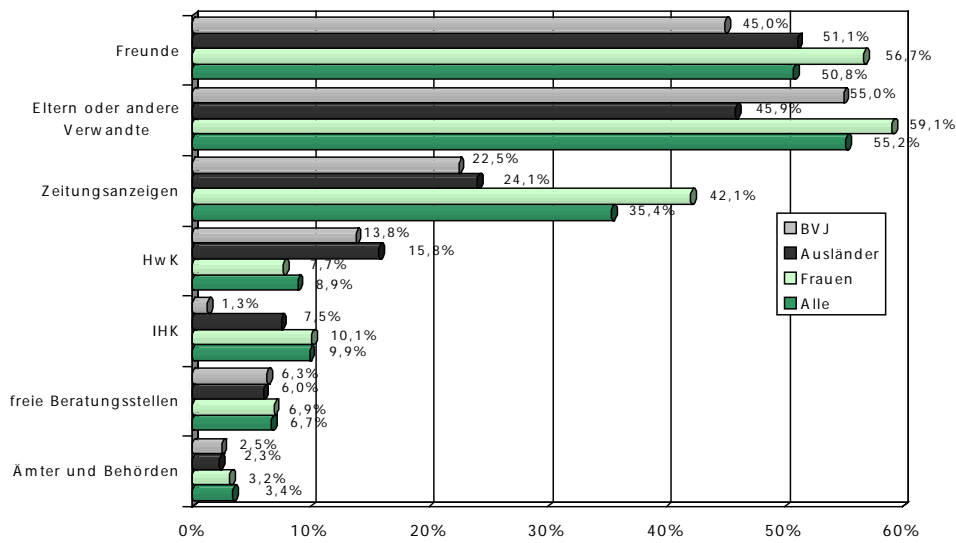
Bei der Unterscheidung zwischen BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage, BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage und Nicht-BewerberInnen kann für den Bereich der berufsbildenden Schulen erneut die Bedeutung der unmittelbaren Kontakte mit den Unternehmen hervorgehoben werden. Während unter den BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage 24,4% den direkten Weg zu den Betrieben gewählt haben, sind es unter den BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage nur 13,7% gewesen.

Frage 10 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Wo haben Sie sich bisher über Möglichkeiten zu einer Berufsausbildung informiert? Sie können mehrere Antworten ankreuzen!“ - Teil 1



⁴ Für die Jugendlichen, die sich beworben haben, ergeben sich folgende Ergebnisse: 22,7% der Deutschen gegenüber 15,9% der Ausländer, 22,0% der Männer gegenüber 18,4% der Frauen, 26,5% der RealschülerInnen gegenüber 17,0% der HauptschülerInnen, 31,1% der männlichen Deutschen mit mittlerer Reife gegenüber 12,0% der weiblichen Ausländerinnen, die die Hauptschule besucht haben.

Frage 10 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Wo haben Sie sich bisher über Möglichkeiten zu einer Berufsausbildung informiert? Sie können mehrere Antworten ankreuzen!“ - Teil 2

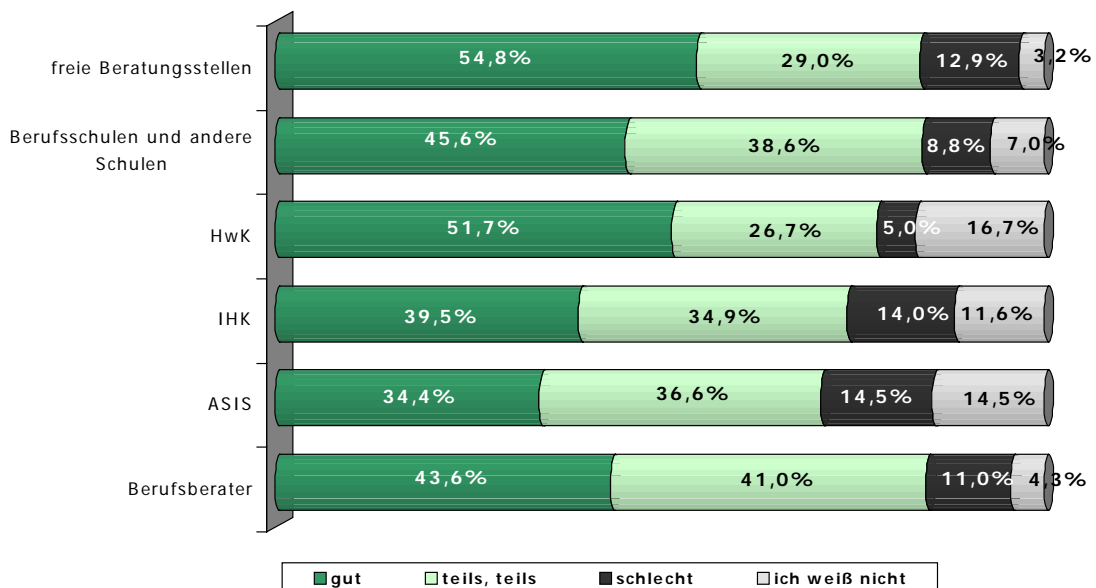


3.3. Beurteilung der Informationsquellen

Haupt- und Realschulen

Die AbgängerInnen von den Haupt- und Realschulen wurden gebeten, ausgewählte Informationsquellen, die sie auch nachgefragt haben, zu bewerten. Insgesamt werden alle ausgewählten Informationsquellen überwiegend positiv beurteilt. Die Beurteilung der Informationsqualität steht offensichtlich nicht in einem Zusammenhang mit der Quantität der Nach-

Frage 13 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen: „Die nachfolgend aufgezählten Einrichtungen informieren über Ausbildungsstätten und Ausbildungsplätze. Wie beurteilen Sie die Qualität der Informationen, die Sie von diesen Einrichtungen erhalten haben?“



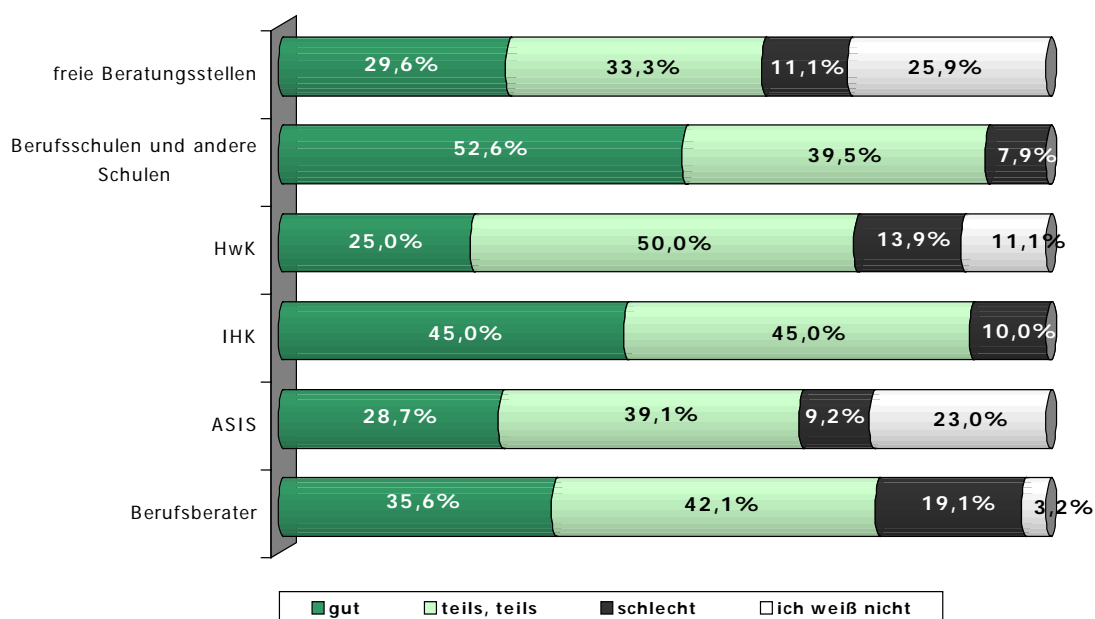
frage, denn den mit 54,3% höchsten Anteil der Bewertung mit „gut“ erhalten die freien Beratungsstellen, die gerade einmal von 4,3% aller SchulabgängerInnen aufgesucht werden. Eine ähnlich hohe Bewertung erhält noch die Handwerkskammer mit 51,7%.

Berufsbildende Schulen

Bei der Beurteilung der Qualität der Informationsquellen durch die berufsbildenden Schulen ergibt sich ein etwas anderes Bild.

Die Beurteilung der freien Beratungsstellen fällt mit einem Anteil von 29,6% für die Bewertung „gut“ seitens der AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen bei weitem nicht so positiv aus wie bei den AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen mit 54,8%. Auch die Handwerkskammer erlangt nur von 25,0% der Nachfrager aus den berufsbildenden Schulen eine positive Beurteilung gegenüber 51,7% bei denen aus den Haupt- und Realschulen. Die Beurteilung der Informationsqualität der Berufsberater des Arbeitsamtes fällt mit 35,6% gegenüber 43,6% bei den Haupt- und Realschulen ebenfalls nicht ganz so positiv aus. Dagegen notiert die Industrie- und Handelskammer mit 45,0% der Bewertungen mit „gut“ und einem gesunkenen Anteil der Bewertungen mit „schlecht“ ein besseres Ergebnis.

Frage 11 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Die nachfolgend aufgezählten Einrichtungen informieren über Ausbildungsstätten und Ausbildungsplätze. Wie beurteilen Sie die Qualität der Informationen, die Sie von diesen Einrichtungen erhalten haben?“



3.4. Beginn der Ausbildungsplatzsuche

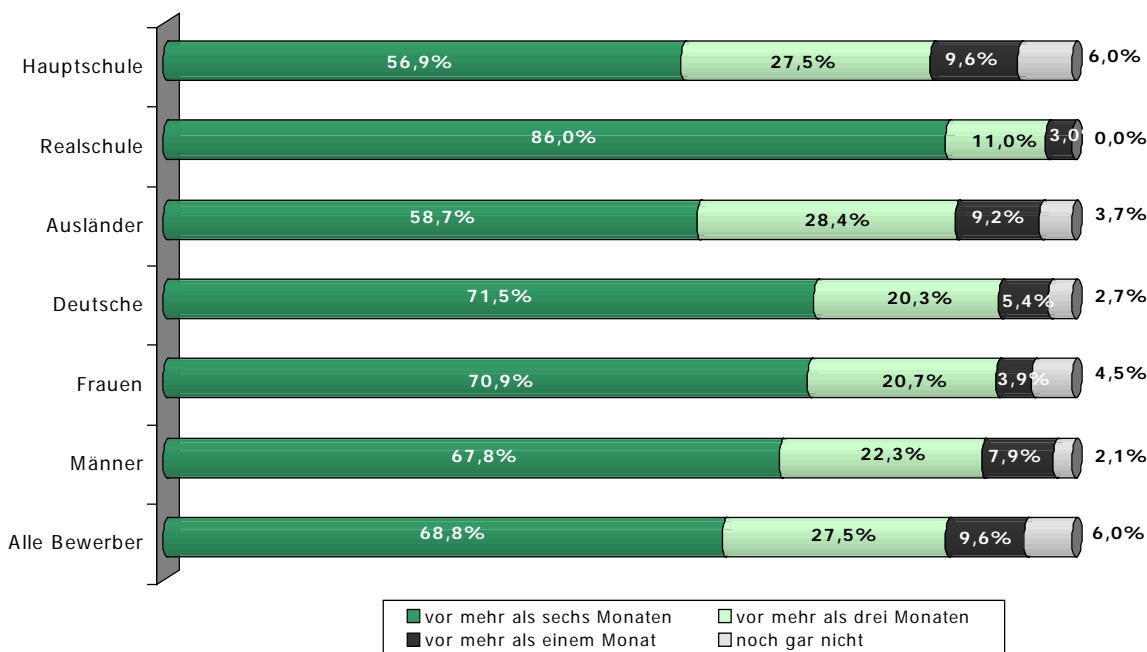
Haupt- und Realschulen

Ein frühzeitiger Beginn der Ausbildungsplatzsuche führt zu einer erheblich größeren Erfolgswahrscheinlichkeit bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz: 73,1% der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die bereits vor mehr als einem halben Jahr mit der Lehrstellensuche begonnen haben, haben mindestens eine Ausbildungsplatzzusage. 58,8% haben sogar bereits einen Ausbildungsvertrag. Bei den BewerberInnen mit mehr als drei Monaten Suche haben 53,3% eine Ausbildungsplatzzusage und 38,0% einen Ausbildungsvertrag. Bei den BewerberInnen mit mehr als einem Monat Suche haben 52,0% eine Ausbildungsplatzzusage und 40,0% einen Ausbildungsvertrag.

Die überwiegende Mehrheit der BewerberInnen hat bereits sehr früh mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz begonnen. Über zwei Drittel der BewerberInnen – 68,8% – hat bereits vor sechs Monaten oder früher eine Lehrstelle gesucht. 21,7% haben vor mehr als drei Monaten und 6,4% vor mehr als einem Monat eine Lehrstelle gesucht.⁵

Zwischen den Geschlechtern gibt es keine auffallenden Unterschiede im Beginn der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Frage 14 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „Haben Sie sich bereits um einen Ausbildungsplatz bemüht? Bitte nennen Sie den Zeitraum, zu dem Sie mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz begonnen haben:“



⁵ An dieser Stelle mag überraschen, daß 3,1% der AusbildungsplatzbewerberInnen angegeben haben, noch gar keine Lehrstelle gesucht zu haben, obwohl sie sich bereits beworben haben. Dafür kann der Umstand verantwortlich sein, daß sie gar nicht suchen mußten, weil sie z.B. eine Ausbildung im elterlichen Betrieb beginnen können.

Dies trifft auf das Merkmal der Staatsangehörigkeit jedoch nicht zu. Während 71,5% der Deutschen bereits vor mehr als sechs Monaten mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz begonnen haben, gilt dies nur für 58,7% der AusländerInnen.

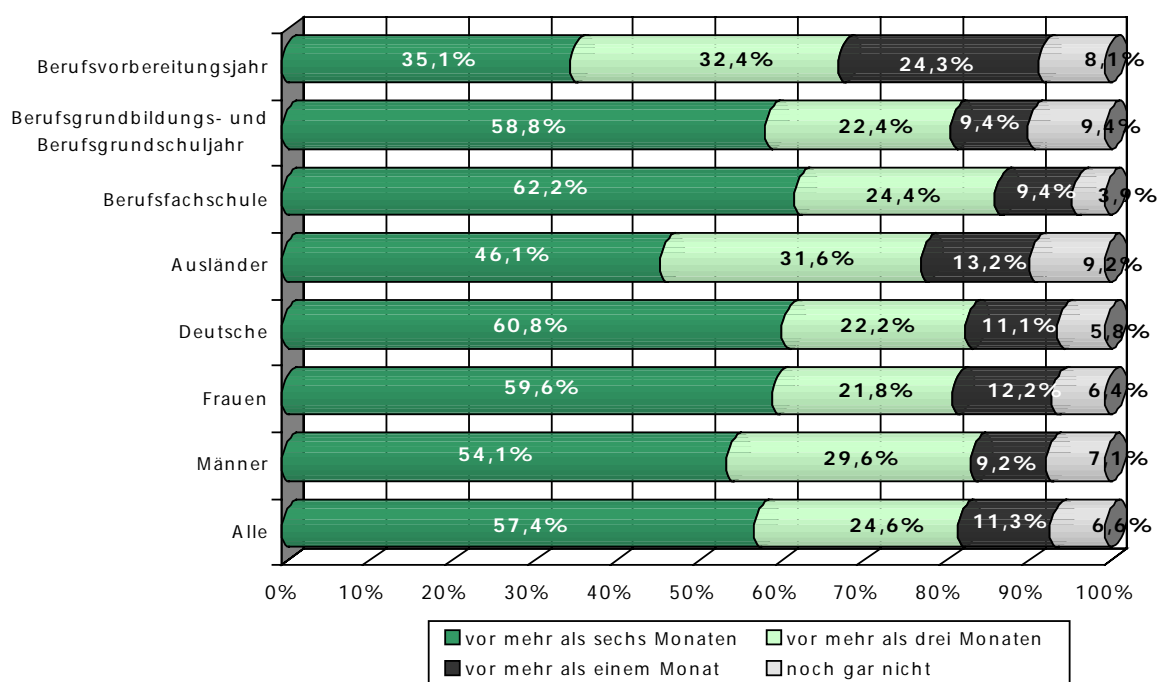
Ein besonders starker Unterschied ergibt sich auch beim Vergleich zwischen der Realschule und der Hauptschule: 86,0% der RealschülerInnen haben vor mehr als einem halben Jahr mit der Ausbildungsplatzsuche begonnen, unter den HauptschülerInnen waren es lediglich 56,9%.

Berufsbildende Schulen

Auch bei den berufsbildenden Schulen sind die frühzeitigen BewerberInnen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolgreicher. Unter denjenigen, die sich vor einem halben Jahr beworben haben, haben 72,9% mindestens eine Ausbildungsplatzzusage, 51,7% haben bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. In der Gruppe der AbgängerInnen, die sich vor mehr als drei Monaten beworben haben, haben 57,1% mindestens eine Ausbildungsplatzzusage und 29,0% einen abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. Bei denjenigen die sich erst einen Monat vor der Schulentlassung beworben haben, betragen die entsprechenden Anteile nur 34,5% und 13,8%.

Insgesamt bewerben sich die AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen etwas später als die AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen. 57,4% der BewerberInnen haben vor mehr als einem halben Jahr mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz begonnen, 24,6% vor mehr als drei Monaten und 11,3% vor mehr als einem Monat.

Frage 12 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen, die sich beworben haben: „Haben Sie sich bereits um einen Ausbildungsplatz bemüht? Bitte nennen Sie den Zeitraum, zu dem Sie mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz begonnen haben:“



Vor mehr als sechs Monaten haben 59,6% der weiblichen Jugendlichen ihre Lehrstellensuche begonnen. Der Anteil dieser Gruppe ist mit 54,1% bei den männlichen Schulkameraden etwas kleiner.

Auch im Bereich der berufsbildenden Schulen suchen die ausländischen AbgängerInnen im Durchschnitt deutlich später nach einem Ausbildungsplatz als die deutschen Schulkameraden. Während unter den Deutschen 60,8% bereits vor mehr als einem halben Jahr gesucht hat, liegt der Anteil der Ausländer nur bei 46,1%.

Zwischen den jeweiligen Schulformen zeigen sich ebenfalls zum Teil erhebliche Differenzen: Der Anteil mit einer Ausbildungsplatzsuche vor mehr als sechs Monaten liegt bei den BewerberInnen der Berufsfachschule ebenso wie bei denen des Berufsgrundschuljahres und des Berufsgrundbildungsjahres bei rund 60%. Dagegen beträgt dieser Anteil bei den BewerberInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr nur 35,1%.

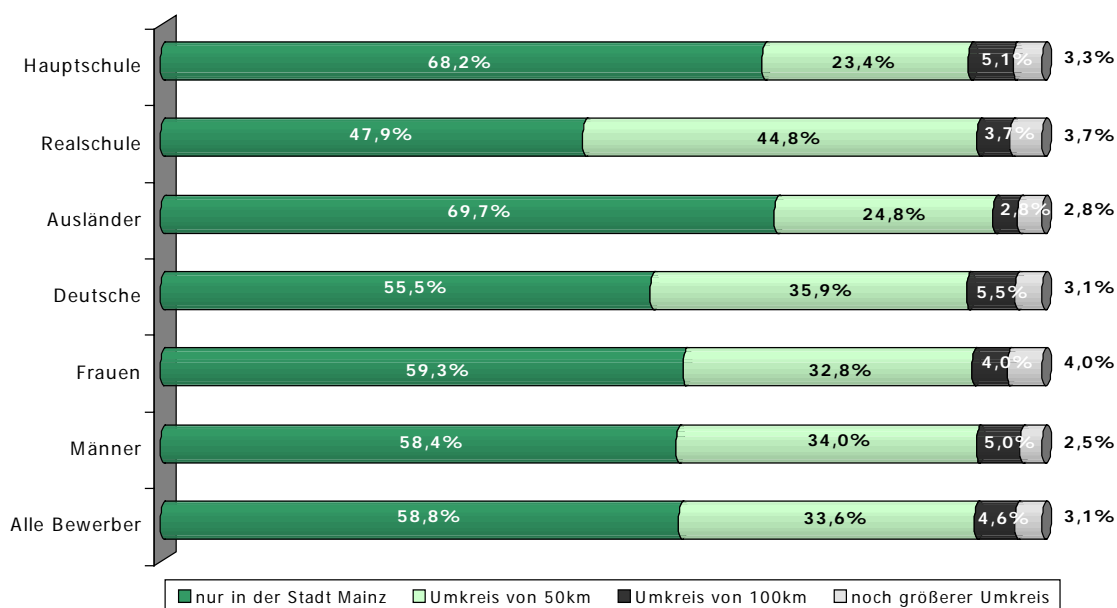
3.5. Ort der Ausbildungsplatzsuche

Haupt- und Realschulen

Mit 58,8% sucht der überwiegende Anteil der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen einen Ausbildungsplatz in der Stadt Mainz. In einem Umkreis von 50 km bewerben sich 33,6%, innerhalb eines Umkreises von 100 km sind es 4,6% und in einem noch größeren Umkreis noch 3,1%.

Während sich zwischen den Geschlechtern keine nennenswerte Differenz ergibt, zeigt sich bei der Betrachtung der Staatsangehörigkeiten, daß die deutschen BewerberInnen örtlich etwas flexibler sind. Während sich bei den Deutschen 55,5% ausschließlich innerhalb der Stadt Mainz bewerben, sind es bei den Ausländern 69,7%.

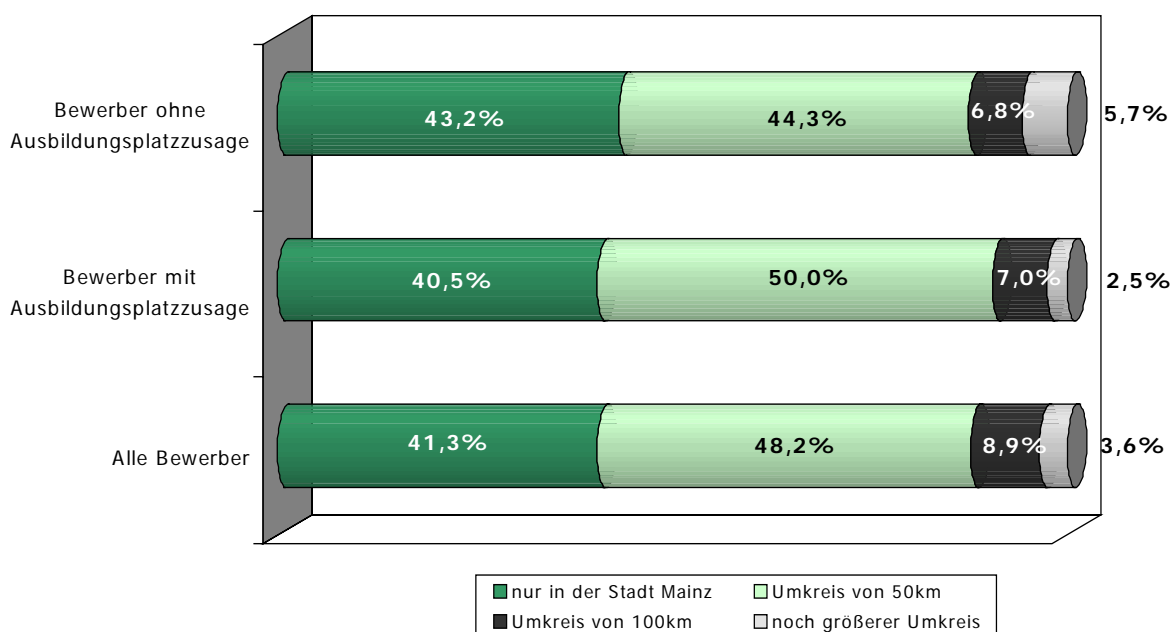
Frage 16 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „In welchem Gebiet haben Sie sich für einen Ausbildungsplatz beworben?“



Mit 68,2% beschränken sich über zwei Drittel der BewerberInnen von der Hauptschule bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auf die Stadt Mainz. Unter den BewerberInnen, die zuvor die Realschule besucht haben, beträgt dieser Anteil lediglich 47,9%.

Der Erfolg der Suche nach einem Ausbildungsplatz hängt aber offensichtlich kaum von der regionalen Flexibilität ab, wie ein Vergleich zwischen den BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage und BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage zeigt. Mit einem Anteil von 61,0%, der sich ausschließlich in der Stadt Mainz bewirbt, zeigen sich die BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage nur geringfügig weniger mobil als die BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage bei denen sich dieser Anteil auf 57,7% beläuft.

Frage 14 an alle AbgängerInnen aus den berufsbildenden Schulen, die sich beworben haben: „In welchem Gebiet haben Sie sich für einen Ausbildungsplatz beworben?“

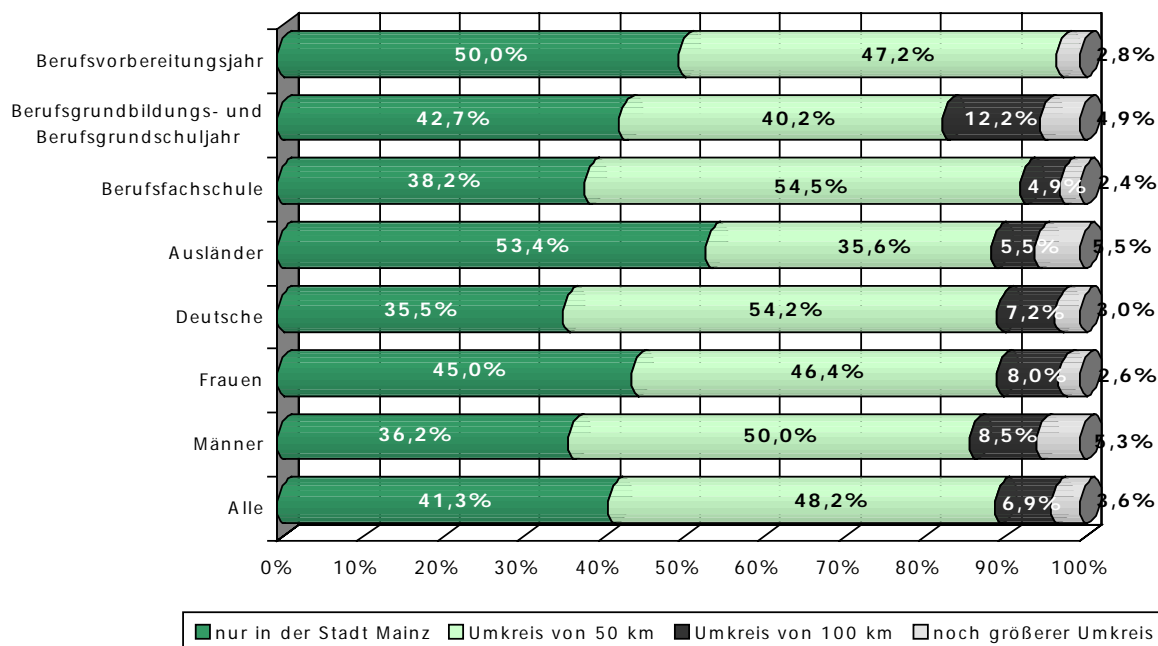


Berufsbildende Schulen

Im Vergleich zu den Haupt- und Realschulen sind sich die BewerberInnen, die von den berufsbildenden Schulen abgehen, regional ungebundener. 41,3% suchen nur in der Stadt Mainz nach einem Ausbildungsplatz, 48,2% im Umkreis von 50 km, 6,9% in einem Umkreis von 100 km und weitere 3,6% in einem noch größeren Umkreis.

Männer zeigen sich hier etwas flexibler als Frauen. Während 63,8% der Männer auch außerhalb der Stadt Mainz einen Ausbildungsplatz suchen, sind es bei den Frauen 55,0%.

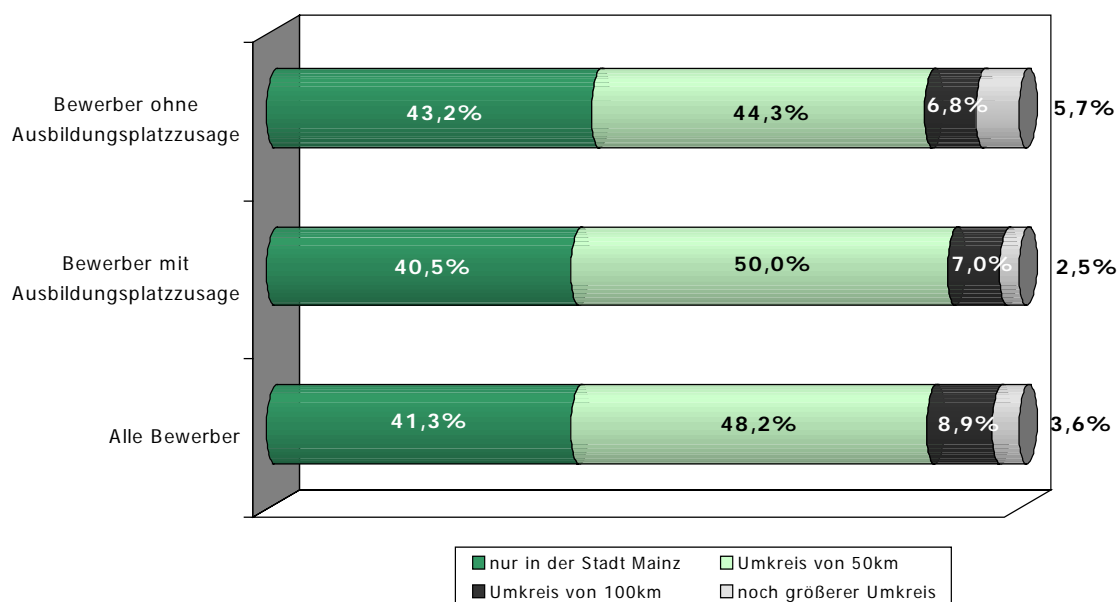
Frage 14 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen, die sich bewerben haben: „In welchem Gebiet haben Sie sich für einen Ausbildungsplatz beworben?“



Auch die deutschen BewerberInnen aus den berufsbildenden Schulen sind deutlich regional flexibler als ihre ausländischen Schulkameraden: Nur 46,6% der Ausländer suchen auch außerhalb von Mainz nach einer Lehrstelle, dagegen sind es unter den Deutschen 64,5%.

Bei der Unterscheidung nach BewerberInnen mit und ohne Ausbildungsplatzzusagen ergeben sich für den Bereich der berufsbildenden Schulen keine großen Unterschiede.

Frage 14 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen, die sich bewerben haben: „In welchem Gebiet haben Sie sich für einen Ausbildungsplatz beworben?“

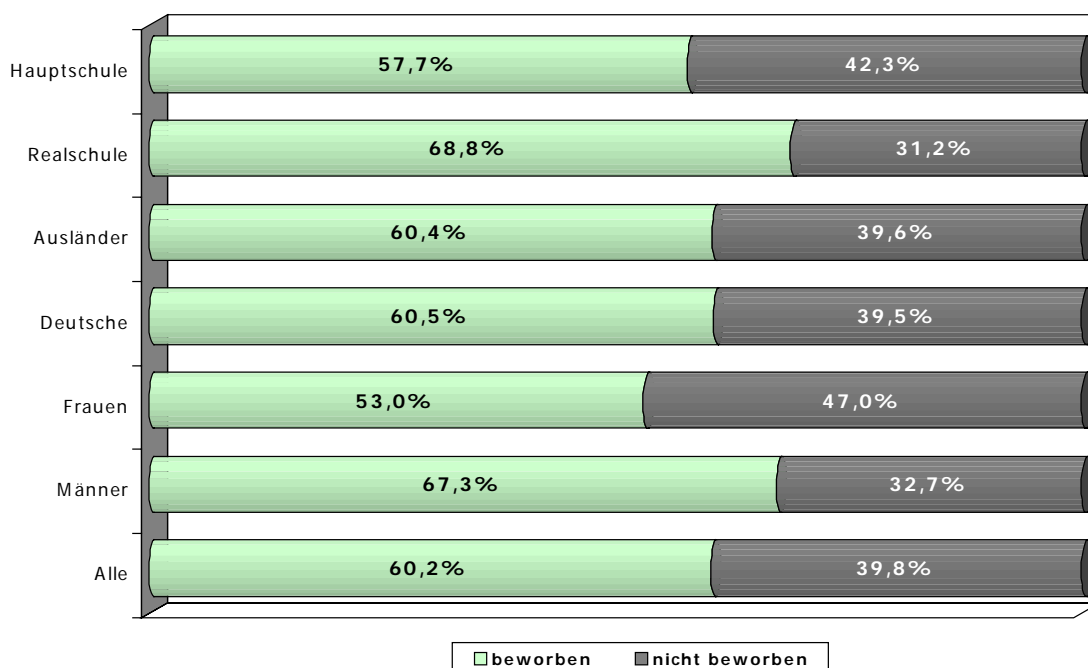


3.6. Bewerbung um Ausbildungsplätze

Haupt- und Realschulen

Wie bereits im Zusammenhang mit den Perspektiven der AbgängerInnen von den Haupt- und Realschulen beschrieben worden ist, möchten 55,4% der Jugendlichen nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule keine Ausbildung beginnen. Dies dürfte eine Hauptursache dafür sein, daß sich 39,8% kurz vor ihrer Schulentlassung noch gar nicht um einen Ausbildungsplatz beworben haben.

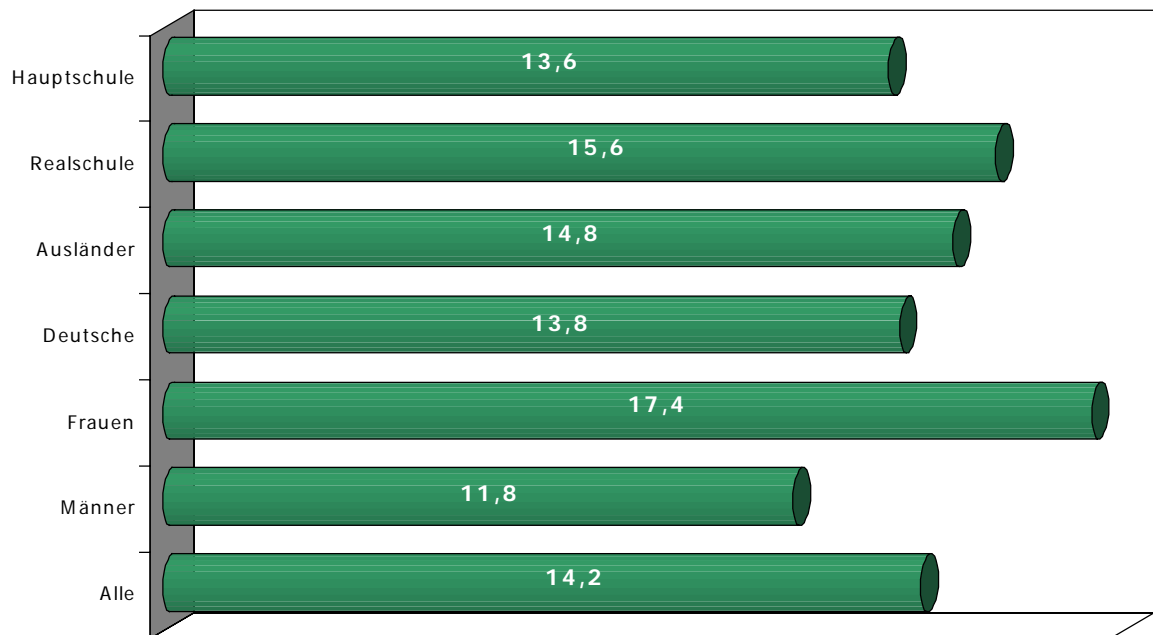
Bewerbungssituation der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen



Zwischen den Geschlechtern gibt es einen klaren Unterschied im Bewerbungsverhalten. Mit 67,3% bewerben sich über zwei Drittel der männlichen Jugendlichen. Dagegen beträgt der Anteil der Bewerberinnen bei den weiblichen Jugendlichen mit 53,0% nur knapp über der Hälfte. Während sich im grundsätzlichen Bewerbungsverhalten zwischen Ausländern und Deutschen kein Unterschied zeigt, gibt es eine deutliche Abweichung zwischen den Schulformen. Mit 68,8% liegt der Bewerber-Anteil der RealschülerInnen deutlich höher im Vergleich zu 57,7% bei den HauptschülerInnen.

Durchschnittlich haben sich die BewerberInnen bei 14,2 Unternehmen oder Behörden um einen Ausbildungsplatz beworben. Frauen haben sich mit einem Durchschnitt von 17,4 deutlich häufiger beworben als Männer mit einem Durchschnitt von 11,8. Ausländische AbgängerInnen bewerben sich mit einem Wert von 14,8 geringfügig häufiger als deutsche AbgängerInnen mit 13,8 Bewerbungen. Mit 15,6 Bewerbungen sind RealschulabgängerInnen etwas aktiver in ihrem Bewerbungsverhalten als HauptschulabgängerInnen mit einem Durchschnittswert von 13,6.

Frage 19 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „Wie oft haben Sie sich um einen Ausbildungsplatz beworben?“ (Durchschnitt der Bewerbungsanzahl)

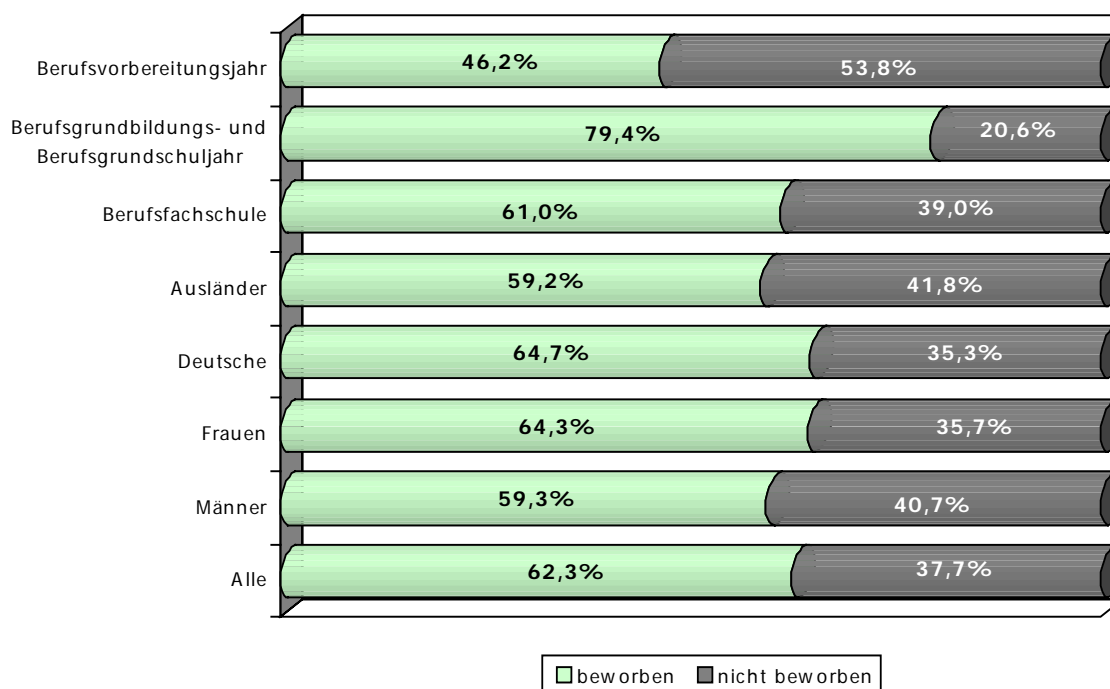


Im Bereich der Haupt- und Realschulen hat die Bewerbungsanzahl keinen besonderen Einfluß auf den Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche. BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage bewerben sich sogar mit einer durchschnittlichen Bewerbungsanzahl von 15,3 häufiger als BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage mit einem Durchschnitt von 13,4 Bewerbungen.

Berufsbildende Schulen

Von Seiten der berufsbildenden Schulen haben sich 37,7% der AbgängerInnen nicht beworben. Auch hier muß vor einer Bewertung vorangestellt werden, daß fast die Hälfte der AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen – 48,7% – ohnehin eine Berufsausbildung nicht als unmittelbare Anschlußperspektive nach Verlassen der Schule sieht.

**Bewerbungssituation der AbgängerInnen
berufsbildender Schulen**



Mit einem Anteil von 59,3% in ihrer Gruppe liegt der Bewerber-Anteil bei den Männern etwas niedriger als bei den Frauen mit 64,3%. Bei einem Vergleich der Staatsangehörigkeiten zeigt sich, daß der Bewerber-Anteil bei den Deutschen mit 64,7% etwas höher als der der Ausländer mit 59,2% liegt.

Auch zwischen den verschiedenen Formen der berufsbildenden Schulen zeigen sich deutliche Unterschiede: Am größten ist der Bewerber-Anteil mit 79,4% bei den AbgängerInnen aus den Berufsgrundbildungs- und den Berufsgrundschuljahren. Aus dem Bereich der Berufsfachschule haben sich 61,0% der AbgängerInnen beworben. Von den AbgängerInnen der BVJ-Klassen hat sich mit 46,3% nur etwas weniger als die Hälfte der AbgängerInnen um eine Lehrstelle bemüht.

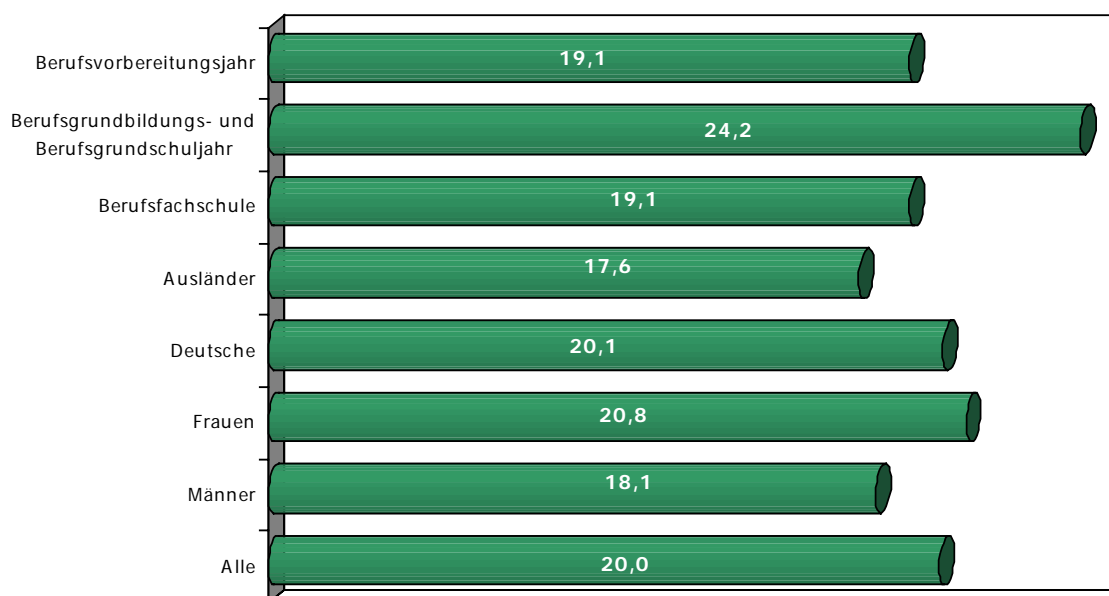
Mit einer durchschnittlichen Bewerbungszahl von 20,0 bewerben sich die AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen im Vergleich zu den SchülerInnen, die die allgemeinbildende Schule verlassen, erheblich häufiger.

Die weiblichen AbgängerInnen zeigen sich mit einer durchschnittlichen Bewerbungszahl von 20,8 etwas aktiver als ihre männlichen Schulkameraden mit 18,1. Deutsche Jugendliche bewerben sich mit einer Bewerbungszahl von 20,1 häufiger als ausländische Jugendliche mit einer Bewerbungszahl von durchschnittlich 17,6.

Die AbgängerInnen aus den Berufsfachschulen erreichen ebenso eine durchschnittliche Bewerbungszahl von 19,1 wie die AbgängerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr. Die Bewerbungszahl der AbgängerInnen aus dem Berufsgrundbildungs- oder dem Berufsgrundschuljahr liegt mit 24,2 deutlich höher.

Unterscheidet man zwischen BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage und solchen ohne Ausbildungsplatzzusage, dann läßt sich feststellen, daß die Häufigkeit der Bewerbung bei den AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen kaum Einfluß auf den Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche hat. BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage kommen auf eine durchschnittliche Bewerbungszahl von 20,4, während BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage eine Bewerbungszahl von 18,1 aufweisen.

Frage 17 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen, die sich beworben haben: „Wie oft haben Sie sich um einen Ausbildungsplatz beworben?“ (Durchschnitt der Bewerbungszahl)



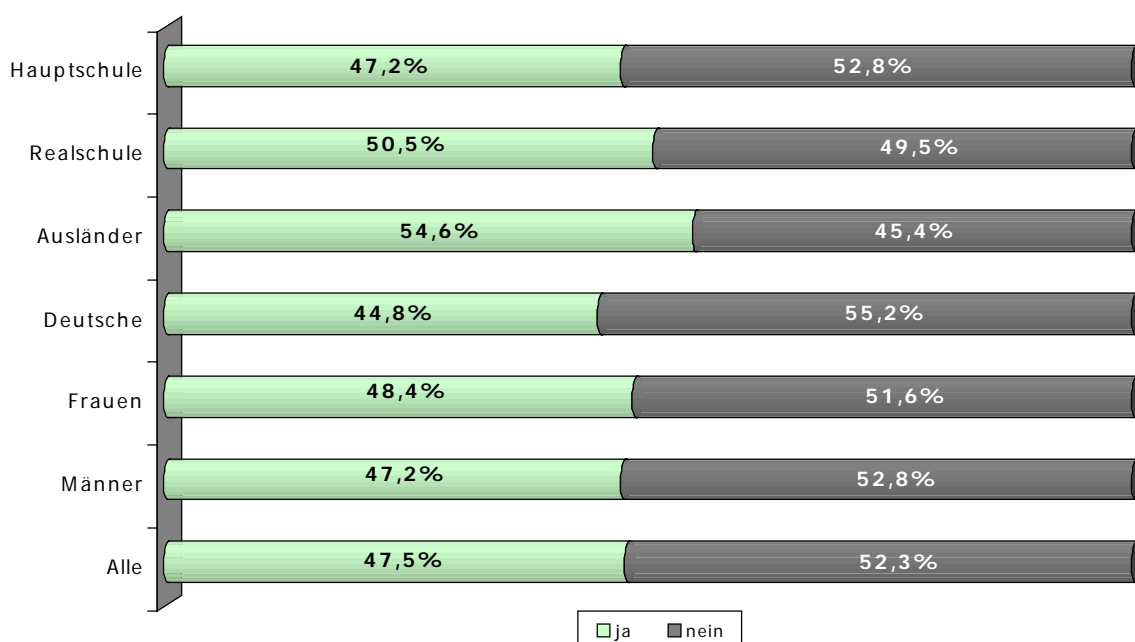
3.7. Meldung als Bewerber beim Arbeitsamt

Haupt- und Realschulen

In der Frage nach der Meldung als AusbildungsplatzbewerberInnen beim Arbeitsamt ergeben sich im Bereich der Haupt- und Realschulen keine besonders großen Unterschiede.

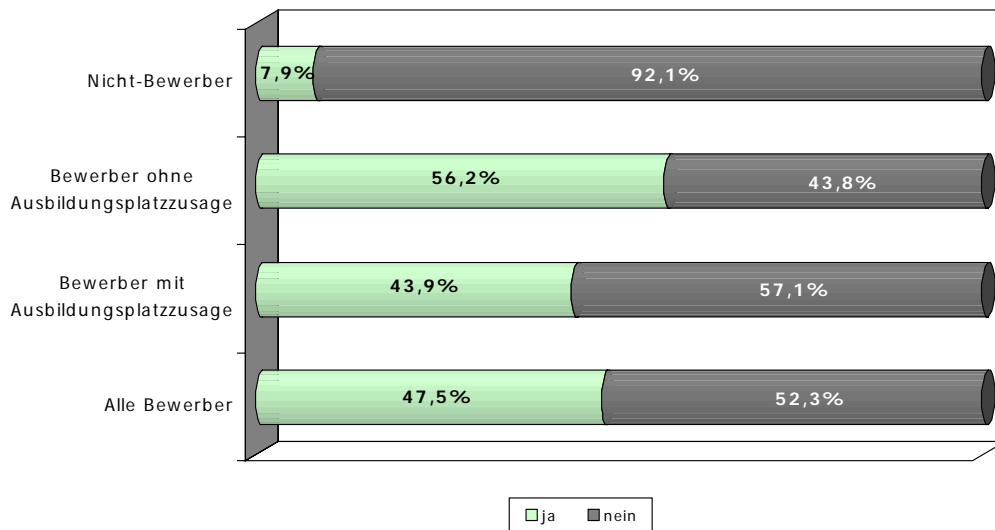
Lediglich bei einer Unterscheidung zwischen den Staatsangehörigkeiten zeigt sich, daß sich die ausländischen Jugendlichen mit einem Anteil von 54,6% etwas häufiger beim Arbeitsamt als Bewerber gemeldet haben als die deutschen Jugendlichen mit 44,8%.

Frage 15 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „Sind Sie als Bewerber bzw. Bewerberin um eine Lehrstelle beim Arbeitsamt Mainz gemeldet?“



Bei der Differenzierung zwischen BewerberInnen mit und ohne Ausbildungsplatzzusage sowie Nicht-BewerberInnen zeigt sich, daß die Jugendlichen, die bis zum Zeitpunkt ihrer Schulentlassung keinen Erfolg bei ihrer Bewerbung hatten, mit 56,2% häufiger beim Arbeitsamt gemeldet sind als Bewerber, die bereits mindestens eine Ausbildungsplatzzusage haben, mit 43,9%. Unter den Nicht-BewerberInnen, d.h. unter den AbgängerInnen, die sich noch gar nicht beworben haben, haben sich 7,9% beim Arbeitsamt als Lehrstellenbewerber gemeldet.

**Frage 15 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen:
„Sind Sie als Bewerber bzw. Bewerberin um eine Lehrstelle
beim Arbeitsamt Mainz gemeldet?“**

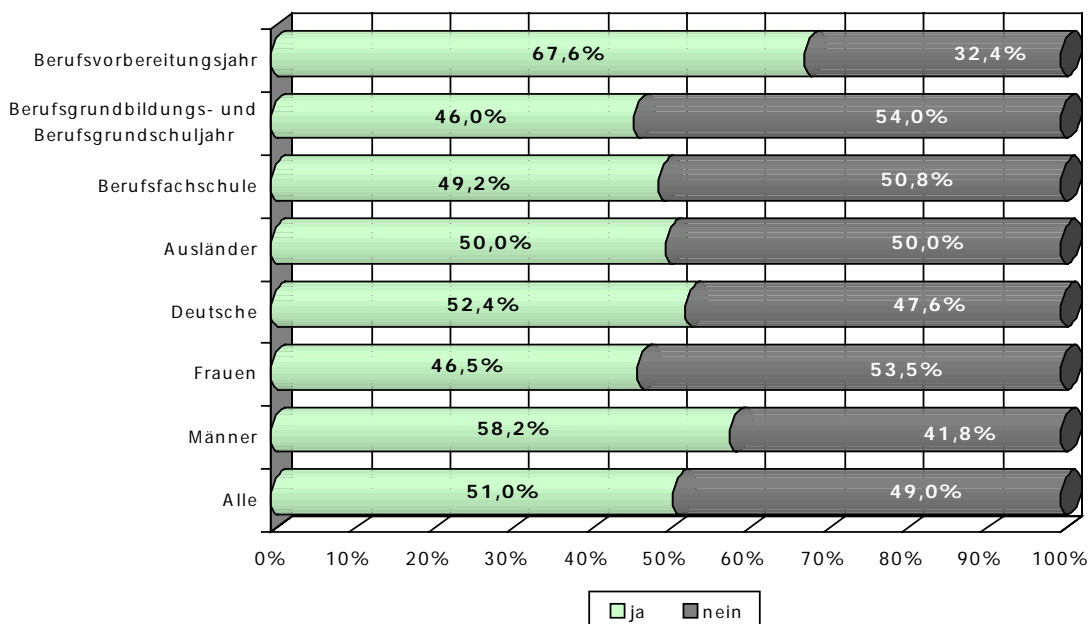


Berufsbildende Schulen

51,0% der BewerberInnen, die eine berufsbildende Schulen besucht haben, haben sich als BewerberIn beim Arbeitsamt gemeldet.

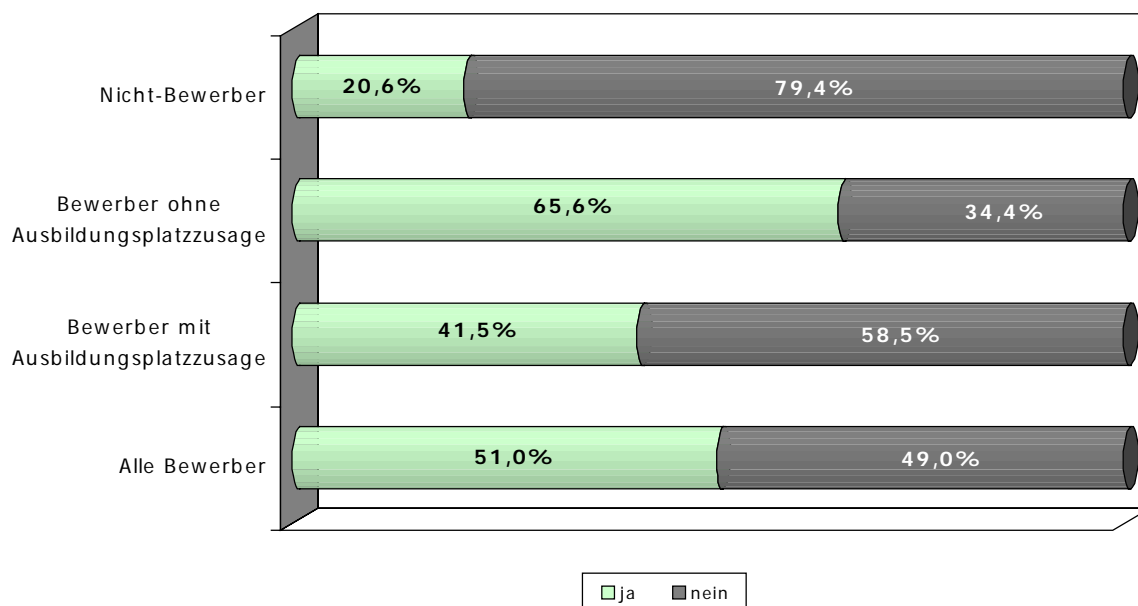
Dabei haben sich männliche Bewerber mit 58,2% deutlich häufiger als Lehrstellenbewerber gemeldet als die weiblichen Bewerberinnen mit 46,5%. Während hier ein Differenz zwischen den Staatsangehörigkeiten zu vernachlässigen ist, lohnt ein Blick auf die unterschiedlichen

**Frage 13 an alle AbgängerInnen aus den berufsbildenden Schulen,
die sich beworben haben: „Sind Sie als Bewerber bzw. Bewerberin
um eine Lehrstelle beim Arbeitsamt Mainz gemeldet?“**



Formen der berufsbildenden Schulen. Mit 67,6% haben sich die SchülerInnen der BVJ-Klassen deutlich häufiger beim Arbeitsamt gemeldet als die AbgängerInnen der Berufsfachschule mit 49,2% sowie der Berufsgrundbildungs- und Berufsgrundschuljahre mit 46,0%.

**Frage 13 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen:
„Sind Sie als Bewerber bzw. Bewerberin um eine Lehrstelle
beim Arbeitsamt Mainz gemeldet?“**



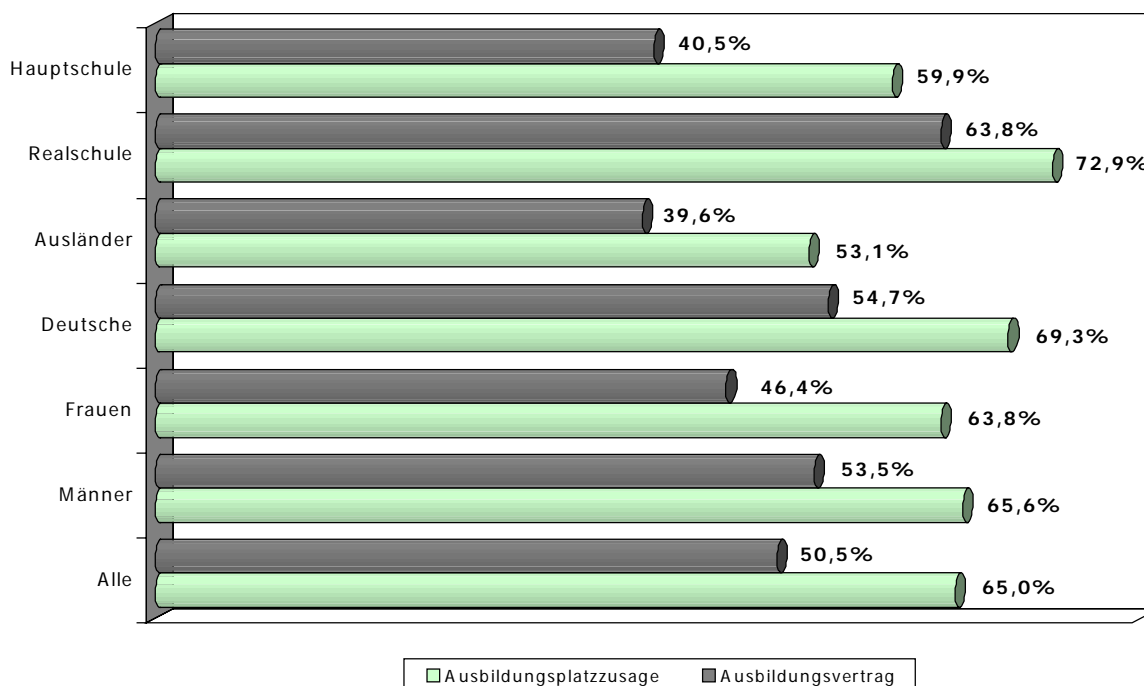
41,5% der BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage haben sich beim Arbeitsamt als ausbildungsplatzsuchend gemeldet. Unter den BewerberInnen ohne Ausbildungsplatz ist dieser Anteil mit 65,5% deutlich größer. Unter den AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen, die sich bislang noch gar nicht selbst beworben haben, sind 20,6% beim Arbeitsamt gemeldet.

3.8. Ausbildungsplatzzusagen und Ausbildungsverträge

Haupt- und Realschulen

65,0% aller AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben, haben mindestens eine Zusage eines Ausbildungsbetriebs auf ihren Bewerbungswunsch erhalten.

Ausbildungsplatzzusagen und Ausbildungsverträge bei den AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben



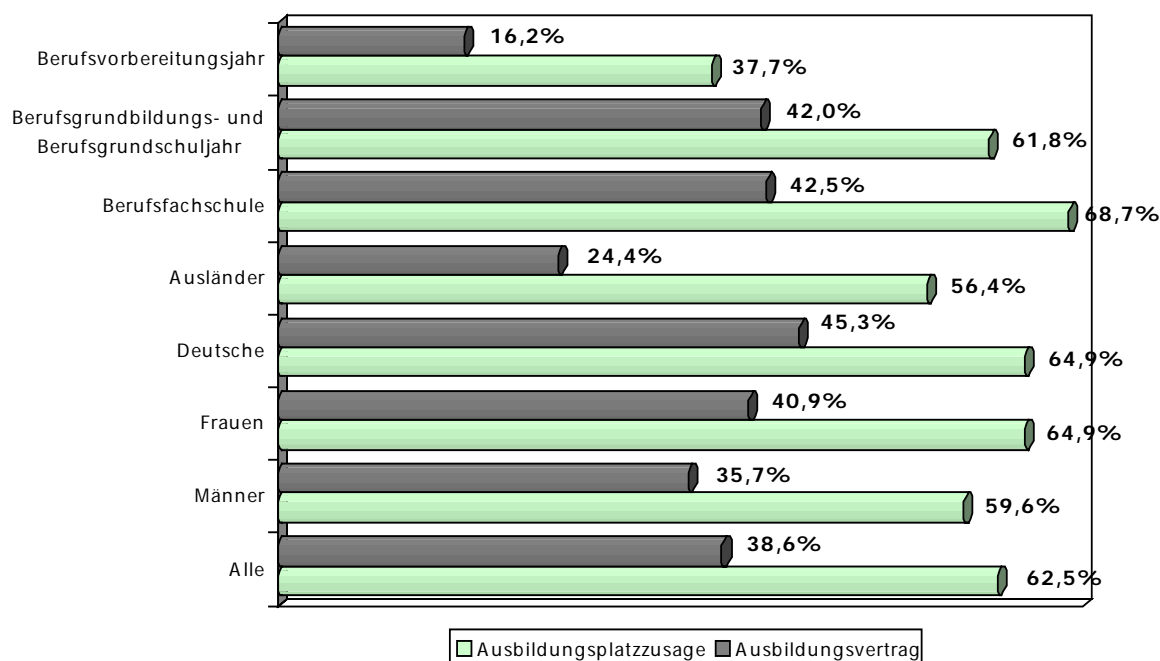
Zwischen den Anteilen der Zusagen bei den männlichen Jugendlichen mit 65,6% und den weiblichen Jugendlichen mit 63,8% ist keine große Differenz festzustellen. Ein starker Unterschied fällt beim Vergleich der Staatsangehörigkeiten auf: Während 69,3% der deutschen BewerberInnen mindestens eine Ausbildungsplatzzusage haben, sind es unter den ausländischen BewerberInnen nur 53,1%. Die BewerberInnen der Realschulen sind mit einem Anteil von 72,9% deutlich erfolgreicher als die BewerberInnen aus den Hauptschulen.

Von allen BewerberInnen haben 50,5% bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Unter den männlichen Bewerbern mit Ausbildungsplatzzusage beträgt dieser Anteil 53,5%, unter den weiblichen Bewerberinnen 46,4%, unter den Deutschen 54,7%, unter den Ausländern 39,6%, unter den RealschülerInnen 63,8% und unter den HauptschülerInnen 40,5%.

Berufsbildende Schulen

Der Anteil der Ausbildungsplatzzusagen bei den BewerberInnen der berufsbildenden Schulen liegt mit 62,5% etwas niedriger als bei den Haupt- und Realschulen.

Ausbildungsplatzzusagen und Ausbildungsverträge bei den AbgängerInnen berufsbildender Schulen, die sich beworben haben



Die weiblichen Bewerberinnen sind mit einem Anteil der Ausbildungsplatzzusage von 64,5% erfolgreicher als ihre männlichen Schulkameraden mit 59,6%. 64,9% der deutschen BewerberInnen haben bei ihrer Ausbildungsplatzsuche Erfolg, während es bei den ausländischen Jugendlichen nur 56,4% sind.

Unterscheidet man zwischen den unterschiedlichen Schulformen, dann kann festgestellt werden, daß die AbsolventInnen der Berufsfachschule sich am erfolgreichsten bewerben. 68,7% dieser AbgängerInnen haben eine Ausbildungsplatzzusage. Die SchülerInnen des Berufsgrundbildungs- oder des Berufsgrundschuljahres waren mit 61,8% etwas weniger erfolgreich. Mit einem erfolgreichen Anteil von nur 37,7% bilden die BewerberInnen aus den Berufsvorbereitungsklassen im Vergleich der Schulformen das Schlußlicht.

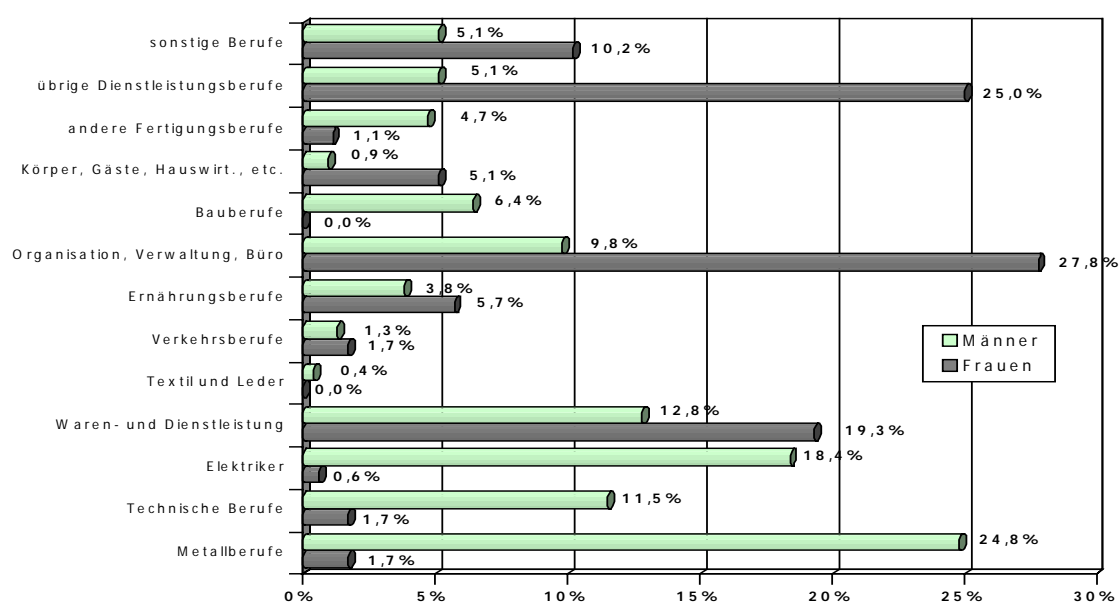
Einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben insgesamt 38,6% aller BewerberInnen der berufsbildenden Schulen. Dieses Ergebnis liegt deutlich unter dem Anteil der BewerberInnen der Haupt- und Realschulen, deren Ausbildungsvertragsquote 50,5% beträgt. Bei den Männern liegt dieser Wert bei 35,7% und bei den Frauen bei 40,9%, bei den Deutschen bei 45,3 und bei den Ausländern bei 24,4%, bei den AbgängerInnen der Berufsfachschule bei 42,5%, beim Berufsgrundbildungs- oder Berufsgrundschuljahr bei 42,0% und beim Berufsvorbereitungsjahr bei sehr niedrigen 16,2%.

3.9. Berufsbereiche der AusbildungsplatzbewerberInnen

Haupt- und Realschulen

Wie bereits in der Betriebsumfrage beschrieben worden ist, haben Unternehmen trotz einer formalen Verpflichtung zur Gleichstellung von Mann und Frau deutliche Vorlieben für ein bestimmtes Geschlecht bei der Besetzung ihrer Ausbildungsplätze. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach den Berufsbereichswünschen und den tatsächlichen Einmündungen in die jeweiligen Berufsbereichen von besonderem Interesse.

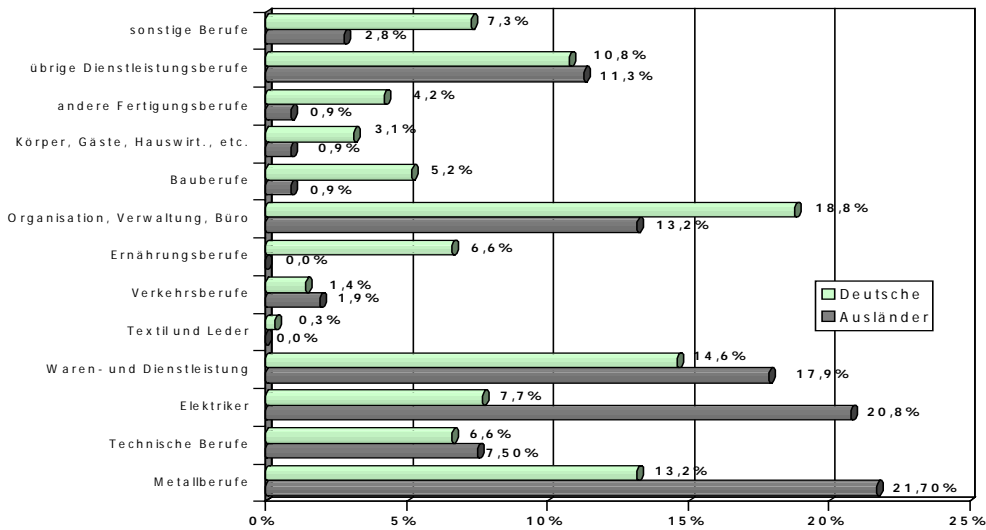
Frage 18 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „Wir möchten Sie jetzt nach dem Berufsbereich fragen, in dem Sie gerne einen Ausbildungsplatz hätten. Bitte nennen Sie den Bereich, der Ihren Vorstellungen am meisten entspricht!“



Bei einer Unterscheidung der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen nach den Geschlechtern zeigen sich sehr starke Unterschiede. Seitens der männlichen Bewerber wünschen sich 54,7% einen Beruf aus den Bereichen Metall, technische Berufe oder Elektronik. Von den weiblichen Bewerberinnen interessieren sich für diese Sparten gerade einmal 4,0%. Andererseits interessieren sich 72,1% der weiblichen Bewerberinnen für eine Ausbildung in den Bereichen Waren- und Dienstleistung, Organisation, Verwaltung oder Büro sowie übrige Dienstleistungsberufe. Für diese Berufsfelder können sich von den männlichen Bewerbern nur 27,7% begeistern.

Zwischen den Staatsangehörigkeiten ergeben sich keine besonders gravierenden Unterschiede in der Bevorzugung eines bestimmten Berufsbereichs. Erkennbar ist lediglich eine etwas höhere Präferenz der ausländischen Jugendlichen für Berufe aus den Bereichen Metall und Elektronik. Dieser Unterschied könnte allerdings auch auf geschlechtsspezifische Gründe zurückzuführen sein, da der Anteil der männlichen Jugendlichen unter den BewerberInnen mit 65,5% deutlich höher ist als bei den deutschen Jugendlichen mit 54,8%.

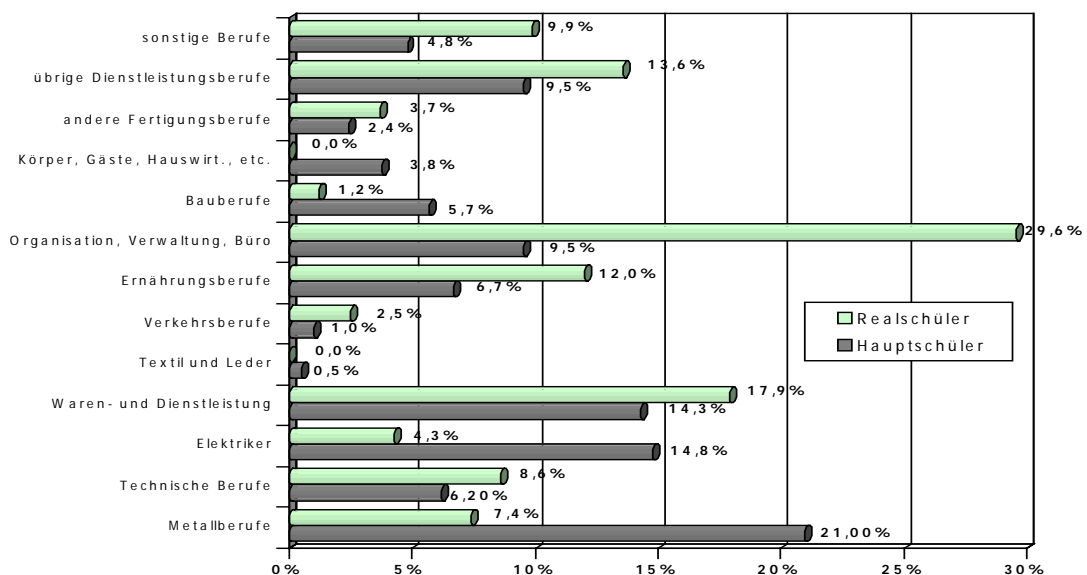
Frage 18 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „Wir möchten Sie jetzt nach dem Berufsbereich fragen, in dem Sie gerne einen Ausbildungsplatz hätten. Bitte nennen Sie den Bereich, der Ihren Vorstellungen am meisten entspricht!“



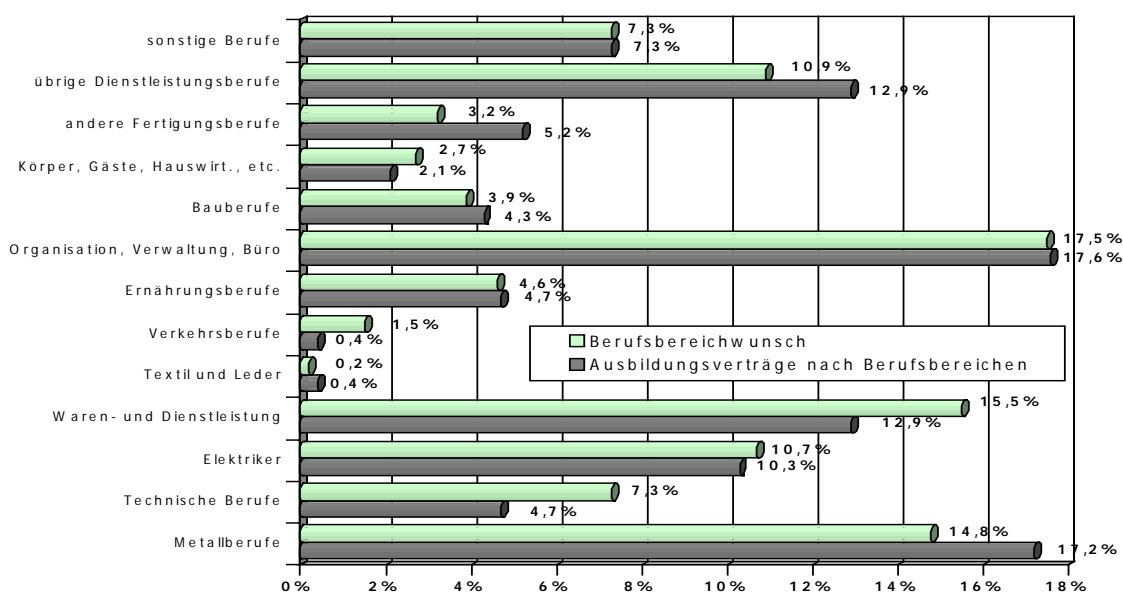
Bei einer Unterscheidung zwischen RealschülerInnen und HauptschülerInnen ergeben sich deutliche Unterschiede. HauptschülerInnen fragen wesentlich stärker Berufe aus den Bereichen Metall, Elektronik und Bau nach, während die RealschülerInnen in die Dienstleistungs- und kaufmännischen Berufe streben.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß sich die Struktur der Berufsbereichswünsche der BewerberInnen und die Struktur der tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Berufsbereichen nur recht gering voneinander unterscheiden. Verschie-

Frage 18 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: „Wir möchten Sie jetzt nach dem Berufsbereich fragen, in dem Sie gerne einen Ausbildungsplatz hätten. Bitte nennen Sie den Bereich, der Ihren Vorstellungen am meisten entspricht!“



Frage 18 und Frage 24 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben: Berufsbereichwünsche und Berufsbereiche der abgeschlossenen Ausbildungsverträge



bungen erfolgen allenfalls innerhalb ähnlicher Berufsbereiche wie den Dienstleistungsberufen oder zwischen den Berufsbereichen Metall und Technik. Dies gilt auch im großen und ganzen innerhalb der jeweiligen Unterscheidungen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulform.

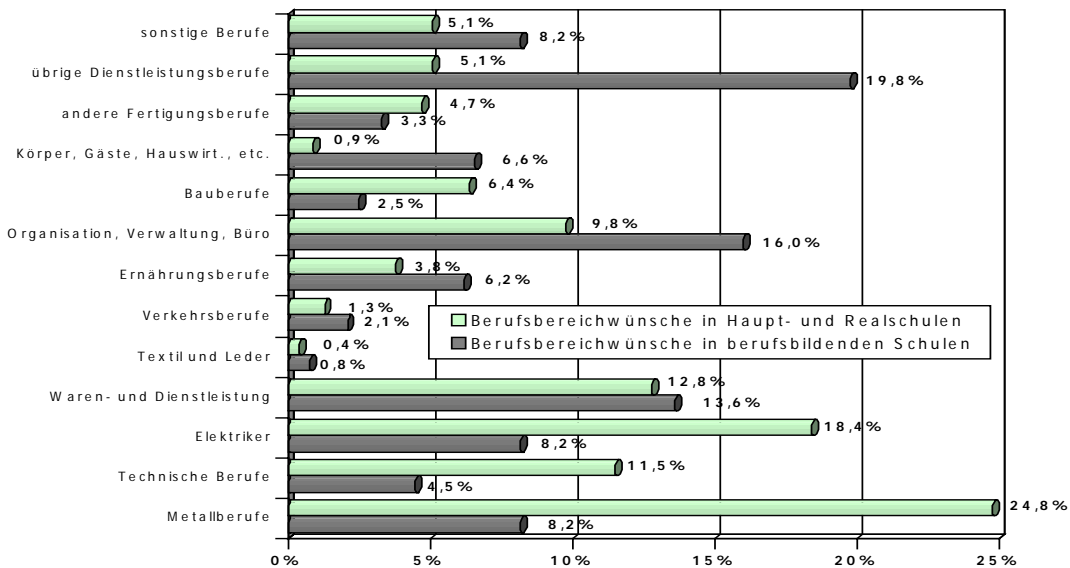
Dies bedeutet zum Beispiel, daß die Chancen auf einen Ausbildungsvertrag für einen männlichen Bewerber, der sich für einen Dienstleistungsberuf beworben hat, annähernd so groß sind wie die Chancen auf einen Ausbildungsvertrag für einen männlichen Bewerber, der sich für einen technischen Beruf interessiert.

Berufsbildende Schulen

Bei einem Vergleich zwischen den Berufsbereichswünschen der AbgängerInnen von den berufsbildenden Schulen und den AbgängerInnen von den Haupt- und Realschulen zeigt sich, daß erstere in einem wesentlich stärkeren Ausmaß Berufe aus den Bereichen Dienstleistung, Organisation, Verwaltung und Büro nachfragen.

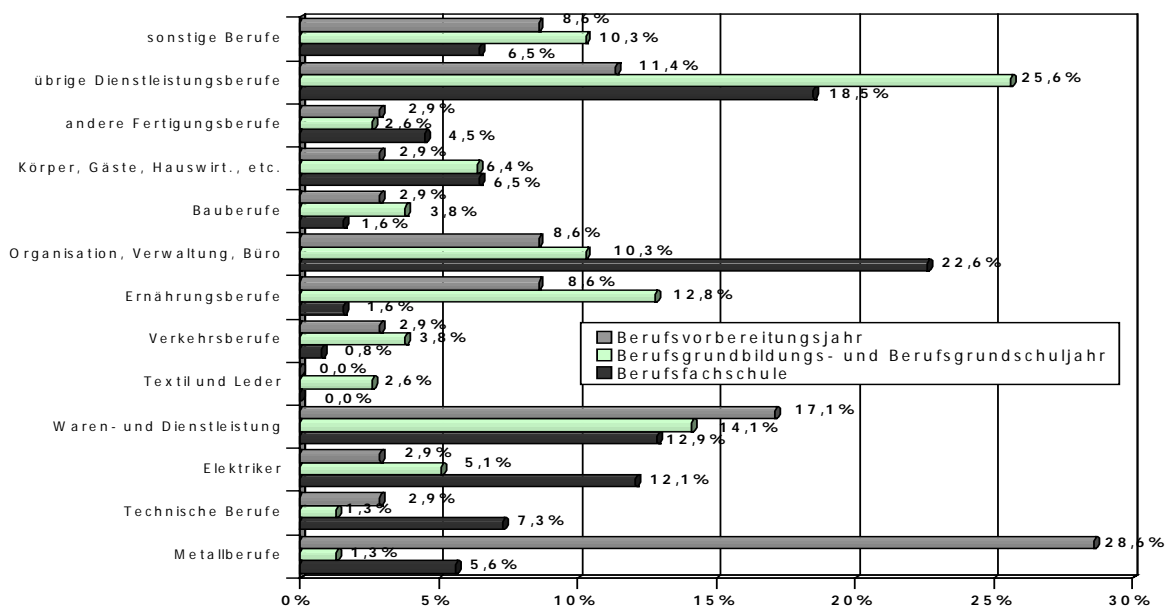
Diese Präferenzstruktur ist allerdings erneut zum großen Teil auf geschlechtsspezifische Ausbildungsplatzwünsche zurückzuführen. Während der Anteil der Frauen an den BewerberInnen der Haupt- und Realschulen nur bei 43,0% liegt, beträgt er bei den BewerberInnen der berufsbildenden Schulen 61,8%.

Frage 16 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Wir möchten Sie jetzt nach dem Berufsbereich fragen, in dem Sie gerne einen Ausbildungsplatz hätten. Bitte nennen Sie den Bereich, der Ihren Vorstellungen am meisten entspricht!“



Zwischen den unterschiedlichen Formen der berufsbildenden Schule gibt es zum Teil sehr starke Unterschiede in der Struktur der gewünschten Berufsbereiche. Im Bereich der Berufsfachschule haben die BewerberInnen eine starke Präferenz für die Berufe aus den Bereichen Organisation, Verwaltung, Büro und Dienstleistung. Die BewerberInnen aus dem Berufsgrundschul- und Berufsgrundbildungsjahr bevorzugen Waren- und Dienstleistungsberufe

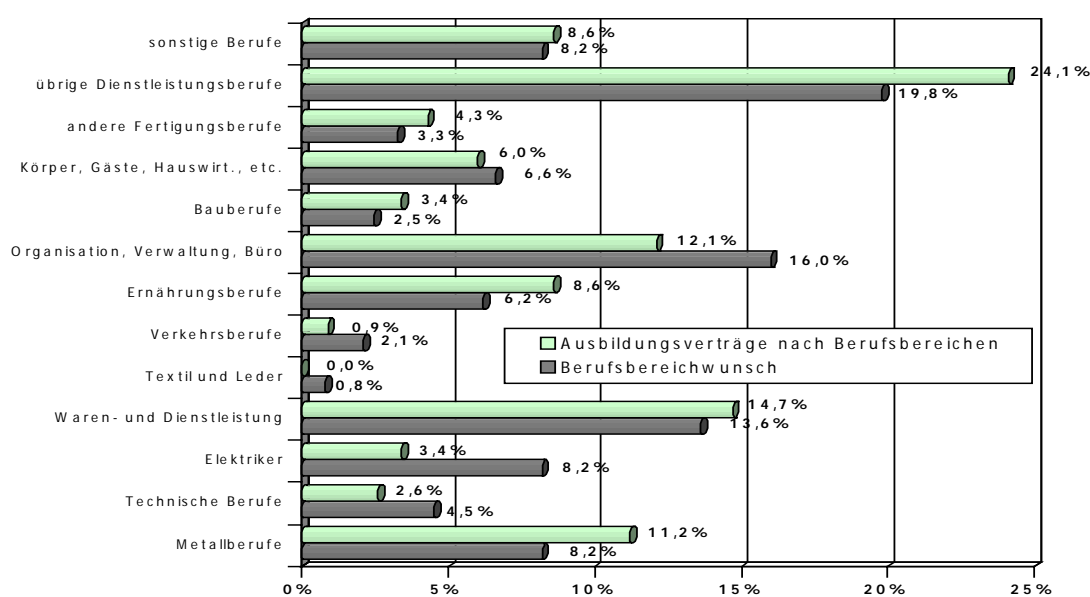
Frage 16 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Wir möchten Sie jetzt nach dem Berufsbereich fragen, in dem Sie gerne einen Ausbildungsplatz hätten. Bitte nennen Sie den Bereich, der Ihren Vorstellungen am meisten entspricht!“



sowie Ernährungsberufe. Von den BewerberInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr werden Metallberufe sowie – mit einigem Abstand – Waren- und Dienstleistungsberufe am stärksten nachgefragt.

Ebenso wie im Falle der Haupt- und Realschulen gibt es auch bei den berufsbildenden Schulen keine erheblichen Unterschiede zwischen der Struktur der Wünsche nach den Berufsbereichen und der Struktur der Berufsbereiche der Ausbildungsverträge. Auch hier erfolgen Verschiebungen weitgehend innerhalb der Dienstleistungsberufsbereiche einerseits und zwischen den Bereichen Metall, Technik und Elektronik andererseits.

Frage 16 und Frage 25 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: Berufsbereichwünsche und Berufsbereiche der abgeschlossenen Ausbildungsverträge



3.10. Praktikum und Arbeit in der zukünftigen Ausbildungsstätte

Haupt- und Realschulen

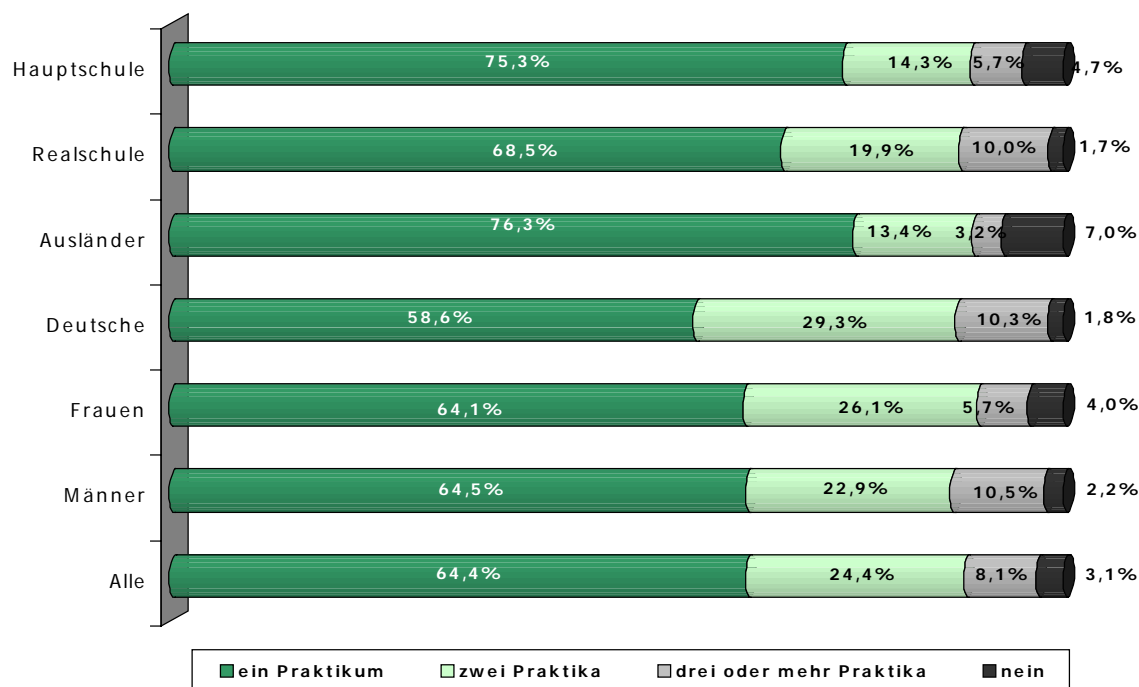
Mit einem Anteil von 64,4% haben rund zwei Drittel aller AbgängerInnen von den allgemeinbildenden Schulen ein Praktikum in einem Unternehmen oder einer Behörde durchgeführt. Weitere 24,4% haben zwei Praktika und 8,1% haben drei oder mehr Praktika absolviert. Nur 3,1% haben gar kein Praktikum.

Zwischen den Geschlechtern ergeben sich in der Anzahl der Praktika nur sehr geringe Unterschiede. Die Anteile der AbgängerInnen mit einem Praktikum sind annähernd gleich groß, bei den männlichen Abgängern ist allerdings der Anteil mit drei oder mehr Praktika mit 10,5% gegenüber 5,7% bei den Frauen etwas höher.

Zwischen den Staatsangehörigkeiten ergeben sich hingegen deutliche Unterschiede in der Bereitschaft zu Praktika: Unter den Ausländern ist der Anteil mit nur einem Praktikum mit

76,3% gegenüber 58,6% gegenüber den Deutschen klar größer. Die deutschen AbgängerInnen zeigen dementsprechend eine erheblich größere Bereitschaft zum Absolvieren mehrerer Praktika.

Frage 6 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen der Haupt- und Realschulen: „Haben Sie bereits ein Praktikum in einem Unternehmen oder bei einer Behörde durchgeführt?“

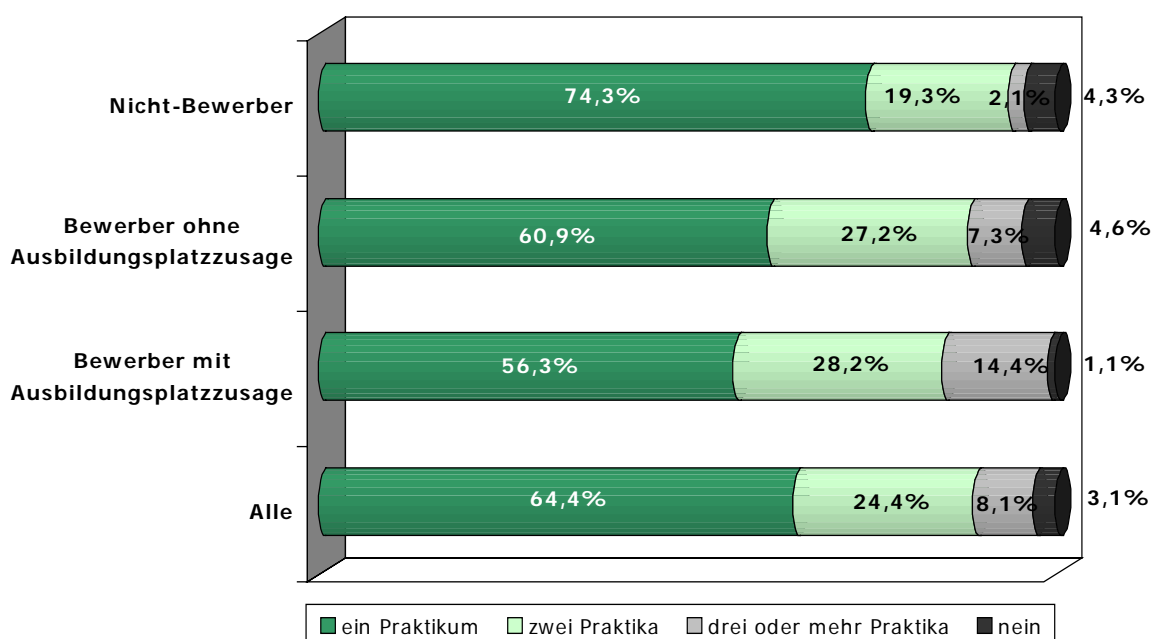


Die AbgängerInnen der Realschule haben im Durchschnitt deutlich mehr Praktika als die SchülerInnen der Hauptschule absolviert:⁶ 68,5% der RealschulabgängerInnen haben ein Praktikum, 19,9% zwei Praktika und 10,0% drei oder mehr Praktika. Eine noch geringere Praktikazahl weisen im Durchschnitt die HauptschülerInnen auf. 75,3% haben nur ein, 14,3% zwei und 5,7% drei oder mehr Praktika absolviert. Dieses im Vergleich der Schulformen schlechteste Ergebnis hängt zum einen an dem deutlich höheren Ausländeranteil in der Hauptschule. Zum anderen führen aber auch die deutschen HauptschülerInnen eine geringere Anzahl Praktika als die SchülerInnen der Realschule durch.

⁶ In der Grafik fällt auf, daß die Werte sowohl für Haupt- als auch für die Realschule deutlich größer als die Werte für alle SchülerInnen sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die SchülerInnen der Dependence der Integrierten Gesamtschule, die hier nicht separat aufgeführt werden, eine sehr hohe Praktikazahl aufweisen: Lediglich 2,7% der AbgängerInnen haben nur ein Praktikum absolviert, 80,8% haben zwei und 16,4% sogar drei oder mehr Praktika durchgeführt.

Bei der Unterscheidung zwischen BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage, BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage und Nicht-BewerberInnen kann festgestellt werden, daß unter den Jugendlichen mit Ausbildungsplatzzusage eine größere Zahl – 42,6% – zwei oder mehr Praktika durchgeführt haben als die BewerberInnen ohne Zusage mit 34,5%. Einen noch geringeren Anteil der AbgängerInnen mit zwei oder mehr Praktika hat die Gruppe der Nicht-Bewerber mit 21,4%.

Frage 6 an alle AbgängerInnen allgemeinbildender Schulen: „Haben Sie bereits ein Praktikum in einem Unternehmen oder bei einer Behörde durchgeführt?“



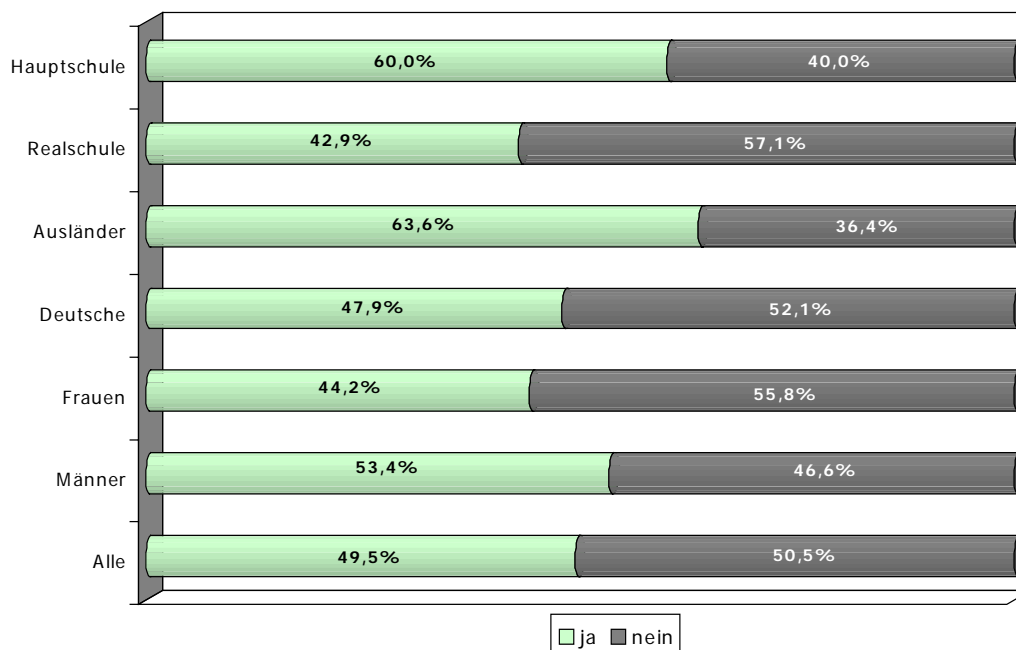
Das Praktikum in einem Unternehmen hat eine sehr starke Funktion bei der Besetzung der Ausbildungsplätze. Unter den AbgängerInnen der allgemeinbildenden Schulen, die bereits einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, haben 49,5% bereits ein Praktikum in ihrer zukünftigen Ausbildungsstätte absolviert.

Die ausbildungsplatzentscheidende Funktion des Praktikums ist für Männer noch größer als für Frauen. 53,4% der männlichen Jugendlichen haben ein Praktikum in ihrem zukünftigen Ausbildungsbetrieb durchgeführt, bei den weiblichen Jugendlichen sind es 44,2%.

Die Bedeutung des Praktikums ist für die ausländischen Jugendlichen erheblich stärker als für die deutschen Jugendlichen. Während 63,6% der ausländischen AbgängerInnen ein Praktikum in ihrem zukünftigen Ausbildungsbetrieb absolvierten, sind es unter den deutschen AbgängerInnen 47,9%. Unter den ausländischen Jugendlichen, die die Hauptschule besucht haben, beträgt dieser Wert sogar 72,2%.

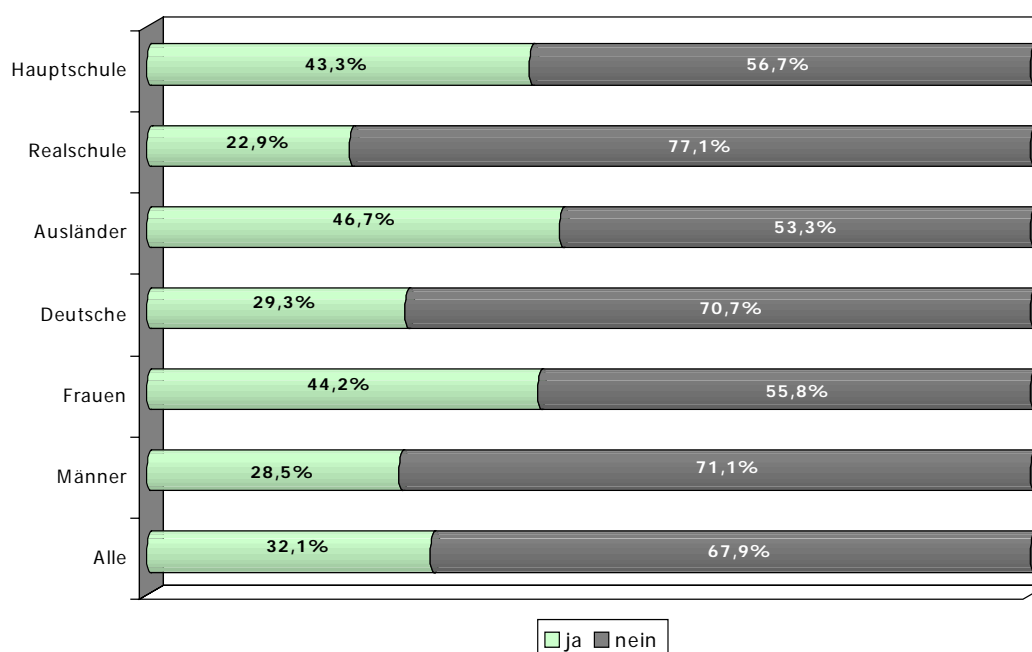
Auch bei den Schulformen ergeben sich starke Unterschiede. 60,0% der HauptschülerInnen werden voraussichtlich in dem Betrieb eine Ausbildung aufnehmen, in dem sie ein Praktikum durchgeführt haben. Dagegen sind es bei den RealschülerInnen nur 42,9%.

**Frage 25 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen mit
Ausbildungsvertrag: „Haben Sie in Ihrer zukünftigen Ausbildungs-
stätte bereits ein Praktikum absolviert?“ („Ja“-Antworten in Prozent)**



Neben der Bedeutung des Praktikums stellt sich ebenfalls die Frage, ob Jugendliche aufgrund einer bereits durchgeführten Arbeitstätigkeit – etwa als Arbeit nach der Schule oder als Ferienjob – ihre Aussichten auf einen Ausbildungsvertrag verbessern konnten. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch hier: 32,1% der AbgängerInnen der allgemeinbildenden Schulen haben tatsächlich bereits in ihrem zukünftigen Ausbildungsbetrieb gearbeitet.

**Frage 26 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen mit
Ausbildungsvertrag: „Haben Sie in Ihrer zukünftigen Ausbildungs-
stätte bereits gearbeitet, z.B. nach der Schule oder in den
Schulferien?“ („Ja“-Antworten in Prozent)**



Bei einer Unterscheidung zwischen den Geschlechtern kann festgestellt werden, daß nur 28,5% der männlichen Jugendlichen bereits in ihrer zukünftigen Ausbildungsstätte gearbeitet haben, während es bei den weiblichen Jugendlichen 44,2% sind.

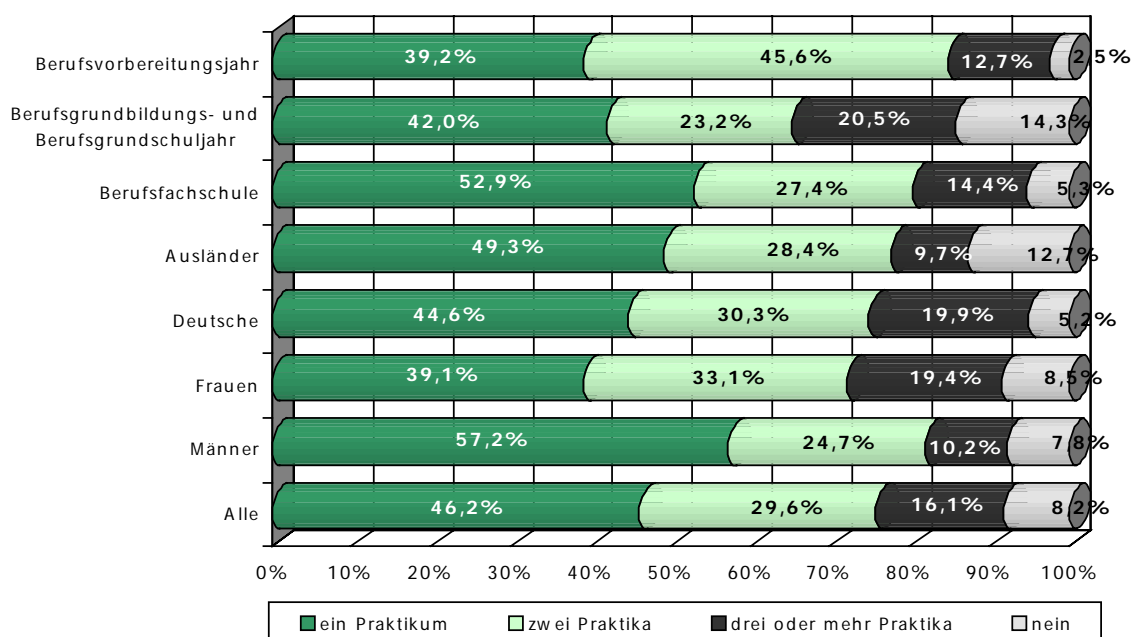
Fast die Hälfte aller ausländischen SchulabgängerInnen – 44,2% – haben auch bereits in dem Betrieb gearbeitet, in dem sie mutmaßlich eine Lehre beginnen werden. Bei den Deutschen sind es nur 29,3%.

Bei den Schulformen zeigt sich ein starker Zusammenhang für den Bereich der Hauptschulen. Während 43,3% der HauptschülerInnen wohl dort eine Ausbildung beginnen werden, wo sie bereits einmal gearbeitet haben, sind es unter den RealschülerInnen nur 22,9%.

Berufsbildende Schulen

Die AbgängerInnen berufsbildender Schulen haben im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt eine deutlich höhere Praktikazahl durchgeführt. Unter allen AbgängerInnen haben lediglich 46,2% nur ein Praktikum absolviert. Dagegen haben 29,6% zwei und 16,1% sogar drei oder mehr Praktika durchgeführt.

Frage 8 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen: „Haben Sie bereits ein Praktikum in einem Unternehmen oder bei einer Behörde durchgeführt?“



Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ergeben sich bei der Betrachtung des Geschlechts in der Frage der Praktika nun deutliche Unterschiede. Die weiblichen AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen absolvieren im Durchschnitt erheblich mehr Praktika als ihre männlichen Pendanten. 57,2% der Männer führen nur ein Praktikum durch, bei den Frauen sind es lediglich 39,1%.

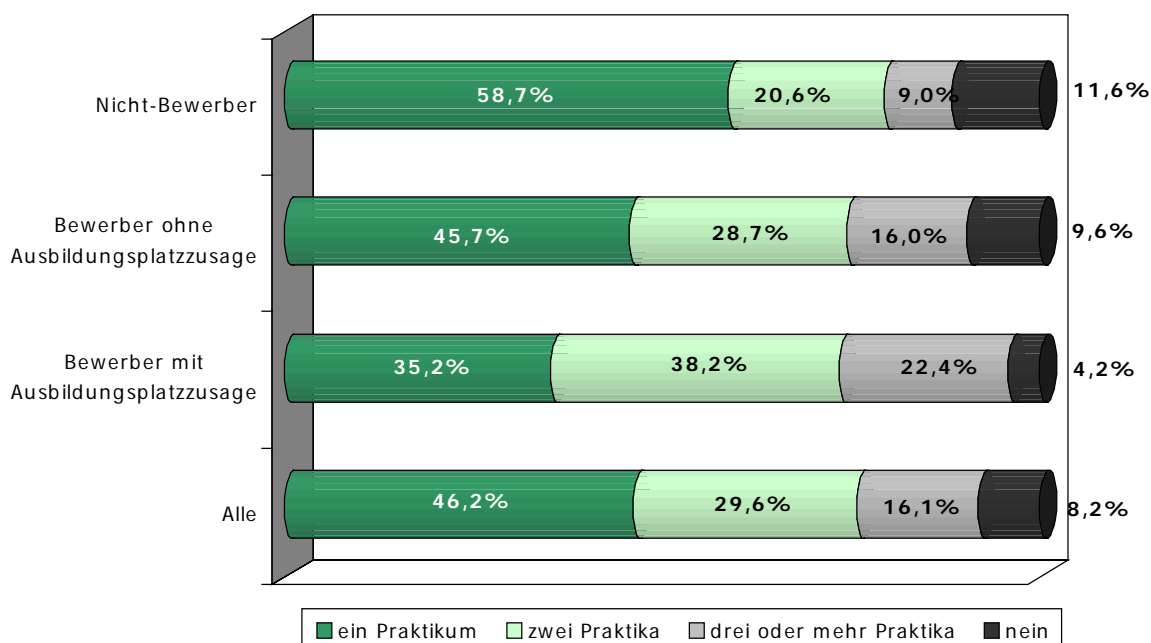
Der Differenzen zwischen den Staatsangehörigkeiten sind im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen sichtbar geringer geworden. Der Anteil der AbgängerInnen, die nur ein

Praktikum absolviert haben, beträgt bei den Ausländern 49,3% und bei den Deutschen 44,6%.

Bei der Differenzierung nach den Schulformen kann festgestellt werden, daß die Zahl der Jugendlichen mit zwei oder mehr Praktika unter den AbgängerInnen der BVJ-Klassen am höchsten ist. 58,3% haben zwei oder mehr Praktika absolviert, bei den AbgängerInnen des Berufsgrundbildungs- und des Berufsgrundschuljahres sind es 43,7% und bei den AbgängerInnen der Berufsfachschule beträgt dieser Anteil 41,8%.

Unterscheidet man zwischen BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage, BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage und Nicht-BewerberInnen, dann kann festgestellt werden, daß BewerberInnen mit einer Ausbildungsplatzzusage deutlich am häufigsten ein Praktikum in einem Betrieb oder in der Verwaltung gesucht haben. Mit 35,2% hat nur etwas mehr als ein Drittel nur ein Praktikum, andererseits haben jedoch 38,2% zwei und weitere 22,4% mindestens drei Praktika vorzuweisen.

**Frage 8 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen:
„Haben Sie bereits ein Praktikum in einem Unternehmen
oder bei einer Behörde durchgeführt?“**

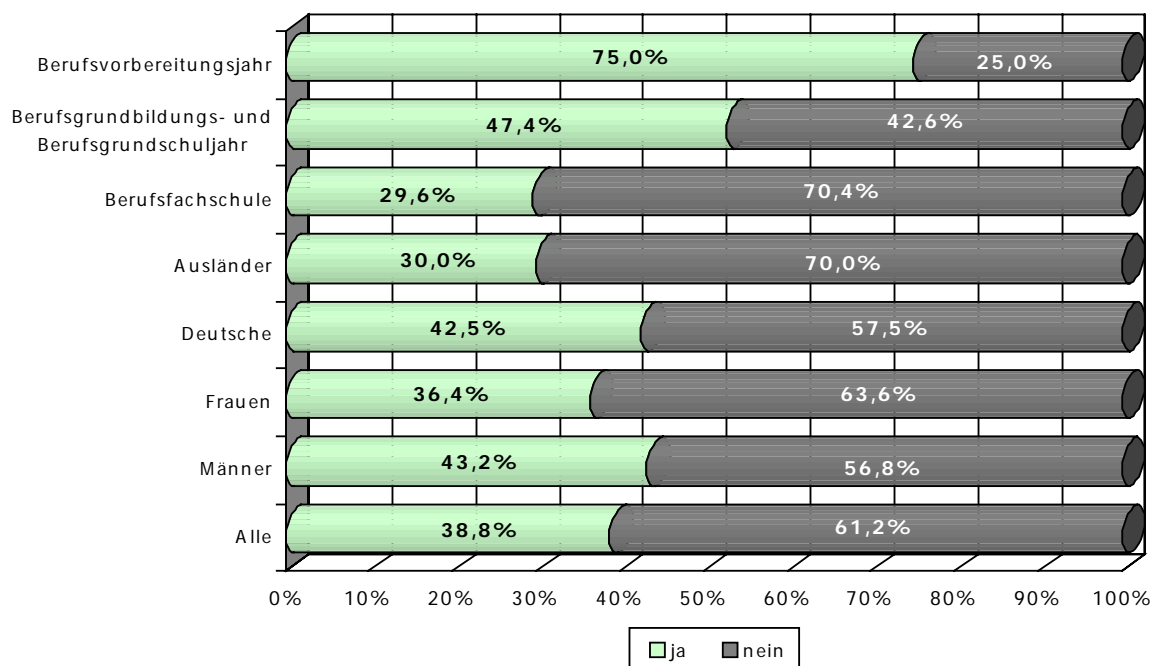


Der Anteil der BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage mit nur einem Praktikum beträgt dagegen 45,7%, der Anteil mit zwei Praktika 28,7% und mit drei oder mehr Praktika 16,0%.

Am geringsten ist die Bereitschaft zur Durchführung von Praktika abermals in der Gruppe der Nicht-BewerberInnen. 58,7% haben lediglich ein Praktikum absolviert, 20,6% zwei Praktika und 9,0% drei oder mehr Praktika.

Im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen ist bei den berufsbildenden Schulen eine etwas geringfügigere Bedeutung des Praktikums in seiner ausbildungsplatzentscheidenden Funktion festzustellen. 38,8% der AbgängerInnen mit einem Ausbildungsvertrag werden wohl in dem Betrieb eine Lehre aufnehmen, in dem sie bereits ein Praktikum durchgeführt haben.

Frage 23 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen mit Ausbildungsvertrag: „Haben Sie in Ihrer zukünftigen Ausbildungsstätte bereits ein Praktikum absolviert?“ („Ja“-Antworten in Prozent)



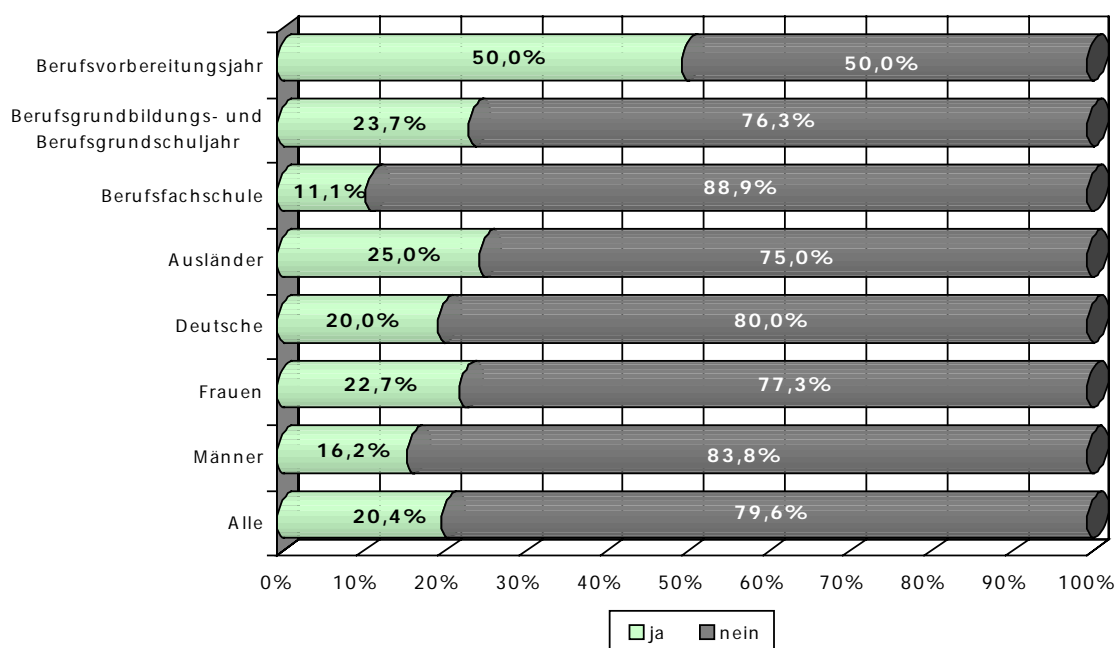
Für die männlichen Jugendlichen ist hier mit 43,2% noch eine stärkere Funktion festzustellen als bei den weiblichen Jugendlichen.

Gegenüber den allgemeinbildenden Schulen hat sich das Ergebnis bei einer Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit fast umgekehrt. In der berufsbildenden Schule werden 42,5% aller Deutschen in ihrem ehemaligen Praktikumsbetrieb eine Lehre beginnen, während es unter den Ausländern nur 30,0% sind.

Eine herausragende Funktion hat das Praktikum für die SchülerInnen des Berufsvorbereitungsjahres. 75,0% haben dort einen Ausbildungsvertrag unterschrieben, wo sie ein Praktikum gemacht haben. Für die AbgängerInnen des Berufsgrundbildungs- und des Berufsgrundschuljahres sind noch 47,4% und für die Berufsfachschule nur noch 29,6%.

Die Bedeutung einer vorangegangenen Arbeitstätigkeit für eine Ausbildung hat für die berufsbildenden Schulen ebenfalls noch einmal nachgelassen. Nur 20,4% haben bereits in dem Betrieb gearbeitet, in dem sie eine Lehre anfangen werden.

Frage 24 an alle Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag: „Haben Sie in Ihrer zukünftigen Ausbildungsstätte bereits gearbeitet, z.B. nach der Schule oder in den Schulferien?“ („Ja“-Antworten in Prozent)



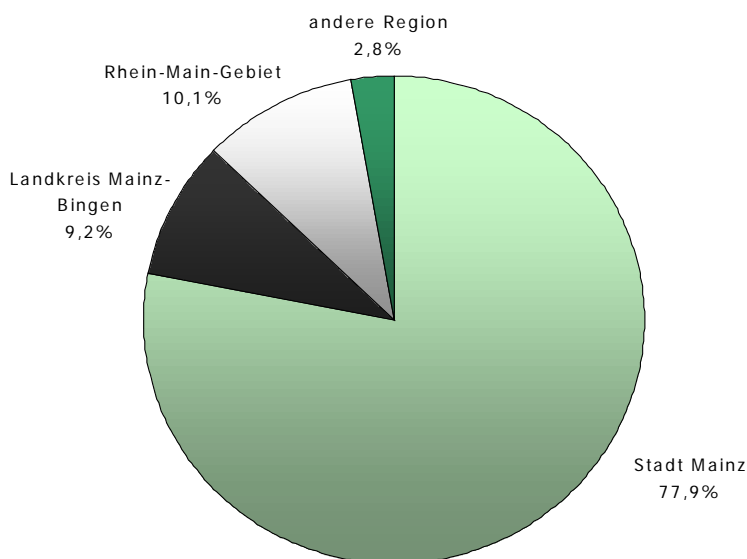
Erhebliche Abweichungen vom Durchschnitt ergeben sich nur bei den Schulformen. Während die Bedeutung der Arbeitstätigkeit mit 11,1% für die BerufsfachschülerInnen mit Ausbildungsvertrag am geringsten ist, haben 50,0% der AbgängerInnen mit Ausbildungsvertrag aus den BVJ-Klassen bereits in ihrem künftigen Ausbildungsbetrieb gearbeitet.

3.11. Ort der zukünftigen Ausbildungsstätte

Haupt- und Realschulen

Mit 77,9% wird der überwiegende Teil der Jugendlichen, die die Haupt- oder Realschule verlassen und bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, innerhalb der Stadt Mainz eine Lehre absolvieren. Im Landkreis Mainz-Bingen werden 9,2% eine Berufsausbildung beginnen, in das größere Umfeld des Rhein-Main-Gebiets werden 10,1% und in eine ganz andere Region 2,8% der Jugendlichen gehen.

**Frage 28 an alle AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen mit
Ausbildungsvertrag: „Wo liegt Ihre zukünftige Ausbildungsstätte?“**

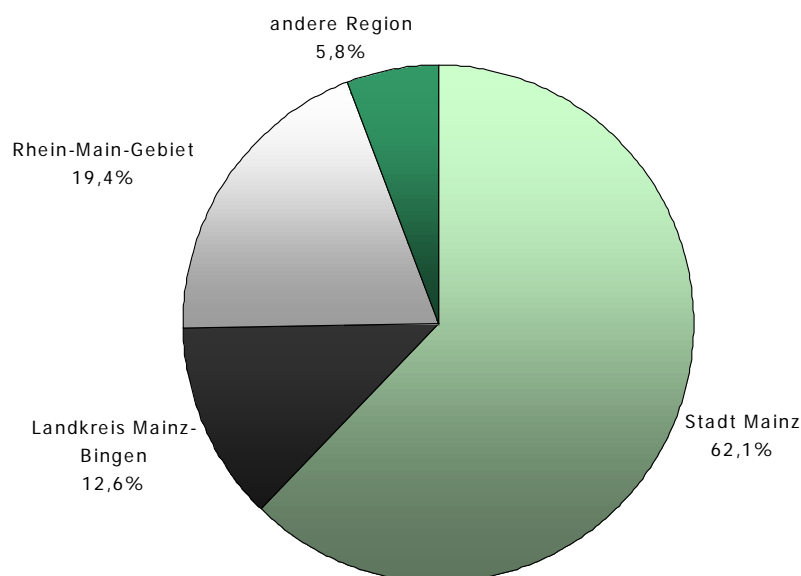


Berufsbildende Schulen

Im Vergleich zu den Jugendlichen der Haupt- und Realschulen zeigen die Jugendlichen der berufsbildenden Schulen, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, eine etwas größere örtliche Mobilität.

Innerhalb der Stadt Mainz werden 62,1% eine Ausbildung beginnen, im Landkreis Mainz-Bingen werden es 12,6% sein. In das Rhein-Main-Gebiet gehen 19,4% der Jugendlichen zur Aufnahme einer Berufsausbildung und in eine andere Region 5,8%.

**Frage 26 an alle AbgängerInnen berufsbildender Schulen mit
Ausbildungsvertrag: „Wo liegt Ihre zukünftige Ausbildungsstätte?“**



4. Schlußfolgerungen und Handlungsempfehlungen

4.1. Zusammenfassung: Situation auf dem Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz

Das in der Bundesrepublik Deutschland erkennbare Phänomen einer Abkopplung des wirtschaftlichen Wachstums von der Zahl der Arbeitsplätze – das „jobless growth“ – ist nach unserer Untersuchung für den überwiegenden Zeitraum der zu Ende gehenden Dekade auch in der Stadt Mainz erkennbar. Trotz eines deutlichen und kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwungs haben sich Arbeitsmarkt und Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz sehr wechselhaft entwickelt.

Nach einem Absinken von 1990 bis 1996 um rund 3.500 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mainz seit 1997 um etwa 1.300 angestiegen. Für diesen Zuwachs sind vor allem die Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten verantwortlich, während kleine Betriebe zwischen 1 und 10 Beschäftigten eher stabil geblieben sind oder Beschäftigte abgebaut haben. Die Ursache für diese Entwicklung liegt darin, daß die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe kontinuierlich um knapp ein Drittel gesunken ist und dieser Arbeitsplatzabbau erst ab 1997 durch einen stärkeren Zuwachs im Bereich Dienstleistungen und Staat umgekehrt, aber noch nicht vollständig kompensiert werden konnte. Die Arbeitslosigkeit hat von dieser Entwicklung nur eingeschränkt profitieren können. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 3.620 im Jahr 1990 auf 7.140 im Jahr 1997 angewachsen und erst in jüngster Vergangenheit um etwa 400 gesunken.

Der Ausbildungsmarkt in der Stadt Mainz hat eine ähnliche Entwicklung wie der Arbeitsmarkt durchlaufen. Von 1990 bis 1995 ist in der Stadt Mainz ein Rückgang der Ausbildungsplätze um 15,4% festzustellen, der mit einem Anstieg um 5,6% bis 1998 noch nicht ausgeglichen werden konnte. Sowohl der Rückgang als auch die anschließende Wiederbelebung ist vor allem auf den Bereich Industrie und Handel zurückzuführen. In den vergangenen drei Jahren haben 20,6% der Betriebe ihre Ausbildungsplatzzahl erhöhen können und 6,3% haben erstmals Ausbildungsplätze besetzt. 54,0% verzeichneten eine konstante Entwicklung, während 11,5% ein sinkendes Angebot hatten und 7,6% ihre Ausbildung ganz eingestellt haben. Es hat sich allerdings gezeigt, daß kleinen Betrieben mit 1 bis 5 Beschäftigten, die fast die Hälfte aller Betriebe in der Betriebsumfrage gestellt haben, eine deutlich schlechtere Entwicklung aufwies.

Die gegenwärtige Situation der SchulabgängerInnen zeigt sich gegenüber den Vorjahren etwas entspannter. Im Gegensatz zu den vorangegangenen drei Jahren hat die Zahl der beim Arbeitsamt Mainz gemeldeten offenen Stellen am 30. September 1999 erstmals wieder die Zahl der noch unvermittelten BewerberInnen übertroffen.

Für diese positive Situation ist allerdings nicht allein das gestiegene Ausbildungsstellenangebot der Unternehmen verantwortlich. Einerseits gibt es eine gestiegene Zahl überbetrieblicher Ausbildungsstellen durch das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit „JUMP“. Andererseits ist die Zahl der Jugendlichen, die sich überhaupt als BewerberInnen beim Arbeitsamt Mainz gemeldet haben, um 7,3% gesunken. Darüber hinaus ist die Zahl der

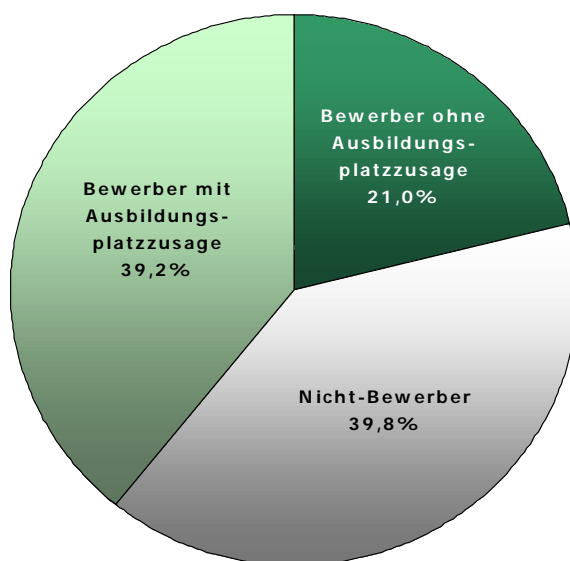
Jugendlichen, die in diesem Jahr in eine Ausbildung eingemündet sind, absolut und prozentual gesunken: Während im Jahr 1998 noch 1.276 Jugendliche oder 42% aller BewerberInnen in Ausbildung gingen, sind es 1999 nur noch 1.098 Jugendliche oder 38%. Dabei war nur ein geringer Unterschied zwischen männlichen und weiblichen BewerberInnen erkennbar. Deutschen BewerberInnen mündeten jedoch deutlich häufiger in eine Ausbildung ein als ausländische.

Die oben genannten Ergebnisse bedeuten aber weder, daß die Jugendlichen, die nicht in Ausbildung gegangen sind, grundsätzlich keine Lehrstelle haben wollten, noch, daß sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Zum einen wollen nach einer gemeinsamen Untersuchung des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BiBB) und des Bundesanstalt für Arbeit rund 80% der Jugendlichen, die zwar als Bewerber beim Arbeitsamt gemeldet waren, aber nicht in Ausbildung eingemündet sind, grundsätzlich weiterhin eine Ausbildung absolvieren.

Zum anderen zeigt die Schulumfrage in Mainz, daß kurz vor ihrer Schulentlassung 44,3% der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen sowie 51,3% der AbgängerInnen der berufsbildenden Schulen überhaupt eine Lehre beginnen wollten. Dagegen wollten 48,6% bzw. 29,9% eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen. Dabei waren die Anteile der weiblichen Hauptschulabsolventinnen besonders hoch. Daß die Jugendlichen eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen wollten, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, spielte nur bei 18,3% der Befragten eine Rolle. 60,0% wollten einen höheren Schulabschluß erwerben und 21,7% eine besseren Ausbildungsvorbereitung. Hinter dem Wunsch nach einer höheren Schulausbildung dürfte ebenso wie hinter dem Wunsch nach einer besseren Ausbildungsvorbereitung die Überzeugung stehen, daß ein höherer Schulabschluß die Chancen auf einen Ausbildungsplatz in einem der Wunschberufe deutlich erhöhen wird.

Bewerbungssituation der AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen in Mainz zum Zeitpunkt der Schulentlassung (Mitte Juni 1999)



Die Perspektive einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule war auch der Hauptgrund dafür, daß sich 39,8% der AbgängerInnen von den Haupt- und Realschulen erst gar nicht um einen Ausbildungsplatz beworben haben. Unter den Nicht-BewerberInnen möchten nämlich 89,2% eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen.

Von den AbgängerInnen der Haupt- und Realschulen, die sich beworben haben, hatten 65,0% zum Zeitpunkt ihrer Schulentlassung eine Ausbildungsplatzzusage. Während die weiblichen Bewerberinnen mit einem Anteil von 63,8% Ausbildungsplatzzusagen nur geringfügig schlechter abschnitten als ihre männlichen Konkurrenten mit 65,6%, waren die deutschen BewerberInnen mit 69,3% deutlich erfolgreicher als die AusländerInnen mit 53,1%. Mit einem Anteil von 72,9% waren die RealschulabsolventInnen die sich beworben haben, ebenfalls besser versorgt als die HauptschulbewerberInnen mit 59,9%.

Unter den BewerberInnen der berufsbildenden Schulen hatten zum Zeitpunkt ihrer Schulentlassung 62,5% eine Ausbildungsplatzzusage. Die weiblichen Bewerberinnen waren mit einem Anteil der Ausbildungsplatzzusage von 64,5% etwas erfolgreicher als ihre männlichen Schulkameraden mit 59,6%. 64,9% der deutschen BewerberInnen hatten bei ihrer Ausbildungsplatzsuche bereits Erfolg, während es bei den ausländischen Jugendlichen nur 56,4% waren.

Langfristig kann zur Situation auf dem Mainzer Ausbildungsmarkt festgestellt werden, daß die demographische Entwicklung – ablesbar an der Prognose für die Entlassungen aus den allgemeinbildenden Schulen – zumindest mittelfristig keine Beruhigung für den Mainzer Ausbildungsmarkt erwarten läßt. Bis zum Jahr 2007 ist ein stetiger Anstieg der SchulabgängerInnen zu erkennen, so daß mit einer weiter wachsenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gerechnet werden muß. Die einzige erfreuliche Entwicklung besteht dabei im geschätzten Rückgang der Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluß oder gar keinem Schulabschluß und dem komplementär damit verbundenen Ansteigen der Jugendlichen mit einem höheren Schulabschluß.

Andererseits nährt diese Entwicklung aber die Sorge, daß die Jugendlichen mit niedrigen Schulabschlüssen einem noch stärkeren Konkurrenzdruck bei der Ausbildungsplatzsuche ausgesetzt sein und zunehmend in niedrigqualifizierte Berufszweige oder ganz vom Ausbildungsmarkt verdrängt werden. Dies ist vor allem dann zu befürchten, wenn keine zusätzlichen Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren geschaffen werden und das Potential der offenen Lehrstellen das der BewerberInnen nicht deutlich übersteigt.

4.2. Besondere Zielgruppen der Ausbildungsmarktförderung

Kleine Betriebe

Durch die Betriebsumfrage hat sich gezeigt, daß die Situation kleiner Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl zwischen 1 und 10 in der Entwicklung ihrer Beschäftigten- und Auszubildendenzahl nicht unproblematisch ist. Im Gegensatz zum gegenwärtigen Trend ist die Zahl der Beschäftigten in den kleinen Betrieben eher rückläufig. Dies gilt auch für die Entwicklung des Ausbildungsangebotes in den vergangenen drei Jahren und für das Ausbildungsplatzangebot zum Jahr 1999/2000.

Unter den kleinen Betrieben mit 1 bis 5 Beschäftigten beträgt der Anteil der auszubildenden an den ausbildungsberechtigten Betrieben nur 75,0%. Bei den Betrieben mit 6 bis 10 Beschäftigten liegt dieser Anteil dagegen bei 86,5% und bei allen anderen Betrieben über 10 Beschäftigten bei über 90%. Zwar dürfen bei den kleinen Betrieben die sogenannten „Ein-Mann-Betriebe“, die möglicherweise über keine Ausbildungskapazitäten verfügen oder nur im Nebenerwerb wirtschaften, nicht vernachlässigt werden, nichtsdestotrotz könnten kleinere ausbildungsberechtigte Betriebe noch ein Potential zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebots darstellen, ohne daß etwa formale Gründe dagegen sprächen.

Nicht ausbildungsberechtigte Betriebe

Nach der Betriebsumfrage erwiesen sich 20,0% aller antwortenden Betriebe als nicht ausbildungsberechtigt. Weitere 3,6% wußten nicht einmal, ob sie überhaupt ausbildungsberechtigt sind. Insbesondere unter den jüngeren Betrieben, die erst ab 1990 gegründet worden sind, hatten nur rund zwei Drittel der Betriebe eine Ausbildungsberechtigung.

In dieser Gruppe der nicht ausbildungsberechtigten Betriebe steckt durchaus ein Potential zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebots: 26,5% der nicht ausbildungsberechtigten Betriebe würden in Zukunft gern Ausbildungsplätze anbieten.

Ein zusätzliches Potential im Bereich der nicht ausbildungsberechtigten Betriebe stellen die ausländischen Unternehmen dar. Die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Betriebe ist im Vergleich zu den deutschen Betrieben noch unterentwickelt. Dies läßt sich zwar in den Ergebnissen der Betriebsumfrage, aber unter anderem anhand einer Studie erkennen, die das ISM im Auftrag des Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz vor kurzem durchgeführt hat. Die Ursachen für die geringere Ausbildungsbeteiligung liegen einerseits an der nicht vorhandenen Ausbildungsberechtigung, andererseits aber auch an dem nicht vorhandenen Wissen über die bestehende Ausbildungsberechtigung und die Möglichkeiten zum Erwerb der Ausbildungsberechtigung.

SchulabgängerInnen mit niedrigen Schulabschlüssen

Nach der Betriebsumfrage betrug der Anteil der Mainzer Betriebe, die ausdrücklich einen Bewerber mit einem Hauptschulabschluß wünschen, bei 16,1%. Damit lag dieser Anteil deutlich unter dem Anteil von 28,5%, den die HauptschulabsolventInnen unter allen BewerberInnen im Mainzer Arbeitsamtsbezirk im September 1998 aufwiesen.

Die Benachteiligung von HauptschulabsolventInnen zeigt sich auch bei einer Betrachtung ihres Erfolgs auf dem Ausbildungsmarkt in der Schulumfrage. Zum Zeitpunkt ihrer Schulentlassung hatten nur 40,5% der BewerberInnen mit Hauptschulabschluß mindestens eine Ausbildungsplatzzusage, während es unter den BewerberInnen mit mittlerer Reife 72,9% waren. Zwar scheint es zwischen dem Zeitpunkt der Schulentlassung und dem Beginn des Ausbildungsjahres noch einer größeren Anzahl der HauptschulabgängerInnen gelungen zu sein, einen Ausbildungsplatz zu finden, dennoch war ihr Anteil unter den noch nicht vermittelten BewerberInnen mit 35,2% am 30. September 1999 überproportional groß.

Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen stehen auch nur vor einer deutlich begrenzten Auswahl an Berufsbereichen. Eine starke Präferenz für HauptschulabsolventInnen herrscht beispielsweise nur im Bereich des Handwerks.

Weibliche Schulabgängerinnen

Grundsätzlich stellt sich die Bewerbungssituation von weiblichen Abgängerinnen im Vergleich zu ihren männlichen Schulkameraden nicht wesentlich schlechter dar. So weisen die weiblichen Bewerberinnen in der Arbeitsamtsstatistik nach Erledigung des Beratungsfalls ganz ähnliche Einmündungen auf wie die männlichen Bewerber. Auch zum Zeitpunkt ihrer Schulentlassung aus den Haupt- und Realschulen haben die weiblichen Bewerberinnen einen fast ebenso hohen Anteil der Ausbildungsplatzzusagen wie die männlichen Bewerber. Im Bereich der berufsbildenden Schulen liegt der Anteil der Ausbildungsplatzzusagen unter den weiblichen Bewerberinnen sogar höher als bei den männlichen Bewerbern.

Unterschiede ergeben sich allerdings bei der Frage, ob sie sich überhaupt beworben haben. Unter den weiblichen Abgängerinnen der Haupt- und Realschulen haben sich nur 53,0% im Vergleich zu 67,3% bei den männlichen Abgängern beworben. Wenn sich Frauen allerdings bewerben, dann deutlich häufiger: Ihre Bewerbungszahl liegt durchschnittlich bei 17,4, während sie bei den Männern nur 11,8 beträgt. Unter den AbgängerInnen berufsbildender Schulen bewerben sie sich mit einem Anteil von 64,3% häufiger als Männer mit 59,3%. Ihre durchschnittliche Bewerbungszahl liegt mit 20,8 nur geringfügig über den 18,1 bei den Männern.

Besonders hingewiesen werden muß auf die weiblichen AbgängerInnen aus den Hauptschulen. Bei den deutschen Abgängerinnen und noch verstärkt bei den ausländischen Abgängerinnen ist der Anteil besonders hoch, der eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen möchte und sich erst gar nicht beworben hat.

Die Berufsbereiche stellen ebenfalls ein Problem dar. Nach der Betriebsumfrage dürften weibliche Ausbildungsplatzbewerberinnen auch in Mainz gelegentlich vor Schwierigkeiten stehen, in handwerkliche oder technische Berufsfelder einzusteigen. Ausdrücklich erwünscht sind Mädchen und junge Frauen dagegen in den Dienstleistungsberufen. Im letztgenannten Bereich liegt allerdings nach der Schulumfrage auch ein Großteil der Berufswünsche der weiblichen Abgängerinnen.

SchulabgängerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Eine besondere Problemgruppe des Ausbildungsmarktes stellen die AbsolventInnen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) dar. In der Regel sind dies Jugendliche, die auf der allgemeinbildenden Schule bereits den Hauptschulabschluß nicht erworben haben und dies im BVJ nachgeholt haben. Unter den BVJ-AbsolventInnen möchten nur 31,6% nach dem BVJ eine Ausbildung beginnen. Zwar haben sich 46,2% der BVJ-AbsolventInnen bei mindestens einem Betrieb beworben, sie haben aber deutlich später als ihre SchulkameradInnen anderer berufsbildender Schulformen mit der Ausbildungsplatzsuche begonnen. Ihre Bewerbungszahl liegt dabei jedoch nur knapp unter der durchschnittlichen Bewerbungszahl der berufsbildenden Schulen. Mit einem Anteil von 37,7% hat ein wesentlich geringerer Anteil der BewerberInnen aus dem BVJ mindestens eine Ausbildungsplatzzusage als der Durchschnitt der be-

rufsbildenden Schulen mit 63,5%. Auch der Anteil der Jugendlichen mit einem Ausbildungsvertrag ist mit 16,2% deutlich unter dem Durchschnitt von 38,6%.

Die BVJ-AbsolventInnen haben nur geringe Chancen, ohne vorausgegangene Praktika oder Arbeitstätigkeiten einen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen zu erlangen: Nach der Schulumfrage werden 75,0% in dem Betrieb eine Lehre beginnen, in dem sie bereits ein Praktikum absolviert haben. 50,0% haben in ihrem zukünftigen Ausbildungsbetrieb bereits gearbeitet.

SozialhilfeempfängerInnen im Alter unter 25 Jahren

Die Potentialanalyse hat gezeigt, daß bei einer Analyse der Ausbildungsmarktsituation nicht nur die AbgängerInnen von den allgemeinbildenden und von den berufsbildenden Schulen betrachtet werden sollten. Die jugendlichen SozialhilfeempfängerInnen dürfen ebenfalls nicht vernachlässigt werden. Von den rund 650 SozialhilfeempfängerInnen unter 25 Jahren haben 200 Jugendliche oder junge Erwachsene bzw. 29% keine abgeschlossene Berufsausbildung, eignen sich aber prinzipiell für eine Ausbildung. Unter den SozialhilfeempfängerInnen stellt auch die Gruppe der jungen Mütter eine besondere Zielgruppe dar, da aufgrund der frühen Mutterschaft viele noch keine Berufsausbildung absolvieren konnten.

Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluß

Betrachtet man die Gruppe der Arbeitslosen im Alter unter 20 Jahren, dann kann festgestellt werden, daß vor allem Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von Arbeitslosigkeit betroffen sind: 76% dieser Gruppe hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch unter Jugendlichen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren sind 55% ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. In Mainz stagnierte die Arbeitslosenzahl dieser Gruppe auf einem hohen Niveau. Auch durch das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit „JUMP“ konnte bislang im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluß keine entscheidende Problemlinderung erreicht werden.

Ausländische SchülerInnen

Ausländische SchülerInnen haben unabhängig von ihrer schulischen Qualifikation erheblich größere Probleme, in eine Ausbildung einzumünden als ihre deutschen SchulkameradInnen. Dies wird sowohl durch die Statistik des Arbeitsamtes, wonach 30,0% der ausländischen BewerberInnen in eine Ausbildung gegenüber 40,4% der deutschen BewerberInnen eingemündet waren, als auch durch die Schulumfrage belegt, nach der nur 53,1% der ausländischen BewerberInnen gegenüber 69,3% der deutschen BewerberInnen kurz vor ihrer Schulentlassung eine Ausbildungsplatzzusage hatten. Bei einer näheren Betrachtung der noch nicht vermittelten Bewerber zeigt sich, daß insbesondere ausländische Jungen mit Hauptschulabschluß Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche haben.

4.3. Handlungsfelder der Ausbildungsmarktförderung

Öffentliche Aktivitäten in der Ausbildungsmarktförderung

Zusätzlich zu den Angeboten der Arbeitsverwaltung können auch die Länder und Kommunen wichtige Beiträge zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Jugendlichen leisten. Ebenso wie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik¹ sollten gerade die Städte und Gemeinden im Bereich der Ausbildungsmarktpolitik Maßnahmen- und Projektplanungen durchführen, die aufgrund ihrer unmittelbaren Problemnähe und ihrer direkten Betroffenheit eine hohe Effizienz erzielen können. Dies betrifft die Planungen sowohl im Bereich der kommunalen Arbeitsmarktförderung als auch in der Jugendberufshilfe. Neben institutionellen und projektbezogenen Förderungen, die die Angebote der Arbeitsverwaltung ergänzen, ist vor allem eine Koordination der bestehenden lokalen Angebote wünschenswert.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit spielt eine wichtige Rolle bei der Optimierung der Ausbildungsmarktsituation. Dies hat die hohe Beteiligung der Mainzer Unternehmen an der Betriebsumfrage, aber auch die positive Reaktion auf den Bericht „Optimierung der Ausbildung in Mainz – Initiativen und Projekte“ und die Nachfrage nach dem Faltblatt „Jeder zusätzliche Ausbildungsplatz ist wichtig“, das von der Koordinierungsstelle „Pro Ausbildung“, der SPAZ GmbH sowie der Stadt Mainz herausgegeben worden ist, gezeigt.

Der Mainzer Betriebsumfrage zufolge wird die Arbeit der ausbildungsmarktpolitischen Akteuren von den Betrieben jedoch zum einen teilweise kritisch beurteilt und zum anderen kaum wahrgenommen. Eine wichtige Ursache dafür dürfte in einer noch nicht ausreichenden Transparenz der Arbeit der Akteure liegen. Diesem Defizit sollte durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit begegnet werden. Dies betrifft nicht nur die Darstellung der eigenen Arbeit, sondern auch die gezielte Ansprache und Information der Akteure auf dem Ausbildungsmarkt. Neben Pressemitteilungen und -konferenzen sind Broschüren, Faltblätter oder Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Themen oder Diskussionsrunden wichtige und notwendige Felder der Öffentlichkeitsarbeit.

Fördermittel

47,0% der befragten ausbildungsberechtigten Betriebe können sich vorstellen, mit Hilfe öffentlicher Fördermittel zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten. In dieser Frage gibt es nur ein geringes unterschiedliches Antwortverhalten nach Wirtschaftsbereichen und nach Betriebsgrößen. Die insgesamt hohe Bereitschaft der Betriebe zeigt, daß Fördermittel durchaus ein Instrument zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes sein können und eine Verbesserung der Information über Fördermöglichkeiten erfolgen sollte.

Andererseits weist das Ergebnis, daß viele Betriebe für Fördermittel offen sind, die nicht unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden oder die ohnehin ihr Ausbildungsplatzangebot ausweiten wollen, auch auf die große Gefahr von Mitnahmeeffekten hin. Eine Vergabe von Fördermitteln sollte also an relativ strikte Bedingungen geknüpft werden.

¹ Vgl. dazu Freidinger / Schulze-Böing 1995.

Nicht nur zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen, sondern auch zur Ausweitung der Praktikplätze können Fördermittel ein geeignetes Instrument darstellen. Fast jeder vierte ausbildungsberechtigte Betrieb, der gegenwärtig keine Praktikplätze anbietet, würde bei einer Aufwandsentschädigung Praktika für Jugendliche durchführen. Dies ist deshalb bedeutsam, weil über positive Erfahrungen mit Praktika neue Ausbildungsstellen geschaffen werden können.

Ausbildung statt Sozialhilfe

Im Projekt „Ausbildung statt Sozialhilfe“ werden vorrangig jugendliche SozialhilfeempfängerInnen individuell über ihre Möglichkeiten zur Integration in das Berufsleben informiert. Dieses Projekt dient auch dazu, benachteiligte Jugendliche in Kooperation mit Arbeitsamt, Sozial- und Jugendamt in berufsvorbereitende Maßnahmen oder in Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln und zu begleiten. Eine Optimierung der Arbeit des Projekts „Ausbildung statt Sozialhilfe“ könnte durch den Aufbau eines eigenen Stellenpools für Ausbildungs- wie für Praktikumsplätze in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und den Kammern erfolgen. Ein weiteres Ziel sollte in diesem Zusammenhang sein, eine engere Zusammenarbeit mit den Lotsen- und Patenprogrammen der Kammern zu realisieren.

Schulsozialarbeit und Begleitung der Jugendlichen in das Erwerbsleben

Zwar hat die Schulsozialarbeit im engeren Sinne nicht die Integration von Jugendlichen in das Erwerbsleben zur Aufgabe, sie nimmt aber präventive Aufgaben zur Verhinderung des Abgleitens von Jugendlichen an den Rand der Gesellschaft wahr. Die Ursachen von Leistungsdefiziten in der Schule und – damit einhergehend – von Problemen in der beruflichen Orientierung liegen häufig im persönlichen Umfeld der SchülerInnen, im Elternhaus oder im Bekanntenkreis. Eine bedarfsorientierte Ausweitung der Schulsozialarbeit leistet daher einen wertvollen Beitrag zur individuellen Stabilisierung der SchülerInnen.

Darüber hinaus ist jedoch an den allgemeinbildenden Schulen – vor allem an den Hauptschulen – und an den Berufsschulen – hier besonders für SchülerInnen der BVJ-Klassen – die Einstellung von BeraterInnen, die die Jugendlichen bei der Berufsorientierung, der Berufswahl, der Bewerbung, der Praktika sowie bei den ersten Schritten im Erwerbsleben begleiten und die Arbeitslehre-LehrerInnen unterstützen, sinnvoll. Hier geht die Stadt Mainz mit den „Jobfüxen“, die an verschiedenen Hauptschulen eingerichtet werden, einen wichtigen Schritt.

Berufliche Orientierung und Vorbereitung in den Schulen

Wird berücksichtigt, daß Jugendliche mit einem niedrigen oder mit einem schlechten Schulabschluß weitaus geringere Chancen haben, einen Berufsabschluß zu erwerben und sich deshalb auch die Gefahr erhöht, im späteren Berufsleben arbeitslos zu werden, dann kann die Bedeutung der Schule in der beruflichen Orientierung und Vorbereitung von Jugendlichen kaum überschätzt werden. Die Verbesserung der Ausbildungsreife in den allgemeinbildenden Schulen stellt damit eine Schlüsselaufgabe für die Verbesserung der Ausbildungsplatzchancen insbesondere von benachteiligten Jugendlichen dar. Die überwiegend kritischen Ergebnisse der Betriebsumfrage zur Eignung der Jugendlichen nach unterschiedlichen Schulformen weisen auf einen hohen Optimierungsbedarf im Bereich der Schulen hin. Auch der Bericht

„Optimierung der Ausbildung – Initiativen und Projekte“ hat gezeigt, daß es bereits ein umfassendes Angebot zur beruflichen Orientierung und Vorbereitung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen gibt, dieses Angebot allerdings noch in einem sehr unterschiedlichen Ausmaß von den Schulen genutzt wird.

Einen ersten Optimierungsbedarf weist die berufliche Orientierung insbesondere für die weiblichen Schulabgängerinnen auf. Die Ausbildungsplatzwünsche konzentrieren sich der Schulumfrage zufolge stark auf die Waren- und Dienstleistungsberufe sowie Berufe im Bereich Organisation, Verwaltung und Büro: 72,1% der Abgängerinnen aus den Haupt- und Realschulen wünschen sich eine Ausbildung in diesen Berufsbereichen. Dieser Fixierung eines Großteils der Schülerinnen auf ein bestimmtes Berufsspektrum steht allerdings auch ein großer Bedarf auf betrieblicher Seite nach Frauen in den Dienstleistungsberufen gegenüber. Nichtsdestotrotz sollte aus gesellschaftspolitischen Gründen gerade im schulischen Bereich ein Beitrag dazu geleistet werden, das berufsfeldbezogene Interesse von Mädchen und jungen Frauen zu verbreitern. Dies könnte für die betriebliche Seite durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit erfolgen, da in manchen Berufsbereichen z.B. im Bereich des Handwerks noch immer zum überwiegenden Teil männliche Jugendliche als Lehrlinge bevorzugt werden.

Einen zweiten Punkt stellt die Motivation zur Bewerbung dar. Unter den weiblichen Schulabgängerinnen aus den Hauptschulen hat sich die überwiegende Mehrheit erst gar nicht um einen Ausbildungsplatz bemüht und will eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen. Die Ursache für dieses Verhalten liegt nach unserer Auffassung darin, daß sich die weiblichen Schülerinnen in einem noch stärkeren Ausmaß als ihre männlichen Schulkameraden von dem Besuch einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule eine Verbesserung der Ausbildungsplatzchancen für einen Wunschberuf versprechen. Nach unserer Auffassung unterschätzt jedoch zumindest ein Teil dieser Jugendlichen seine tatsächlichen Chancen bei der Lehrstellensuche. Sicherlich könnten manche dieser Schülerinnen einen Ausbildungsplatz in einem Wunschberuf bekommen, sofern sie sich nur bei den Unternehmen bewerben würden.

Ein dritter Optimierungsbedarf muß im Beginn der Ausbildungsplatzsuche gesehen werden. Es ist wenig überraschend, daß die Chance auf einen Ausbildungsplatz durch eine frühe Lehrstellensuche erheblich zunehmen. Zielgruppen, die zu einer früheren Ausbildungsplatzbewerbung motiviert werden müssen, sind vor allem ausländische Jugendliche, HauptschülerInnen und AbsolventInnen des Berufsvorbereitungsjahres.

Praktikum

Wie in der Betriebsumfrage und der Schulumfrage bereits gezeigt, hat ein Praktikum eine sehr bedeutende Funktionen für die Betriebe und die SchulabgängerInnen. Praktika erleichtern es den Betrieben, qualifizierte Bewerberinnen oder Bewerber für einen Ausbildungsplatz zu finden. Ein potentieller Ausbildungsplatzkandidat kann im Unternehmen getestet und auf seine grundsätzliche Eignung für des Ausbildungsberuf sowie seine Anpassung an das Betriebsklima überprüft werden. Mit dieser Testfunktion kann durch ein Praktikum der geeignete Auszubildende gefunden und damit auch das zudem das Risiko eines Ausbildungsabbruchs verringert werden.

Diese Funktionen des Praktikums sind auch einem nicht geringen Anteil der Mainzer Unternehmen in der Betriebsumfrage bewußt: 27,1% der ausbildungsberechtigten Betriebe bevorzugen grundsätzlich Jugendliche als Auszubildende, die zuvor im eigenen Betrieb ein Praktikum absolviert haben. 40,3% bevorzugen manchmal ehemalige Praktikanten und nur für 28,3% ist ein Praktikum im eigenen Betrieb nicht relevant.

Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz werden durch Praktika erheblich erhöht. Formale Defizite der SchulabgängerInnen, etwa ein schlechteres Schulzeugnis als ein Konkurrent um den Ausbildungsplatz, können eventuell durch ein erfolgreiches Praktikum ausgeglichen werden. Auch die Schulumfrage verdeutlicht die Relevanz des Praktikums für die SchülerInnen. Unter den AbgängerInnen der allgemeinbildenden Schulen, die kurz vor ihrer Schulentlassung bereits einen Ausbildungsvertrag hatten, haben 49,5% bereits ein Praktikum in ihrer zukünftigen Ausbildungsstätte absolviert. Fast die Hälfte aller zu einem neuen Ausbildungsjahr angebotenen Lehrstellen für den Bereich der Haupt- und Realschulen stehen damit nicht mehr der Nachfrage zur Verfügung, sondern werden bereits im Vorfeld durch eine Vorentscheidung für ehemalige PraktikantInnen vergeben.

Gerade für die ausländischen Jugendlichen scheint ein Praktikum der Königsweg zur Ausbildung zu sein, denn 63,6% von ihnen haben ein Praktikum in ihrem zukünftigen Ausbildungsbetrieb absolviert. Unter den ausländischen HauptschulabsolventInnen haben sogar 72,2% über ein Praktikum einen Kontakt zu ihrem zukünftigen Ausbildungsbetrieb geknüpft. Unter allen HauptschülerInnen beträgt dieser Wert 60,0%.

Im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen ist bei den berufsbildenden Schulen eine etwas geringfügigere Bedeutung des Praktikums in seiner ausbildungsplatzentscheidenden Funktion festzustellen. Im Bereich der berufsbildenden Schulen haben zwar nur 38,8% der AbgängerInnen mit einem Ausbildungsvertrag in dem Betrieb ein Praktikum durchgeführt, in dem sie eine Lehre beginnen werden, für die AbsolventInnen des Berufsvorbereitungsjahres hat das Praktikum beträgt dieser Wert allerdings 75,0%.

Grundsätzlich kann auch festgestellt werden, daß mit einer steigenden Praktikazahl die Erfolgchancen auf dem Ausbildungsmarkt deutlich steigen. Insbesondere ausländische Jugendliche können ihre Aktivitäten im Bereich der Praktika noch deutlich erhöhen. Grundsätzlich sollten in den allgemeinbildenden Schulen mindestens zwei Praktika in unterschiedlichen Berufsbereichen absolviert werden.

Praktika müssen sorgfältig vor- und nachbereitet sowie begleitet werden, um dessen Funktionen ausschöpfen zu können. Eine vor Praktikumsbeginn bestimmte Aufgabenstellung, z.B. die Frage, ob das gewünschte Berufsfeld nach einem Praktikum noch immer im Interesse eines Schulabgängers entspricht, sollten im Anschluß sorgfältig überprüft werden. Nach einem Praktikum, das etwa aufgrund von Problemen mit Praktikumsbetreuungen im Unternehmen oder nicht erfüllten Erwartungen über einen Beruf vermeintlich „gescheitert“ ist, sollte unbedingt mindestens ein zweites Praktikum absolviert werden.

Nach wie vor stellt das Bereithalten von Praktikaplätzen für die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen ein Problem dar. Insbesondere schwache SchülerInnen stehen häufig vor der Schwierigkeit, einen Praktikumsplatz in einem ihrer bevorzugten Berufsbereiche

zu finden. Auf Anregung des im Rahmen des Modellprojekts angeregten Arbeitstreffens bei der SPAZ gGmbH prüft das Mainzer Arbeitsamt deshalb die Möglichkeiten zur Einrichtung eines Praktikumsstellenpools.

Kontakte Schulen-Betriebe

Die Betriebsumfrage hat gezeigt, daß nur 9,2% der Betriebe regelmäßige und 45,5% gelegentliche Beziehungen zu den allgemeinbildenden Schulen in Ausbildungsfragen haben. Dies waren vor allem Betriebe, die sich sehr stark im Angebot von Praktika engagieren. Keine Beziehungen zu allgemeinbildenden Schulen haben dagegen 45,3% der Ausbildungsbetriebe. Von den Ausbildungsbetrieben, die keine Beziehungen zu allgemeinbildenden Schulen unterhalten, bieten zwei Drittel auch niemals Praktika an. Dieses Ergebnis weist darauf hin, daß Anstrengungen verstärkt werden sollten, die Betriebe in den Kontakt mit den Schulen zu bringen. In diesem Zusammenhang sind bereits von einer Arbeitsgruppe am 20. Oktober 1999 in der Stadt Mainz Bemühungen unternommen worden, um die Bedingungen und Möglichkeiten betrieblicher Praktika zu verbessern. Der bevorstehende Einsatz der „Jobfüxe“ an Mainzer Hauptschulen könnte einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen diesen Schulen und der Wirtschaft leisten. Die „Jobfüxe“, die sowohl über eine pädagogische Schulung als auch über Kontakte zu Mainzer Betrieben verfügen sollen, werden insbesondere benachteiligte SchülerInnen in Ausbildungs- und Praktikumsfragen beraten und begleiten.

Kontakte SchülerInnen-Betriebe

Es ist wenig überraschend, daß mit 81,6% die weit überwiegende Mehrheit der in der Betriebsumfrage antwortenden Mainzer Unternehmen auf direkte Bewerbungen von Jugendlichen zurückgreift. Dagegen informiert sich mit 15,2% nur ein relativ geringer Anteil der Mainzer Haupt- und RealschülerInnen unmittelbar bei den Unternehmen nach Ausbildungsmöglichkeiten.

Eine Differenzierung nach BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage und BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage weist allerdings auf die große Bedeutung einer unmittelbaren Kontaktaufnahme mit den Betrieben hin. Während unter den BewerberInnen mit Ausbildungsplatzzusage 24,4% den direkten Weg zu den Betrieben gewählt haben, sind es unter den BewerberInnen ohne Ausbildungsplatzzusage nur 13,7% gewesen. Demnach müßten SchulabgängerInnen stärker zur unmittelbaren Kontaktaufnahme mit den Betrieben motiviert und mobilisiert werden.

Erhöhung der Ausbildungsreife von ausländischen SchülerInnen

Ausländische Jugendliche werden in Mainz, trotz eines gestiegenen Ausländeranteils in der Stadt und ihrer grundsätzlichen Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, bislang nicht speziell gefördert. Die Ursachen für ihre Schwierigkeiten, im Erwerbsleben Fuß zu fassen liegen häufig in unzureichenden Deutschkenntnissen und damit einhergehenden mangelhaften Bewerbungsschreiben sowie in dem nicht vorhandenen Wissen über die Bedeutung des dualen Ausbildungssystems für die spätere Erwerbsarbeit. Diese Faktoren treffen nicht nur auf die ausländischen Jugendlichen, sondern auch auf ihre Eltern zu, von denen

die Jugendlichen nur selten Unterstützung bei der Suche nach und der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz erwarten können.

Den grundsätzlichen Problemen ausländischer Jugendlicher sollte durch drei Maßnahmen begegnet werden: Zum ersten muß auf die Rolle des Praktikums für einen späteren Ausbildungsplatz deutlicher hingewiesen werden, die von einem Teil der ausländischen Jugendlichen in seiner Bedeutung möglicherweise noch unterschätzt wird. Zum zweiten sollten die muttersprachlichen Beratungs- und Informationsveranstaltungen über das duale Ausbildungssystem für Jugendliche und Eltern verstärkt werden. Zum dritten sollten Stützkurse für SchülerInnen in den Fächern erfolgen, in denen ausländische Jugendliche erfahrungsgemäß schwächer sind. Der gestiegene Ausländeranteil in Mainz weist insbesondere auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Deutschkenntnisse bei ausländischen Jugendlichen hin.

Das von der Volkshochschule Mainz durchgeführte Projekt „Chance“ stellt mit einer Kombination aus Berufsorientierung, einem Intensivkurs in Deutsch, allgemeinbildendem Unterricht für den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses sowie Orientierungshilfen und sozialpädagogischer Begleitung bereits einen ersten Schritt zur Verbesserung des Angebotes in diesem Bereich dar.

Ausbildungsberechtigung

Nach der Betriebsumfrage waren in der Gruppe der nicht ausbildungsberechtigten Betriebe 26,5% der Betriebe bereit, in Zukunft Ausbildungsplätze anbieten. Die Ursache für eine fehlende Ausbildungsberechtigung liegt häufig in Informationsmängeln bzw. falschen Vorstellungen über die fachlichen Voraussetzungen für eine Ausbildungsberechtigung oder die tatsächlichen Anforderungen an eine geeignete Ausbildungsstätte. So ist beispielsweise häufig unbekannt, daß die Mängel einer Ausbildungsstätte durch Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte – z.B. in Lehrwerkstätten, überbetrieblichen Ausbildungsstätten oder im Ausbildungsverbund – behoben werden können. Diesen Defiziten könnte durch eine Intensivierung der Information über die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Ausbildungsberechtigung Rechnung getragen werden. Insbesondere Betriebe aus dem Handel oder aus dem Dienstleistungsbereich sowie grundsätzlich jüngere Betriebe sollten zum Erwerb der Ausbildungsberechtigung und zur Ausbildung angeregt werden. Gemeinsam von Stadt, Arbeitsamt und Kammern durchgeführte Informationsveranstaltungen oder herausgegebene Informationsbroschüren könnten ein erster Schritt zur Behebung der fehlenden Kenntnisse sein.

Verbesserung der Besetzung von Ausbildungsplätzen und Erhöhung des Ausbildungsplatzpotentials

Nach der Betriebsumfrage wurden zum Ausbildungsjahr 1998/1999 bei den befragten Mainzer Betrieben 10,6% aller angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzt. 21,8% der Mainzer Betriebe, die Ausbildungsplätze besetzen wollten, konnten mindestens eine ihrer angebotenen Lehrstellen zum Ausbildungsbeginn 1998/99 nicht besetzen: 14,0% der Betriebe konnten eine, 6,1% zwei und 1,7% der Betriebe sogar drei oder mehr Lehrstellen nicht besetzen.

Grundsätzlich besteht noch ein Optimierungspotential in der Besetzung der Ausbildungsplätze. So könnten die Ressourcen des Arbeitsamtes noch stärker erschlossen werden, denn

28,0% der Unternehmen, die nicht alle Ausbildungsplätze besetzen konnten, haben die Angebote der Berufsberatung zur Besetzung von Ausbildungsplätzen nicht genutzt. Hier besteht also durchaus noch ein Handlungsbedarf, etwa durch eine noch intensivere Öffentlichkeitsarbeit.

Ein Teil der Lehrstellen konnte jedoch insbesondere deswegen nicht besetzt werden, weil Jugendliche möglicherweise kurzfristig ihren Ausbildungsvertrag nicht erfüllten. So haben 30,6% aller ausbildungswilligen Betriebe mindestens eine Absage eines Jugendlichen erhalten, der bereits einen Ausbildungsvertrag unterschrieben hatte. Eine Absage eines Jugendlichen, der eine Ausbildungsplatzzusage oder sogar einen Ausbildungsvertrag hatte, erfolgt zum einen dann, wenn der Jugendliche ein Ausbildungsverhältnis in einem anderen, bei ihm eher gewünschten Berufsbereich gefunden hat. Eine Möglichkeit, den Abschluß mehrerer Ausbildungsverträge von betrieblicher Seite zu verhindern, besteht darin, mit dem Abschluß eines Ausbildungsvertrages bereits die Lohnsteuerkarte der Jugendlichen zu verlangen.

Zum anderen zeigt sich aus der Schulumfrage auch, daß SchulabgängerInnen ein Ausbildungsverhältnis zugunsten des Besuchs einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule zurückstellen. So wollten nach der Schulumfrage 11,5% der AbgängerInnen, die eine Ausbildungsplatzzusage hatten, dennoch eine weiterführende oder berufsbildende Schule besuchen. Sogar 2,7% der SchulabgängerInnen mit einem Ausbildungsvertrag zogen den Besuch einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule dem Beginn einer Ausbildung vor. Die Ursache für dieses Verhalten dürfte zum einen darin liegen, daß die Schule für SchülerInnen einen „Schutzraum“ darstellt, den sie noch nicht verlassen möchten. Zum anderen ist mit dem Besuch einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule die Hoffnung auf eine noch attraktivere Lehrstelle verbunden.

Angesichts der wechselhaften Entwicklung des Mainzer Ausbildungsmarktes sollten die öffentlichen Akteure in Kooperation mit den Kammern und Innungen über die bereits vorhandenen Maßnahmen hinaus – zum Beispiel die Lotsen- und Patenprojekte der Kammern – weitere gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu erhöhen. Ein erster Schritt könnte aufgrund der dargestellten Bedeutung des Praktikums eine Initiative zur Erhöhung oder erstmaligen Bereitstellung von Praktikumsplätzen sein.

Ausbildung im Verbund

Die Betriebsumfrage hat ergeben, daß trotz aller bisherigen Anstrengungen der arbeits- und ausbildungsmarktpolitischen Akteure nur 12,8% aller Mainzer Betriebe überhaupt über die Möglichkeiten zur Verbundausbildung informiert waren. Eine Verbundausbildung bietet den Betrieben, die aus inhaltlichen, personellen, organisatorischen oder finanziellen Gründen nicht ausbilden können, aber dennoch zur Ausbildung bereit sind, die Möglichkeit, in Kooperation mit einem anderen Betrieb die fehlenden Ausbildungsbestandteile zu ergänzen. Daß zur Förderung der Verbundausbildung eine Informationskampagne sinnvoll ist, unterstreicht die Bereitschaft von 18,4% aller befragten Unternehmen, sich an einer Verbundausbildung beteiligen zu wollen.

Die Ausbildungsplatzinitiative der Stadt Mainz hat bereits 1998 Finanzmittel zur Förderung von Ausbildungsverbänden bereitgestellt, die jedoch aufgrund des unzureichenden Bekanntheitsgrades der Verbundausbildung noch wenig nachgefragt worden sind. Aus diesem Grund wurde 1999 eine engere Zusammenarbeit mit dem Verbundkoordinator des Landkreises Mainz-Bingen begonnen. In Kooperation von Stadt, Arbeitsamt, Kammern und Innungen sollten zukünftig vor allem kleine und junge sowie ausländische Betriebe angesprochen und über die Möglichkeiten sowie über die finanziellen Unterstützungen eines Ausbildungsverbundes hingewiesen werden. Darüber hinaus hat sich herausgestellt, daß Betriebe feste Ansprechpartner benötigen, die ihnen bei der Organisation und Durchführung von Ausbildungsverbänden beratend zur Seite stehen. Allerdings wäre dies erst der zweite Schritt zur Förderung der Verbundausbildung. An erster Stelle steht die Information durch die direkte Ansprache.

Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen

In den vergangenen drei Jahren hatten 39,2% der auszubildenden Betriebe in Mainz Ausbildungsabbrüche zu beklagen, wie aus der Betriebsumfrage hervorgeht. Ausbildungsabbrüche führen grundsätzlich dazu, daß das Ausbildungsstellenangebot verringert wird. Im Einzelfall kann aufgrund von Ausbildungsabbrüchen auch die Motivation von Betrieben zur Ausbildung nachlassen. Auch die Ausbildungsabbrecher stehen vor der Notwendigkeit, neue berufliche Perspektiven für sich finden zu müssen.

Um die Gefahr von Ausbildungsabbrüchen zu verringern, sollte über eine Ausweitung von Angeboten zur Ausbildungsbegleitung von Jugendlichen und über eine intensivere Beratung von Ausbildern zur Lösung von Problemen mit Auszubildenden nachgedacht werden. Die Jugendlichen könnten eine einzelfallbezogene, umfassende Beratung und Begleitung erhalten, die über eine Ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH) hinausgeht. Auch die Betriebe sollten bei Problemen ein qualifiziertes Angebot zur Beratung mit Auszubildenden erhalten. Die Einrichtung der „Jobfüxe“ an verschiedenen Hauptschulen kann in diesem Bereich bereits einen Beitrag leisten. Grundsätzlich ist zur besseren Beratung und Begleitung eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsamt, den Kammern und den Innungen erforderlich, um rechtzeitig bei Bedarf vermitteln oder eingreifen zu können.

Modulare Ausbildung

Die große Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter den Arbeitslosen unter 25 Jahren verdeutlicht die Notwendigkeit, Angebote zu schaffen, die diesen Jugendlichen eine Qualifizierung oder eine modulare Ausbildung ermöglichen. Insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene mit schlechten oder fehlenden Schulabschlüssen, für Lernschwache und ausländische Jugendliche könnte eine Modularisierung der Ausbildung oder der Erwerb von zertifizierten Teilqualifikationen einen Weg zu einer Berufsausbildung darstellen, der ihnen ansonsten im klassischen dualen Ausbildungssystem zu schwierig ist.

Literatur

Braun, Frank / Lex, Tilly / Rademacker, Hermann: Probleme und Wege der beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Expertise. Arbeitspapier 1/1999 des Deutschen Jugendinstituts e.V., München.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1999, Bonn, Mai 1999.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine BiBB/EMNID-Untersuchung, Bonn, Juli 1999.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher, Bonn 1998.

Freidinger, Guido / Schulze-Böing, Matthias (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Arbeitsmarktpolitik. Zweite aktualisierte und erweiterte Auflage. Marburg 1995.

Gartz, Michael / Hüchtermann, Marion / Mrytz, Barbara: Schulabgänger: Was sie können und was sie können müßten, Köln 1999.

Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz und Handwerkskammern Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Was erwartet die Wirtschaft von den Schulabgängern?

Lappe, Lothar: Berufliche Chancen Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/99.

Lenske, Werner / Werner, Dirk: Die Entwicklung von Ausbildung, Beschäftigung und Qualifikationsbedarf. Ergebnisse einer bundesweiten Unternehmensumfrage im Frühjahr 1998. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Band 224. Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1998.

Lex, Tilly: Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung. Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit Band 3, Weinheim und München 1997.

Strikker, Frank: Benachteiligte im Berufsbildungssystem – Strukturen, Ursachen, künftige Entwicklung und Maßnahmen. In: Eckhardt Kuhlwein (Hrsg.): Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“ des 11. Deutschen Bundestages. Bonn 1991.

Tuschke, Heidrun u.a.: Wenn bei der Berufsberatung registrierte Jugendliche nicht in eine Lehrstelle einmünden. In: ibv 21/99.